

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1962 · TEIL III

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

INSTITUT FÜR GESCHICHTE

ABTEILUNG WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH  
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

1962

# JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1962 · TEIL III



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

1962

000 7102  
Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1962 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/137/62

Gesamtherstellung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1829

Bestellnummer: 2103/62/3 · ES 5 B 2 · 14 D

# Inhalt

BIBLIOPHILIE

ALBERT FÜRBERG

Zu diesem Band . . . . . 7

## MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

ZOLTÁN KENESSEY

Gestaltung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den kapitalistischen Ländern . . . . . 11

DIETER BAUDIS

Die Arbeitersausschüsse im Mansfelder Kupferschieferbergbau in der Zeit des ersten Weltkrieges . . . . . 28

## DISKUSSIONEN

HILLEL KOHN

X Zur Diskussion über die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft 57

HELGA NUSSBAUM

Bürgerliche Monopolgegnerschaft . . . . . 73

## GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

RUDOLF SCHRÖDER

Aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte Leipzig (Fortsetzung) . . . . . 131

## QUELLEN UND MATERIALIEN

HANS RADANDT

Aus dem Leben eines IG-Farben-Monopolisten . . . . . 147

## LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

ERICH PATERNA

- Da stunden die Bergkleute auff (Hildegard Hoffman) . . . . . 175
- Unternehmer in der Politik. Herausgegeben von GUSTAV STEIN  
(Jürgen Kuczynski) . . . . . 190

## BIBLIOGRAPHIE

ALFRED FISCHER

- Bibliographie von Veröffentlichungen zur Geschichte der kapitalistischen Unternehmen, die nach 1945 in Westdeutschland und Westberlin erschienen sind (Fortsetzung) . . . . . 207
- Autorenverzeichnis . . . . . 273

## Zu diesem Band

Die in dem vorliegenden Band veröffentlichten Forschungsergebnisse lassen sich in drei großen Gruppen zusammenfassen.

Es ist ein ständiges Anliegen des Jahrbuches, die wirtschaftshistorische Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu fördern. Gründliche Untersuchungen der Lage der Arbeiter, der Wandlungen der Struktur der Arbeiterklasse, Analysen der ökonomischen Hintergründe und Triebkräfte des Klassenkampfes und andere Fragen sind das Fundament, auf dem die Geschichte der Arbeiterbewegung aufbauen muß. Im Band II/1961 brachten wir die Studie von E. Wächtler „Zur Geschichte der Lage und des Kampfes der Bergleute im Staatsbergbau an der Saar von 1789 bis 1849“. Mit dieser Problematik befassen sich diesmal der Artikel von D. Baudis „Die Arbeitersausschüsse im Mansfelder Kupferschieferbergbau in der Zeit des ersten Weltkrieges“ sowie die Rezension des zweibändigen Werkes von E. Paterna „Da stunden die Bergleute auff“ und die Fortsetzung des Tagebuches der Leipziger Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte. Alfred Fischer setzt die von ihm im Band II/1960 begonnene Bibliographie von Veröffentlichungen zur Geschichte der kapitalistischen Unternehmungen, die nach 1945 in Westdeutschland und Westberlin erschienen sind, fort.

Die Veröffentlichungen der zweiten Gruppe dieses Bandes führen die im Band II/1962 begonnene Behandlung soziologischer Probleme des Imperialismus fort und analysieren vornehmlich die Struktur der herrschenden Klasse, setzen sich mit dem monopolkapitalistischen System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auseinander und entlarven die Kampfweise der Großbourgeoisie. Es sind dies die Studie von Helga Nussbaum und die des ungarischen Wirtschaftsstatistikers Zoltán Kenessey, Jürgen Kuczynskis Rezension des Buches von G. Stein und die Materialveröffentlichung von H. Radandt.

Unser Bemühen, eine breite theoretische Diskussion zur Klärung des Gegenstandes der Wirtschaftsgeschichte im Jahrbuch zu entfalten, findet nach dem ersten Beitrag von Waltraud Robbe im Band I/1962 in dem Artikel des rumänischen Wirtschaftshistorikers Hillel Kohn seinen Niederschlag. Diese Diskussion wird in den nächsten Bänden fortgesetzt. Zusagen von Wirtschaftshistorikern aus unserer Republik wie auch aus anderen Ländern des sozialistischen Lagers liegen der Redaktion schon vor.

MONOGRAPHIEN

STUDIEN UND REFERATE



# Gestaltung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den kapitalistischen Ländern

VON ZOLTÁN KENESSEY

Für die Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, für die allgemeine ökonomische Analyse wie auch speziell die Analyse der Konjunkturzyklen der kapitalistischen Länder ist es gleichermaßen wichtig, daß marxistische Historiker und Ökonomen in ihrer Arbeit das umfangreiche Zahlenmaterial verwenden, das in den kapitalistischen Ländern im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte im Rahmen verschiedener neuer wirtschaftsstatistischer Konstruktionen, vor allem aber im Rahmen des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, erschienen ist. So enthält bekanntlich das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Vereinigten Staaten zur Zeit bereits sehr umfangreiches Zahlenmaterial, das drei Jahrzehnte, bis 1929, zurückgeht und zahlreiche wichtige Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung in sechs Hauptbilanzen und 101 ergänzenden Tabellen erfaßt. Gegenwärtig werden in allen entwickelteren kapitalistischen Ländern jährlich Tabellen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammengestellt und veröffentlicht. Das entsprechende Jahrbuch der UNO für 1957 bringt volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen von 68 kapitalistischen Ländern.<sup>1</sup> Es ist offenbar, daß die marxistische Forschung das umfangreiche Tatsachenmaterial, das in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten ist, kritisch verwerten muß.

Vorbedingung solcher Auswertung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist natürlich, daß die marxistische Forschung die sich aus ihrem bürgerlichen Charakter ergebenden Begrenzungen dieser Berechnungen aufdeckt, eine Kritik der für die Ausbildung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gebrauchten Modelle gibt und die Umstände der Entstehung und Entwicklung, wie auch die Funktionen solcher volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen analysiert. Die vorliegende Studie soll zur Lösung dieser Aufgabe beitragen, indem sie einige Gedanken zur Entstehung und Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und deren Rolle in den kapitalistischen Ländern zusammenfaßt.

<sup>1</sup> 1957 Yearbook of National Accounts Statistics, Statistical Office of the United Nations, 1958.

## I.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung und Ausbildung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung müssen in erster Linie die Vorläufer der Beschreibung der kapitalistischen Reproduktion erwähnt werden, auf die dann in der bürgerlichen Ökonomie eine lang andauernde Pause folgte. Aus den Reihen der Vorläufer seien voran die Arbeiten von François Quesnay erwähnt, der als erster in seinem berühmten „Tableau économique“ (1758) den Versuch unternahm, den Kreislauf der kapitalistischen Produktion zu beschreiben. Marx, der die Arbeiten Quesnays studierte und kritisierte, schätzte das „Tableau économique“ sehr hoch. In seinem Werk „Theorien über den Mehrwert“ schreibt er: „... dieser Versuch ... im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts, der Kindheitsperiode der politischen Ökonomie – war ein höchst genialer Einfall, unstreitig der genialste, dessen sich die politische Ökonomie bisher schuldig gemacht hat.“<sup>2</sup>

Marczewski<sup>3</sup> nennt unter den Vorläufern auch Lavoisier, den berühmten französischen Chemiker, der im Jahre 1791 für Paris eine detaillierte Gesamtrechnung aufstellte und auch die Anfertigung umfassender, sich auf das ganze Land beziehender Rechnungen forderte.

Ohlsson<sup>4</sup> betrachtet als noch früheren Vorläufer Gregory King, dessen Werk „Two tracts“ eine Studie „Natural and Political Observations and Conclusions upon the State and Condition of England“ enthält, die einige Berechnungen über die wirtschaftlichen Hilfsquellen Englands bringt und diese mit dem Kriegspotential Hollands und Frankreichs für die Jahre 1688 und 1695 vergleicht.

Erst Marx jedoch gelang es, die tatsächlichen Prozesse und Zusammenhänge des wirtschaftlichen Kreislaufes aufzudecken. Der Marxismus widmete den Fragen der kapitalistischen – und später auch der sozialistischen – Reproduktion stets große Aufmerksamkeit. So schuf man z. B. in der Sowjetunion in der Statistischen Zentralverwaltung sofort nach ihrer Gründung im Jahre 1918 eine Abteilung für die Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen, deren Aufgabe es war, den Prozeß der Reproduktion statistisch zu untersuchen. Die erste umfassende statistische Darstellung des Reproduktionsprozesses, die es in der Welt überhaupt gab, war die Bilanz der sowjetischen Volkswirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1923/24, die 1926 in Moskau von der Statistischen Zentralverwaltung der Sowjetunion veröffentlicht wurde.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, Erster Teil, Berlin 1956, S. 306–307.

<sup>3</sup> Marzewski, Jan, Les expériences récentes de l'emploi de la comptabilité sociale par la politique économique en France, Income and Wealth, Serie I, Cambridge 1951, S. 112.

<sup>4</sup> Ohlsson, Ingvar, On National Accounting, Konjunkturinstitutet, Stockholm 1953, S. 40.

<sup>5</sup> Баланс народного хозяйства СССР 1923 – 1924 года, unter der Redaktion von P. Popow, Moskau 1926.

Die bürgerliche Volkswirtschaftslehre kehrte jedoch nach den frühen Anfängen – im wesentlichen erst in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts – zur Analyse des Prozesses der Reproduktion zurück. Erst die weltumfassende Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932, das erwachte Mißtrauen zur Theorie der automatischen Herstellung des Gleichgewichts der Kräfte und das Vordringen der ökonomischen Ansichten von Keynes brachten auf diesem Gebiet in den kapitalistischen Ländern eine Wende.

Das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entwickelte sich aus der Berechnung des Nationaleinkommens. Berechnungen des Nationaleinkommens waren in den letzten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts bereits üblich, jedoch wurde die Nützlichkeit selbst dieser Berechnungen noch in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts von einem beträchtlichen Teil der bürgerlichen theoretischen Ökonomen in Frage gestellt. Auf dem 1926 abgehaltenen Kongreß des „Vereins für Sozialpolitik“ standen die meisten Teilnehmer noch auf dem Standpunkt, daß die Berechnung des Nationaleinkommens keinen Zweck hätte. Der Vorsitzende des theoretischen Unterausschusses des Vereins, Karl Diehl, äußerte im Schlußwort seine Meinung wie folgt: „Nach unserer Kritik wird wohl der letzte Rest von Hochachtung gegenüber Versuchen, eine einfache Summe für Volkseinkommen und Volksvermögen zu nennen, verschwunden sein.“<sup>6</sup>

Die Berechnung des Nationaleinkommens, die in den meisten kapitalistischen Ländern jahrzehntelang nicht von den Statistischen Verwaltungen, sondern von einzelnen Forschern oder privaten Forschungsinstituten angeregt und vorgenommen wurde, beschränkte sich ausdrücklich auf die Bestimmung der Höhe des Nationaleinkommens der einzelnen Länder. Bei der Bestimmung des Nationaleinkommens beschäftigte man sich in den verschiedenen Ländern auch mit Fragen der Größe der Produktion, der Zusammensetzung des Verbrauches usw., aber vor den dreißiger Jahren sah man das Ziel dieser Arbeit nicht in der Darstellung des gesamten wirtschaftlichen Kreislaufes.

Während der großen Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 erkannte eine Reihe bürgerlicher Ökonomen, daß sie mit den vorhandenen Statistiken zur Erfassung der Vorgänge auch nicht im entferntesten auskamen. Die schnelle Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Gefolge der Wirtschaftskrise sowie während und nach dem zweiten Weltkrieg lenkte die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Ökonomen und Statistiker auf die Untersuchung der bisher allgemein vernachlässigten makroökonomischen Prozesse. Es ist nicht zufällig, daß die Entwicklung und das Vordringen der von Keynes in den letzten Arbeiten vertretenen Auffassungen gerade in diese Zeit fällt, ja, daß seine Theorien in den entwickelten kapitalistischen Ländern vorherrschend wurden. Namhafte bürgerliche Ökonomen – z. B. Lawrence Klein<sup>7</sup> – nennen

<sup>6</sup> Diehl, Karl, Volkseinkommen und Volksvermögen. Begriffskritische Untersuchungen, München u. Leipzig 1926, S. 156.

<sup>7</sup> Klein, Lawrence R., The Keynesian Revolution, New York 1949.

diese Periode überschwenglich die Periode der „Keynesschen Revolution“. In dieser Periode hat die Keynessche Ablehnung der bis dahin vorherrschenden Ansicht, daß die Kräfte des Kapitalismus spontan, „automatisch“ in der Richtung der „Vollbeschäftigung“ und des wirtschaftlichen Gleichgewichtes wirkten, nachdrücklich die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der staatlichen Beeinflussung des kapitalistischen Wirtschaftslebens gelenkt. Der Übergang von der mikroökonomischen Betrachtung, in deren Zentrum das „wirtschaftstreibende Subjekt“, das Unternehmen, die einzelnen Verbraucher usw. standen, zur makroökonomischen Betrachtungsweise, die die Analyse des gesamten kapitalistischen Wirtschaftslebens fordert, stellte in den kapitalistischen Ländern auch die Wirtschaftsstatistik vor neue Aufgaben. Das statistische Erfassen und systematische Beobachten der Bewegungstendenzen der sogenannten gesamtwirtschaftlichen Vorgänge oder – um einen in der bürgerlichen Literatur üblichen Ausdruck zu gebrauchen – der Hauptaggregate, wie z. B. des Nationalproduktes, der Investitionen, des Verbrauches usw., wurden zeitgemäß. So entstanden bürgerliche Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Dieser Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Gesamtrechnung und der neueren wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus wird auch von namhaften bürgerlichen Ökonomen anerkannt. So schreibt z. B. Gerhard Colm: „Die Geschichte der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsstatistik stehen in engem Zusammenhang. In jenen Zeiten, als sich die Wirtschaftspolitik hauptsächlich mit dem Handel und der Produktion spezifischer Industriezweige und Erzeugnisse beschäftigte, legte man Wert auf Statistiken des internationalen Handels und der inländischen Produktion . . . Mit der großen Depression (so nennt Colm die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/32 – Z. K.) mußte sich die Politik jedoch mit Veränderungen in der Beschäftigung, der Produktion und der Kaufkraft auf nationaler Grundlage befassen. Laufende Schätzungen des Nationaleinkommens zur Beurteilung der Wirksamkeit und der Weiterentwicklung der Regierungspolitik wurden notwendig.“<sup>8</sup> Ähnlich meint auch Ruggles, daß „die Geschichte der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung tatsächlich untrennbar ist von der Geschichte der wirtschaftlichen Probleme, die durch die Krise der dreißiger Jahre, die industrielle Mobilmachung im zweiten Weltkrieg und die Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen nach dem zweiten Weltkrieg aufgeworfen wurden“.<sup>9</sup> Zur Zeit der Wirtschaftskrise der Jahre 1929/32 sei die detaillierte statistische Analyse der allgemeinen Lage der Volkswirtschaft wegen der Arbeitslosigkeit, der Verringerung der Kaufkraft und – „last but not least“ – des Schwindens der Profite<sup>10</sup> eingeführt worden.

<sup>8</sup> Colm, Gerhard, *Experiences in the Use of Social Accounting in Public Policy in the United States, Income and Wealth, Serie I, Cambridge 1951, S. 77.*

<sup>9</sup> Ruggles, Richard/Ruggles, Nancy D., *National Income Accounts and Income Analysis, 2. Aufl. New York, Toronto u. London 1956, S. 5.*

<sup>10</sup> Ebenda.

Das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist das statistische Mittel des Zeitalters des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ohlsson weist darauf hin, daß sich „das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als statistische Informationsquelle parallel zu der wachsenden wirtschaftspolitischen Tätigkeit der Regierungen“ entwickelte. „Die Konzeption des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist, ebenso wie die Theorie der Ökonomie, unvermeidlich dem Einfluß dieser Entwicklung unterworfen.“<sup>11</sup>

## II.

Der Ausbau der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfolgte in erster Linie in den angelsächsischen Ländern.<sup>12</sup> In England wurden 1941 erstmalig Schätzungen der Hauptposten des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung veröffentlicht, und zwar in Form von drei Haupttabellen eines dem Parlament vorgelegten Weißbuches für 1940. Mit der Zusammenstellung eines solchen Bilanzsystems wurde das Ziel verfolgt, der Regierung für ihre Kriegsfinanzpolitik die nötigen statistischen Hilfsmittel in die Hand zu geben. Solche Weißbücher wurden auch in den folgenden Jahren veröffentlicht, wobei seit 1952 neben dem Weißbuch, das die wichtigsten Angaben bringt und jeweils im Frühjahr erscheint, jeden Sommer noch ein sogenanntes Blaubuch des Nationaleinkommens<sup>13</sup> herausgegeben wird. In Australien wurde das erste Material einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im September 1945 veröffentlicht.<sup>14</sup> In Kanada erschienen gleichzeitig Tabellen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Jahre 1938 bis 1944.<sup>15</sup> In den Vereinigten Staaten von Amerika werden – wir kommen darauf noch im einzelnen zurück – seit 1947 Statistiken der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung jährlich

<sup>11</sup> Ohlsson, *Ingvar*, a. a. O., S. 27 u. 2.

<sup>12</sup> In mehreren Arbeiten von Rjabuskin (*Очерки по экономической статистике*, Moskau 1950; *Статистические методы изучения народного хозяйства*, Moskau 1957; *Проблемы экономической статистики*, Moskau 1959) werden die in Deutschland durchgeführten und mit dem Namen Grünings verknüpften Rechnungen auch zu den Systemen der Gesamtrechnung gezählt; jedoch können diese Berechnungen unserer Meinung nach nicht mit vollem Recht zu den volkswirtschaftlichen Bilanzen gezählt werden. Im übrigen fand die Methode Grünings auch in Deutschland keine Anhänger, und ihre Auswirkung auf die in den kapitalistischen Ländern angewendeten Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist unbedeutend.

<sup>13</sup> *National Income Statistics*, Central Statistical Office, London 1956.

<sup>14</sup> *Estimates of National Income and Public Authority Income and Expenditure*, September 1945, und *National Income Estimates, 1938/39–1945/46*, London 1946.

<sup>15</sup> *National Accounts, Income and Expenditure, 1938 bis 1944*, Dominion Bureau of Statistics, Ottawa 1946.

veröffentlicht. In Irland erschien 1946 die erste amtliche Veröffentlichung über dieses Thema.<sup>16</sup>

Die Tatsache, daß die ersten eingehender ausgearbeiteten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den angelsächsischen Ländern erschienen, bedeutet jedoch nicht, daß auf diesem Gebiet nicht auch in anderen kapitalistischen Ländern wichtige, ja, in mancher Hinsicht die angelsächsischen Länder überragende Arbeit geleistet wurde. In dieser Beziehung müssen besonders Norwegen und Holland erwähnt werden; jedoch konnten die Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in diesen Ländern natürlich erst nach dem zweiten Weltkrieg im einzelnen ausgearbeitet und veröffentlicht werden. In Holland hat Derksen schon für das Jahr 1938 gewisse Schätzungen der Hauptposten des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen<sup>17</sup>, jedoch wurden die detaillierten Berechnungen über die ersten Nachkriegsjahre 1946 und 1947 erst 1949 veröffentlicht.<sup>18</sup> In Norwegen ist die Ausarbeitung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in vielen Beziehungen an die Tätigkeit von Ragnar Frisch gebunden, der erstmalig schon im Jahre 1933 das Problem der Darstellung des Prozesses der kapitalistischen Reproduktion aufwarf<sup>19</sup>, das er dann 1942<sup>20</sup> und später, im Jahre 1948, zusammen mit Aukrust und Bjerve<sup>21</sup> eingehend behandelte. Charakteristisch für das von Frisch entwickelte System ist die Methode der graphischen Darstellung. Diese Darstellungsmethode wurde jedoch in die sehr detaillierten, vom Norwegischen Statistischen Zentralamt veröffentlichten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht übernommen<sup>22</sup>; sie lehnen sich nur theoretisch an das von Frisch entwickelte System an. Der Aufbau dieser Gesamtrechnungen entspricht im allgemeinen den Systemen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der übrigen kapitalistischen Länder.

Es würde den Rahmen unserer Studie überschreiten, wenn wir uns mit der Entwicklung der Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den schon erwähnten kapitalistischen Ländern eingehender beschäftigen wollten. Darum beschränken wir uns im folgenden auf die Erwähnung einiger internationaler Entwicklungen im Zusammenhang mit den Bilanzsystemen. Die Probleme, die sich aus dem Vergleich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der einzelnen Länder auf internationaler Ebene ergeben, wurden

<sup>16</sup> National Income and Expenditure, 1938 bis 1944, London 1946.

<sup>17</sup> A System of National Bookkeeping, illustrated by the Experience of the Netherlands Economy, Occasional Paper X, National Institute of Economic and Social Research, London 1946.

<sup>18</sup> National Accounts of the Netherlands, 1946 and 1947, Den Haag 1949.

<sup>19</sup> Frisch, Ragnar, Propagation Problems and Impulse Problems in Dynamic Economics, 1953.

<sup>20</sup> Frisch, Ragnar, Økosirk – systemet, 1942.

<sup>21</sup> Aukrust, O./Bjerve, P. J./Frisch, R., A System of Concepts Describing the Economic Circulation and Production Process, 1948.

<sup>22</sup> Nasjonalregskap 1930–1939 og 1946–1951.

erstmalig während des zweiten Weltkrieges 1944 von den Statistikern Englands, Kanadas und der Vereinigten Staaten behandelt.<sup>23</sup> Die Arbeit der Unterkommission, die 1939 von der Statistischen Kommission des Völkerbundes zum Studium der Probleme des Nationaleinkommens gebildet worden war, war durch den zweiten Weltkrieg unterbrochen worden; die Unterkommission nahm jedoch ihre Arbeit 1945 wieder auf und veröffentlichte 1947 ihren Bericht zu dieser Frage.<sup>24</sup> Dieser Bericht mußte jedoch in vielen Beziehungen als überholt gelten, weshalb die Statistische Kommission der UNO 1952 ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Sachverständigengremium mit der Aufgabe betraute, ein einheitliches System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auszuarbeiten, das sich für Zwecke des internationalen Vergleichs eignete. Das so ausgearbeitete System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>25</sup> wurde in der Statistischen Kommission der UNO diskutiert und zum Gebrauch für die statistischen Verwaltungen der Mitgliedstaaten in der Reihe der methodisch-statistischen Veröffentlichungen der UNO herausgebracht. Die volkswirtschaftlichen Bilanzangaben der UNO werden nach diesem System veröffentlicht. Schließlich ist zu erwähnen, daß auch im Rahmen der OEEC für die europäischen kapitalistischen Länder zunächst ein „vereinfachtes“<sup>26</sup>, dann ein detaillierteres<sup>27</sup> einheitliches System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgearbeitet wurde.

### III.

Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung ist auch im Falle der Vereinigten Staaten klar ersichtlich. Es kann als symbolisch betrachtet werden, daß die staatlichen Organe der Vereinigten Staaten sich gerade 1932, also im letzten Jahr der großen Weltwirtschaftskrise, mit den Fragen der Berechnung des Nationaleinkommens zu beschäftigen begannen. Das Handelsministerium<sup>28</sup> begann seine Berechnungen des Nationaleinkommens 1932 auf Grund der Resolution Nr. 220 des Senats der Vereinigten Staaten vom Jahre 1932. Die Resolution forderte das Handelsministerium auf, einen Bericht auszuarbeiten, der „Schätzungen über die Herkunft des National-

<sup>23</sup> *Denison, Edward F.*, Studies in Income and Wealth, Bd. 10, National Bureau of Economic Research 1947, S. 3–22.

<sup>24</sup> Measurement of National Income and the Construction of Social Accounts, Report of the Sub-Committee of National Income Statistics of the League of Nations Committee of Statistical Experts, United Nations, Genf 1947.

<sup>25</sup> A System of National Accounts and Supporting Tables. United Nations, Statistical Office, Studies in Methods, Serie F, Nr. 2, New York 1953.

<sup>26</sup> A Simplified System of National Accounts, OEEC, Paris 1950.

<sup>27</sup> A Standardized System of National Accounts, OEEC, Paris 1952.

<sup>28</sup> U. S. Department of Commerce.

einkommens aus Landwirtschaft, verarbeitender Industrie, Bergbau, Verkehr und anderen gewinnbringenden Wirtschaftszweigen und Beschäftigungen, wie auch Schätzungen über die Verteilung des Nationaleinkommens in Form von Löhnen, Renten, Dividenden, Profiten und anderen Zahlungsarten“<sup>29</sup> enthält.

Der erste Bericht, der die Jahre 1929 bis 1932 umfaßt, erschien Anfang 1934, und danach wurden solche Schätzungen jährlich durchgeführt und in der statistischen Zeitschrift des Handelsministeriums, dem Survey of Current Business, veröffentlicht.

Der Rahmen der Berechnung des Nationaleinkommens wurde im Laufe der Jahre ständig erweitert. Zur Zeit des „New Deal“, der Rooseveltschen „aktiven Konjunkturpolitik“, war der Zweck der Berechnungen in erster Linie, die Auswirkungen der staatlichen Eingriffe (Aufträge, Notstandsarbeiten usw.) zu bestimmen. Im Geiste Keynescher Gedankengänge war man bemüht, die Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen auf die Belebung der Wirtschaft mit Hilfe von Indexziffern zum Ausdruck zu bringen. Die Folgen der Staatsausgaben wurden zusammengefaßt auf das Nationalprodukt „projiziert“<sup>30</sup>. Dabei ging man von der Überlegung aus, daß die Staatsausgaben nicht nur an der Stelle einen Auftrieb des Wirtschaftslebens hervorrufen, für die sie unmittelbar verwandt werden, sondern daß man auch mit der Auslösung von sekundären, tertiären usw. Impulsen an indirekt berührten Stellen rechnen muß.

Während des zweiten Weltkrieges führten die Anforderungen der Kriegswirtschaft und die immer größer werdenden staatlichen Eingriffe zu erweiterten Berechnungen. Kurze Zeit nach Pearl Harbour erstreckten sich die Berechnungen bereits nicht nur auf das Nationaleinkommen, sondern auch auf Angaben über das Brutto-Nationalprodukt, über die Verteilung des Brutto-Nationalproduktes auf Verbrauch und Brutto-Investitionen usw. Diese Angaben wurden auch rückwirkend bis 1929 berechnet, wobei großer Wert auf die Schätzung von Jahresangaben auf Grund von Quartalsangaben gelegt wurde.

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges befürchtete man in den Vereinigten Staaten immer mehr, daß nach der Etappe der kriegsbedingten „Vollbeschäftigung“ abermals Massenarbeitslosigkeit und Krisenerscheinungen wie in den dreißiger Jahren auftreten könnten. Unter dem Eindruck der schwerwiegenden Erschütterungen der dreißiger Jahre war in führenden kapitalistischen Kreisen, die sich bis dahin in vollster Sicherheit gewiegt hatten, der Gedanke an die Möglichkeit eines Sturzes des amerikanischen Kapitalismus aufgekommen.

<sup>29</sup> U. S. Income and Output, U. S. Department of Commerce, Office of Business Economics, Washington 1958, S. 47.

<sup>30</sup> Der Fachausdruck für diese Auswirkungen war „Netto-Beitrag des Staates“ (Government Net Contribution), wobei unter „Beitrag“ „Beitrag zur Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit“ verstanden wurde.



Gerhard Colm hat in seinem 1954 an der Kieler Universität gehaltenen Vortrag, der die Nachkriegsentwicklung vor dem Hintergrund der dreißiger Jahre darstellte, klar auf diesen Umstand hingewiesen: „Die Vereinigten Staaten waren durch die dreißiger Jahre gerade eben noch ohne gewaltsame Änderung der Sozialordnung hindurchgekommen. Nur durch die aktive Konjunkturpolitik Roosevelts, die . . . nicht primär aus theoretischem Verständnis entsprang, die aber doch in die richtige Richtung stieß, war die soziale Ordnung erhalten geblieben.“<sup>31</sup>

Um eine Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen zu verhüten, nahm der Kongreß 1946 nach langer und scharfer Diskussion das Gesetz über die Beschäftigung, den sogenannten „Employment Act“, an. Dieses Gesetz zielt im Grunde auf die allgemeine juristische Kodifikation monopolkapitalistischer staatlicher Eingriffe hin. Das Gesetz, das infolge reichlicher Diskussion ziemlich allgemein abgefaßt ist, verpflichtet den Präsidenten, mindestens einmal im Jahr der gesetzgebenden Körperschaft einen Bericht über folgendes vorzulegen:

1. Welcher Stand der Produktion, des Verbrauches usw. ist notwendig, um im folgenden Jahr die Vollbeschäftigung zu gewährleisten?<sup>32</sup>
2. Ist dieser Stand ohne eine Änderung der Politik der Regierung zu erreichen?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind im Interesse der Erreichung dieses Standes notwendig?

Das „Gesetz über die Beschäftigung“ hat Hansen<sup>33</sup>, Professor der politischen Ökonomie an der Harvard-Universität und angesehenster Keynesianer in den Vereinigten Staaten, überschwenglich „Magna Charta der staatlichen Planung im Interesse der Vollbeschäftigung“ genannt. Ohne der Kritik dieser Stellungnahme und der monopolkapitalistischen „staatlichen Planung“ vorgreifen zu wollen, bemerken wir hier lediglich, daß diese angebliche Magna Charta des Beschäftigungsstandes nur mit bedeutenden Schwierigkeiten die aufflackernden Gegensätze zwischen der Demokratischen und der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten überlebte. Für seine jährliche Berichterstattung an den Kongreß über die wirtschaftliche Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen<sup>34</sup> ist der Präsident verpflichtet, den auf Grund des Gesetzes organisierten „Volkswirtschaftlichen Beirat“ (Council of Economic Advisers) zu konsultieren.

Aus alledem geht hervor, daß sich das amerikanische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dessen umfassendes Material seit 1947 syste-

<sup>31</sup> Colm, Gerhard, Entwicklung in Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kiel 1954.

<sup>32</sup> Im Text des Gesetzes selbst wird, auf Grund der Diskussionen, nicht der Ausdruck „Vollbeschäftigung“ (full employment), sondern „maximale Beschäftigung“ (maximal employment) gebraucht.

<sup>33</sup> Hansen, Alvin H., The American Economy, New York, Toronto u. London 1957.

<sup>34</sup> Diesen Bericht erstattet der Präsident der Vereinigten Staaten im Januar jeden Jahres (Economic Report of the President).

matisch durch das Handelsministerium veröffentlicht wird, nicht zufällig gerade in der Nachkriegszeit so stark entwickelt hat. Bei der Ausarbeitung des Bilanzsystems bestand die grundlegende Zielsetzung darin, über statistisches Material zu verfügen, um eine „Basis für solche Eingriffe zu haben“ wie auch eine systematische Übersicht über ihre Folgen zu ermöglichen.

#### IV.

Die bürgerliche Theorie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist recht armselig und eklektisch, und wenn sich Aukrust dahingehend äußert, daß es „heute berechtigt ist, von der Theorie des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als von einer selbständigen Disziplin der Wirtschaftswissenschaft zu sprechen“, so kann diese Äußerung eher als Ausdruck eines Wunsches denn als Ausdruck einer Realität gewertet werden. Aukrust gibt das im Grunde auch selbst zu, wenn er fortfährt, daß diese „Disziplin vorläufig noch über keine Werke, die sich mit systematischer Theorie beschäftigen, verfügt, und daß sie in theoretischer Hinsicht arm an Tradition ist“.<sup>35</sup>

Jedoch ist diese „Armut an Tradition“ nicht zufällig. Zum klaren und zusammenhängenden Aufbau der theoretischen Grundlagen des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gehört eine klare Theorie des Zyklus der Reproduktion, die entsprechende Übersicht über die Prozesse der Verteilung – also im Grunde eine umfassende und einheitliche Theorie der Ökonomie überhaupt. Aber so ein umfassendes theoretisches System ist in der bürgerlichen Literatur der Ökonomie des imperialistischen Zeitalters nicht vorhanden und wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht entwickeln.

Auch einige bürgerliche Ökonomen geben die Stagnation und Hohlheit insbesondere der bürgerlichen Konjunkturtheorien zu. Die Entwicklung neuer Methoden der Konjunkturforschung wurde nicht von einer entsprechenden Entwicklung der bürgerlichen Konjunkturtheorie begleitet. Weidenhammer, Professor an der Pittsburger Universität, schrieb:

„Haben nun diese neuen Zahlen und Berechnungssysteme zu einer *neuen Konjunkturtheorie* geführt? Im *Gegenteil*, man hat in der Nachkriegszeit die rhythmischen Theorien von Juglar, Kondratieff und Kitchen, die übrigens alle für die Jahre 1948 bis 1952 eine Depression angedeutet hatten, als wirklichkeitsfremd verworfen. Das National Bureau of Economic Research hat unter der Leitung von Wesley C. Mitchell und Arthur F. Burns sogar mehr und mehr die logische Erklärung des Konjunkturgeschehens aufgegeben und ist zu zwei *rein empirischen* Forschungs- und Beobachtungsverfahren übergegangen... Will man aus den bisherigen Darlegungen einen Schluß ziehen, so muß man mit *einiger Resignation* feststellen, daß sich weder Wissenschaft noch Praxis bisher

<sup>35</sup> Aukrust, *Odd*, Nasjonalregnskap. Teoretiske prinsipper. Samfunns Økonomiske Studier. Statistisk Sentralbyrå, Oslo 1955, S. 105.

auf eine logische Erklärung der Konjunkturschwankungen haben einigen können.“<sup>36</sup>

Das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung soll nach Meinung der bürgerlichen Forscher, die dieses System aufbauten, dem Zwecke dienen, ein einheitliches, geordnetes und übersichtliches statistisches Bild vom wirtschaftlichen Kreislauf, im wesentlichen also vom gesamten Wirtschaftsleben zu geben. Jedoch setzt die Forderung nach „Einheitlichkeit, Geordnetheit und Übersichtlichkeit“ der Analyse eine zusammenhängende theoretische Erklärung der gesamten wirtschaftlichen Realität voraus, die in der bürgerlichen Literatur der Ökonomie bekanntlich nicht vorhanden ist und nicht vorhanden sein kann. Deshalb können die bürgerlichen Systematiker der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bei der Bestimmung der zu untersuchenden volkswirtschaftlichen Vorgänge bestenfalls bestrebt sein, eine rein formelle „Einheitlichkeit, Geordnetheit und Übersichtlichkeit“ zu sichern, wobei diese Bemühungen innerhalb der bürgerlichen Schranken nicht unbedeutende Ergebnisse aufweisen.

Das Fehlen eines theoretischen Hintergrundes ihrer Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird von den bürgerlichen Ökonomen eklektisch „überbrückt“, indem sie auf die banalsten, vielfach widerlegten „ewigen Wahrheiten“ der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, zum Beispiel auf die „Theorie der Produktionsfaktoren“, zurückgreifen.

Bisweilen geht es den bürgerlichen Sachverständigen der Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch irgendwie auf, daß ihre mit großer Umsicht ausgebauten Bilanzen auf wankender theoretischer Grundlage ruhen. So bemerkt zum Beispiel George Jászi im Zusammenhang mit der Untersuchung der Einkommensverteilung: „Meiner Meinung nach beruht die Unfähigkeit, zu einer wirklich zufriedenstellenden Aufgliederung des Einkommens zu kommen, auf dem Fehlen einer entsprechenden Theorie der Einkommensverteilung. . . Diese Tendenzen in der Behandlung der Einkommensströme sind symptomatisch für die allgemeine Ungewißheit darüber, welche Informationen auf diesem Gebiet tatsächlich nützlich sind. . . Beide Systeme (von Ricardo und Marx – Z. K.) waren durch eine vollkommen klare Theorie der Verteilung gekennzeichnet; darüber hinaus standen diese Theorien in engstem Zusammenhang mit einer Theorie des Wachstums (bei Ricardo) und einer Theorie des Wachstums und der Fluktuation (bei Marx). Demgegenüber fehlt im jetzigen ökonomischen Denken jegliche lebensfähige Verallgemeinerung bezüglich der Einkommensverteilung, und man ist gezwungen zu improvisieren, sobald in diesem Zusammenhang Probleme der Theorie der wirtschaftlichen Fluktuation und des Wachstums berührt werden. Das heißt, die theoretische Ökonomie gibt dem Fachmann der Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keine Hinweise auf das, was auf seinem Gebiet von Wichtigkeit ist.

<sup>36</sup> Weidenhammer, Robert M., Neuere Erfahrungen in der Konjunkturbeobachtung, in: „Zeitschrift für Nationalökonomie“, Bd. 19, H. 4, Wien 1960.

Unter solchen Umständen ist es nicht wahrscheinlich, daß eine tatsächlich zufriedenstellende allgemein annehmbare Klassifikation der Einkommensströme gefunden werden kann.“<sup>36a</sup>

Das Fehlen entsprechender einheitlicher, prinzipieller Grundlagen führt jedoch nicht nur bei der Aufstellung von Einkommensströmen im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu Hilflosigkeit und Verwirrung. Aus der einschlägigen Literatur ist klar ersichtlich, daß unter den bekanntesten bürgerlichen Fachleuten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch bedeutende Meinungsverschiedenheiten über solch grundlegende Fragen bestehen, wie zum Beispiel die Grundkonzeption des Nationaleinkommens, die Brutto-Produktion usw. Kuznets, der in den Vereinigten Staaten zu den Fachleuten der Berechnung des Nationaleinkommens zählt, nahm in der Diskussion von 1948 einen sehr kritischen Standpunkt zum gesamten Aufbau des 1947 veröffentlichten Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein und bezweifelte den Nutzen solcher Bilanzen und Berechnungen, wobei er in seinen kritischen Bemerkungen richtig die Unklarheit der Definitionen bemängelte: „Die Technik des Bilanzsystems gibt an sich wenig Hilfe für die Bestimmung von Ziel und Inhalt der Nationaleinkommensberechnungen. . . In der Tat hinterläßt eine Überprüfung des Berichtes nicht den Eindruck, daß die Aufstellung von volkswirtschaftlichen Bilanzen in irgendeiner Weise zur Lösung der Probleme von Definition und Verteilung des Volkseinkommens beigetragen hätte.“<sup>37</sup>

Die Diskussionen über die theoretischen Grundlagen hatten jedoch keinen Einfluß auf die Verbreitung und Entwicklung der Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den kapitalistischen Ländern. Die eklektischen bürgerlichen ökonomischen Ansichten, von denen man sich bei der Ausarbeitung des Bilanzsystems leiten ließ, bilden ein „Gedankensystem“, sind Teile einer Ideologie, die sich für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einsetzt. Dies wird auch gut ersichtlich aus der Studie von Colm, in der über die wirtschaftspolitische Verwendung des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Vereinigten Staaten berichtet wird. Dort umschreibt Colm seine Auffassung von der gesellschaftlichen Bedeutung des Staates, die natürlich mit seinen Ansichten über die wirtschaftliche Bedeutung des Staates eng verbunden ist, so: „Die mächtigen auseinanderstrebenden Kräfte, mit denen wir es in einer Gesellschaft mit antagonistischen Gruppeninteressen zu tun haben, müssen durch eine zusammenhaltende Kraft kompensiert werden. Und es gibt eine solche mit großer Vitalität ausgestattete Kraft, nämlich die Erkenntnis, daß die Ziele der gesamten Gesellschaft über den Gruppeninteressen stehen. . . Die Erkenntnis der grundlegenden gegen-

<sup>36a</sup> *Jaszi, George*, The Conceptual Basis of the Accounts, A Re-examination. Studies in Income and Wealth, Bd 22, Princeton, 1958, S. 18.

<sup>37</sup> *Kuznets, Simon*, National Income: A New Version, in: „The Review of Economics and Statistics“, Discussion of the New Department of Commerce Income Series, August 1948.

seitigen Abhängigkeit der einzelnen Gruppen im Rahmen der gesamten Nationalwirtschaft spiegelt sich in dem wachsenden Interesse für statistische Anstrengungen, ein System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufzubauen, wider.“<sup>38</sup>

Die Auffassung Colms bedarf keines Kommentars. Sie offenbart die kapitalistischen Klasseninteressen, die sich hinter der Berufung auf „gesellschaftliche“ Interessen verstecken und von denen die wirtschaftsstatistischen Konstruktionen und deshalb auch die Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf den ersten Blick von den Klassengegensätzen weit entfernt zu sein scheinen, nicht unberührt bleiben können.

## V.

Wie wir bereits erwähnt haben, ist die Entwicklung der bürgerlichen Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stark von Keynes beeinflusst worden. Keynes hat auch selbst aktiv zum Ausbau dieser Systeme beigetragen. Colin Clark äußert sich dazu wie folgt: „Das zentrale Problem unserer statistischen Forschungen zur Untersuchung der Volkswirtschaft war seit der Einführung des neuen Kurses im Schatzamt durch Sir Winston Churchill und Lord Keynes im Jahre 1940 das Problem des Nationalprodukts, seines Wachstums und seiner Verteilung. So mußte es auch sein.“<sup>39</sup> Keynes wirkte nicht nur durch sein persönliches Interesse sowie durch den allgemeinen Einfluß seiner Auffassungen auf den Ausbau des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, er hat auch die Ausbildung des englischen Bilanzsystems direkt beeinflusst. So hat er zum Beispiel die Aufgliederung der Wirtschaft in Sektoren empfohlen und die Aufstellung von Produktions-, Investitions- und Finanzbilanzen befürwortet. In seiner Keynes-Biographie erwähnt Harrod<sup>40</sup>, daß Keynes R. Stone, den Fachmann, der sich in der Statistischen Zentralverwaltung mit diesen Fragen beschäftigte, zu seinem persönlichen Mitarbeiter machte. Stone besuchte wöchentlich dreibis viermal Keynes, der „bis ins kleinste gehendes Interesse für jede Einzelheit zeigte“. Hansen hat im Zusammenhang mit volkswirtschaftlichen Vorschlägen, die auf Grund der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufgestellt werden und eine Art von Vorausplanung sind, die seiner Meinung nach große praktische Bedeutung der Keynesschen Einflüsse betont: „Dieses Produkt der Entwicklung Keynesscher Gedankengänge ist ein bedeutender Bei-

<sup>38</sup> Colm, Gerhard, Experiences in the Use of Social Accounting in Public Policy in the United States, Income and Wealth, Serie I, Cambridge 1951, S. 96 f.

<sup>39</sup> Clark, Colin, Capital, in: „The Bankers Magazine“, Januar 1956. Zitiert nach Кудров, В., О методике пересчета и анализа национального дохода Англии, in: „Мировая Экономика и Международные Отношения“, Nr. 6 1958, S. 63.

<sup>40</sup> Harrod, R. F., Life of John Maynard Keynes, New York 1951.

trag nicht nur zum Verständnis des Funktionierens des Wirtschaftslebens, sondern gerade auch für die Entwicklung der Wirtschaftspolitik.“<sup>41</sup> Wie bereits erwähnt, hat die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre einen Gärungsprozeß in Gang gebracht, für den auch Keynes' „The General Theory of Employment, Interest and Money“ vom Jahre 1936 ein Ausdruck ist.<sup>42</sup> Zuvor hatte die bürgerliche Ökonomie die Frage des Beschäftigungsstandes nicht als ein zentrales Problem, ja, nicht einmal als wichtige Teilfrage des Gleichgewichtsproblems betrachtet. Die große Weltwirtschaftskrise zeigte jedoch nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Seite des Problems der Beschäftigung, wie auch seine Bedeutung nicht nur vom Standpunkt des „wirtschaftlichen Gleichgewichtes“, sondern auch allgemein vom Standpunkt der Aufrechterhaltung des Kapitalismus überhaupt auf. Keynes erkannte die Bedeutung der Frage der Beschäftigung sehr wohl. Darauf deutet auch der Titel seines Hauptwerkes „Allgemeine Theorie der Beschäftigung. . .“ hin. Bekanntlich hat die Keynesische Theorie eine sehr große Wirkung auf die bürgerliche Ökonomie ausgeübt – nach Studenski „hat Keynes der modernen Volkswirtschaftslehre eine neue Orientierung gegeben und so auch auf dem Gebiet der Analyse des Nationaleinkommens modernen Gedankengängen Bahn gebrochen“.<sup>43</sup> Dobb bemerkt: „Im Kapitalismus spricht man von der Möglichkeit der Vollbeschäftigung, seitdem Lord Keynes 1936 seine berühmte Theorie der Faktoren, die den allgemeinen Stand der Beschäftigung bestimmen, veröffentlicht hat. Diese Theorie hat zweifellos die traditionelle Auffassung in ihren Grundlagen erschüttert.“<sup>44</sup> Die wahrlich große Wirkung, die Keynes auf die bürgerliche Volkswirtschaftslehre ausübte, wurde von Mátyás<sup>45</sup> richtig damit erklärt, daß es Keynes am besten gelang, die Wirtschaftstheorie nach der Krise von 1929 bis 1932 den Verhältnissen der Allgemeinen Krise des Kapitalismus, den Bedürfnissen des Kapitals anzupassen. Die Keynesische Theorie hatte den Vorzug, daß nach ihr das Gleichgewicht auch bei fehlender Vollbeschäftigung – allgemein bei wechselndem Stand der Beschäftigung, zum Beispiel auch bei massenhafter Arbeitslosigkeit – hergestellt werden kann, und zwar je nach dem Verhältnis von Investitionen und Verbrauch. Kann doch nach Keynes über-

<sup>41</sup> Hansen, Alwin H., Business Cycles and National Income, New York 1951, S. 106.

<sup>42</sup> Keynes, John Maynard, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, S. 403.

<sup>43</sup> Studenski, Paul, The Income of Nations. Theory, Measurement and Analysis: Past and Present. A Study in Applied Economics and Statistics, New York 1958, S. 25.

<sup>44</sup> Dobb, Maurice, Politikai gazdaságtan és kapitalizmus. Tanulmányok a közzgazdaságtan multjából, ungarische Ausgabe, Budapest.

<sup>45</sup> Mátyás, Antal, A közzgazdaságtan története. A polgári közzgazdaságtan föbb irányzatai a marxizmus létrejötte után, Felsőoktatási Jegyzetellátó Vállalat, Budapest 1959, S. 146.

mäßige Spartätigkeit die Erweiterung von Produktion und Beschäftigung verhindern, weshalb für ihn Erhöhung der Investitionen eine so große Bedeutung hat.

Wie bekannt, kritisierte Keynes die Theorie des Gleichgewichts der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre. Er zeigte, daß im gegenwärtigen Kapitalismus die automatische Regelung durch Angebot und Nachfrage nicht mehr funktioniere, daß die Preise nicht mehr als Regulator wirkten, da die Preisgestaltung selbst von der Gestaltung des Nationaleinkommens abhängig sei. Es komme also darauf an, in der Erfassung und Erforschung des Nationaleinkommens Fortschritte zu machen, da der Weg zur Lösung der kapitalistischen Wirtschaftsprobleme über die Beeinflussung der Gestaltung des Nationaleinkommens gehe.

Unter den Bedingungen der nur teilweisen Beschäftigung sei es der monopolkapitalistische Staat, der über die entsprechenden Mittel zur Beeinflussung der Gestaltung des Nationaleinkommens verfüge. Im letzten Kapitel seines Hauptwerkes, unter der Überschrift „Abschließende Bemerkungen über die Gesellschaftsphilosophie, zu der die allgemeine Theorie führt“, wird als wichtigste Richtung für das Eingreifen des Staates die Intensivierung der Investitionstätigkeit bezeichnet, auch werden hier die einzelnen Formen und Gebiete des Eingreifens des Staates behandelt: „Ich meine, daß eine recht umfassende Vergesellschaftung der Investitionen der einzige Weg zur Annäherung an die Vollbeschäftigung sein kann.“ Gleichzeitig tritt Keynes auch gegen eine „Überschätzung der Vergesellschaftung“ auf: „Es ist nicht wichtig, daß der Staat Eigentümer von Produktionsmitteln wird.“ Keynes vertritt die Auffassung, daß die Krankheiten des Kapitalismus, die die Gefahr einer Katastrophe für das System in sich bergen, ohne „eine Änderung in seinem Wesen“ nur durch Eingreifen des Staates beseitigt werden können: „Ganz sicherlich wird die Welt nicht lange mehr Arbeitslosigkeit dulden, die. . . und meiner Meinung nach unvermeidlich, mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus in Zusammenhang gebracht wird. Eine Gesundung kann jedoch wohl durch eine richtige Analyse des Problems erfolgen, während gleichzeitig auch Leistungskraft und Freiheit aufrechterhalten werden.“<sup>46</sup> Das heißt, Keynes befürwortet monopolkapitalistische, staatliche Eingriffe zur Rettung des Systems der kapitalistischen Leistungskraft (= Profit) und der bürgerlichen Freiheit (= Privateigentum).

Wolodin weist ganz richtig in seinem Buch über Keynes darauf hin: „Wenn sich die Produktionsmittel in Privathand, in den Händen von Kapitalisten befinden, dann kann sich die Wirtschaft nur nach spontanen Gesetzen entwickeln, die unvermeidlich Arbeitslosigkeit, Krisen, Kriege und Elend der Werktätigen erzeugen. Der ‚Eingriff‘ des bürgerlichen Staates in das Wirtschaftsleben vermag die Gesetze der spontanen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft weder zu beseitigen noch zu verändern: die Jagd nach dem Profit

<sup>46</sup> Keynes, *John Maynard*, a. a. O., S. 378.

als einziges Ziel und Motiv der kapitalistischen Produktion, die zunehmende Verschärfung der Ausbeutung und des Elends der Volksmassen, die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion, die Wirtschaftskrisen, Kriege usw. Ja, ein „Eingriff“ kann nur insofern wirksam sein, als er diesen Gesetzen entspricht.“<sup>47</sup>

## VI.

In der bisherigen Etappe monopolkapitalistischer staatlicher Eingriffe zeigte sich eine außerordentlich enge Verbindung zwischen solchen Eingriffen und der Kriegs- und Rüstungswirtschaft. Obzwar Keynes als mögliche Ziele staatlicher Eingriffstätigkeit auch den Bau von Pyramiden und ähnliche, vom Standpunkt der Volkswirtschaft streng genommen zwecklose Tätigkeiten als der Belebung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage dienlich erwähnte, wurde in den imperialistischen Ländern die Aufrüstung als einzige „wünschenswerte Lösung“ wirtschaftlicher Schwierigkeiten, darunter auch der Arbeitslosigkeit, betrachtet.

Daraus erklärt es sich, weshalb die Verwendung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Interesse des monopolkapitalistischen, staatlichen Eingriffes auch so eng mit der Militarisierung der Volkswirtschaft zusammenhängt. Hoffmann, der die gegenwärtige Etappe des Kapitalismus in gewisser Weise von einem romantischen Standpunkt, von einer früheren Etappe des Kapitalismus ausgehend, kritisch betrachtet, erklärte in seinem 1954 erschienenen Buch<sup>48</sup> ganz offen, daß er das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als ein Mittel zur Militarisierung der Volkswirtschaft betrachte. Hoffmann erkennt nicht, daß der monopolkapitalistische staatliche Eingriff in das Wirtschaftsleben eine notwendige Begleiterscheinung der jetzigen Entwicklungsetappe der kapitalistischen Wirtschaft ist. Trotz seiner irrealen Grundauffassung ist jedoch das, was er kritisch über die Militarisierung der Wirtschaft und die Verwendung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sagt, in mancher Beziehung treffend: „Die Armee als Großabnehmer der Wirtschaft hat dieser kein sachlich-physisches Äquivalent zum Tausch zu bieten. Sie gibt ihr keine Waren zurück. Sie gibt ihr auch keine Arbeitskräfte regeneriert zurück, sondern entzieht ihr im Gegenteil noch solche... Die Rüstungswirtschaft steht außerhalb des volkswirtschaftlichen Prozesses, sie durchbricht ihn, stört ihn und droht ihn zu zerrütten.“

Hoffmann meint, daß das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein „Hilfsmittel für die Navigation, nachdem das Schiff schon Havarie erlitten hat“, sei. Im übrigen bringt Hoffmann das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das zur Lenkung des bereits „beschädigten Schiffes“

<sup>47</sup> Володин, В., Кейнс — идеолог монополистического капитала, Москва 1953, S. 63.

<sup>48</sup> Hoffmann, Werner, Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Berlin 1954, S. 23, 26 u. 27.



dienen soll, eindeutig zur Keyneschen Betrachtungsweise in Beziehung, indem er sich auf den Standpunkt stellt, daß der „Gedanke der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch die ‚Allgemeine Theorie‘ von J. M. Keynes seine eigentliche wissenschaftliche Legitimation erhalten hat. . .“

Hoffmann weist auch auf folgendes hin: „Seit der Lissabonner Konferenz der Atlantikpaktmächte im Februar 1952, auf der eine dreijährige Aufrüstungslast von 225 Mrd. Dollar auf die zwölf beteiligten Mächte unter Zugrundelegung ihres zu erwartenden Sozialprodukts verteilt wurde, hat eine Statistik, die bislang von den einen als Sache eines Zirkels von Fachleuten und von anderen als reine Gaukelei angesehen worden war, gewissermaßen den politischen Ritterschlag erhalten. Es ist klar, daß da, wo es jährlich um Milliardenbeträge geht, die Frage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ihrer Methodik, ihres volkswirtschaftlichen Aussagewerts zu einem Objekt nicht nur des wissenschaftlichen, sondern auch des politischen Interesses – und unvermeidlich auch der politischen Interessen – wird.“

Es ist kein Zufall, wenn die Ansichten Hoffmanns Aufsehen erregten und vielleicht die schärfste Kritik der letzten Jahre in der bürgerlichen Literatur erhielten. Bombach<sup>49</sup> verhehlt in seinem umfangreichen Angriff gegen das Buch Hoffmanns keineswegs seine Entrüstung darüber, daß Hoffmann seine Stimme gegen die Aufrüstung erhob. Gleichzeitig legt er auch sein eigenes „Credo“ dar: „In dem Buch wird viel von den Gefahren der ‚Rüstungswirtschaft‘ gesagt, so viel, daß das Buch mit demselben Recht auch unter dem Titel ‚Über die wirtschaftlichen Gefahren der Aufrüstung‘ herausgegeben werden könnte. Unserer Meinung nach ist es nicht Aufgabe der Theoretiker der Reproduktion, darüber zu entscheiden, ob es notwendig ist, aufzurüsten oder nicht. Darüber sollen die Politiker entscheiden. Das einzige, was der Wirtschaftstheoretiker tun kann, ist, nachdem die Aufrüstung entschieden wurde, Mittel zur Verfügung zu stellen, die der Verhütung der vom Verfasser dargelegten Gefahren dienen. Wir sind der Meinung, daß das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen hervorragenden Platz in der Reihe dieser Mittel einnimmt.“ Diese Betrachtung bedarf keines weiteren Kommentars.

<sup>49</sup> Bombach, Gottfried, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – eine Weltanschauung? In: Weltwirtschaftliches Archiv, Kiel 1955, Bd. 75, H. 1, S. 138

# Die Arbeiterausschüsse im Mansfelder

## Kupferschieferbergbau in der Zeit des ersten Weltkrieges

VON DIETER BAUDIS

Als im Jahre 1849 einige bürgerliche Abgeordnete des Frankfurter Parlaments dem volkswirtschaftlichen Ausschuß bei der Beratung der Gewerbeordnung den Vorschlag unterbreiteten, in den Fabriken Ausschüsse zu bilden, fand dieser keine sonderliche Beachtung, er wurde nicht einmal im Plenum behandelt. Die Bourgeoisie sah noch keine Veranlassung, in den Betrieben liberalere Methoden ihrer Herrschaft anzuwenden. Noch war die Klasse der Lohnarbeiter zu schwach, zu unorganisiert, zu wenig sich ihrer historischen Rolle bewußt, um der Ausbeuterklasse die Errichtung von Arbeiterausschüssen als taktisch notwendig erscheinen zu lassen.

Die Bourgeoisie änderte, wenn auch nur zögernd, ihre Haltung, als mit der zunehmenden Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Industrialisierung das Proletariat an Bedeutung gewann. Einzelne Unternehmer gingen von sich aus dazu über, in ihren Werken Arbeiterausschüsse zu bilden. Der erste bekannte Ausschuß dieser Art scheint 1861 in Neriges-Elberfeld entstanden zu sein.<sup>1</sup> In den nächsten Jahren folgten verschiedene andere Unternehmer, darunter Heinrich Freese, der die Idee der konstitutionellen Fabrik entwickelte. 1890 wurden vom Verein für Sozialpolitik bereits an vierzig Ausschüsse festgestellt.

Alle diese Ausschüsse entstanden nicht unmittelbar durch den Kampf der Arbeiter um die Verbesserung ihrer sozialen Lage, es handelt sich vielmehr durchweg um Gründungen, die der Initiative einzelner Unternehmer entsprangen. Aber diese Initiative wurde diktiert von der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung.

Sieht man die Einführung der Arbeiterausschüsse in diesem Zusammenhang, erscheinen sie keineswegs als freiwillige, uneigennützige Maßnahme fortschrittlicher Kapitalisten, als die sie oft gepriesen wurden, sondern als eine Abwehrmaßnahme gegen den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerk-

<sup>1</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 2, 4. Aufl. Jena 1924, S. 626. Alfred Peters glaubt allerdings in seiner Dissertation „Die Vorstufen der Betriebsräte“, Rostock 1922, die ersten Ausschüsse schon für 1819 und 1827 feststellen zu können.

schaften, gegen die erwachende Kampfbereitschaft der Lohnsklaven. Mit der Bildung der ersten Arbeiterausschüsse begann die Bourgeoisie der Arbeiterklasse gegenüber eine Taktik anzuwenden, die sie bis in die Gegenwart fortsetzt und deren Grundzug der Versuch ist, den hart aufeinanderprallenden sozialen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu mildern, ihn durch bestimmte Zugeständnisse abzuschwächen, um gleichzeitig die Arbeitskraft stärker ausbeuten zu können. Die Arbeiterausschüsse waren das Resultat aus der zunehmend an Einfluß gewinnenden organisierten Arbeiterbewegung und den gegenläufigen Bestrebungen der industriellen Bourgeoisie.

Nach dem Willen ihrer Initiatoren sollten die Arbeiterausschüsse nicht als Interessenvertretungen der Arbeiter, sondern als Mittel zur Wahrung bzw. Wiederherstellung des sozialen Friedens, als „Antistreich“-Ausschüsse fungieren. Ihre „Rechte“ beschränkten sich im allgemeinen darauf, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter der Betriebsleitung vortragen zu dürfen und an der Verwaltung vorhandener Wohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken.

Der größere, vor allem der bewußtere Teil der Arbeiterklasse lehnte die Ausschüsse ab und betrachtete sie zu Recht als Unternehmerorgane, deren Zielsetzung den Interessen der Arbeiterklasse diametral zuwiderlief. Da die Ausschüsse häufig nur mit Kantinenangelegenheiten beschäftigt waren, kam der Spottname „Bier- oder Saufausschuß“ auf.<sup>2</sup> Beträchtlicher als in der Arbeiterschaft differierten die Auffassungen in der Bourgeoisie über Wert und Unwert der neuen Einrichtung. Während die Montanindustriellen eine schroff ablehnende Haltung einnahmen, auf ihrem unumschränkten „Herr-im-Hause“-Standpunkt beharrten und die neue Einrichtung als den „Anfang vom Ende“ ihrer Herrschaft ansahen, standen die Vertreter der wirtschaftlich schwächeren, daher anfälligeren, verarbeitenden Industrie, besonders der mittleren, aber auch großen Betriebe, den Ausschüssen geneigter gegenüber. An sie konnte der Verein für Sozialpolitik appellieren, der eine allgemeine Einführung propagierte. In diesem Sinne wirkten Gustav Schmoller, Lujo Brentano, Max Sering und andere bekannte Kathedersozialisten und Sozialreformer.

Für das Jahr 1907 schätzte Heinrich Koch, der sich intensiv mit der Entwicklung der Arbeiterausschüsse beschäftigte, daß in etwa zehn Prozent aller Betriebe der Privatindustrie mit mehr als zwanzig Arbeitern Ausschüsse bestanden. Koch, der politisch dem Zentrum nahestand, zog eine Zwischenbilanz und kam dabei zu folgendem Ergebnis: „Die günstigen, ja teilweise glänzenden Erfahrungen bezüglich der Arbeiterausschüsse blieben vereinzelt. Die Ausschüsse . . . führten vielfach nur ein Scheindasein und sanken häufig zu völliger Bedeutungslosigkeit herab.“<sup>3</sup> Er sah jedoch nicht den objektiv gegebenen, unüberbrückbaren Klassengegensatz als Ursache dafür an, sondern machte die ablehnende Haltung von Arbeitern und Unternehmern für die „unerfreuliche

<sup>2</sup> Vgl. *Hirsch, Max*, Das Fiasko der Arbeiterausschüsse, in: „Die Neue Zeit“, Bd. 1, Jg. 25, 1907.

<sup>3</sup> *Koch, Heinrich*, Arbeiterausschüsse, München-Gladbach 1907, S. III.

Entwicklung“, die „nicht im Wesen der Institution selbst liegt“<sup>4</sup>, verantwortlich.

Eine besondere Entwicklung nahmen die Arbeiterausschüsse im Bergbau. Der Bergbau war der einzige Industriezweig, in dem die Arbeiter und ihre Verbände selbst für die Bildung von Arbeiterausschüssen eintraten und damit auf den härtesten Widerstand der Grubenherren stießen. Soweit hier ohne gesetzlichen Zwang Arbeiterausschüsse gebildet wurden, entstanden sie meist als Ergebnis von Streikbewegungen.

Die Bergarbeiter forderten Arbeiterausschüsse mit bestimmten konkreten Rechten, um der im Bergbau besonders barbarischen Ausbeutung besser Widerstand leisten zu können. Der Kampf richtete sich vor allem gegen das sogenannte Wagennuller, gegen das allzu häufige Verfahren von Überschichten und gegen die Vernachlässigung der Sicherheitseinrichtungen, die zu einer ständig steigenden Unfallquote geführt hatte. Die Änderung dieser Zustände war für den Bergmann im wahrsten Sinne des Wortes eine Lebensfrage.

1889 finden wir erstmalig beim Streik der Ruhrbergarbeiter die auch schriftlich formulierte Forderung nach einem Ausschuß von Vertrauensmännern, dessen einzige Aufgabe es sein sollte, dem Überschichtenunwesen und damit der verstärkten Ausbeutung, der Erhöhung der Unfallgefahr und dem frühzeitigen Verschleiß der physischen Kraft des Bergmannes entgegenzutreten. Gerade dieser Punkt erregte das größte Mißfallen der Zechenherren, die keinerlei Arbeitervertretung auf ihren Werken dulden wollten.<sup>5</sup>

Im gleichen Jahr streikten die Bergarbeiter in anderen Gebieten, zum Beispiel im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, in Niederschlesien und im Saargebiet. Einige Unternehmer hielten es für richtig, nunmehr Arbeiterausschüsse einzuführen. Aber diese Ausschüsse fanden bei den Arbeitern keine Resonanz, da sie sowohl ihrer Zusammensetzung als auch ihrer Aufgabenstellung nach nicht dem entsprachen, was die Arbeiter forderten, und daher von ihnen nicht als Arbeitervertretungen angesehen werden konnten.

Die Bergarbeiterbewegung der Jahre 1889/90 zwang die herrschende Klasse auf den Weg der Reformen, mit denen die erregten Massen beruhigt werden und die innenpolitische Situation stabilisiert werden sollten. Diesem Zweck sollten der kaiserliche Erlaß vom 4. Februar 1890<sup>6</sup> und die Novelle zur Gewerbe-

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Vgl. Hue, Otto, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Stuttgart 1913, Bd. 2, S. 368 f.

<sup>6</sup> In dem Erlaß heißt es: „Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden.“ Zitiert nach Hue, Otto, Die Bergarbeiter, a. a. O., S. 434.

ordnung vom 1. Juni 1891 dienen. Mit der Novelle wurden die Arbeiterausschüsse erstmals gesetzlich fixiert. Praktisch war sie ohne jede Bedeutung, da sie die Ausschüsse weder mit wirksamen Rechten ausstattete noch ihre Einführung obligatorisch machte, sondern sie vom Wollen oder Nichtwollen des einzelnen Unternehmers abhängig machte.

Bei den Verhandlungen in der Reichstagskommission und im Plenum selbst charakterisierte die sozialdemokratische Fraktion die vorgeschlagene Novelle als einen Betrug an den Arbeitern, als ein Palliativmittel zur Verhüllung der sozialen Gegensätze. Bebel sagte: „Das System von Arbeitervertretung, das Sie einführen wollen, ist nur ein Scheinsystem. Die Arbeiterausschüsse bedeuten danach nichts weiter, als was ähnliche Verfassungseinrichtungen auf politischem Gebiete bedeuten; sie sind das scheinkonstitutionelle Feigenblatt, mit dem der Fabrikfeudalismus verdeckt werden soll.“<sup>7</sup> Bebel war keineswegs gegen eine Fabrik- und Arbeitsgesetzgebung, aber er war nur für Gesetze, „die den Arbeitern nutzen“.<sup>8</sup> Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die geplanten Arbeiterausschüsse als „weiße Salbe“ ab und beantragte, den betreffenden Paragraphen zu streichen.

Der Kampf um Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems ist ein Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes, wenn durch ihn die Lage des Arbeiters verbessert werden kann. Dieser Kampf ist dem Kampf um die Beseitigung der Ausbeutergesellschaft untergeordnet und darf nicht im Widerspruch zu ihm stehen.<sup>9</sup> Die Weigerung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, an dem geplanten Gesetz mitzuarbeiten, war richtig, da die Lage des Arbeiters dadurch nicht verbessert, sondern seine Abhängigkeit verstärkt wurde.

Um die Einführung von Arbeiterausschüssen im Bergbau, die den Arbeitern wirklich nutzten, wurde indessen weitergerungen. Mehrfach wurde diese Forderung auf den Delegiertentagungen des freigewerkschaftlichen Verbandes der Bergarbeiter und der christlichen Bergarbeitervereine erhoben. Die Gewerkschaften, von den Zechenherren als Verhandlungspartner nicht anerkannt, versuchten auf dem Wege über die Einrichtung der Arbeiterausschüsse, sich in den Betrieben feste organisatorische Stützpunkte zu schaffen.

In dem Massenstreik der Ruhrbergleute im Jahr 1905 nahm unter den Forderungen der Streikenden die Bildung von Arbeiterausschüssen einen wichtigen Platz ein. Die Ruhrmagnaten hatten die Gewerbeordnungsnovelle von 1891 völlig ignoriert; auf keiner einzigen Grube des Oberbergamtsbezirks Dortmund existierte ein Arbeiterausschuß. Unter dem Eindruck des Massenstreiks konnte der als Interessenvertreter des Gesamtkapitals fungierende junkerlich-bourgeoise Staat die Haltung der extrem reaktionären Monopolisten von Rhein und Ruhr nicht mehr ohne Einschränkung akzeptieren. Die preußische Regierung

<sup>7</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. VIII. Legislaturperiode, I. Session, 1890/91, Bd. 4, Berlin 1891, S. 2324.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 2329.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu *Lenin, W. I.*, Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 418f.

sah sich gezwungen, dem Landtag den Entwurf eines neuen Berggesetzes vorzulegen.

Durch die Novelle zum preußischen Berggesetz vom 14. Juli 1905 erhielten die Arbeiterausschüsse eines großen Produktionszweiges in den wirtschaftlich bedeutendsten Gebieten Deutschlands „obligatorische“ Eigenschaft. Sie mußten in allen preußischen Bergwerken mit mehr als hundert Mann Belegschaft gebildet werden. Im übrigen war das Gesetz weit davon entfernt, die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft auch nur annähernd zu befriedigen.<sup>10</sup> Es bestätigte sich die Einschätzung Karl Liebknechts, daß vom kommenden Berggesetz „nichts zu erwarten“<sup>11</sup> sei.

Die Novelle erfuhr durch das Gesetz betreffend die Einführung der Sicherheitsmänner vom 28. Juli 1909 eine Ergänzung. Seit Jahren hatten die Bergarbeiterorganisationen gefordert, zur Bekämpfung der ständig steigenden Unfallquote auf den einzelnen Gruben vom Staat besoldete und vom Unternehmer unabhängige Kontrolleure aus den Reihen der Arbeiter einzusetzen. Doch erst nach der furchtbaren Katastrophe auf der Ruhrzeche Radbod am 12. November 1908, die 348 Bergarbeitern das Leben kostete, sah sich die preußische Regierung genötigt, das genannte Gesetz zu verabschieden. Die Forderungen der Bergleute hatten darin keine Berücksichtigung gefunden. Die Sicherheitsmänner waren Bergleute, die neben ihrer Arbeit ihre Funktion wahrnehmen und vom Unternehmer dafür entlohnt werden sollten. Die so zurechtgestutzten Arbeiterkontrolleure konnten ein weiteres Ansteigen der Unfälle nicht verhindern und wurden von den Arbeitern als „Unsicherheitsmänner“ tituliert.<sup>12</sup>

Als Beispiel für die Verknüpfung beider Gesetze wollen wir die Satzung für die Tätigkeit der Sicherheitsmänner und des Arbeiterausschusses der Mansfeldschen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft aus dem Jahre 1910<sup>13</sup> einer näheren Betrachtung unterziehen und damit zugleich die Frage untersuchen, ob die gesetzlichen Bestimmungen den Arbeiterausschüssen Möglichkeiten ließen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

<sup>10</sup> Selbst der „Bergknappe“, Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, stellte am 3. Juni 1905 fest, diese Ausschüsse seien keine Arbeitervertretungen, sondern Unternehmerschutztruppen: „Anständige Charaktere werden es sich überlegen, ehe sie solche Ämter annehmen.“ Zitiert bei Hue, Otto, Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen, in: „Sozialistische Monatshefte“, Bd. 1, Januar/Juni 1907, S. 17. Die Sozialdemokratie bezeichnete die Novelle als ein neues Ausnahmegesetz, als ein Trutzgesetz gegen die Bergarbeiter. (Vgl. hierzu die Broschüre: Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter, Berlin 1905.)

<sup>11</sup> Liebknecht, Karl, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 83f.

<sup>12</sup> Vgl. Hue, Otto, Die Bergarbeiter, a. a. O., S. 647.

<sup>13</sup> Akten des Betriebsarchivs des VEB Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“ (im folgenden: MA), Tit. IV, Nr. 121, Bd. I, Bl. 188–200.

Die ersten Punkte der Satzung betrafen die Wahl der Sicherheitsmänner. Jeder Sicherheitsmann wurde danach in unmittelbarer und geheimer Wahl von seiner Steigerabteilung gewählt. Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit waren bereits an derart viele Vorbedingungen geknüpft, daß ein großer Teil der unter Tage arbeitenden Belegschaftsmitglieder von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen war. Als Sicherheitsmann war ein Arbeiter zum Beispiel nur dann wählbar, wenn er mindestens dreißig Jahre alt war, ein Jahr „ununterbrochen“ auf dem gleichen Bergwerk und zwei Jahre auf gleichartigen Bergwerken desselben Bezirks gearbeitet hatte, fünf Jahre als Häuer tätig war, keine Gast- oder Schankwirtschaft betrieb oder mit einem solchen Gewerbetreibenden zusammen wohnte, die bürgerlichen Ehrenrechte sowie die deutsche Reichsangehörigkeit besaß und der deutschen Sprache „in Wort und Schrift“ mächtig war.

Diese einschränkenden Bedingungen genügten der Direktion noch nicht. Die Satzung sah die Befugnis des Oberbergamtes vor, Sicherheitsmänner zu ernennen, falls „die Arbeiter von dem Rechte der Wahl der Sicherheitsmänner keinen Gebrauch machen, oder Personen nicht vorhanden sind, die wahlberechtigt sind, oder gewählt werden können.“<sup>14</sup> Welcher Art so ernannte Sicherheitsmänner waren, kann man sich leicht vorstellen! Kam aber eine ordnungsgemäße Wahl nach den bestehenden Vorschriften zustande, so boten auch die Gewählten in den meisten Fällen die Gewähr dafür, daß dem Unternehmer daraus keine ernststen Schwierigkeiten entstanden.

Die Akten liefern dafür genügend Beweise, von denen wir uns auf ein Beispiel beschränken möchten. Bei den 1915 stattfindenden Wahlen zu den Arbeiterausschüssen berichtete die Bahnmeisterei am 30. 8. 1915 an die Ober-Berg- und Hütten-Direktion über den Ausgang der Wahl: „Die Gewählten nahmen die Wahl an. Beide Personen eignen sich als Arbeiterauschußmitglieder. Dieselben sind reichs- und königstreu.“<sup>15</sup> Andere Berichte haben den gleichen Inhalt.

Sicherlich kann man einwenden, die Verhältnisse im Mansfeldschen, im mitteldeutschen Saarabien, wie es damals hieß, seien nicht typisch für den gesamten deutschen Bergbau. Der Terrorismus der Mansfelder Grubenherren war ohne Zweifel besonders stark, die Arbeiterklasse in diesem Gebiet besonders schwach, beides auf Grund besonderer ökonomischer Verhältnisse. Aber der „Herr-im-Hause“-Standpunkt der deutschen Montanindustriellen war ebenso typisch für Mansfeld wie auch für das Ruhr- und Saargebiet, für Oberschlesien usw. Überall wurde die Tätigkeit der Ausschüsse durch die Unternehmer überwacht und hier und da auftretende Versuche, die Fesseln des Gesetzes zu durchbrechen, wurden im Keime erstickt. Daher ergaben sich zwischen den einzelnen deutschen Industriegebieten nur unwesentliche, graduelle Unterschiede.

Die Rechtlosigkeit und Bedeutungslosigkeit der Ausschüsse war allgemein. Die Arbeiter zeigten daher auch keine große Neigung, sich in die Ausschüsse wählen

<sup>14</sup> MA, a. a. O.

<sup>15</sup> MA, Tit. IV, Nr. 93, Bd. III, Bl. 17.

zu lassen. Hinzu kam die begründete Furcht, als Arbeitervvertreter dem zügellosen Terror der Unternehmer besonders ausgesetzt zu sein. Denn nur nominell besaßen die Sicherheitsmänner einen gewissen Kündigungsschutz. Ihnen durfte dem Buchstaben nach erst nach Ablauf der Wahlperiode, das heißt nach fünf Jahren, aus Gründen eventueller Produktionseinschränkungen usw. gekündigt werden. Unmittelbar anschließend aber werden in der Satzung einschränkende Bestimmungen genannt, wonach jedem Sicherheitsmann vor Ablauf der Wahlperiode gekündigt werden konnte,

- „1. wenn er seinen Verpflichtungen als Sicherheitsmann nicht nachkommt,
2. wenn sonst Tatsachen vorliegen, die ihn als nicht geeignet zur Fortsetzung seiner Tätigkeit als Sicherheitsmann erscheinen lassen,
3. wenn er seine Tätigkeit als Sicherheitsmann zu Zwecken mißbraucht, die mit seinem Amte als Sicherheitsmann nicht im Zusammenhang stehen,
4. wenn wichtige Gründe anderer Art vorliegen, die mit der Ausübung seines Amtes als Sicherheitsmann nicht zusammenhängen.“<sup>16</sup>

Faktisch hatte also der Unternehmer jede Möglichkeit, einen Sicherheitsmann aus beliebigem Grunde zu entlassen. Es gab noch einen anderen Weg, um sich unbequemer Arbeitervvertreter zu entledigen: das Amt eines Sicherheitsmannes erlosch, wenn die Steigerabteilung, in der er tätig war, aufgelöst wurde. Davon wurde in den folgenden Jahren des öfteren Gebrauch gemacht, wenn man auch zu solch einem Mittel nur in Einzelfällen griff, zumal andere, ebenso wirksame, in Anspruch genommen werden konnten.

Die Sicherheitsmänner waren zu irgendwelchen Anordnungen nicht befugt. Bei ihren Befahrungen, die überdies noch in Begleitung eines Aufsichtsbeamten stattfanden, konnten sie sich lediglich informieren und auf Mißstände hinweisen. Verpflichtungen für die Betriebsleitung entstanden daraus nicht. Ausdrücklich wird ferner festgestellt, daß der Sicherheitsmann bei seinen Befahrungen Besprechungen, „die, wie Lohnfragen, mit der Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter nicht zusammenhängen“ oder überhaupt „mit den Sicherheitsverhältnissen nichts zu tun haben“, zu unterlassen habe.<sup>17</sup> Die Mitglieder des Arbeiterausschusses waren aus den Reihen dieser Sicherheitsmänner zu wählen. Die Wahlen zum Arbeiterausschuß waren also indirekte Wahlen, wobei die direkt gewählten Sicherheitsmänner aus ihrer Mitte nun unmittelbar und in geheimer Wahl die Mitglieder des Arbeiterausschusses wählten. Dieses kombinierte Wahlsystem ergab die Möglichkeit, auch die Zusammensetzung des Arbeiterausschusses zu verschlechtern und einen unternehmerhörigen Ausschuß zu bilden.

Der allgemeinen Vorstellung der Unternehmer von den Arbeiterausschüssen entsprach die Aufgabenstellung. Unter Punkt 1 heißt es, er solle darauf hinwirken, „daß das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber erhalten bleibt oder wiederhergestellt

<sup>16</sup> MA, Tit. IV, Nr. 121, Bd. I, a. a. O.

<sup>17</sup> Ebenda.



wird.“<sup>18</sup> (Hier wird der bürgerliche Ursprung der sozialdemokratischen Theorie der Klassenharmonie deutlich. Nur wenig später wurde diese Formulierung von den deutschen sozialdemokratischen Führern fast wortwörtlich übernommen und schließlich in das Betriebsrätegesetz eingefügt.) Wirklich funktionsfähig wurde somit dieser Ausschuß erst im Falle von Arbeitsstreitigkeiten, insbesondere im Falle eines Streiks, zu dessen Untergrabung und Abwürgung er verpflichtet war. Die Erschütterung des kapitalistischen Systems durch Streiks zu verhindern oder sie schnell beizulegen – das war laut Gesetz die Pflicht und Hauptaufgabe der Arbeiterausschüsse.

Dieser Aufgabe völlig untergeordnet hatten die Ausschüsse immerhin einige Rechte. Von gewisser Bedeutung waren die Wahl eines Vertrauensmannes, der die Beladung der Wagen überprüfen und eine Übervorteilung der Bergarbeiter verhindern sollte, sowie die Teilnahme an der Verwaltung der Arbeiterunterstützungskasse. Alle weiteren Rechte waren nicht viel mehr wert als das Papier, auf dem sie geschrieben standen. Der Ausschuß durfte sich zu Fragen äußern, die sich auf das Wohl der Arbeiter bezogen, er konnte „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft . . . zur Kenntnis der Berginspektion . . . bringen und sich darüber . . . äußern.“<sup>19</sup> Das gleiche „Recht“ der Äußerung stand ihm zu beim Erlaß einer Arbeitsordnung oder einer Ergänzung dazu. Schließlich hatte der Arbeiterausschuß dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitsordnung von den Arbeitern gewissenhaft eingehalten wurde.

Von einem selbständigen Arbeiten des Ausschusses konnte keine Rede sein. Den Vorsitz führte der Ober-Berg- und Hüttendirektor oder sein Vertreter, der auch Zeit und Ort der Zusammenkunft und die einzelnen Punkte der Tagesordnung festlegte. Eine Überschreitung der Zuständigkeit führte zur Auflösung durch das Oberbergamt. Auch hatte man vorgesorgt, daß die Institution des Arbeiterausschusses nicht zur Organisierung der Arbeiter ausgenutzt werden konnte. Seine Tätigkeit war auf das einzelne Bergwerk beschränkt, für das er bestand.

Die hier dargestellte Satzung ist keine Mansfelder Besonderheit. Sie ist vielmehr typisch für alle Arbeiterausschüsse der damaligen Zeit. Der Wortlaut der Satzung leitet sich konsequent ab aus den Bestimmungen der Novelle zum preußischen Berggesetz vom 14. Juli 1905 und dem Gesetz betreffend die Einführung der Sicherheitsmänner vom 28. Juli 1909.

Bis zum ersten imperialistischen Weltkrieg hatten die Ausschüsse, die zwar an Zahl inzwischen erheblich zugenommen hatten, keine besondere Bedeutung für den Kampf der Arbeiter erlangen können. So findet sich zum Beispiel in den Berichten der preußischen Berginspektoren für 1906 keinerlei Hinweis auf eine Tätigkeit von Arbeiterausschüssen im Mansfelder Land<sup>20</sup>, und auch während

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> Vgl. Hue, Otto, Die Arbeiterausschüsse in der Praxis, in: „Sozialistische Monatshefte“, Bd. 1, Januar/Juni, 1907, S. 459.

des großen Streiks der Mansfelder Bergleute im Jahre 1909 ist eine Aktivität von Arbeiterausschüssen nicht nachweisbar. Mit längerer Dauer des Krieges und der sich ständig verschlechternden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Lage erkannte die herrschende Klasse mehr und mehr die Notwendigkeit, der Arbeiterschaft bestimmte neue Scheinkonzessionen zu machen, um sie vom Kampf gegen den Krieg und seine Auswirkungen abzuhalten und die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung zu verhindern. Das mit direkter Unterstützung der Gewerkschaftsführer zustande gekommene Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 verfolgte den Zweck, die Arbeitskraft der Nation möglichst vollständig den militärischen Erfordernissen dienstbar zu machen und gleichzeitig den sozialen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu verdecken, um die Arbeiterschaft zu einer „positiven Mitarbeit“ zu veranlassen. Während sich die Organe des imperialistischen Staates der ersten Aufgabe, Reserven an Arbeitskraft für die Kriegswirtschaft zu mobilisieren, noch annähernd gewachsen zeigten, mußten sie zwangsläufig an der Lösung der anderen Aufgabe scheitern.

Das Gesetz enthielt neben Bestimmungen, die, wie zum Beispiel die Aufhebung der Freizügigkeit, die Lage der Arbeiter direkt verschlechterten, als Köder eine Bestimmung über die Bildung von Arbeiterausschüssen in allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben mit mehr als fünfzig Arbeitern. In Betrieben mit mehr als fünfzig Angestellten war ein Angestelltenausschuß zu bilden. Zwar unterschieden sich die Befugnisse dieser Ausschüsse nur wenig von denen der bereits bestehenden: an erster Stelle stand wieder die Pflege des guten Einvernehmens zwischen der Arbeiterschaft und dem „Arbeitgeber“; außerdem hatten sie „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebs und seine Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern.“<sup>21</sup>

Aber die bloße Ablehnung einer Forderung der Arbeiter seitens des Unternehmers erschien unter den gegebenen Verhältnissen als ungenügend, ja, gefährlich. Deshalb wurde von der herrschenden Klasse eine neue Instanz, der Schlichtungsausschuß, ins Leben gerufen. Mit ihm entstand eine scheinbar überparteiliche Institution, die bei Streitigkeiten und beim Nichtzustandekommen einer Einigung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer von beiden Teilen in Anspruch genommen werden konnte. Die Ausschüsse waren paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der „Arbeiterschaft“ (das heißt aus Gewerkschaftsangestellten) und Vertretern der Unternehmer. Von nun an wurde „Parität“ zum „Zauberwort“.

In den Schlichtungsausschüssen stand der geschlossenen Front der Vertreter des Kapitals die schwankende oder gesplattene Front der reformistischen Ein-

<sup>21</sup> Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, in: Das Hilfsdienstgesetz und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Reichstage, Berlin 1917, S. 5.

flüssen unterliegenden und häufig verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen angehörenden „Arbeitervertreter“ gegenüber, die oft genug auch insgesamt den kapitalistischen Standpunkt zu ihrem eigenen machte. So fielen die Entscheidungen des Schlichtungsausschusses meist zugunsten des Unternehmers aus. Ließ die Lage aber keine andere Lösung zu und mußte gegen den Unternehmer entschieden werden, so war es ein leichtes, den Spruch, der nicht rechtsverbindlich war, nicht anzuerkennen, woraus sich keinerlei Folgen von Bedeutung für den Unternehmer ergaben. Die Arbeiter konnten jetzt lediglich vom Unternehmer den Abkehrschein verlangen, welcher sie dazu berechtigte, ihr Arbeitsverhältnis aufzugeben. Das Arbeitsverhältnis konnte überhaupt nur in einem solchen Falle gegen den ausdrücklich erklärten Willen des Unternehmers gelöst werden.

Das Hilfsdienstgesetz brachte außer den angeführten Bestimmungen keine besonderen Neuerungen und Erweiterungen der Rechte der Ausschüsse. Das hinderte aber die Führer der Gewerkschaften, die völlig auf das Niveau der Durchhaltepolitiker hinabgesunken waren, keineswegs daran, das Gesetz als eine „soziale Errungenschaft“ auf das wärmste zu begrüßen. Sie betrachteten es als ein willkommenes Mittel, um die aufkommende revolutionäre Bewegung wieder einzudämmen, wobei sie allerdings, wie sich bald herausstellen sollte, seine Wirkung vollkommen überschätzten.

Es ist aktenkundig, daß sich die Arbeiterausschüsse keiner besonderen Popularität im Proletariat erfreuten. Wenn auch die Gewerkschaftsführer eifrig darum bemüht waren, den Massen ihren neuesten „Erfolg“ anzupreisen, fanden sie doch damit nur wenig Anklang. Zu offensichtlich war das Mißverhältnis zwischen den vom Gesetzgeber den Ausschüssen eingeräumten Befugnissen und der Macht des kapitalistischen „Partners“, zu dünn die Tünche der „erweiterten Rechte“ der Arbeiter, um die Absicht der verstärkten und möglichst ungestörten Ausbeutung überdecken zu können. An einigen Beispielen aus dem Mansfelder Bergbaugebiet kann nachgewiesen werden, wie die Arbeiterausschüsse der Kriegszeit von der Gnade oder Ungnade der Unternehmer abhingen.

Der folgende Vorfall läßt außerordentlich deutlich werden, wie die Unternehmer unter Berufung auf die Gesetze jede organisatorische Sammlung der Bergarbeiter oder ein Zusammenarbeiten der bestehenden Ausschüsse verhindern konnten:

Am 6. Januar 1917 teilte der Bergmann Heinrich Singer, ein Mitglied des Arbeiterausschusses im Zirkelschacht der Mansfeldschen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft, dem Amtsvorsteher von Klostermansfeld die Absicht mit, im Orte eine Bergarbeiter-Ausschußsitzung stattfinden zu lassen. Dieser forderte darauf die Tagesordnung an, die auch eingereicht wurde. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„I. Begrüßung der Anwesenden und Ermahnung zur Einigkeit

II. Antrag an die Oberberg- und Hüttendirektion über notwendige Unterhaltungsgegenstände zum Beruf

### III. Antrag an dieselbe, um den gleichen Beitrag zur Arbeiterunterstützungskasse wie die Arbeiter (zu) zahlen.

Verschiedenes.

Politische Fragen sind ausgeschlossen.“<sup>22</sup>

Im Mansfeldischen – und nicht nur dort – waren die örtlichen staatlichen Organe vor ihren Entscheidungen immer bemüht, die Meinung der Direktion einzuholen, deren Auffassung dann als Direktive betrachtet wurde. So auch in diesem Falle. Auf ein diesbezügliches Schreiben des Amtsvorstehers antwortete die Direktion mit einer Ablehnung, da sie vermute, daß „im vorliegenden Fall offenbar eine allgemeine Bergarbeiterversammlung und nicht eine Bergarbeitersausschußsitzung geplant ist.“<sup>23</sup> Eine Bergarbeiterversammlung wurde von jeher als außerordentlich bedrohlich empfunden.<sup>24</sup> Aber auch wenn es sich „nur“ um eine Ausschußsitzung handeln sollte, wünschte die Direktion diese unbedingt zu verhindern.

Die auf Grund der berggesetzlichen Bestimmungen erlassene Satzung bot dazu genügend Handhabe. Danach konnte eine Ausschußsitzung nur von dem Vorsitzenden, das heißt dem Direktor oder seinem Vertreter, einberufen werden, der auch Ort und Zeit der Zusammenkunft und die Tagesordnung festzulegen hatte. Die Sitzungen hatten auf dem betreffenden Schacht stattzufinden. Die Direktion unterstellte, daß eine Bergarbeiterversammlung geplant war und bezeichnete in dem Schreiben den Einberufer der Versammlung, den Bergmann Singer, als „Wichtigtuier und Querulanten“, der „unter dem Deckmantel einer Ausschuß-Sitzung“ eine allgemeine Bergarbeiterversammlung abzuhalten gedenke, in der „unter Punkt II. und namentlich Punkt ‚Verschiedenes‘ der Tagesordnung sicherlich hetzerische Reden über die jetzigen Ernährungs- und Lohnverhältnisse geführt werden. Daß in jetzigen Zeiten eine solche Versammlung leicht bedenkliche Folgen haben kann, liegt auf der Hand. Sollte indessen, was nicht ganz ausgeschlossen ist, beabsichtigt sein, nicht eine allgemeine Bergarbeiterversammlung, sondern nur eine Zusammenkunft der Arbeiterausschüsse sämtlicher gewerkschaftlichen Schächte abzuhalten, so würde diese Versammlung insofern ungesetzlich sein, als nach § 80f des Allgemeinen Berggesetzes bzw. nach § 37 der oben angegebenen Satzung die Tätigkeit des Arbeiterausschusses auf das einzelne Bergwerk . . . beschränkt ist, für welches er besteht.“<sup>25</sup> Und abschließend bemerkt die Direktion: „Da nach unseren bisherigen Erfahrungen mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß zu der Versammlung auch Vertreter des sozialdemokratischen Bochumer Bergarbeiterverbandes erscheinen werden, kann u. E. über den hetzerischen Charakter der

<sup>22</sup> MA, Tit. IV, Nr. 42, Bd. XIV, Bl. 62d.

<sup>23</sup> Ebenda, Bl. 62a.

<sup>24</sup> In Wirklichkeit war geplant, eine allgemeine Zusammenkunft aller Arbeiterausschüsse der Mansfeldischen Gewerkschaft durchzuführen.

<sup>25</sup> MA, a. a. O., Bl. 62af.

Versammlung, gleichviel in welchem Rahmen sie sich abspielen wird, kein Zweifel sein.“<sup>26</sup>

Klarer kann die vollkommene Abhängigkeit der Ausschüsse kaum dargelegt werden. Der Aktenvorgang beweist gleichzeitig die Unterordnung der örtlichen Organe der Staatsgewalt unter das Kommando des Monpolkapitals, eine Unterordnung, die im Mansfelder Gebiet besonders ausgeprägt war. Die Versammlung fand nicht statt, der Obersteiger Blättermann berichtete am 15. 1. 1917 an die Direktion, „daß vom Amtsvorsteher die Genehmigung zur Abhaltung dieser Versammlung nicht erteilt worden ist und folglich letztere nicht hat stattfinden können.“<sup>27</sup>

Die Direktion betrachtete aber die Angelegenheit damit noch nicht als abgeschlossen. Direktor Ludwig erließ am 9. 2. 1917 eine Verfügung, „den Kläuber Singer auch weiterhin zu beobachten und gegebenenfalls über ihn zu berichten.“<sup>28</sup> Man geht kaum fehl in der Annahme, daß Singer außerdem in die „Schwarze Liste“ eingetragen wurde, die bei der Mansfeldschen Gewerkschaft seit geraumer Zeit existierte, wie aus einer Aktennotiz vom 13. 4. 1916 deutlich hervorgeht.<sup>29</sup> Hier wurden durch einen Spitzel, der über eine Versammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes berichtete, Namen der daran beteiligten, bei der Mansfeldschen Gewerkschaft in Lohn stehenden Arbeiter genannt. Vertraulich bemerkte Direktor Ludwig am Rande, es sei notwendig, „den nebenstehend Genannten vorsichtig zu verstehen zu geben, daß die Beteiligung von gewerkschaftlichen Arbeitern an Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen des Bochumer Bergarbeiterverbandes nach wie vor unerwünscht sei. Die Namen der betreffenden Leute sind in die Nachweisung über die nach dem Kriege etwa zu kündigenden Arbeiter aufzunehmen.“<sup>30</sup>

Der „Angriff“ war damit zunächst von den Unternehmern abgewehrt worden. Dennoch ließen sich weitere Organisationsversuche nicht verhindern. Der Kampf der Arbeiterklasse kann wohl erschwert, aber nie völlig unmöglich gemacht werden. Es kam hinzu, daß auch die Gewerkschaften, die im Mansfelder Land nur ein halblegales Dasein fristeten, an einer Verbindung mit den Arbeiterausschüssen besonders stark interessiert waren, um sich auf diesem Wege Stützpunkte und Einfluß in den Betrieben zu sichern.

Ein Häuer, Friedrich Otto, Sicherheitsmann und Mitglied eines Arbeiterausschusses, war die Seele des Kampfes um die Organisierung der Arbeiterklasse. Otto hatte ohne Genehmigung gemeinsame Versammlungen und vertrauliche Besprechungen mit Mitgliedern anderer Arbeiterausschüsse durchgeführt und versucht, eine Eingabe sämtlicher Arbeiterausschüsse an das königliche Oberbergamt zustande zu bringen. In einem Schreiben der Direktion

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Ebenda, Bl. 62c.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> In den Akten über den großen Streik des Jahres 1909 finden sich ebenfalls derartige Listen.

<sup>30</sup> MA, a. a. O., Bl. 36.

vom 9. 8. 1916 an den königlichen Bergrevierbeamten wurde er als Mittelsmann zwischen dem Bergarbeiterverband und den Ausschüssen bezeichnet. Schon am 22. Juni des gleichen Jahres hatte eine Besprechung zwischen der Direktion und dem königlichen Oberbergamt stattgefunden, in der auch der „Fall Otto“ Gegenstand einer Erörterung gewesen war. Formal waren alle Gründe gegeben, die zu seiner Entlassung führen konnten, da er die ihm nach der Satzung zustehenden Befugnisse als Sicherheitsmann und Mitglied des Arbeiterausschusses überschritten hatte. Im „Interesse der Landesverteidigung“ war aber davon abgesehen worden, gegen ihn vorzugehen.<sup>31</sup> Man fürchtete eine weitere Beunruhigung der Arbeiter.

Im zweiten Halbjahr 1916 konnte „agitatorische“ Tätigkeit nicht festgestellt werden. Anzeichen dafür machten sich erst im Januar 1917 wieder bemerkbar. Die Versammlung vom 14. Januar 1917, über die oben gesprochen wurde, war zwar nicht genehmigt worden und auch illegal nicht zustande gekommen. Die Arbeiter hatten sich aber protestierend an das Stellvertretende Generalkommando in Magdeburg gewandt, von wo ihnen der Bescheid erteilt wurde, die Versammlung sei zu Recht nicht genehmigt worden, da sie nur vom Vorsitzenden des Ausschusses einberufen werden könne. Sie beriefen daraufhin ohne Genehmigung eine neue Versammlung ein, die auch am 11. Februar stattfand. Hier wurde ein Vorstand gewählt, der die vereinigten Ausschüsse in ihrer Tätigkeit leiten sollte. Es ging darum, der Direktion bestimmte Forderungen zu stellen. Die Direktion sollte den gleichen Anteil für die Unterstützungskasse wie die Arbeiter einzahlen, die Löhne sollten erhöht und höhere Abschläge gezahlt und die Sicherheitsmänner angehalten werden, ihre Reviere öfter als bisher zu befahren. Wenn die Direktion die Forderungen nicht akzeptiere, müßte gestreikt werden. Die Arbeiter würden dabei sehen, daß sie die richtigen Männer gewählt hätten. Der Plan wurde von einem Teilnehmer an der Versammlung der Direktion verraten.<sup>32</sup> Eine weitere Versammlung, die am 25. März angesetzt war, wurde von der Gendarmerie aufgelöst.

Die „ungesetzliche“ Handlungsweise der Arbeiter – die Versammlung war nicht polizeilich angemeldet worden, sie war nicht vom Vorsitzenden ordnungsgemäß einberufen worden, ferner war eine gemeinsame Zusammenkunft aller Arbeiterausschüsse nicht gestattet – bot der Direktion den Ansatzpunkt, gegen die Wortführer der Arbeiter vorzugehen.

Sie beschloß, die Bewegung ihrer Führer zu berauben. Der Hauptstoß richtete sich dabei zunächst gegen den Häuer Otto als den Initiator. Hier wurde zu der Methode gegriffen, die Steigerabteilung, in der Otto beschäftigt war, aufzulösen, wodurch dieser sein Amt als Sicherheitsmann verlor und damit gleichzeitig aus dem Arbeiterausschuß ausschied. So geschehen am 31. März 1917.<sup>33</sup> Damit war die Möglichkeit gegeben, Otto zu kündigen. Die Kündigung erfolgte

<sup>31</sup> MA, Tit. IV, Nr. 93/1, Bd. III, Bl. 37.

<sup>32</sup> MA, Tit. IV, Nr. 42, Bd. XIV, Bl. 70a–74c.

<sup>33</sup> MA, Tit. IV, Nr. 93/1, Bd. III, Bl. 42.

am 17. 4. 1917.<sup>34</sup> Mit ihm wurde noch zwei anderen aktiven Arbeitern, Rosenbaum und Pustelni, ohne Angabe von Gründen gekündigt.

Noch am gleichen Tage setzte die Protestaktion der Arbeiter gegen die Maßregelung ihrer Kameraden ein. Vom Wolfsschacht berichtet der Betriebsführer Steinhoff zum Beispiel, daß der Häuer Willi Ballmann im Ankleideraum eine Petition von der Belegschaft unterzeichnen ließ. Steinhoff fand in demselben Raume einen Aufruf an die Belegschaft. Als er diesen mit der Bemerkung, er könne das Schreiben gleich selbst der Direktion einschicken, an sich nehmen wollte, versuchte ihn der Häuer Friedrich Erdmenger daran zu hindern.

Das Aktenstück ist vor allem wegen des Marginale, das von der Hand des Direktors Ludwig stammt, interessant und bedeutsam. Die Namen der Beteiligten sind unterstrichen und mit einzelnen Bemerkungen versehen. Ballmann wurde als „a. v.“ (arbeitsverwendungsfähig) bezeichnet, woraus hervorgeht, daß sich in diesem Falle nicht viel machen ließ. Ganz anders dagegen Erdmenger, der „k. v.“ war und von Ludwig „freigegeben“ wurde.<sup>35</sup> Der Ober-Berg- und Hütten-Direktor hielt es aber für besser, im Augenblick noch nicht in dieser Weise zu reagieren.<sup>36</sup>

Gleichgültig, ob nun der betreffende Arbeiter zum Militär eingezogen wurde oder nicht, verdienen die Randbemerkungen des Direktors Erwähnung, da sie zeigen, über welche Machtmittel die Unternehmer verfügten, um ein Auftreten der Arbeiterausschüsse für die Arbeiterinteressen zu verhindern. Daß aber die Einziehung von mißliebigen Arbeitern nicht nur vorgesehen, sondern auch angewandt wurde, beweist der Fall des gekündigten Häuers Rosenbaum, eines reklamierten Arbeiters, der am 28. April 1917 seinen Stellungsbefehl erhielt. Hierbei handelt es sich nicht etwa um einen Zufall, wie eindeutig aus einem Schreiben des Schlichtungsausschusses an die Ober-Berg- und Hütten-Direktion vom 14. Juni 1917 hervorgeht, in dem es heißt: „Wie uns das Stellvertretende Generalkommando mitteilt, ist der p. Rosenbaum am 1. 5. 17 vom Bezirkskommando Sangerhausen eingezogen worden, weil die Mansfelder Gewerkschaft dem Bezirkskommando mitgeteilt habe, daß Rosenbaum von ihr entlassen worden sei, weil er als Agitator tätig war und Unruhe im Betrieb stiftete.“<sup>37</sup> Der mit Rosenbaum entlassene Pustelni wurde ebenfalls bald nach den geschilderten Ereignissen eingezogen, wie aus einem von ihm geschriebenen Erlebnisbericht hervorgeht<sup>38</sup>.

Die Solidaritätsaktion der Bergleute für die Gemaßregelten beschränkte sich nicht auf Bittgesuche an die Direktion. Im Namen des Arbeiterausschusses des Hohenthal-Schachtes wandte sich der Häuer Friedrich Bauer an den Schlich-

<sup>34</sup> Ebenda, Bl. 41 a.

<sup>35</sup> MA, Tit. IV, Nr. 13, Bd. VI, Bl. 123/24.

<sup>36</sup> Ebenda. <sup>37</sup> Ebenda, Bl. 150.

<sup>38</sup> Vgl. Erlebnisbericht von Anton Pustelni, Eisleben, geschrieben November 1949, in: *Jonas, Wolfgang*, Erlebnisberichte der Mansfeld-Kumpel, Berlin 1957, S. 258.

tungsausschuß in Sangerhausen.<sup>39</sup> Es ging hier um die Entlassung des Häuers Rosenbaum.

Eine Anfrage des Schlichtungsausschusses wurde von der Direktion dahingehend beantwortet, daß es sich nicht um eine Entlassung, sondern um eine Kündigung handele, die angeblich jedem Vertragspartner jederzeit freistehe und bei der die Gründe, die dazu geführt hätten, „unerheblich“ seien. Man habe Rosenbaum gekündigt, weil er schon „seit längerer Zeit durch agitatorische Tätigkeit Unruhe unter der Belegschaft mehrerer . . . Schächte hervorzurufen“ suche.<sup>40</sup> Die Direktion hätte es daher „im Interesse der Kriegswirtschaft nicht länger verantworten können, sein Treiben weiter zu dulden“, und „unter Anwendung des § 5 der Arbeitsordnung Rosenbaum gleichzeitig mit der Kündigung aus der Belegschaft ausgeschlossen.“<sup>41</sup> Weiter wurde bezweifelt, daß Bauer im Namen des Ausschusses gehandelt habe. Schließlich ginge es in Sachen Rosenbaum „überhaupt nicht um eine Streitigkeit zwischen Arbeitgeber und Ausschuß über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen des Betriebes“<sup>42</sup>, so daß der Schlichtungsausschuß gar nicht in Anspruch genommen werden könne.

Gleichzeitig wurde eine Befragung der Arbeiterausschußmitglieder des Hohenthal-Schachtes vorgenommen, ob sie an der von Bauer unterschriebenen Eingabe an den Schlichtungsausschuß beteiligt seien. Die Ausschußmitglieder verneinten das und behaupteten, angeblich übereinstimmend, davon nichts zu wissen. Auch zur Überreichung einer Petition an die Ober-Berg- und Hütten-Direktion, die ebenfalls von Bauer weitergeleitet worden war, wollten sie ihre Zustimmung nicht geben haben.

Diese Vorfälle zeugen von der Wirkung der Einschüchterungsmethoden der Direktion. Die Ausschußmitglieder, sich völlig im klaren über die Grenzen ihrer Tätigkeit, fürchteten ein ähnliches Schicksal wie das der anderen Gemaßregelten und scheuten davor zurück, sich an die Spitze der Bewegung zur Wiedereinstellung der Entlassenen zu stellen. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter war zwar potentiell vorhanden, aber es fehlte eine organisierende Kraft, die in der Lage war, die Führung und Leitung zu übernehmen.

Treffend wird die Situation durch die Aussage des Ausschußmitgliedes Siebald charakterisiert, welcher behauptete, „daß er nur in Anbetracht der vielen Drängelei seiner Kameraden gegen die Absendung des Schriftstückes nichts einzuwenden habe; er persönlich wäre anderer Meinung und unterzeichne das Bittgesuch nicht, weil ihm auch die viele Schriftstellerei endlich zuwider wäre.“<sup>43</sup> Selbst Bauer, zur Rede gestellt, verwies ebenfalls darauf, er wäre „von seinen Kameraden zu der Eingabe geradezu gedrängt worden.“<sup>44</sup> Die Direktion gab ihm zu verstehen, daß nach der Ausschußsatzung sowie nach dem Hilfsdienstgesetz „die Angelegenheiten einzelner Personen von der Erörterung im Arbeiterausschuß überhaupt ausgeschlossen“ wären.<sup>45</sup>

<sup>39</sup> MA, a. a. O., Bl. 124c ff.

<sup>40</sup> Ebenda, Bl. 124c–124d.

<sup>41</sup> Ebenda, Bl. 124d.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Ebenda, Bl. 124f.

<sup>44</sup> Ebenda, Bl. 124g.

<sup>45</sup> Ebenda.



Die Argumente der Unternehmer, soweit sie sich auf gesetzliche Bestimmungen stützten, bestanden natürlich „zu Recht“, waren juristisch unantastbar, womit aber nur die Rechtlosigkeit der Ausschüsse, ihre Unfähigkeit, auf der Grundlage der gegebenen Gesetze Verbesserungen für die Arbeiter zu erzielen, bewiesen wird. Der auf die Arbeiter durch Drohung mit Entlassung, Aufhebung der Reklamation oder Einziehung zum Militär ausgeübte Druck, verbunden mit der Ausnutzung der bestehenden Gesetze, darunter der sogenannten sozialen, genügte zu dieser Zeit noch, um den Widerstand weitgehend zu unterdrücken. Diese Erkenntnis ist überaus wichtig, um die schimpfliche Haltung und Einstellung der Gewerkschaftsführer und der rechten sozialdemokratischen Parteifunktionäre zum Hilfsdienstgesetz und zu den Arbeiterausschüssen in ihrer Tragweite, die sich erst später so verhängnisvoll auswirken sollte, richtig einschätzen zu können.

Die Angelegenheit zog indessen weitere Kreise. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, M. d. R. Sachse, schrieb am 4. Mai 1917 an General Groener, den Leiter des Kriegsammtes, und wandte sich gegen die Entlassung der Arbeiter, wobei er besonders erwähnte, daß es sich hier um ein Mitglied des Arbeiterausschusses, ein Mitglied des Schlichtungsausschusses und einen Funktionär des Bergarbeiterverbandes handelte.<sup>46</sup> Er forderte die Rückgängigmachung der Entlassungen und der Einziehung des reklamierten Rosenbaum. Gleichzeitig kritisierte er die Aussperrungspraxis der Mansfeldschen Gewerkschaft, die am 23. April zwanzig Arbeiter wegen „Kohlendiebstahls“ auf vierzehn Tage ausgesperrt hatte und diese Praxis fortzusetzen gedachte. Dabei vertrat Sachse aber nicht die Interessen der Arbeiter, sondern betrachtete die Angelegenheit vom Gesichtspunkt der Rüstungsindustriellen und der Kriegsführung überhaupt, indem er betonte, daß ca. 2000 Arbeitstage dadurch verloren gingen. Er trat also als Interessenvertreter der Bourgeoisie gegen die kurzsichtige „Arbeiterpolitik“ der Leitung der Mansfeldschen Gewerkschaft auf.

Es war gerade dieser Gesichtspunkt, der Groener bewog, die Kriegsammtsstelle Magdeburg mit einer Untersuchung der Vorfälle zu beauftragen. Groener betonte, diese Handlungsweise „nur auf das schärfste mißbilligen“ zu können, andererseits sei sie bei den „in der Mansfelder Gewerkschaft führenden Personen“ kaum vorstellbar.<sup>47</sup> Nur ganz kurz dagegen bat er um eine Untersuchung und einen Bericht über die drei Entlassungen.

Am 17. Mai antwortete die Direktion auf die Anfrage der Kriegsammtsstelle Magdeburg unter anderem: „Den Grund zu der Ausschließung der drei Leute aus der Belegschaft hatte ihre hetzerische Tätigkeit gebildet, die schließlich zu einer Arbeitseinstellung der Förderleute des betreffenden Schachtes zu führen drohte, so daß wir es im Interesse der Kriegswirtschaft nicht verantworten konnten, ihr Treiben länger zu dulden.“<sup>48</sup> In demagogischer Art und Weise wurde hinzugefügt: „Wir sind überzeugt, daß der weitaus größte Teil der Belegschaft froh gewesen ist, nach Entfernung der drei Unruhestifter seiner Arbeit

<sup>46</sup> Ebenda, Bl. 136/37.

<sup>47</sup> Ebenda, Bl. 138.

<sup>48</sup> Ebenda, Bl. 134.

ungestört wieder nachgehen zu können. Jedenfalls machte sich als Folge unseres Vorgehens eine sichtliche Steigerung der Arbeitsleistung der Belegschaft des Schachtes bemerkbar.“<sup>49</sup>

Zur vorliegenden Angelegenheit ist dieses Schreiben die letzte in den Akten enthaltene Äußerung; ein Zeichen dafür, daß alles im Sande verlief, die staatlichen Stellen nicht weiter reagierten, vielmehr die Handlungsweise der Direktion stillschweigend akzeptierten. Die Direktion konnte daher ihre Offensive gegen die Arbeiterausschüsse ungestört weiterführen, um die Ausbeutung unter günstigeren Bedingungen fortzusetzen.

Von welcher Wirkung der Terror der Direktion gegen einzelne Arbeiter war, beweist folgender Vorfall, bei dem mit ähnlichen Praktiken wie im Fall Otto gearbeitet wurde. Ende Mai 1917 wurde ein Flügel des Hermannschachtes stillgelegt, in dem auch die beiden Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder Schmidt und Reinhardt gearbeitet hatten, die damit ihren Posten verloren. Es ist sicher, daß auch hier dadurch Möglichkeiten geschaffen werden sollten, um beide so schnell wie möglich entlassen zu können. Schmidt und Reinhardt hatten an den gemeinsamen Sitzungen der Arbeiterausschüsse teilgenommen. Die ihnen drohende Gefahr der Entlassung war offensichtlich, und beide waren sich ihrer auch bewußt. Sie sandten ein gemeinsames Schreiben an die Direktion, dessen unterwürfiger Ton bezeichnend ist und sich nur durch den hohen Grad der Abhängigkeit der Arbeiter des dortigen Gebiets vom Kupferbergbau und durch die Furcht vor der Einberufung erklären läßt. In dem Schreiben vom 3. Juni 1917 teilen sie ihren „Entschluß“ mit, ihre Ämter niederzulegen und versprechen, sich fernerhin „bei irgendeiner Wahl zu Sicherheitsmännern nicht wieder zu beteiligen“, auch eine Wahl nicht anzunehmen, da sie zu der Ansicht gekommen seien, „daß das ein sehr undankbarer Posten ist und wir wollen unsere Haut für die Belegschaft nicht zum Markte tragen.“<sup>50</sup> Es folgt schließlich die Bitte, „von einer Maßregelung gegen uns absehen zu wollen, da wir doch nur das Sprachrohr zwischen der Belegschaft und der Direktion gefüllt haben, und wir geglaubt haben, daß wir als Vertreter der Belegschaft dies tun mußten, sonst kann uns doch wohl niemand etwas nachsagen. Sollte in den Sitzungen einmal ein Wort gefallen sein, was nicht richtig oder angenehm war, so bitten wir nachträglich um Entschuldigung und Verzeihung.“<sup>51</sup>

Der Spezialist der Mansfeldschen Gewerkschaft für Arbeiterfragen, Weißleder, bemerkt dazu, es wäre „wohl schon aus allgemeinen Gründen geboten, von einer Kündigung im vorliegenden Falle solange Abstand zu nehmen, als die Antragsteller nicht von neuem einen besonderen Anlaß zur Unzufriedenheit geben.“<sup>52</sup> Es ist nicht bekannt, ob die beiden Arbeiter dennoch oder eventuell später entlassen wurden.

<sup>49</sup> Ebenda.

<sup>50</sup> MA, Tit. IV, Nr. 93/1, Bd. III, Bl. 52.

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> Ebenda, Bl. 50.

Der geschilderten Entwicklung entsprachen die Ergebnisse der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen, die im Mansfelder Land im Laufe des Juni 1917 stattfanden. Die Wahl erstreckte sich nicht auf die Schächte, da für diese nicht das Hilfsdienstgesetz, sondern das preußische Berggesetz Gültigkeit hatte. Hier hatten die letzten Wahlen im Jahre 1915 stattgefunden, die nächsten waren also erst 1920 fällig. Die Wahlen vom Juni 1917 betrafen nur alle übrigen größeren Betriebe der Mansfeldschen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft (Hütten, Walzwerke, Bauverwaltungen usw.).

Vorsorglich hatte man ein halbes Jahr verstreichen lassen, ehe diese Wahlen durchgeführt wurden. Man hatte die Zeit genutzt, um den Widerstand der Arbeiter, der sich 1916/17 bemerkbar machte, schonungslos zu brechen und einen der Direktion günstigen Boden für die „freien“ Wahlen zu schaffen. Schon die geringe Wahlbeteiligung ist auffällig. Von 4152 wahlberechtigten Arbeitern und Arbeiterinnen beteiligten sich nur 1841 = 44 Prozent an der Wahl.<sup>53</sup> Männer und Frauen beteiligten sich etwa gleich stark. Bei den Frauen lag die Beteiligung sogar bei knapp 45 Prozent. In den einzelnen Betrieben schwankte sie zwischen 16 und 92 Prozent. In einigen Betrieben mußte der Arbeiterausschuß vom Werkleiter berufen werden, da überhaupt keine Vorschlagsliste vorgelegen hatte. Schließlich war in manchen Betrieben nur eine Vorschlagsliste eingegangen; darauf wurde von einer Wahl Abstand genommen und der Ausschuß auf Grund dieser Vorschlagsliste als gewählt betrachtet.

Es ist bezeichnend, daß von den fünf Betrieben, in denen das der Fall war, in dreien überhaupt kein Arbeiter in den Ausschuß kam, der nicht dem Reichstreuen Verein<sup>54</sup> angehörte, und in einem weiteren Betrieb nur ein einziger. Insgesamt gehörten 64 Prozent der gewählten Ausschußmitglieder dem Verein Reichstreuer Berg- und Hüttenleute an. Dennoch war es nicht gelungen, die Wahl von Ausschüssen, in denen die Reichstreuen gegenüber den übrigen in der Minderheit waren, völlig zu verhindern. In fünf von sechzehn Betrieben bestand die Mehrheit aus Arbeitern, die nicht Mitglieder des Vereins waren. Daraus jedoch schließen zu wollen, daß hier überall wirkliche Interessenvertreter der Arbeiter im Ausschuß saßen, wäre verfehlt. Man hatte es stellenweise für notwendig befunden, andere „bewährte“ Leute in den Ausschuß hineinzuschieben als die vielfach kompromittierten Vereinsmitglieder. Andererseits befanden sich auch unter den Reichstreuen mitunter Arbeiter, die den Unternehmern nicht genehm waren.

Aufschlußreich für eine Einschätzung der Wahlen sind die Berichte über die „Vertrauenswürdigkeit“ der Ausschüsse, welche die Direktion von den einzelnen Betrieben verlangte. In den Berichten sind gewöhnlich die Gewählten namentlich aufgeführt und die Namen derer, die nicht dem Reichstreuen Verein angehörten, mit einem roten Kreuz versehen. Dann folgen kurze Be-

<sup>53</sup> Das Zahlenmaterial ist der Akte Tit. IV, Nr. 93, Bd. I, Bl. 2a, entnommen.

<sup>54</sup> Der Verein Reichstreuer Mansfelder Berg- und Hüttenleute war eine von den Unternehmern aufgezone und unterhaltene Arbeiterorganisation.

merkungen zu den Ausschüssen, so zum Beispiel, daß es sich um „ruhige, ordnungsliebende Leute von königstreuer Gesinnung“ handle und daß „nachteiliges... über dieselben nicht bekannt“ sei.<sup>55</sup> Auch einzelne Mitglieder wurden charakterisiert, zum Beispiel als „überzeugter Sozi“, „Großmaul“, als „lästig angezeigt“ oder „von seiner Würde als Arbeitervertreter besonders eingenommener Mensch“.<sup>56</sup>

Aus den Berichten geht hervor, daß die Direktion nur mit dem Wahlergebnis in einem Werk, und zwar dem bedeutendsten, der Arbeiterzahl nach größten dieser Betriebe, dem Kupfer- und Messingwerk Hettstedt, nicht zufrieden war. In diesem Werk waren zwei Wahllisten aufgestellt worden:

Liste 1 von den Ortsgruppen des Reichstreuen Verbandes und Liste 2 „von einer Gruppe anderer Arbeiter, welche lebhaft für ihre Liste Stimmung gemacht, indem sie versprach, daß ihre Anwärter für eine allgemeine 8stündige Schicht, höhere Löhne, mehr Aborte und bessere Waschräume sorgen würden.“<sup>57</sup> Bei einer Wahlbeteiligung von 74 Prozent wurden 27 Vertreter der Liste 2 und nur 3 Vertreter der Liste 1 gewählt. Hier hatten es einige mutige, entschlossene Arbeiter gewagt, der Unternehmerwillkür offen zu trotzen.

Die Direktion setzte sofort alle Hebel in Bewegung, um sich dieses Ausschusses zu entledigen. Bald nach seiner Wahl hatte sich der Ausschuß mehrere Male vergeblich an die Direktion gewandt, um unter Hinweis auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten eine Erhöhung der Löhne und die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu fordern. Am 26. August 1917 wandte sich der Ausschuß daher an den Schlichtungsausschuß Sangerhausen, da er nicht mehr in der Lage wäre, „das gute Einvernehmen der Arbeiter gegenüber der Direktion aufrechtzuerhalten“.<sup>58</sup> Der Schlichtungsausschuß forderte die Direktion auf, eine Erklärung zu dieser Frage abzugeben. Die Direktion erkannte den Antrag des Arbeiterausschusses überhaupt nicht an, da der Ausschuß aus zehn Personen bestünde, aber nur fünf Personen unterzeichnet hätten. Auch andere Formfehler wurden geltend gemacht. Die Lohnforderungen selbst wurden als unberechtigt bezeichnet, und eine weitere Erhöhung der Löhne wurde abgelehnt. Außerdem wurde mitgeteilt, daß zwei Unterzeichner inzwischen „abgekehrt“ wären.

Wie es sich wirklich mit dieser „Abkehr“ verhielt, geht aus einem Schreiben des Arbeiters Friedrich Reinicke vom 20. September 1917 hervor.<sup>59</sup> Danach war das Ausschußmitglied Bauerhin zwei Tage nach der Eingabe an den Schlichtungsausschuß ohne Angabe von Gründen entlassen worden. Drei Tage später, am 1. September, wurde ein anderes Mitglied des Ausschusses entlassen. Die Zumutung der Direktion, nach einem Schacht überwiesen zu werden, wo er gegen geringeren Lohn arbeiten sollte, war von diesem abgelehnt worden. Eine weitere Woche später, am 8. September, wurden alle übrigen Mitglieder des Ausschusses entlassen. Eine Ausschußsitzung, die von den Mitgliedern nach der

<sup>55</sup> MA, Tit. IV, Nr. 93/3, Bd. I, Bl. 52.

<sup>56</sup> Ebenda, Bl. 46.

<sup>57</sup> Ebenda, Bl. 5, 24.

<sup>58</sup> Ebenda, Bl. 65b.

<sup>59</sup> Ebenda, Bl. 67b.

Entlassung Bauerhins beantragt worden war, fand nicht statt, da die Direktion auf den Antrag überhaupt nicht reagierte.

Nach der Auflösung des Ausschusses hätten die Ersatzmänner nachrücken und einen neuen Ausschuß bilden müssen. Auf diese wurde aber ein derartiger Druck ausgeübt, daß sie, um sich vor einer Maßregelung zu schützen, sämtlich das Amt eines Ausschußmitgliedes ablehnten. Somit waren Neuwahlen notwendig geworden, die diesmal im Sinne der Direktion ausfielen. Reinicke stellte auf Grund dieser Vorfälle im Namen des alten Ausschusses den Antrag, „die gemäßregelten Mitglieder wiedereinzustellen und die bereits gewesenen neuen Ausschußwahlen für ungültig zu erklären.“<sup>60</sup>

Die Direktion dagegen behauptete dem Schlichtungsausschuß gegenüber, daß sie sich bezüglich des Ausschußmitgliedes Bauerhin mit dem Kriegsamt in Verbindung gesetzt habe, das sich ebenfalls „nach Einsichtnahme in die Akten auf den Standpunkt stellte, daß Bauerhin zu entfernen wäre.“<sup>61</sup> Die übrigen Entlassungen führte sie auf einen angeblichen Rückgang der Rüstungsaufträge zurück. Elf ehemalige Bergleute seien daher auf die Schächte verlegt und 63 Arbeiter gänzlich entlassen worden.

Man kann also feststellen, daß im September 1917 im Kupfer- und Messingwerk Hettstedt ca. 70 fortschrittliche Arbeiter entlassen wurden. Die nachfolgenden Sätze aus dem Schreiben der Direktion an den Schlichtungsausschuß vom 28. 9. 1917 bestätigen das: „Daß wir bei Arbeitsmangel nicht die besten und ältesten Arbeiter entlassen, sondern in erster Linie die während des Krieges hier untergeschlüpfen Aufwiegler, selbst wenn sie Ausschußmitglieder gewesen sind, kann uns niemand verargen. Jedenfalls sind sie nicht wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Ausschusses, sondern lediglich deshalb entlassen worden, weil sie den Anordnungen der Betriebsleiter und Meister Widerstand entgegensetzten und ihre Mitarbeiter zu solchem Vorgehen ebenfalls anzustacheln versuchten.“<sup>62</sup> Die beantragte Ausschußsitzung habe deshalb nicht stattgefunden, weil kein ordnungsgemäßer Antrag eingegangen sei. Auf dem Antrag hätten die Unterschriften gefehlt.

Das war sicher darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter neue Repressalien gegen die Unterzeichner fürchteten. Aber die Methode, Formfehler, welche meist auf mangelnde Kenntnis der Gesetze durch die Arbeiter, oder, wie hier, auf Terror zurückzuführen waren, dazu zu benutzen, diese Gesetze völlig unwirksam zu machen, ist damals wie heute besonders typisch für den Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Weiter wurde behauptet, die Ausübung eines Druckes auf die Ersatzleute sei ganz unzutreffend. Auf die Frage, ob sie das Amt eines Ausschußmitgliedes annehmen wollten, hätten „sämtliche Ersatzleute ohne weiteres erklärt, daß sie ablehnen möchten, mehrere von ihnen mit der Begründung, daß ihre Kameraden ihnen in den Rücken fielen, indem sie erst Behauptungen aufstellten, die sie dann später der Direktion gegenüber ableugneten.“<sup>63</sup>

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Ebenda, Bl. 67c.

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> Ebenda.

Allerdings hatten sich inzwischen Szenen abgespielt, die für die Methoden der Mansfeldschen Grubenbarone bezeichnend sind. Die Direktion ließ unter den Arbeitern des Werkes Listen kursieren, in denen sie durch Unterschrift erklären mußten, daß die bestehenden Löhne hoch genug und sie mit ihnen vollkommen zufrieden wären.<sup>64</sup> Die Furcht vor Entlassung veranlaßte fast alle Arbeiter, die wenige Wochen zuvor noch energisch für eine Lohnerhöhung eingetreten waren, die Unterschrift zu leisten. Der inzwischen neu eingesetzte, nur aus Reichstreuen bestehende Ausschuß konnte daher auf eine Anfrage des Schlichtungsausschusses frech behaupten, daß ein Lohnstreit zwischen der Belegschaft und der Direktion nicht bestehe. Dieser sah deshalb die Angelegenheit für erledigt an.

Damit ging auch diese Phase in der Entwicklung der Mansfelder Arbeiterausschüsse allmählich ihrem Ende entgegen. Die sowohl objektive als auch teilweise subjektive Unfähigkeit der Arbeiterausschüsse zur Vertretung der Arbeiterinteressen war so eklatant unter Beweis gestellt worden, daß die Arbeiter die Zwecklosigkeit, sich in ihrem Kampf auf diese Organe zu stützen, erkannten und nach anderen Mitteln und Wegen zu suchen begannen. Zur Abrundung des Bildes sollen aber noch einige andere Tatsachen angeführt werden.

In einem anderen Betrieb der Mansfeldschen Gewerkschaft wurde am 5. 7. 1917 in einer Arbeiterausschußsitzung eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 20 Prozent gefordert, begründet durch die ständig steigenden Lebenshaltungskosten. Der Vertreter der Direktion behauptete, daß diese der Lohnfrage „durchaus wohlwollend gegenüber stehe“, erkannte auch die schwierige Lage der Arbeiter an, um dann über die gestiegenen Selbstkosten zu lamentieren und zu betonen, „daß unter den jetzigen, durch den Krieg herbeigeführten Verhältnissen jeder einzelne bestrebt sein müsse, sich nach Möglichkeit einzuschränken und durchzuhalten.“<sup>65</sup> Schließlich wurde eine Erhöhung der Löhne strikt abgelehnt. Man schritt zur Abstimmung, und das Erstaunliche ergab sich: Die Ausschußmitglieder stimmten mit Mehrheit gegen ihren eigenen Antrag. Sieben Stimmen wurden gegen den Antrag und nur vier dafür abgegeben.

Auf einer Sitzung des Arbeiterausschusses der Gottesbelohnungshütte am 11. Juni 1917 wies der Vertreter der Direktion zur Frage der Lohnerhöhungen darauf hin, „daß es nach jeder Richtung hin unsinnig sei, Forderungen solcher Art zu erheben und daß dies durchaus nicht dem Zweck des Ausschusses entspräche.“<sup>66</sup> Die Arbeiter waren auch angeblich „einsichtig genug“, ihre Anträge zurückzuziehen. Auch dieser Vertreter erkannte dabei aber die elende Lage der Arbeiter an. Seine Haltung motivierte er in einem Bericht an die Direktion mit folgenden aufschlußreichen Worten: „Der Lohnfrage durch eine

<sup>64</sup> „Volksblatt“, Halle, vom 8. Oktober 1917, in: MA, a. a. O., Bl. 71a.

<sup>65</sup> MA, Tit. IV, Nr. 93/4, Bd. I, Bl. 4f.

<sup>66</sup> Ebenda, Bl. 7.

allseitige Erhöhung auf den Hütten zu begegnen würde sich m. E. nicht empfehlen, auch schon aus dem Grunde, weil eine solche Maßnahme als ein Zurückweichen vor den neuen Ausschüssen ausgelegt werden könnte.“<sup>67</sup> Er empfahl dagegen eine allmähliche Steigerung der Löhne auf Grund der durch die einzelnen Werksleitungen festzusetzenden Gedingesätze. Man konnte also sehr wohl die Löhne erhöhen, aber es ging darum, eine nicht länger zu umgehende Lohn-erhöhung für die Arbeiter nicht als Erfolg des Kampfes der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, sondern als neuen Beweis der Gnade und des Wohlwollens der Unternehmer erscheinen zu lassen.

Daß aber der Arbeiterausschuß der Gottesbelohnungshütte nicht ganz so „einsichtig“ war, wie man es gern gesehen hätte, beweist die Tatsache, daß er es verstand, die Angelegenheit dennoch vor den Schlichtungsausschuß zu bringen. Am 5. September 1917 fand die Verhandlung statt. Der als Sachverständiger geladene Gewerberat Hartmann vertrat die Auffassung, die Arbeiter könnten die früheren Lohnsteigerungen als genügend betrachten. Letztlich einigte sich der Schlichtungsausschuß mit dem Arbeiterausschuß auf folgende betrügerische Formel:

„Der Arbeiterausschuß zieht seinen Antrag auf Lohnerhöhung zurück. Die Mansfeldsche Gewerkschaft verpflichtet sich, . . . der Lohnfrage eine wohlwollende Berücksichtigung zuteil werden zu lassen und, wenn die Verhältnisse es zulassen, eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen.“<sup>68</sup>

Darauf entwickelte sich ein Scheingefecht zwischen dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses und dem anwesenden Vertreter der Mansfeldschen Gewerkschaft, der die Abmachung erst der Direktion zur Entscheidung vorlegen wollte. Der Vorsitzende stellte fest, daß damit eine Verschiebung der Angelegenheit und eine neue Terminaberaumung verbunden wären, womit er nicht einverstanden sein könne. Falls der Direktionsvertreter seine Unterschrift verweigere, müßte der Schlichtungsausschuß seinen Spruch fällen. Der Vertreter der Direktion bemerkt: „Dem Vorsitzenden schien äußerst viel daran gelegen zu sein, den Lohnstreit auf die erstere Weise zu erledigen.“<sup>69</sup> Ein Spruch des Schlichtungsausschusses hätte nur den Arbeitern Recht geben können, was dieser als „Unparteiischer“ tunlichst vermeiden wollte. Der Mansfeld-Vertreter leistete daher die Unterschrift. Über die Motive dazu gibt er uns folgendermaßen Auskunft: „In Anbetracht dessen, daß die vorgenannte Abmachung, ohne positive Konzessionen zu enthalten, sich mit dem gewerkschaftlichen Aushange vom 27. Juli d. Jhs. . . dem Sinne nach deckt, eine Ablehnung der Unterschrift infolgedessen die Absichten der Gewerkschaft in ein schiefes Licht vielleicht hätte setzen können und weil auf der anderen Seite ein dem Antrage des Arbeiterausschusses entgegenkommender Spruch des Schlichtungsausschusses, wenn auch für die Gewerkschaft nicht bindend, so doch geeignet gewesen wäre, weitgehende Unruhe unter der Gesamtbelegschaft hervor-

<sup>67</sup> Ebenda, Bl. 7f.

<sup>68</sup> MA, Tit. IV, Nr. 93/3, Bd. I, Bl. 65a.

<sup>69</sup> Ebenda.

zurufen, habe ich es für erforderlich gehalten, die Unterschrift zu leisten.“<sup>70</sup> Der Vorfall ist bezeichnend für die Arbeitsweise der Schlichtungsausschüsse, dieser neuen, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragenden Institution zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Jeden Organisationsversuch der Arbeiter trachtete man auch weiterhin mit allen Mitteln zu verhindern. Die Verbote wurden jetzt auf die Versammlungen des Verbandes der Bergarbeiter ausgedehnt, gleich, ob es sich um öffentliche oder um Mitgliederversammlungen handelte. Selbst dieser in der Hand der Durchhaltepolitiker befindliche Verband erschien den Unternehmern in Mansfeld als gefährlich. Alle Beschwerden des Verbandes an das Kriegsministerium und die örtlichen Staatsorgane bleiben erfolglos. Auch darin zeigt sich die Unterordnung des Staatsapparates, der mit den Unternehmern Hand in Hand arbeitete, unter die Macht der Monopole.

Die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über die Bildung von Arbeiterausschüssen wurden allgemein in ganz Deutschland nur sehr zögernd durchgeführt. Das war möglich, da die Bildung der Ausschüsse den einzelnen Unternehmern oblag. Von diesen erkannten viele nicht den wahren Charakter des Gesetzes, das ihren Interessen nur dienlich sein konnte. Sie glaubten, in den Ausschüssen ein Mittel des Umsturzes sehen zu müssen, und setzten sich daher gegen sie zur Wehr. Eine solche Einstellung konnte aber für den junkerlich-bourgeoisien Staat gefährlich werden. Das Gesetz mußte seine Aufgabe als Ventil erfüllen. Darum kam am 15. April 1917 folgender Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe heraus: „Aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten werden beim Kriegsamt lebhaftige Klagen darüber geführt, daß sich die Bildung der durch das Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Arbeiterausschüsse und Angestelltenausschüsse zu langsam vollzieht. Die Befürchtung der Arbeiter und Angestellten geht dahin, daß die durch das Gesetz vorgeschriebene Errichtung der Ausschüsse durch die Willkür einzelner Arbeitgeber, denen die Bildung der Ausschüsse übertragen ist, hintertrieben wird.

Unter den jetzigen außerordentlich schwierigen Verhältnissen wird alles zu vermeiden sein, was eine unnötige Beunruhigung in die Arbeiterschaft tragen kann.“<sup>71</sup>

Der Minister forderte strenge Überwachung der Durchführung der Vorschriften und Berichterstattung über Fälle, in denen die Ausschußbildung von den Unternehmern noch weiter hinausgeschoben wurde. Daß auch dieser Erlaß hier und da einfach nicht beachtet wurde, zeigt ein Begleitschreiben des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an die Regierungspräsidenten, Ober-Bergämter usw. zu den „Bestimmungen zur Ausführung des § 11 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst“ vom 31. Dezember 1917, in dem es heißt: „Ich ersuche Sie . . . dafür Sorge zu tragen, daß überall da, wo es noch nicht geschehen ist, nunmehr unverzüglich die gesetzlich vorgeschriebenen Ausschüsse gebildet werden.“<sup>72</sup>

<sup>70</sup> Ebenda.

<sup>71</sup> MA, Tit. IV, Nr. 121, Bd. I, Bl. 171.

<sup>72</sup> Ebenda, Bl. 224.



Trotz der Dringlichkeit erwartete der Minister einen Bericht darüber erst zum 1. April 1918. Aus den Bestimmungen selbst geht hervor, daß jetzt auch der Regierungspräsident oder das Ober-Bergamt das Erforderliche zur Herbeiführung von Wahlen veranlassen konnten. Daneben enthielten sie einige Anordnungen, welche geeignet waren, die Ausschüsse vom Unternehmer etwas unabhängiger zu machen. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Festsetzung der Tagesordnung konnte jetzt der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Der Unternehmer oder sein Vertreter leitete zwar auch weiterhin die Verhandlungen, jedoch konnten einzelne Punkte der Tagesordnung von den Ausschußmitgliedern vorher in seiner Abwesenheit beraten werden. Es wäre aber falsch, die Bedeutung dieser Bestimmungen zu hoch einzuschätzen, zumal es fraglich erscheint, ob sie in den wenigen Monaten bis zur Novemberrevolution überhaupt zur Geltung kommen konnten.

Unter den gegebenen machtpolitischen Verhältnissen konnten sich die Arbeiterausschüsse im allgemeinen nicht zu einer echten Arbeitervertretung entwickeln oder sich als solche behaupten. Die revolutionäre Linke in der deutschen Arbeiterbewegung entlarvte daher die Einrichtung der Arbeiterausschüsse als ein Mittel der Militärdiktatur, das Proletariat vom revolutionären Klassenkampf fernzuhalten. In einem von Julian Marchlewski im Dezember 1916 verfaßten Flugblatt der Spartakusgruppe werden die Arbeiterausschüsse, „die nichts zu sagen haben“, als „lächerliche Puppen in den Händen der Unternehmer und der Säbelherrschaft, nur dazu geschaffen, um das Vertrauen der Arbeiter in hinterlistiger Weise zu ergattern“, bezeichnet.<sup>73</sup> Diese in ihrem Kern richtigen, den sozialen Inhalt der Ausschüsse richtig erfassenden Feststellungen schlossen selbstverständlich nicht aus, daß die revolutionären Kräfte stets darum bemüht waren, in den Ausschüssen Fuß zu fassen, sie aus einem Mittel der Bändigung der Arbeiterschaft zu einem Mittel ihrer Organisierung, aus einem „Verständigungs“- zu einem Kampforgan zu machen. Da die Ausschüsse einmal geschaffen waren, mußte – getreu dem Prinzip, alle legalen Möglichkeiten für die revolutionäre Arbeit zu nutzen – auch versucht werden, in ihnen zu arbeiten.

In einigen Fällen war diese Arbeit von Erfolg gekrönt, und Schreiner/Schmidt schlußfolgern daher zu Recht, daß diejenigen Ausschüsse, „deren Handeln sich gegen die Zwecksetzung richtete, die das Hilfsdienstgesetz für die Tätigkeit der Ausschüsse vorsah, als eine der Keimformen für die Räte bezeichnet werden“ können.<sup>74</sup> Einzelne Beispiele eines positiven Wirkens können aber die insgesamt negative Beurteilung nicht ändern. Sie beweisen nur den unlösbaren Wider-

<sup>73</sup> Flugblatt der Spartakusgruppe, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, Reihe II, Bd. I, Juli 1914 bis Oktober 1917, S. 506.

<sup>74</sup> Schreiner, Albert, / Schmidt, Günter, Die Rätebewegung in Deutschland bis zur Novemberrevolution, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918, Berlin 1957, S. 241.

spruch, der diesen Organen von ihrer Bildung an anhaftete, einen durch die Scheidung der Gesellschaft in Klassen bedingten Widerspruch, der erst durch die Beseitigung der Klassen gelöst werden kann. Die Arbeiterausschüsse mußten scheitern, da die ihnen von ihren Schöpfern gestellten Aufgaben, den Ausgleich der feindlich aufeinanderprallenden Interessen von Kapital und Lohnarbeit herzustellen, dem objektiven Entwicklungsprozeß zuwiderliefen und damit auf die Dauer nicht realisierbar waren.

In der Revolution vom November 1918 entwickelte sich auch in Deutschland die schon in den russischen Revolutionen bewährte, von den Massen selbst geschaffene neue Form der Klassenorganisation des Proletariats, die Räteorganisation. Die Räte, nicht entstanden auf Grund von Gesetzen des kapitalistischen Klassenstaates, sondern kraft des Rechtes der Revolution, befanden sich vom Zeitpunkt ihrer Bildung an im Gegensatz zu den Arbeiterausschüssen. Die revolutionären Arbeiter betrachteten die Ausschüsse nicht mehr als zu ihrer Vertretung legitimiert. Viele Arbeiterausschüsse wurden von ihnen aufgelöst oder lösten sich selbst auf. Sofern sie auch weiterhin existierten, teilweise sogar neben den Räten weiterbestanden, führten sie in der Mehrzahl der Fälle ein Schattendasein. Einzelne Arbeiterausschüsse, die das Vertrauen der Arbeiter besaßen, sprengten endgültig die Fesseln der bürgerlichen Gesetzgebung und wurden zu Arbeiterräten umgebildet oder übernahmen faktisch die Funktion von Räten, auch wenn sie den alten Namen weiterführten.

Die Rätebewegung bedrohte ernstlich die bürgerliche Gesellschaft. War es bisher, auch während des Krieges, nicht gelungen, alle Fraktionen der Bourgeoisie zu einer einheitlichen Stellungnahme gegenüber den Arbeiterausschüssen zu veranlassen, so bildete sich unter dem Druck der revolutionären Räte eine Einheitsfront von den reaktionärsten monopolistischen Kreisen bis zur Mehrheitssozialdemokratie zur Verteidigung des Bestehenden heraus. Stinnes, Kirdorf, Thyssen usw. entdeckten jetzt ihr Herz für die Ausschüsse, und der Rat der Volksbeauftragten als Sachwalter der Interessen der Bourgeoisie versuchte mit gesetzgeberischen Mitteln, die Arbeiterausschüsse am Leben zu erhalten. In den Betrieben kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmern, welche die Arbeiterräte nicht anerkennen wollten und ihre Ausschüsse in den Vordergrund zu schieben versuchten, und den Arbeitern. Hieß die Grundfrage der Revolution: Rätemacht oder Nationalversammlung? – so hieß sie in den einzelnen Betrieben: Arbeiterräte oder Arbeiterausschüsse? In den großen Massenstreiks des Frühjahrs 1919 spielte diese Frage eine bedeutende Rolle.

Der Kampf endete mit einem Kompromiß. Die Arbeiterklasse, ohne Führung durch eine revolutionäre marxistische Partei, befangen in parlamentarischen Illusionen und irregeleitet von rechten und zentristischen Führern, erwies sich als nicht stark genug, die Grundlagen des deutschen Imperialismus zu vernichten und die Rätemacht zu errichten. Als Errungenschaft der Revolution blieben einige demokratische Rechte, darunter auch die der Betriebsräte. Die Betriebsräte – ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Räte und zur Weiterführung der Revolution – sollten aber nach

dem Gesetz die Linie der vorrevolutionären Arbeiterausschüsse fortsetzen. Erweiterte Rechte und eine größere Unabhängigkeit spiegelten das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den Klassen wider und boten damit zugleich größere Möglichkeiten zur Vertretung der Arbeiter als vor dem November 1918. Besonders in der ersten Zeit ihres Bestehens und in Situationen verschärften Klassenkampfes (so zum Beispiel beim Kapp-Putsch 1920, in den Märzkämpfen 1921 und im Krisenjahr 1923) setzten sich die Betriebsräte vielfach über das Gesetz hinweg und vertraten nachdrücklich die Arbeiterinteressen. Aber sie bedeuteten letztlich gegenüber dem in der Revolution Erreichten einen deutlichen Rückschritt und waren ein sichtbares Zeichen dafür, daß es der Bourgeoisie noch einmal gelungen war, die revolutionäre Arbeiterklasse niederzuwerfen.

# DISKUSSIONEN

# Zur Diskussion über die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft

VON HILLEL KOHN (CLUJ)

Das wissenschaftliche Ziel, das das „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ mit seiner Diskussion über die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft verfolgt, ist als wichtig und aktuell zu begrüßen.

Der Beitrag von Dr. W. Robbe ist ein guter Ausgangspunkt für die Diskussion, da er eine Reihe wichtiger Feststellungen und Thesen enthält, die der Erweiterung und Vertiefung der Diskussion dienen.

Die Untersuchung des Gegenstandes und der Aufgaben der Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft führt uns vor allem zu der bekannten These von Marx, daß die Philosophen um die verschiedenartige *Interpretation* der Welt bemüht waren, es aber darauf ankomme, sie zu *verändern*. Das heißt, daß in Gemeinschaft mit den übrigen Gesellschaftswissenschaften auch die Wirtschaftsgeschichte dazu berufen ist, den großen gesellschaftlichen Umgestaltungen in unserer Epoche zu dienen, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist.

Die Entwicklung der Gesellschaft hat sich außerordentlich beschleunigt, und es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor dieser Entwicklung wird. Im Kampf der beiden Weltsysteme setzt die Ausbeuterklasse den Erfolgen des Sozialismus eine immer aktivere ideologische Bearbeitung der Massen entgegen, um diese geistig im Banne der bürgerlichen Ideologie zu halten. Die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft muß sich an diesem ideologischen Kampf beteiligen, um die Befreiung der Volksmassen von den geistigen Fesseln der bürgerlichen Ideologie zu beschleunigen.

Die wichtigsten Ziele und Aufgaben, die uns in diesem ideologischen Kampf gestellt sind, finden ihren konkreten und zusammenfassenden Ausdruck in der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien (1960) und in dem neuen Programm der KPdSU.

Eben diese beiden Dokumente, die von historischer Bedeutung sind, erwecken das Bewußtsein der Notwendigkeit, das Objekt und die Aufgaben der Wirtschaftsgeschichte nicht nur *im allgemeinen*, sondern auch vom Standpunkt der gegenwärtigen großen gesellschaftlichen Kämpfe und Umwälzungen, vom

Standpunkt der Aktualität, der Massenaufklärung, -überzeugung und -mobilisierung, also vom Standpunkt des „Veränderns“ *im besonderen* zu untersuchen.

Unter diesem Gesichtswinkel weist Dr. Robbe in ihrem Aufsatz einleitend richtig auf die Gefahr des westdeutschen Militarismus und Imperialismus und seines „ideologischen“ Aufmarsches zur Vorbereitung eines neuen Krieges hin. Hier müssen wir gleich bemerken, daß dieselbe Verpflichtung auch den fortschrittlichen Wissenschaftlern der imperialistischen Länder erwächst. Die „Ideologen“ und andere Wortführer der Imperialisten der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Englands bleiben nämlich, was die im Zeichen des Antikommunismus geführte Verleumdungs- und Verfälschkampagne betrifft, in nichts hinter ihren westdeutschen Kollegen zurück.

In dem Aufsatz von Dr. Robbe folgt dieser aktualisierenden Einleitung eine Behandlung des Stoffes in *allgemeiner* Form; die Untersuchung endet mit einer Definition *allgemeinen* Charakters der Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft. Wir setzen voraus, daß die Verfasserin die eingehendere Analyse der Frage der Aktualisierung den anderen Diskussionsteilnehmern zu überlassen beabsichtigte. Zur Aktualisierung, diesem wichtigsten Thema der Diskussion, möchten wir nun einiges beitragen.

Zuerst aber wäre es wichtig, der bisher vielleicht nicht genügend beachteten großen Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte einige Worte zu widmen. Wenn wir die marxistische Universalgeschichte und Wirtschaftsgeschichte mit der bürgerlichen Universal- und Wirtschaftsgeschichte vergleichen, so erweist es sich, daß diese – neben der Tatsache, daß sie als Klassenwissenschaften aus Klasseninteresse um die maximale Verfälschung der Tatsachen bemüht sind – nur zur äußerlichen, also nicht kritischen, nicht zum Wesentlichen vordringenden Beschreibung der Phänomene fähig sind. Das von ihnen ausgearbeitete Material ist selbstverständlich für den marxistischen Wissenschaftler, der den an sich genommenen, beschreibenden Stoff – und gleichzeitig dessen Verfälschungen – mit der marxistischen, kritischen Methode behandelt und überprüft, trotzdem verwendbar.<sup>1</sup>

Die marxistische Universalgeschichte unterscheidet sich wesentlich von der bürgerlichen. Sie beschränkt sich nicht darauf, die Phänomene in ihrer bloßen Äußerlichkeit zu untersuchen und darzustellen, sondern sie befaßt sich auf der Grundlage der marxistischen Weltanschauung mit der Erforschung, Beschreibung und Erklärung der Gründe und Zusammenhänge der Phänomene.

Die marxistische Wirtschaftsgeschichte ist ein Zweig der Universalgeschichte, der sich zu einer selbständigen Wissenschaft entwickelt hat. Sie untersucht den wichtigsten Bereich des Lebens der Gesellschaft, den ökonomischen, die Produktionsweise. Dadurch ist die Wirtschaftsgeschichte – worauf Dr. Robbe

<sup>1</sup> Engels weist in seinem Brief vom 25. 1. 1894 an Starkenburg darauf hin, wie nützlich sogar das vom alten Gülich gesammelte trockene Material war.

*MarxEngels*, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 561.

mit Recht hinweist – aufs engste mit der politischen Ökonomie verbunden, gleichzeitig aber auch ein wichtiger Bestandteil der Geschichte als Ganzes.

Die große Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft ist sowohl durch ihren Platz innerhalb der Universalgeschichte als auch durch ihre Beziehung zur politischen Ökonomie zu erklären.

Was die Beziehung zwischen Wirtschaftsgeschichte und politischer Ökonomie anbetrifft, so sind sie – obwohl beide historische Wissenschaften – gesonderte Wissenschaftszweige. Die Wirtschaftsgeschichte erforscht und beschreibt im Sinne ihrer oben erwähnten Definition die Geschichte des wirtschaftlichen Lebens. Sie bietet der politischen Ökonomie geschichtliches und Tatsachenmaterial. Die politische Ökonomie untersucht das wirtschaftsgeschichtliche Material nach seinen logischen, inneren, wesentlichen und notwendigen Zusammenhängen. Auf diese Weise erforscht, entdeckt und formuliert die politische Ökonomie die Kategorien, die Gesetze des wirtschaftlichen Lebens, der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft. Die politische Ökonomie stützt sich auf das von der Wirtschaftsgeschichte gesammelte und systematisierte geschichtliche Material. Welche Bedeutung die Wirtschaftsgeschichte von diesem Gesichtspunkt aus hat, betont Engels in seinem an Starkenburg gerichteten Brief, in dem er sich über die Rückständigkeit der deutschen politischen Ökonomie beklagt und hinzufügt: „Das größte Hindernis zum richtigen Verständnis (der ökonomischen Entwicklung – H. K.) ist in Deutschland die unverantwortliche Vernachlässigung, in der Literatur, der ökonomischen Geschichte.“<sup>2</sup>

Die beiden Wissenschaftszweige stehen in engem Zusammenhang miteinander, sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Ihre Besonderheiten schließen aber keineswegs aus, daß die Wirtschaftsgeschichte nicht gewisse kritische Elemente enthält, daß der Stoff nicht mit marxistischer Methode nach seinen logisch-dialektischen Zusammenhängen gesichtet wird, denn gerade darin kommt der Unterschied zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Wirtschaftsgeschichte zum Ausdruck. Das Niveau der marxistischen Wirtschaftsgeschichte ist um so höher, je mehr marxistisch-kritische Elemente in ihr enthalten sind und je weitgehender sie das einfache, „trockene“ geschichtliche Material verarbeitet, weitergibt.

Dieses kritische Element darf aber die Bedeutung des geschichtlichen Elementes nicht herabsetzen. Es darf die Verbindung zwischen Wirtschaftsgeschichte und Universalgeschichte nicht in den Hintergrund treten lassen. Die Phänomene müssen vielmehr in ihrer Geschichtlichkeit, in ihrem Reichtum und ihrer Lebendigkeit, in ihrer Bewegung dargestellt werden, und zwar so, daß dabei das Zusammenwirken, die Wechselwirkung zwischen ökonomischem und geistigem Leben zutage tritt. In dieser Hinsicht teilen wir vollkommen die Meinung Professor Kuczynskis, der die Frage aufwirft: „Kann man Wirtschafts-

<sup>2</sup> *Marx/Engels*, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, Brief an H. Starkenburg v. 25. 1. 1894, S. 561.

geschichte gewissermaßen isoliert lehren – sich beschränkend auf Wirtschaftsvorgänge, kausale Zusammenhänge wirtschaftlicher Ereignisse untereinander, dazu die entsprechenden chronologischen Daten und Statistiken? Oder ist nicht vielmehr die Wirtschaftsgeschichte ein Teil der gesamten Kulturgeschichte, der Geschichte der Entwicklung menschlicher Gesellschaft überhaupt?“<sup>3</sup>

Es gilt also an vielen Beispielen nachzuweisen, wie eng verbunden die materielle und geistige Entwicklung, wie verflochten miteinander Wirtschaftsgeschichte und allgemeine Kulturgeschichte sind.

Die Notwendigkeit, die ökonomische Untersuchung mit einem breiten und reichen geschichtlichen Material zu fundamentieren und somit in der Wirtschaftsgeschichte das ökonomische Element mit dem historischen, das Unterbauelement mit dem Überbauelement zu synthetisieren, geht sehr klar aus einer wichtigen Bemerkung von Engels in seinem Brief an H. Starkenburg vom 25. I. 1894 hervor. „Je weiter das Gebiet, das wir gerade untersuchen“, schreibt Engels, „sich vom Ökonomischen entfernt und sich dem reinen abstrakt Ideologischen nähert, desto mehr werden wir finden, daß es in seiner Entwicklung Zufälligkeiten aufweist, desto mehr im Zickzack verläuft seine Kurve. Zeichnen Sie aber die Durchschnittsachse der Kurve, so werden Sie finden, daß *je länger die betrachtete Periode und je größer das so behandelte Gebiet ist*, daß diese Achse der Achse der ökonomischen Entwicklung um so mehr annähernd parallel läuft.“<sup>4</sup> (Hervorhebung von mir – H. K.)

Daß die Unmittelbarkeit der geschichtlichen Beschreibung und die damit zusammenhängende Lebendigkeit und Vielfalt des Stoffes ein unerläßliches Element der Wirtschaftsgeschichte ist, geht auch daraus hervor, daß selbst die politische Ökonomie nicht davon absehen kann, gewisse ökonomische Phänomene und Prozesse in ihrer Geschichtlichkeit – in ihrer Unmittelbarkeit und Lebendigkeit – darzustellen, gewissermaßen das geschichtliche Material *selber sprechen zu lassen*.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Kuczynski, Jürgen, Fortschrittliche Wissenschaft, Berlin 1951, S. 63/64.

<sup>4</sup> Vgl. Marx/Engels, ebenda.

<sup>5</sup> Als Beispiel erwähnen wir „Das Kapital“ von Marx und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ von Lenin. Beide Werke enthalten Geschichtskunde in dem weiteren Sinne, in dem Engels dies im „Anti-Dühring“ definiert. Wenn Marx die Kategorien *Kapital*, *Mehrwert*, *Akkumulation*, *Konzentration*, *Zentralisation* und *Monopol* behandelt, so behandelt er geschichtliches Material, und zwar so, daß er die logischen Zusammenhänge verfolgt und darlegt, um dann Begriffe, Kategorien und Gesetze davon zu abstrahieren. Das ist das Wesentliche der politischen Ökonomie. Auf „Das Kapital“ bezogen: „Das Endziel dieses Werkes ist nichts anderes als die Aufdeckung der ökonomischen Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft.“ Aber „Das Kapital“ behandelt geschichtliches Material auch im *engeren* Sinne, und zwar insofern, als es historische Beschreibungen enthält, die Marx in den Kapitelüberschriften als die Geschichte der betreffenden Erscheinungen bezeichnet. Dadurch veranschaulicht er die Erscheinung unmittelbar. *Er läßt das historische Material selbst sprechen*. So finden wir im *ersten* Band des „Kapital“,



Wenn man sich die allgemeine Geschichte der Gesellschaft vor Augen hält, so ist die Wirtschaftsgeschichte ein Bestandteil der Universalgeschichte. Hält man sich aber das *Wirtschaftsleben* der Gesellschaft vor Augen, so ist die Wirtschaftsgeschichte, ebenso die politische Ökonomie, als Bestandteil der Wissenschaft der *vollständigen* Erkenntnis des *wirtschaftlichen* Lebens in der Entwicklung der Gesellschaft aufzufassen. Das Wesentliche der Wirtschaftsgeschichte besteht darin, daß sie eine Geschichtsvorstellung von der historischen Bewegung, von der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens vermittelt. Als solche erfaßt sie die geschichtliche Entwicklung des Wirtschaftslebens als *Erscheinung, Ganzheit, Totalität*, während die politische Ökonomie dessen Bewegungsgesetze behandelt.

Die Erscheinung, Ganzheit, Totalität – sagt Lenin – ist reicher als das Gesetz. Demgemäß ist die Wirtschaftsgeschichte eine reichere Widerspiegelung der Gesellschaft als die politische Ökonomie.

Wir wollen versuchen, die wechselseitigen Beziehungen und Zusammenhänge der Wirtschaftsgeschichte und der politischen Ökonomie durch die Leninsche Formel von der dreifachen Gliederung des dialektischen Weges der Erkenntnis zu erhellen. Lenin stellt fest: „Vom lebendigen Anschauen zum abstrakten Denken *und von diesem zur Praxis* – das ist der dialektische Weg der Erkenntnis der *Wahrheit*, der Erkenntnis der objektiven Realität.“<sup>6</sup>

Demnach liefert die Wirtschaftsgeschichte das erste Kettenglied zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung, ein breites Material der Erkenntnis: Erscheinung, Ganzheit, Totalität. Diese – aus der lebendigen Anschauung gewonnene – Geschichtsvorstellung vermittelt daher eine reichere, umfassendere Erkenntnis, als die durch Abstraktion und Begriffe gewonnene politökonomische Erkenntnis. Gleichzeitig ist diese wirtschaftsgeschichtliche Erkenntnis eine, wiewohl nach marxistischer Methode, aber hauptsächlich doch durch die geschichtliche Beschreibung der Bewegung der wirtschaftlichen Erscheinungen, des Wirtschaftslebens vermittelte Erkenntnis, die noch nicht

und zwar in dem „Der Arbeitstag“ betitelten 8. Kapitel, die historische Beschreibung der englischen Industriezweige und die Beschreibung des Kampfes um den Normalarbeitstag; hierher gehören auch das von der Maschinerie und der großen Industrie handelnde 13. Kapitel, die Veranschaulichung des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation im 23. Kapitel und die historische Beschreibung der ursprünglichen Akkumulation im 24. Kapitel. Im *dritten* Band des Werkes finden wir die allgemeine Illustration der Wirkung vom Preiswechsel im 6. Kapitel, Geschichtliches über das Kaufmannskapital im 20. Kapitel, Vorkapitalistisches im 36. Kapitel, Genesis der kapitalistischen Grundrente im 47. Kapitel und anderes.

Genauso gibt Lenin neben der Auslegung und Definierung einiger ökonomischer Kategorien (Monopolkapital, Finanzkapital usw.) eine historische Beschreibung einer ganzen Anzahl von Erscheinungen des Imperialismus, des Monopolkapitalismus.

<sup>6</sup> Lenin, *W. I.*, Aus dem philosophischen Nachlaß, Berlin 1954, S. 89.

in die *volle* Tiefe der Materie, in das Wesentliche eingedrungen ist. Deshalb ist noch eine weitere, vollständigere, tiefere Erkenntnis vonnöten.<sup>7</sup>

Dieses tiefere Eindringen in das geschichtliche Material mit Hilfe des abstrakten Denkens ermöglicht uns das zweite Kettenglied der Erkenntnis der wirtschaftlichen Erscheinungen, die politische Ökonomie. Sie liefert uns die mit Hilfe der Abstraktion gewonnenen Konklusionen, Kategorien und Gesetze und formt hierdurch das geschichtliche Material zum konkreten Mittel der *wissenschaftlichen Voraussicht und des gesellschaftlichen Handelns*. Andererseits ist wieder zu bemerken, daß die Abstraktion die Erkenntnis der in Bewegung befindlichen Erscheinung immer vergrößert.<sup>8</sup>

Zur vollständigen Erkenntnis der Erscheinungen ist es also notwendig, diese sowohl als Erscheinung, in ihrer Bewegung, als auch innerlich, in ihrem Wesen, zu erkennen. Folglich ist zur vollständigen Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft sowohl die Wirtschaftsgeschichte, die die Erscheinungen in ihrer Geschichtlichkeit, in ihrer Entfaltung, samt ihren Voraussetzungen veranschaulicht, als auch die politische Ökonomie erforderlich, die die in den Erscheinungen (Kapitalismus, Sozialismus usw.) vorhandenen, geschichtlich bereits *entwickelten* und *gefestigten* inneren, wesentlichen und notwendigen Zusammenhänge aufdeckt und sichtbar macht.<sup>9</sup>

Die Notwendigkeit dieser doppelten Erkenntnis – der Erkenntnis der Erscheinungen sowohl in ihrer Bewegung und Ganzheit als auch in ihrer Tiefe und ihrem Wesen – werden wir um so eher begreifen, je mehr wir die Wirtschaftsgesetze nicht als starre, sondern als elastische Begriffe auffassen, je mehr wir die in diesen Gesetzen enthaltenen Tendenzen, ihren Tendenzcharakter erforschen. So sagt Karl Marx im Vorwort zu „Das Kapital“: „Es handelt sich um *diese Gesetze selbst*, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen.“<sup>10</sup>

Es ist daher äußerst zutreffend, wenn Dr. Robbe unter Bezugnahme auf das Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (Berlin 1960) unterstreicht, „daß der Marxismus-Leninismus . . . erkennt, daß das Gesetz in Form der in den betreffenden Verhältnissen vorherrschenden Entwicklungstendenz wirkt.“<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Lenin: „Einerseits muß die Erkenntnis der Materie bis zur Erkenntnis (zum Begriff) der Substanz vertieft werden, um die Ursachen der Erscheinungen zu finden. Andererseits ist die wirkliche Erkenntnis der Ursache die Vertiefung der Erkenntnis von der Äußerlichkeit der Erscheinungen her bis zur Substanz.“ (Ebenda, S. 78.)

<sup>8</sup> Lenin: „... das Gesetz, jedes Gesetz, eng, unvollständig, annähernd“. (Ebenda, S. 70.) „... die Abbildung der Bewegung durch das Denken ist immer eine Vergrößerung, eine Ertötung. . . .“ (Ebenda, S. 195.)

<sup>9</sup> Lenin: Gesetz = das ruhige Abbild der Erscheinungen. (Ebenda, S. 70.)

<sup>10</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1953, Vorwort.

<sup>11</sup> Vgl. Diskussionsartikel von Robbe, Waltraud, Der Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, Teil I, Berlin 1962,

Den auf der Linie der Entwicklungstendenzen zurückgelegten Weg vermag nur die Kenntnis der Entfaltung der Vergangenheit und der Gesetze der verflochtenen Bewegung der Erscheinungen zu zeigen, und nur diese ermöglichen es, die Gegenwart vollständig zu erkennen und zu verstehen. Und wieder nur die kombinierte Kenntnis, das Verstehen sowohl der Vergangenheit wie der Gegenwart, des Vorausgesetzten und des Ergebnisses gibt die Möglichkeit der wissenschaftlichen Voraussicht im Hinblick auf die Tendenz der künftigen Entwicklung, ermöglicht Verwendung der Erkenntnis zum Zweck des praktischen Handelns. Damit kommen wir zu dem in der Leninschen Formel der dialektischen Erkenntnis enthaltenen dritten Kettenglied: der Praxis, der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze, der wissenschaftlich fundamentierten Wirtschaftspolitik.

Zwischen der Universalgeschichte, der Wirtschaftsgeschichte und der politischen Ökonomie gibt es keineswegs chinesische Mauern. Im Gegenteil: die Wirtschaftsgeschichte entwickelt sich erst dann auf gesunde Weise, wenn sie — unter Wahrung ihres grundlegenden, wirtschaftsgeschichtlichen Charakters — das Material aller drei Wissenschaftszweige in entsprechender Proportion synthetisiert und so die Entwicklung der Gesellschaft, deren Bewegungsgesetze und Entwicklungstendenzen *durch eine Darstellung des vollständigen Ganges der Geschichte — einerseits in seiner ganzen Breite, Unmittelbarkeit und Bewegung, andererseits in seiner ganzen Tiefe, namentlich in seinem wirtschaftlichen Wesen — erkennbar macht.*

Wir wollen versuchen, auf Grund der vorstehenden Ausführungen zu skizzieren, welche aktuelle Aufgabe in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vor der Wirtschaftsgeschichte stehen dürfte.

In unserem Zeitalter macht der ideologische Kampf — eines der wichtigsten Elemente des proletarischen Klassenkampfes — die Gestaltung, die revolutionäre Umgestaltung des Bewußtseins großer Volksmassen zu einer bedeutenden und dringenden Aufgabe. Die Wirtschaftsgeschichte ist ein sehr geeignetes Mittel zur ideologischen Beeinflussung der *Massen*, zu ihrer politischen Orientierung und zur Lenkung ihres Handelns, und zwar nicht nur deshalb, weil sie den Gang der Geschichte am tiefsten und überzeugendsten, nämlich auf wirtschaftlicher Grundlage, veranschaulichen und erklären kann, *sondern gerade vermöge ihres geschichtlich-deskriptiven Charakters und der Art ihres Vorgehens.*

Man muß in Betracht ziehen, daß das auf dem Wege von Abstraktionen und Begriffen gewonnene und wissenschaftlich formulierte Material — Lehren, Thesen, Gesetze usw. — der politischen Ökonomie bei weitem nicht so leicht und rasch in das Bewußtsein der breitesten Massen eindringen kann wie das geschichtliche Material, das beschreibt, unmittelbar veranschaulicht und eine

S. 95; vgl. auch *Kohn, Hillel*, Zur Frage des Tendenzcharakters der ökonomischen Gesetze im Sozialismus, in: „Wirtschaftswissenschaft“, 1957, H. 7, S. 980–995.

Geschichtsvorstellung vermittelt. Wenn dieser geschichtliche Charakter der Wirtschaftsgeschichte zu einer besseren Zugänglichkeit des Bewußtseins der Massen verhilft, so ist dies ein wichtiger Faktor vom Gesichtspunkt der Gestaltung dieses Bewußtseins. Er ist wichtig, denn alles, „was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch den Kopf hindurch“, und dies ist eine wichtige Vorbedingung der Veränderung der Welt. Er ist ferner auch deshalb wichtig, weil die Ideen rascher in die Massen eindringen, zur materiellen Kraft, zum Mittel der Mobilisierung für gesellschaftliches, revolutionäres Handeln werden müssen. Es ist unbestreitbar, daß die Wirtschaftsgeschichte auf diesem Gebiet ein besonders nützliches, ideologisches Kampfmittel ist.

Dabei ist zu beachten, daß die grundlegenden Aufgaben der Umgestaltung der Gesellschaft – die sozialistische Revolution, der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus – inmitten eines äußerst scharfen weltumspannenden Klassenkampfes erfüllt werden müssen. Die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft geht unter solchen Erscheinungen des Klassenkampfes vor sich wie dem hartnäckigen, organisierten Widerstand der ausbeutenden Klassen, in erster Linie der monopolkapitalistischen Bourgeoisie, im Weltmaßstab. Ihre aggressive und herausfordernde Politik, ihre wütenden Anstrengungen, die sozialistische Revolution, den sozialistischen und kommunistischen Aufbau zu verhindern, die Unterjochung der Massen mit so barbarischen Mitteln wie dem Faschismus, dem kalten Krieg, den Vorbereitungen zur Entfesselung eines Krieges gegen die sozialistischen Länder usw. – das alles sind Erscheinungen dieses Klassenkampfes.

Die Abwendung einer immanenten Kriegsgefahr verlangt rasche Aktionen. Diese Seite des Klassenkampfes, die Verhinderung eines drohenden Atomkrieges, ist gegenwärtig eine Kampfaufgabe, die allen anderen voransteht. Das aber erfordert einen zähen Kampf zur Zertrümmerung des gesamten geistigen Überbaus des Imperialismus. Es geht darum, jene Geisteswelt niederzureißen, die der Monopolkapitalismus durch Fälschungen, durch die Verleumdung des Sozialismus und Kommunismus, durch seine unter der Losung des Antikommunismus betriebene Propaganda gegen jeden Fortschritt im Bewußtsein der Millionenmassen aufgebaut hat und weiter aufbaut. Mit dem Antikommunismus und mit dem Schwindel von der „Rettung der freien Welt“ ist es den Imperialisten gelungen, die kapitalistischen Länder mit Militäretats, die in die Milliarden gehen, bis an die Zähne zu bewaffnen und sie an den Rand eines gegen die sozialistischen Länder geplanten Atomkrieges zu bringen.

Ein treffendes Beispiel für diese Verfälschung des gesellschaftlichen Bewußtseins ist die im Aufsatz von Dr. Robbe angeführte Erklärung Adenauers.

Der Monopolkapitalismus und auch die von ihm gekaufte Schicht der Intellektuellen wittern mit einem hervorragenden Spürsinn, wie sie die geistige Untermauerung der Aufrüstung und des kalten Krieges, den zu diesem Zweck erforderlichen Propagandafeldzug, zu beschleunigen haben. Dabei stützen sie sich gar nicht so sehr auf schwerfällige Definitionen und Thesen, sondern vielmehr auf die wirksamere Methode geschichtlicher Veranschaulichung, auf die

für ihre Pläne unerläßlichen Geschichtsfälschungen, auf die Entstellung von Tatsachen.

Auf diesem Gebiet benutzen sie die Geschichtskunde als eine wichtige Waffe, wie die von Dr. Robbe erwähnte „Anweisung“ an die westdeutschen Geschichtslehrer zeigt, die uns Aufschluß gibt über die Frage, was man dort unter „Aktualisierung“ des Geschichtsunterrichtes versteht: „Es ist spät und zu überlegen, ob noch Zeit bleibt, die Merowinger zu studieren! Ob nicht – auch in der Schule – alle Kraft zu konzentrieren sei auf die Auseinandersetzung mit der marxistischen Geschichtsdeutung, die Generationen von Intellektuellen verwirrt und der Welt so viel Leid gebracht hat.“<sup>12</sup> Den Geschichts- und Wirtschaftsgeschichtsfälschungen der dem Monopolkapitalismus dienstbaren „Theoretiker“ muß man die marxistischen Lehren entgegenstellen, *die auf der Beweiskraft des ganzen Ablaufs der Weltgeschichte beruhen*. Die marxistische Wirtschaftsgeschichte aber, die die *wirtschaftliche* Entwicklung der Gesellschaft und deren Tendenz zeigt, hat bei der Erfüllung dieser Aufgabe eine entscheidende Rolle zu spielen.

Das ist eine recht *dankbare* Aufgabe, denn die marxistische Wirtschaftsgeschichte ist nicht darauf angewiesen, Geschichtsfälschungen zu begehen, wie es bei der bürgerlichen Geschichtskunde der Fall ist. Im Gegenteil: sie beruht gerade auf der getreuen Widerspiegelung der Realität der geschichtlichen Entwicklung und deren Gesetzmäßigkeiten. Gerade dies verleiht ihr ihre Kraft!

Die Bourgeoisie hat von jeher die Wahrheit der Geschichte gefürchtet und hat immer zu fälschen getrachtet.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Diskussionsartikel von Robbe, Waltraud, a. a. O., S. 95.

<sup>13</sup> Wir erinnern daran, mit welcher Ironie Maxim Gorki in den dreißiger Jahren den französischen Dichter und Akademiker Paul Valéry gezeißelt hat, der in seinem Buch „Rundschau des heutigen Lebens“ vorschlägt, die Geschichte als etwas den Menschen (das heißt der Bourgeoisie) die Ruhe Raubendes zu vergessen. Gorki stellt fest: „Die Bourgeoisie möchte nicht an die kulturelle und revolutionäre Entwicklung des werktätigen Volkes glauben müssen, die sie aber zu sehen und fühlen gezwungen ist. ‚Die Geschichte stört das ruhige Leben? Nieder mit der Geschichte!‘ Alle Geschichtswerke müssen aus dem Unterricht ausgeschaltet werden. Sie dürfen nicht mehr in den Schulen vorgetragen werden. Man wird ganz einfach kundmachen, daß das Studium der Vergangenheit vom gesellschaftlichen Gesichtspunkt her gefährlich, geradeswegs strafbar sei. Diejenigen aber, die die Neigung haben, sich mit der Geschichte zu befassen, muß man für irrsinnig erklären und nach unbewohnten Inseln deportieren.“ (Gorki, Maxim, Mit wem halten Sie es?, in: „Prawda“ v. 22. 3. 1932.)

Die Bourgeoisie hat es aber seither viel weiter gebracht. Der Hitlerfaschismus hat die Bücher der marxistischen Geschichtsschreibung noch einfach auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Heutzutage aber sind die Monopolkapitalisten durchtriebener. Sie verweisen die Geschichtskunde nicht aus der Schule, im Gegenteil, sie betreiben sie sogar sehr intensiv, aber sie verfälschen sie: die Geschichte der bürgerlichen Wirtschaft dient dazu, die Festigkeit und den ewigen Bestand des Kapitalismus nachzuweisen, die Wirtschaft der sozialistischen Länder dagegen wird verleumdet und entstellt.

Wir dagegen können uns gerade auf die Wahrheit und Logik der Geschichte stützen. In dieser Hinsicht verfügen wir über unermeßliches Material sowohl aus der Geschichte der Fäulnis und des Absterbens der kapitalistischen Wirtschaft als auch aus der Geschichte des großartigen Aufschwunges der Sowjetunion und sämtlicher sozialistischer Staaten.

\*

Aus der Erklärung der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (1960) und aus dem Programm der KPdSU ergeben sich für alle, die Wirtschaftsgeschichte betreiben, eine ganze Reihe wichtiger konkreter, wissenschaftlicher Aufgaben. Gerade hier hat der bereits dargelegte synthetisierende Charakter der Wirtschaftsgeschichte, die Verbindung der lebendigen geschichtlichen Veranschaulichung der Erscheinungen mit ihrer wesentlichen – wissenschaftlichen – Vertiefung große Bedeutung.

Im Programm der KPdSU wird festgestellt: „Die wichtigste ideologisch-politische Waffe des Imperialismus ist der *Antikommunismus*, dessen Hauptinhalt die Verleumdung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sowie die verfälschte Darstellung der Politik und der Ziele der kommunistischen Parteien und der marxistisch-leninistischen Lehre ist.“

„Die ‚Theoretiker‘ des Antikommunismus“ – heißt es weiter in dem Programm – „nennen den modernen Imperialismus die ‚freie Welt‘. In Wirklichkeit ist die ‚freie Welt‘ eine Welt der Ausbeutung und Rechtlosigkeit, eine Welt, in der die menschliche Würde und nationale Ehre mit Füßen getreten wird, eine Welt militaristischer Willkür und blutiger Gewaltakte gegen die Werktätigen.“<sup>14</sup>

Es ist klar, daß unser Gegenangriff gegen die unter den Losungen des Antikommunismus und der „freien Welt“ geführte Lügenkampagne eine Beleuchtung sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen Probleme in ihrer ganzen Verflochtenheit erfordert und daß dazu die Wirtschaftsgeschichte, die diese Probleme entsprechend synthetisiert, am besten geeignet ist.

Von großer Bedeutung ist der im Programm der KPdSU enthaltene Aufruf an diejenigen, die die Probleme der Universalgeschichte und der gegenwärtigen Entwicklung studieren.

„Die Erforschung der Probleme der Weltgeschichte und der modernen internationalen Entwicklung“ – heißt es in dem Programm – „soll den gesetzmäßigen Prozeß des Vormarschs der Menschheit zum Kommunismus, die Veränderungen im Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus, die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems und seine Folgen sowie den Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung der Völker aufdecken.“<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Dietz Verlag Berlin, 1961, S. 50.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 121/22.

Unseres Erachtens regt dieser Aufruf in erster Linie zur Abfassung eines wirtschaftsgeschichtlichen Werkes enzyklopädischen Charakters an. Eine derartige Universalgeschichte, die die Elemente der Wirtschaftsgeschichte und der politischen Ökonomie harmonisch vereinen würde, wäre geeignet, das Leben der Menschheit in den auf Klassenunterdrückung beruhenden Gesellschaften sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht tief und umfassend darzustellen. Ebenso könnte sie, auf Grund des Beweismaterials der Gegenwart, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, auf Grund des reichen geschichtlichen Materials des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus und des Kampfes der sozialistischen Länder für den Frieden, *den gesetzmäßigen Prozeß des Fortschreitens der Menschheit zum Kommunismus am besten veranschaulichen.*

Ein Werk dieser Art hätte gleichzeitig die Aufgabe, mit der komplexen Beweiskraft der Wirtschaftsgeschichte jene im Programm der KPdSU verkündete, glänzende Wahrheit, daß *„der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR der größte Sieg der Menschheit in all den Jahrhunderten ihrer Geschichte sein wird“*, aus der Wirklichkeit herauszuarbeiten.

Die Wissenschaft kann keine großartigere Aufgabe haben, als den Sinn dieser großen Offenbarung zu erklären, und keine der Wissenschaften ist dazu so geeignet und berufen wie die in dem bereits dargelegten Sinne komplexe Wirtschaftsgeschichte.

Außer einem solchen enzyklopädischen Werk könnte uns noch eine ganze Reihe wirtschaftsgeschichtlicher Arbeiten, eventuell Monographien, gute Dienste in dem ideologischen Kampf erweisen, zum Beispiel:

– eine zusammenfassende Darstellung des Imperialismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus und aller drei Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus;

– eine zusammenfassende wirtschaftsgeschichtliche Darstellung des durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eröffneten und bis auf unsere Tage sich erstreckenden Abschnitts der gesellschaftlichen Revolution;

– eine zusammenfassende wirtschaftsgeschichtliche Darstellung des Prozesses des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus und seiner Ergebnisse für die Sowjetunion, China und die übrigen sozialistischen Staaten.

Ein besonders großes Gebiet für die aktuelle wirtschaftsgeschichtliche Literatur wäre die Bearbeitung des folgenden Problemkreises:

Wie in der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien festgestellt wird, sind in den Prozessen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus eine ganze Reihe gemeinsamer, allgemeingültiger Gesetze wirksam. Diese allgemeinen Gesetze wirken in den einzelnen Ländern entsprechend den geschichtlich entstandenen, konkreten, jeweiligen nationalen Verhältnissen. Diese mannigfaltigen, nationalen Eigenarten und Verhältnisse müssen in jedem einzelnen Land von den kommunistischen und Arbeiterparteien unbedingt berücksichtigt werden. Dementsprechend haben die Parteien in den Volksdemokratien, die die sozialistische Revolution durch-

gekämpft und den sozialistischen Aufbau durchgeführt haben, verschiedenartige Erfahrungen gesammelt. Es liegt auf der Hand, daß diese *in etwa fünfzehn Jahren gewonnenen Erfahrungen* ein wertvolles geschichtliches und wirtschaftsgeschichtliches Material darstellen. Die wirtschaftsgeschichtliche Bearbeitung und Zusammenfassung dieses Materials ist in unseren Tagen eine äußerst wichtige und zeitgemäße wissenschaftliche Aufgabe, wenn man in Betracht zieht, daß es in Afrika, Asien und in anderen Teilen der Erde eine ganze Reihe von Ländern gibt, die unlängst das imperialistische Joch abgeschüttelt und ihre politische Unabhängigkeit errungen haben und jetzt eine Antwort auf die sozialen Probleme und die Fragen der Festigung der nationalen Unabhängigkeit suchen, vor die sie das Leben stellt. Der einzig richtige Weg zur Überwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit und zur Besserung der Lebensverhältnisse ist für diese Völker die *nicht-kapitalistische* Entwicklung. Dabei lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß die reale Möglichkeit dieser oder jener Art des Übergangs zum Sozialismus in jedem Lande durch die konkreten, historischen Verhältnisse bestimmt wird.

Somit ist es für diese Völker äußerst lehrreich und nützlich, den konkreten Verlauf der Prozesse in den einzelnen sozialistischen Ländern – der sozialistischen Industrialisierung und der Umgestaltung der Landwirtschaft, des Aufbaus der Planwirtschaft usw. – und die sich daraus ergebenden Folgerungen kennenzulernen. Zur allseitigen Hilfe und Unterstützung, die die sozialistischen Länder den unlängst freigewordenen Völkern bei ihrer weiteren Entwicklung, beim Aufbau einer eigenen Industrie, bei der Entwicklung und Festigung der nationalen Wirtschaft angedeihen lassen, sollen auch die marxistischen Gelehrten beitragen. Diesen Beitrag können sie am besten durch die wirtschaftsgeschichtliche Darstellung des Aufbaus des Sozialismus in den einzelnen Ländern leisten. Die Erfahrungen der sozialistischen Länder sind in ihrer Gesamtheit und im einzelnen sehr wertvoll, zumal *diese Länder – mit Hilfe der Sowjetunion – in einer geschichtlich äußerst kurzen Zeitspanne gewaltige gesellschaftliche Umgestaltungen durchgeführt und das Fundament des Sozialismus aufgebaut haben*. Gleichzeitig beweisen diese Erfahrungen die Richtigkeit der These der Moskauer Erklärung vom Jahre 1957, daß die allgemeingültigen Hauptgesetze der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus die entscheidenden, das Wesen betreffenden sind, wogegen die konkrete Form ihres Zur-Geltung-Kommens von sekundärer Bedeutung ist.

Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die Entwicklung unseres Landes, der Rumänischen Volksrepublik. So sagte Genosse Gh. Gheorghiu-Dej auf der Festveranstaltung der rumänisch-sowjetischen Freundschaft am 11. August 1961 im Großen Kreml-Palast: „In den Jahren, die seit der Befreiung unseres Landes vom faschistischen Joch verstrichen sind (17 Jahre – H. K.), hat die Rumänische Volksrepublik bedeutende Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erzielt. Der III. Parteitag der RAP, der die Bilanz dieser Errungenschaften zog, hat den für unser Volk historisch bedeutsamen Sieg verankert – die Tatsache, daß in der Rumänischen Volksrepublik die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozia-



lismus geschaffen wurden – und dem Lande die leuchtende Perspektive der Vollendung des sozialistischen Aufbauwerkes bis zum Jahre 1965 und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus erschlossen.“

Bei der gleichen Gelegenheit stellte Genosse N. S. Chruschtschow fest:

„Weit zurück liegen nun die Jahre, da man von Rumänien als von einem rückständigen Agrarland sprach. In der Vergangenheit betrachteten die Imperialisten Rumänien als ihr Agrar- und Rohstoffanhängsel, und sie wollten diesen Zustand verewigen. Rumänien erzeugte keine Maschinen und Werkzeugmaschinen. All das wurde aus dem Ausland eingeführt.

Der Sozialismus hat das Antlitz Rumäniens verwandelt . . . 1960 überschritt die Industrieproduktion Rumäniens den Vorkriegsstand um das Fünffache. Das rückständige Rumänien hat sich in ein fortgeschrittenes Land mit einer stürmisch aufsteigenden Industrie und einer vergenossenschaftlichten Landwirtschaft verwandelt.“<sup>16</sup>

Ähnliche, durch die neueste geschichtliche Entwicklung und den sozialistischen Aufbau gewonnene Erfahrungen finden wir in China, Polen, Bulgarien und anderen sozialistischen Ländern.

Die Regierungen der unlängst frei gewordenen Völker begreifen gut, welche große Bedeutung diese Erfahrungen vom Standpunkt der Entwicklung ihrer eigenen Länder aus haben. Die führenden Persönlichkeiten und Wirtschaftsdelegationen der unlängst frei gewordenen asiatischen und afrikanischen Länder besuchen – wie dies aus der Tagespresse ersichtlich – nacheinander die Sowjetunion und die übrigen sozialistischen Länder, um Erfahrungen zu sammeln sowie wirtschaftliche und sonstige Beziehungen herzustellen. Hier bewahrt sich – unter veränderten Bedingungen – in der Wirklichkeit die berühmte Bemerkung von Karl Marx: „Eine Nation soll und kann von der andern lernen.“<sup>17</sup>

Es sei mir gestattet, auf den Besuch des Präsidenten der Republik Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, in der Rumänischen Volksrepublik am 10. und 11. August 1961 hinzuweisen. Dr. Nkrumah erklärte bei dieser Gelegenheit in einer seiner Reden: „Wir können uns in Rumänien nur kurze Zeit aufhalten . . . aber wir können wohl bereits manche Folgerung aus dem ziehen, was wir in dieser kurzen Zeit gesehen haben. Rumänien industrialisiert sich und mechanisiert seine Landwirtschaft. Ich möchte betonen, daß wir bei uns in Ghana dasselbe tun wollen.

Nach der Erämpfung der Unabhängigkeit ist es die erste Aufgabe, Möglichkeiten und Mittel zur Hebung des Lebensniveaus unseres Volkes zu finden. Und gerade deshalb müssen wir alles tun, damit Ghana industrialisiert wird, seine Landwirtschaft vielseitig entwickelt und mechanisiert. . .

<sup>16</sup> Rede auf der Festveranstaltung der rumänisch-sowjetischen Freundschaft, am 11. 8. 1961 im Großen Kreml-Palast, in: Neuer Weg, Bukarest, v. 13. 8. 1961.

<sup>17</sup> Marx, Karl, a. a. O., S. 7.

„Wir sind hierher gekommen, um zu sehen, wie Sie Ihr Land aufbauen. Wir glauben, daß dies für uns, wenn wir nach Hause zurückkehren, eine Quelle der Anregung bilden wird.“<sup>18</sup>

Daraus und aus vielen ähnlichen Beispielen ersieht man, daß der historische Prozeß der sozialen Umgestaltungen in den sozialistischen Ländern, die Liquidierung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der Aufbau der wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus wichtiges, mannigfaltiges und äußerst dankbares Material für die Wirtschaftsgeschichte liefern. Dieser Wissenschaftszweig ist berufen, die Bearbeitung dieses geschichtlichen Materials zu übernehmen, und zwar sowohl im Interesse all der Länder, die im Begriff sind, sich gesellschaftlich und wirtschaftlich umzugestalten, als auch zum Zwecke der ideologischen Erziehung und fachlichen Bildung der werktätigen Massen aller sozialistischen Länder.

Dieses ausgedehnte Gebiet der Wirtschaftsgeschichte müßte man selbstverständlich planmäßig bearbeiten, um einmal ein überflüssiges Nebeneinander – sowohl hinsichtlich des Gegenstandes als auch der Länder – zu verhüten und zum anderen eine gute Zusammenarbeit zwischen den Historikern und Wirtschaftshistorikern der sozialistischen Länder wie auch zwischen diesen und denjenigen der nicht-sozialistischen und der unlängst unabhängig gewordenen Länder zu sichern.

*Auf jeden Fall sind in jedem sozialistischen Land die Wirtschaftshistoriker als die Befugtesten dazu berufen, über die wirtschaftlichen Umgestaltungsprozesse, die sich in ihrem Lande vollzogen haben – Beseitigung der Rückständigkeit, Aufbau der wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus –, zu arbeiten.*

Wenden wir uns nun der wichtigsten Frage, der Verhütung eines Krieges, zu. Die Menschheit hat in unseren Tagen keine dringendere Aufgabe, als gegen die Gefahr eines Raketen- und Kernwaffenkrieges, für die allgemeine Abrüstung und für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen. Das ist ein um so dankbarer Kampf, als, wie im Moskauer Friedensmanifest von 1960 festgestellt wird, noch nie in der Geschichte der Menschheit eine so reale Aussicht für die Verwirklichung des jahrhundertealten Strebens der Völker nach einem Leben in Frieden und Freiheit bestand.

In dieser Hinsicht hat die Wirtschaftsgeschichte ganz besonders wichtige Aufgaben. Die Frage von Krieg und Frieden birgt einen ganzen Komplex politischer und wirtschaftlicher Probleme in sich (wirtschaftliche Ursachen der Kriege, die wirtschaftlichen Folgen der Kriege, Kriegsbudgets, Lebensstandard, Wirtschaftskrisen usw.) und muß daher sowohl mit allgemeingeschichtlichen als auch mit wirtschaftsgeschichtlichen Methoden untersucht werden, damit eine Richtschnur zum Handeln geliefert werden kann.

Ein wertvoller Hinweis für die Aufgaben der Wirtschaftsgeschichte findet sich in der Moskauer Erklärung von 1960, in der es heißt: „Der Krieg ist eine ständige Begleiterscheinung des Kapitalismus. Das System der Ausbeutung des

<sup>18</sup> „Neuer Weg“, Tageszeitung, Bukarest, v. 10. 8. 1961, u. Sointeia v. 10. 8. 1961.

Menschen durch den Menschen und das System der Ausrottung des Menschen durch den Menschen sind zwei Seiten der kapitalistischen Ordnung.“  
 Welch tiefgründige Wahrheit! Ist es nicht ebenso notwendig wie möglich, diese These an Hand des zur Verfügung stehenden riesigen geschichtlichen Materials möglichst konkret – in erster Linie durch wirtschaftliche Tatsachen – zu veranschaulichen, sie auf konkrete Weise in wirtschaftsgeschichtlichen Werken zu beweisen, sie ins Bewußtsein der Massen hineinzutragen, damit diese große Wahrheit zur „materiellen Gewalt“ wird?

Unter den heutigen Bedingungen in Deutschland, da sich die führenden westdeutschen Historiker, wie Dr. Robbe betont, offen zur politischen Grundkonzeption Adenauers bekennen, mehr noch, sie historiographisch zu stützen versuchen, ist es für die fortschrittlichen deutschen Wirtschaftshistoriker eine wichtige und ehrenvolle Aufgabe, von der nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse aus wirtschaftsgeschichtlich nachzuweisen, daß die Zukunft der deutschen Nation, ein Leben in Frieden, Wohlstand und Glück, nur über die Beseitigung des deutschen Imperialismus gesichert werden kann.<sup>19</sup> Walter Ulbricht stellt fest: „Die geschichtliche Lehre der Kriege und Krisen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Deutschland besteht darin, daß in der neuen Periode der Weltgeschichte, in der Periode des Kampfes aller Völker um ihre Freiheit, . . . Deutschland niemals durch imperialistische Politik vorwärtskommen kann.“<sup>20</sup> Auch diese These sollte durch konkrete Tatsachen, Daten, Wirtschaftsergebnisse usw. wirtschaftsgeschichtlich untermauert und erhärtet werden.

Die fortschrittlichen Geschichtswissenschaftler in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien haben ihrerseits die große und verantwortungsvolle Aufgabe, den imperialistischen Militarismus ihrer Länder nachdrücklich zu bekämpfen.

\*

Wir sind überzeugt, daß die Diskussion über die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft im „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ die Bestimmung des Gegenstandes, der Aufgaben und der Methode dieser Wissenschaft – im allgemeinen wie auch vom Gesichtspunkt der Aktualität aus – entscheidend fördern wird.

Darüber hinaus kann die Diskussion den Anstoß zu einer wissenschaftlichen Aktion geben, in deren Verlauf sich die Wirtschaftsgeschichte, dank der Aktualisierung ihrer Aufgaben, stärker als bisher in den Kampf für die Lösung der brennendsten Probleme unserer Zeit – in erster Linie für die Verhinderung eines Krieges – einschaltet, und zwar sowohl auf internationaler Ebene als auch im Maßstab der einzelnen Länder.

<sup>19</sup> Vgl. Diskussionsartikel von *Robbe, Waltraud*, a. a. O.

<sup>20</sup> Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer der DDR (v. 4. 10. 1960), Berlin 1960, S. 6.

Unseres Erachtens wäre es wünschenswert, wenn zunächst in den einzelnen sozialistischen Ländern die Gelehrten die Probleme der Wirtschaftsgeschichte im Rahmen von Landeskonferenzen diskutierten; nachher sollten das Material und die Ergebnisse dieser Diskussionen von den an der Wirtschaftsgeschichte interessierten Fachleuten aller sozialistischen Länder im Rahmen einer internationalen Konferenz systematisiert und synthetisiert werden, damit ein entsprechend abgestimmtes, koordiniertes Aktionsprogramm für diesen Wissenschaftszweig ausgearbeitet werden könnte.

Ebenso wäre es wünschenswert, auf Grund der Plattform dieser Konferenz eine Besprechung von gleichfalls internationalem Charakter unter Hinzuziehung der *zuständigen fortschrittlichen Gelehrten der nicht-sozialistischen Länder* zu veranstalten, die ein noch breiteres Aktionsprogramm in bezug auf die internationalen Aufgaben und die Aufgaben der einzelnen Länder wie auch auf die Methoden der Wirtschaftsgeschichte ausarbeiten würde.

Eine solche Konferenz könnte gleichzeitig durch die Herausgabe eines auf wirtschaftsgeschichtlicher Grundlage ausgearbeiteten Manifestes oder Aufrufs an alle Werktätigen der Welt ein Ansporn für den internationalen, wissenschaftlichen Kampf der Wirtschaftshistoriker für den Fortschritt und für die Erhaltung des Friedens sein.

# Bürgerliche Monopolgegnerschaft

VON HELGA NUSSBAUM

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes muß uns die Sammlung aller antimonopolistischen Kräfte besonders am Herzen liegen.

Eine Analyse der gegen das Monopolkapital gerichteten Tendenzen, die in der modernen kapitalistischen Gesellschaft selbst erzeugt werden, eine Analyse der Haltung verschiedener Klassen, Gruppen und Schichten kann eine solche Sammlung erleichtern.

Prinzipielle, unversöhnliche Gegnerin des Monopolkapitals ist die Arbeiterklasse. Das objektive ökonomische und politische Interesse der Arbeiterklasse an der Beseitigung des Monopolkapitals ist so elementar, daß trotz nicht selten zu beobachtender subjektiver Verwirrung, trotz teilweiser, zeitweiser Korruption und trotz Verrats durch Rechte in der Führung die Arbeiterklasse historisch dazu bestimmt ist, die ganze Menschheit in ihrem lebensnotwendigen Kampf gegen das große Monopolkapital zu *führen*.

Obwohl dieser Sachverhalt eigentlich nicht mehr bewiesen zu werden braucht, sei noch einmal kurz angeführt, aus welchen Hauptmomenten sich das Klasseninteresse der Arbeiterklasse zusammensetzt.

Die Arbeiterklasse ist Hauptproduzent und Hauptkonsument der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Als Produzenten unterliegen die Arbeiter der kapitalistischen Ausbeutung, die vor allem infolge steigender Produktivität ständig wächst. Monopolkapitalistische Machtkonzentration begünstigt darüber hinaus eine Bezahlung der Arbeitskraft unter dem Wert. Diese Möglichkeit zusätzlicher Ausbeutung kann zwar durch gewerkschaftlichen Kampf häufig paralytisiert werden, kann sich aber auch besonders grausam auswirken, wenn die Gegenkraft des gewerkschaftlichen Kampfes ungenügend stark entwickelt ist oder fehlt, welches letzteres zum Teil in kolonialen und halbkolonialen Gebieten in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war.

Als Konsument zahlt der Arbeiter überhöhte Monopolpreise. Jede Lohnerhöhung, die er sich erkämpft und für die er zusätzliche Waren oder Leistungen kauft, vergrößert seinen Tribut an das Monopolkapital. Auch in dieser Form wird die monopolistische Ausbeutung also selbst bei eventuell steigendem Lebensstandard nicht etwa geringer.

Ökonomische, soziale Befreiung kann aber nur durch politischen Kampf erreicht werden. In dem Maß jedoch, in dem alle Machtmittel des bürgerlichen Staates in die Verfügungsgewalt der stärksten Monopolgruppen geraten, wächst auch das Bestreben, den politischen Druck auf die Arbeiterklasse zu verstärken. Von den Greueln imperialistischer Kriege wird die Arbeiterbevölkerung am stärksten betroffen. Die Arbeiterklasse ist also zutiefst an der Beseitigung einer Gesellschaftsstruktur interessiert, die solche antihumanen Erscheinungen ständig reproduziert.

Ihr Interesse deckt sich heute mit dem der ganzen Menschheit, die von ökonomischer und moralischer, ja, von physischer Vernichtung bedroht ist, wenn es nicht gelingt, den mächtigsten internationalen Monopolgruppen ihre Waffen aus der Hand zu schlagen.

Dem internationalen Monopolkapital ist die entscheidende Schlacht zu liefern. Die vielfältigen ökonomischen, politischen und ideologischen Waffen sind anzuwenden. Die Strategie für die einzelnen Abschnitte der langen, kompliziert verlaufenden Frontlinie ist ständig zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Alle Verbündeten müssen mobilisiert und alle Reserven aktiviert werden.

Über die Notwendigkeit, die Bauern, die Geistesschaffenden, die Klein- und Mittelbourgeoisie als Verbündete heranzuziehen, herrscht weitgehende Klarheit. Dieses Problem ist schon von verschiedenen Seiten her untersucht worden. Bei eingehender Beschäftigung mit den Äußerungen antimonopolistischer Haltung wird man aber finden, daß noch verschiedene andere direkte und indirekte Reserven für die Schlacht gegen das Monopolkapital zur Verfügung stehen, die aufmerksame Beachtung verdienen.

Die Motive für die verschiedenen Schüsse aus dem bürgerlichen Lager gegen das Monopolkapital mögen sehr unterschiedlich sein; man wird möglicherweise feststellen müssen, daß man einen großen Teil der Schützen nicht als direkte Verbündete der Arbeiterklasse wird gewinnen können. Will man aber den Hauptfeind der Menschheit entscheidend treffend, so ist jedes in diese Richtung fliegende Geschloß zu beachten, woher es auch kommt.

Die Tatsache zum Beispiel, daß in der Hochburg des Imperialismus, in den USA, Angehörige der Bourgeoisie bis in die Kreise der Regierung und des Staatsapparates hinein in gewissem Maße antimonopolistisch eingestellt sind und entsprechend handeln, mag uns zunächst befremden. Wir sind geneigt, diese Handlungen – die noch dargestellt werden sollen – lediglich als geschickte Tarnungsmanöver einzuschätzen und abzutun. Scheinen sie doch allem zu widersprechen, was wir über die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wissen.

Aber vergessen wir nicht, daß auch innerhalb dieses Entwicklungsprozesses sich widerstrebende Tendenzen zeigen können. Und bedenken wir, daß wir uns durch schematisch vereinfachte Deutungen der Tatsachen unter Umständen schaden können. Wir berauben uns zunächst der Möglichkeit, tiefere Einsicht in die komplizierte Gesellschaftsstruktur des gegenwärtigen Kapitalismus zu gewinnen. Wir berauben uns ferner der Möglichkeit, die „Gegensätze und

Konflikte zwischen den nicht-proletarischen Schichten<sup>1</sup> als indirekte Reserven im Kampf gegen das Monopolkapital auszunutzen.

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit einigen Äußerungen antimonopolistischer Haltung *außerhalb* der Arbeiterklasse. Der leitende Gesichtspunkt dabei ist: Aufspürung möglicher direkter und indirekter Reserven.

#### ZUR ENTWICKLUNG DER ANTIMONOPOLGESETZGEBUNG ALS AUSDRUCK MONOPOLGEGNERISCHER AKTIVITÄT

Ein Rückblick auf die Traditionen, die historischen Ursprünge und Wandlungen des bourgeoisen Antimonopolismus ist sicher nützlich. Fragwürdig dagegen erscheint der Versuch, solche Traditionen bis auf die Zeit des Kaisers Maximilian und Karls des Fünften in Deutschland oder der Königin Elisabeth in England zurückführen zu wollen.<sup>2</sup> Noch weiter gehen einige Autoren, wenn sie den gegenwärtigen Monopolismus in einem Atemzug mit bestimmten Monopolen im Alten Orient nennen. Fredrik Neumeyer zum Beispiel, Spezialist auf dem Gebiete des Monopolrechts, hält den Monopolismus für ebenso alt wie den Erwerbtrieb des Menschen.<sup>3</sup> Nun ist gegen eine Untersuchung des Balsam- und Dattelhandelsmonopols der jüdischen Könige sowie der privaten Monopole für Wolle- und Stoffherstellung bei Ägyptern und Babyloniern gewiß nichts einzuwenden.<sup>4</sup> Ebenso interessant ist zweifellos die Darstellung solcher Vorgänge wie der Reichstagsabschiede über „Monopolien“ im sechzehnten Jahrhundert in Deutschland oder des Widerstandes der Bürger und der Gerichtsentscheide gegen die von der Krone verliehenen Monopole im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert in England, wie wir sie unter anderem bei Neumeyer und Fischer finden.<sup>5</sup>

Allein die Gleichsetzung der kapitalistischen Monopole mit Monopolformen vorkapitalistischer Produktionsweisen muß entschieden abgelehnt werden.

Diese Gleichsetzung ist ja so alt wie die neuzeitliche Monopoldiskussion selbst, sie entspringt einem flachen Historismus, verbunden mit einer Methode ahistorischen Abstrahierens, und ist wiederholt ad absurdum geführt worden, so zum Beispiel von marxistischer Seite 1890 durch Bruno Schoenlank<sup>6</sup> und später von

<sup>1</sup> *Stalin, J. W.*, Gesammelte Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 137.

<sup>2</sup> *Fischer, C. E.*, unternimmt diesen Versuch in der Abhandlung: Die Geschichte der deutschen Versuche zur Lösung des Kartell- und Monopolproblems, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 110, 1954, S. 425 ff.

<sup>3</sup> *Neumeyer, Fredrik*, Monopolkontrolle in USA, Berlin 1953, S. 7.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 7 f.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 13 f., und *Fischer, C. E.*, a. a. O., S. 428 f. u. 435.

<sup>6</sup> *Schoenlank, Bruno*, Beiträge zu einer Morphologie der Unternehmerverbände, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 3, Tübingen 1890, S. 519 ff.

bürgerlicher Seite durch Bücher 18947. Demjenigen, der ein Monopol nur als *technisches* Phänomen der Warenproduktion auffaßt, also als Möglichkeit, unter bestimmten Umständen die Herstellung oder den Handel einer Ware in einer Hand oder bei einer Gruppe zu konzentrieren, müssen wir allerdings einräumen: Monopole in diesem Sinne gibt es seit der Entstehung der Warenproduktion. Ja, wir fügen dieser Einräumung sogar noch die Behauptung hinzu, daß diese technische Möglichkeit um so größer sein mag, je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, je weniger entwickelt und je mehr gebunden nämlich die Warenproduktion ist. Die technische Möglichkeit der Monopolisierung wird mit zunehmender Entfaltung der Warenproduktion geringer und vergrößert sich erst wieder bei einem bestimmten Stand der Kapitalakkumulation.

Die Monopole aber nur unter handelstechnischen Gesichtspunkten zu untersuchen, bedeutet eine unzulässige Abstraktion. Ebenso wie die Eigentumsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaftsformation den Charakter der jeweiligen Warenproduktion entscheidend prägen, ebenso prägen sie den Charakter etwa vorhandener Monopole.

Wie soll man den Charakter der mittelalterlichen Monopole einschätzen?

Ist im Rahmen der gebundenen mittelalterlichen Wirtschaft ein von Fürsten verliehenes Monopol lediglich ein feudales Privilegium, der Kampf der Bürger dagegen also ein antifeudaler Kampf? Oder: Kann ein solches Monopolprivilegium im absolutistischen Staat nicht unter Umständen zur Quelle ursprünglicher Akkumulation, also zu einem „Vehikel des Fortschritts“ werden? Diese Fragestellung reizt zu näherer Untersuchung, worauf wir aber im Rahmen dieses Artikels verzichten müssen.<sup>8</sup> Es soll damit nur angedeutet werden, wie verfehlt eine Gleichsetzung der Antimonopolbewegung im Imperialismus mit der im ausgehenden Mittelalter ist.

Unsinnig ist es auch, wenn Fredrik Neumeyer die „Geschichte des Sherman-Gesetzes“<sup>9</sup>, also des ersten amerikanischen Antitrustgesetzes von 1890, vor einigen tausend Jahren bei den Babyloniern beginnen läßt. Auf solche Ansichten hier einzugehen, ist allerdings nicht überflüssig. Fischer zum Beispiel schrieb seinen eingangs zitierten Artikel mit der ausdrücklichen Absicht, dem lautstarken Lamento der Monopolisten, die verbissen gegen das ursprünglich geplante Monopolverbot in Westdeutschland kämpften, eine historisch fundierte Argumentation entgegenzusetzen. Das Resümee seiner Ausführungen: Die Behauptung der Monopolfreunde, der Antimonopolgedanke sei nur durch die Besatzungsmacht aus Amerika importiert worden, stimmt nicht; dieser Gedanke hat im Gegenteil eine lange nationale Tradition. Schon früher sind

<sup>7</sup> Bücher, Karl, Die wirtschaftlichen Kartelle, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 61, Leipzig 1895, S. 145f.

<sup>8</sup> Vgl. Oelßner, Fred, Ein Beitrag zur Monopoltheorie, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 3, Berlin 1960.

<sup>9</sup> Neumeyer, Fredrik, a. a. O., Kapitel 1, S. 7.



Monopole in Deutschland verboten worden. Aber „... auch schon zu damaligen Zeiten hatten es die Kaiser, Regierungen und Parlamente schwer, sich gegen die Wünsche geldmächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen durchzusetzen...“<sup>10</sup> Der Wert des an sich begrüßenswerten Unterfangens Fischers wird aber eben dadurch gemindert, daß das „Monopol“ nur als handelstechnisches Phänomen aufgefaßt, sein historisch wandelbares gesellschaftliches Wesen aber nicht begriffen wird.

Das ist der typische Fehler aller Anhänger der neoliberalen Schule, der weitgehende Konsequenzen hat.

Da nämlich die Maßnahmen, welche die Neoliberalen zur Monopolbekämpfung vorschlagen, auch nur auf das Monopol als handelstechnische Erscheinung, nicht aber als historisch bedingte gesellschaftliche Erscheinung gerichtet sind, ist die Wirkung dieser Maßnahmen äußerst begrenzt. Auf diese Problematik werden wir noch öfter zurückkommen müssen.

Nach dem Gesagten ist es klar, daß wir unser Untersuchungsfeld wesentlich enger abstecken werden als die genannten Autoren.

Wir wissen, daß die Monopole, die sich im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts in allen kapitalistischen Ländern der Erde auszubreiten begannen, notwendige Produkte des kapitalistischen Konkurrenzkampfes sind, mit dessen Hilfe sich das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation durchsetzt. Sie haben also ein spezifisches, historisch bedingtes Wesen. Die Monopole stellen die höchste im Kapitalismus erreichbare Stufe der Vergesellschaftung der Produktion und des Kapitals dar. Im Monopolkapital sind die dem Kapitalverhältnis immanenten Widersprüche auf die Spitze getrieben: Während das Monopolkapital einerseits die Produktion weiter vergesellschaftet und so den Sozialismus materiell weitgehend vorbereitet, wirkt es andererseits als schlimmstes Hemmnis des gesellschaftlichen Fortschritts, ja, wird sogar zur Gefahr für die Weiterexistenz der Gesellschaft.

Man kann also den Monopolismus nicht nur von der ökonomischen Seite her betrachten. Das kapitalistische Monopol ist nicht bloß eine „Marktform“, sondern es prägt der gesamten Endepoche des Kapitalismus seinen Stempel auf, es bestimmt die soziale Struktur der Gesellschaft ebenso wie die Art der Politik, die Formen der staatlichen Macht und die Ausdrucksformen der Kultur.

Der Monopolismus, obwohl in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Wirtschaft absolut beherrschend, hat bis jetzt jedoch nicht alle vormonopolistischen Produktionsformen zerstört; diese konnten daher zur Basis antimonopolistischer Strömungen außerhalb des Proletariats werden.

So waren in all den siebenzig bis achtzig Jahren der Existenz der Monopole Stimmen zu hören, die, mitunter in heftigster Art, gegen den Monopolismus opponierten und die nicht aus der Arbeiterklasse kamen. Sie kamen aus dem Kleinbürgertum – den Kreisen des kleinen und mittleren Handels und Ge-

<sup>10</sup> Fischer, C. E., a. a. O., S. 432.

werbes — aber auch aus der Bourgeoisie, ja, in Deutschland sogar während einer kurzen Zeitspanne gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts von der Seite der Junker her.

Haben diese es dann zwar schnell gelernt, mit dem industriellen Monopolkapital gemeinsame Sache zu machen, so sind doch die antimonopolistischen Stimmen aus dem Bürgertum und Kleinbürgertum bis auf den heutigen Tag nicht verstummt.

Das ist nicht erstaunlich. Die Epoche des Imperialismus ist ja dadurch gekennzeichnet, daß sich die Hauptwidersprüche des Kapitalismus verschärfen. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit wächst, außerdem entwickelt sich aber ein Widerspruch zwischen dem Monopolkapital einerseits und dem kleinen, mittleren und großen nichtmonopolistischen Kapital andererseits, der sich ebenfalls verschärft. Der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie hat heute seinen höchsten Ausdruck im Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weltsystem gefunden. Ganz ähnlich hat sich auch der Widerspruch zwischen Monopolbourgeoisie und nichtmonopolistischer Klein-, Mittel- und Großbourgeoisie gegenwärtig in gewissem Sinne „veräußerlicht“ — in den Gegensätzen zwischen den imperialistischen Kolonialmächten und einer ganzen Reihe der nationaldemokratischen Staaten.<sup>11</sup>

Gerade von dieser Seite her ist deshalb der Antimonopolgedanke ungeheuer belebt worden; er drängt bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise dieser Länder zur Annäherung an das sozialistische Weltsystem.

Doch auch in den imperialistischen Hauptländern finden sich bis in die Gegenwart hinein bürgerliche und kleinbürgerliche Opponenten gegen das Monopolkapital.

Ihre Opposition äußert sich in verschiedenen Formen, unter anderem auch in der Gesetzgebung, die die Monopole betrifft.

Wenn wir es hier unternehmen, einige Tatsachen aus der Geschichte der Monopolgesetzgebung ins Licht zu rücken, so deshalb, weil sich offenbar auch in Art und Inhalt der betreffenden Gesetze die *Stärke* des Widerstandes und das Kräfteverhältnis der Klassen widerspiegelt.

Es sei betont, daß hier hauptsächlich *diese* Seite der äußerst vielseitigen Erscheinung der „Antitrust“-Rechtsprechung untersucht werden soll. Auf das stets mitwirkende Moment der Demagogie, der geschickten Beruhigung aufgewühlter Volksteile, weisen wir nur am Rande hin; auch dann, wenn man die bürgerliche Monopolgesetzgebung ausschließlich als Beruhigungsmanöver deutet, muß man einräumen, daß sich an der Stärke des Beruhigungsmittels der Grad der Empörung ablesen läßt.

\*

<sup>11</sup> Wobei man natürlich sehen muß, daß sich in diesen Gegensätzen noch eine Reihe anderer Widersprüche vereinigt.

Die ersten modernen antimonopolistischen Gesetze wurden auf dem amerikanischen Kontinent erlassen: im Jahre 1889 in Kanada und 1890 in den USA.<sup>12</sup>

Obwohl auch in Europa in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg heftige Rufe nach Staatseingriffen gegen die Monopole laut wurden, kam man hier über *Gesetzesentwürfe* nicht hinaus.

Der Sherman Act von 1890 in den USA war das radikalste aller seitdem erlassenen Antimonopolgesetze der kapitalistischen Welt. Wie ist das zu erklären? Offenbar spielt die Besonderheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den USA im neunzehnten Jahrhundert hier eine Rolle. Da kaum feudale Hemmnisse und Traditionen vorhanden waren, konnte sich, zusätzlich begünstigt durch Naturreichtümer, das Kapital und später das Monopolkapital weit stürmischer entwickeln als in Europa. Im fessellosen Konkurrenzkampf war kein Mittel zu brutal; die aus ihm hervorgegangenen ersten Pools und Trusts tobten sich in extremen Buschrittermethoden gegen Lieferanten, Abnehmer und Konkurrenten aus. Empörte Gegenaktionen von dieser Seite waren die Folge. Die städtischen und hauptsächlich auch die ländlichen Mittelschichten waren damals noch so selbstbewußt und stark, daß sie schließlich ein „absolutes“ Monopolverbot im Sherman Act durchsetzen konnten.<sup>13</sup>

Jürgen Kuczynski schreibt: „Schon zu Ende der sechziger Jahre hatte sich die große Farmerbewegung der Granger organisiert und schnell einige erste Erfolge gegen die Monopolpraktiken der Eisenbahnen erzielt. 1874 hatte die Grange bereits eineinhalb Millionen Mitglieder. Die Granger und alle folgenden fortschrittlichen Farmerbewegungen des neunzehnten Jahrhunderts forderten ein Eingreifen des Staates gegen die Monopole im Interesse der Farmer und allgemein der Werktätigen. Die 1890 gegründete People's Party, die nur teilweise von den Arbeitern unterstützt wurde und vor allem die Farmer umfaßte, verlangte in ihrem Programm die Verstaatlichung der Eisenbahnen und des Telegrafwesens, um auf diese Weise die Monopole zu bekämpfen.

<sup>12</sup> Dem territorial und inhaltlich umfassenden Sherman Act von 1890 waren Gesetze einzelner Bundesstaaten sowie der „Interstate Commerce Act“ gegen die monopolistische Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels vorausgegangen.

<sup>13</sup> Sherman Act Sect. 1: „Jeder Vertrag, ferner jede Vereinigung in Form eines Trusts oder einer anderen Form oder jede geheime Absprache zum Zweck der Geschäfts- und Handelsbeschränkung . . . wird hierdurch verboten. Jede Person, die einen solchen Vertrag schließt oder sich an einer solchen Vereinigung (combination) oder geheimen Absprache beteiligt, macht sich eines Vergehens schuldig und wird nach Schuldigerklärung nach Ermessen des Gerichts mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Dollar oder bis zu einem Jahr Gefängnis oder mit beiden Strafen bestraft.“ Zitiert nach *Reichert, Jakob Wilhelm*, Die Kartellgesetze der Welt, Berlin 1935, S. 38.

1892 erhielt sie bei den Präsidentenwahlen eine Million Stimmen, 1894 sogar eineinhalb Millionen Stimmen.<sup>14</sup>

Eine Bewegung, die man zweifellos als „Volksbewegung“ bezeichnen kann, da sie weite Kreise der Bauern erfaßte, erzwang also das erste Trustverbot in der monopolkapitalistischen Ära. Der Sherman Act werde von vielen Amerikanern als die „American Charter of Economic Freedom“ bezeichnet, schreibt Haussmann.<sup>15</sup>

Nun sollte man doch annehmen, daß eine so kräftige Antitrustströmung, die, wie Kuczynski berichtet, noch nach dem Erlaß des Gesetzes erheblich anschwoll, die Wirksamkeit dieses Gesetzes gesichert hätte. Aber erstaunlicherweise hatte der Sherman Act überhaupt keine positive Wirkung.

Wieso soll das erstaunlich sein, mag jemand fragen, es liegt doch auf der Hand, daß juristische Gesetze nicht ökonomische Gesetzmäßigkeiten aus der Welt schaffen können.

Wir wollen diese These gar nicht bestreiten, im Gegenteil, die folgenden Untersuchungen werden sie sogar immer wieder erhärten. Aber unter bestimmten Umständen kann die Gesetzgebung doch hemmend und verzögernd auf den Ablauf des ökonomischen Prozesses einwirken.

Der Sherman Act hat jedoch weder hemmend noch verzögernd auf den Konzentrationsprozeß gewirkt. Sicherlich kann man hierfür viele einzelne Gründe finden: Den lockeren Bau des Staatsapparates, der dem Einfluß geldmächtiger Interessengruppen leicht anheimfiel, obwohl die demokratische Bewegung noch stark entwickelt war, den mangelhaften Einfluß der antimonopolistischen Kräfte auf die Interpretation und Anwendung des Gesetzes; die Hilflosigkeit und Unerfahrenheit der Richter – und ihre Korruptheit; die absolute und gleichzeitig zu allgemeine Formulierung des Gesetzes. Entscheidend war aber, daß der ökonomische Trieb zur Konzentration hier wie auch später die interessierten Kreise Maschen im Netz der Gesetzgebung finden ließ, durch die sie dem Monopolverbot entrinnen konnten.

Die damals in Frage kommende Masche hieß holding company. Ein kleiner Exkurs über Rechtsformen der Monopole sei hier gestattet.

Im englischen Recht galten bis 1845 verschiedene Bestimmungen aus dem alten Common Law, die alle Bemühungen zur Erhöhung der Preise für eine kriminelle strafbare Handlung erklärten. So konnte unter anderem jegliche Absprache mehrerer Personen über Preisfestsetzungen – als conspiracy bezeichnet – strafrechtlich verfolgt werden. In den USA waren diese Bestimmungen im Gegensatz zu Großbritannien nicht neu interpretiert worden, so daß die „Granger“ in ihrem Kampf gegen die Pools auf den conspiracy-Paragrafen pochen konnten. In der Wirtschaft wich man deshalb auf die alte Rechtsform des

<sup>14</sup> Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1955, S. 10f.

<sup>15</sup> Haussmann, Frederick, Der Antitrustgedanke im Wirtschaftssystem, Zürich 1950, S. 9.

*trust* aus. Infolgedessen spielten in den USA im Gegensatz zu Europa kartellartige Monopolformen im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert eine relativ geringe Rolle. Sie entstanden in größerer Anzahl dann erst in den zwanziger Jahren, und nach einer erneuten Verbotskampagne existieren sie heute vorwiegend in der Form vertragsloser Übereinkünfte und Parallelhandlungen.

„Der *trust* nach englischem Recht ist die Übertragung von Eigentum auf einen anderen zur Verwendung und beliebigen Verfügung im Interesse desjenigen, der ‚in *trust*‘ gibt.“<sup>16</sup> So gaben die Unternehmungen, die einen Monopolverband bilden wollten, ihre Aktien einem meist aus mehreren Personen bestehenden *board of trustees* ‚in *trust*‘. Diese „Treuhand“ hatten nun durch die Rechtsform des *trust* die Möglichkeit, die zusammengeschlossenen Unternehmungen zentral zu verwalten und zu leiten. Auf diese Weise wurde schlagartig ein sehr fester Zusammenschluß großer Kapitale erzielt, wie er durch ein Kartell nie erzielt werden kann. In Europa waren derartige Kapitalballungen erst das Ergebnis langwieriger Konkurrenzkämpfe innerhalb von Kartellen (oder auch unabhängig von ihnen).

1892 wurde nun nach zehnjährigem Bestehen der Standard Oil Trust vom Obersten Gericht in Ohio auf Grund des Sherman-Gesetzes aufgelöst. Was darauf folgte, beschreibt Engelmann so: „New Jersey erließ 1889 ein Zusatzgesetz zu seinem Aktiengesetz, in dem erstmalig den Direktoren jeder inkorporierten Gesellschaft erlaubt wurde, ‚das Kapital einer oder mehrerer Gesellschaften zu kaufen, welche Rohstoffe oder andere Vermögenswerte besitzen, fördern, herstellen oder erzeugen, die für ihr Geschäft notwendig sind, und als Zahlung dafür Gesellschaftsanteile in Höhe des Wertes auszugeben‘. Damit war die Grundlage für die *holding company* gelegt. Erforderlich war nur die Besorgung einer Urkunde über die Verleihung der Rechtspersönlichkeit des Staates New Jersey, die Sicherstellung der Kapitalbeschaffung und – bei Umwandlung eines *trust* in eine *holding company* – die Einräumung des Rechts an die Inhaber der alten *trust*-Zertifikate, diese nunmehr in Aktien der neuen Gesellschaft umzutauschen. Die Mitglieder des bisherigen *board of trustees* wurden die Direktoren der neuen Gesellschaft . . . Die ganze Aktion des Staates New Jersey, die für diesen nur den Zweck hatte, die Steuereinnahmen zu vergrößern, war der größte Schlag gegen die Antitrustpolitik des Bundes . . . New Jersey wurde das Mekka der Großunternehmen.“<sup>17</sup>

Vom alten *trust* blieb häufig noch der Name, aber die Hauptorganisationsform der amerikanischen Monopole war von nun an die *holding company*, auf die der Sherman Act bis 1903 nicht angewendet wurde. Ein solches erfolgreiches Aus-

<sup>16</sup> *Levy v. Halle, Ernst*, Industrielle Unternehmer- und Unternehmungsverbände in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 60, 1894, S. 126f.

<sup>17</sup> *Engelmann, Fritz*, Der Kampf gegen die Monopole in den USA, Berlin 1951, S. 12.

weichen der Monopolinteressenten vor dem Gesetz können wir auch später und überall wieder beobachten. Verständlich, daß der antimonopolistische Kampf bürgerlicher Kreise zeitweise erlahmte – oder in einzelnen Ländern gar nicht wirklich zum Tragen kam.

Interessant ist es aber, daß gerade in den USA, dem Land der starken Gegensätze, der bürgerliche Widerstand immer wieder auflebte.

Der zyklische Aufschwung nach 1897 hatte ein besonders rapides Wachstum der Monopole mit sich gebracht. Jürgen Kuczynski schreibt: „Die gewaltige Monopolbildung in der Zeit der Jahrhundertwende führte zu einer erneuten heftigen Antitrustkampagne, an der sich führend die fortschrittliche Bourgeoisie beteiligte. Die ‚Muckracker‘ (Schmutzaufwühler) attackierten insbesondere die Monopolorganisationen: Upton Sinclair im ‚Jungle‘ die Zustände in den Chikagoer Großschlächtereien und Fleischkonservenfabriken, Ida M. Tarbell und Upton Sinclair den Rockefeller-Trust in ihren ‚History of the Standard Oil Company‘ und ‚King Coal‘, Charles Edward Russel den Rindertrust in ‚The Greatest Trust in the World‘, Winston Churchill in ‚Coniston‘ und Frank Norris im ‚Octopus‘ die Monopolpraktiken der Eisenbahnen.“<sup>18</sup>

Die Stärke der damaligen Antimonopolbewegung ist an der Tatsache zu ermesen, daß sogar Präsident Theodore Roosevelt, Expansionist und Imperialist in der Außenpolitik, sich veranlaßt sah, auf eine Verschärfung der Antitrustrechtsprechung zu drängen. Nach der Darstellung Engelmanns war er gar der „Hauptinitiator“ der Gesetze von 1903, „die alle den Zweck hatten, die Methode der Bekämpfung der großen Konzerne zu verbessern und zu beschleunigen“.<sup>19</sup>

Weiter heißt es bei Engelmann: „Bis zum Ausscheiden Roosevelts aus dem Amt 1909 wurden allein seitens der Staatsanwaltschaft 44 Prozesse eingeleitet. Sie brachten dem Präsidenten den Ruf des ‚trust-buster‘ (trust-Brecher) ein, und der Sherman Act erhielt nun auf einmal eine ungeahnte Bedeutung in der Wirtschaft. Geradezu eine Bestürzung entstand aber, als der Supreme Court im Jahre 1904 die Auflösung einer holding company verfügte. Es handelte sich um die Northern Securities. . .“ Großes Aufsehen habe dieses Vorgehen beim *big business* ganz allgemein erregt. „Wall Street war über das Urteil empört. J. Pierpont Morgan reiste persönlich nach Washington, um sich über die Lage Klarheit zu verschaffen. Er wurde in seiner Ansicht bestärkt, daß Roosevelt ein ‚Verräter‘ sei, jedenfalls kein Gentleman.“<sup>20</sup>

Es ist offenbar, daß die Rolle Roosevelts in der Trustbekämpfung eine genauere Analyse erfordert. Bei aller Reserve gegen die Darstellung Engelmanns ist aber doch wohl nicht von der Hand zu weisen, daß der Druck der bürgerlichen Monopoloopposition auf den Staatsapparat damals noch imstande war, einen Druck des Staatsapparates auf die Monopole auszulösen.

<sup>18</sup> Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 15f.

<sup>19</sup> Engelmann, Fritz, a. a. O., S. 50.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 51f.

Wir werden gleich sehen, daß bei Nachlassen des Oppositionsdruckes die Trustpolitik der Regierung wieder monopolfreundlicher wurde.

Einen Höhepunkt hatte die Antitrustrechtsprechung zuvor noch einmal unter Präsident Taft erreicht. Neunzig Verfahren wurden in seiner Amtszeit eingeleitet, die Riesentruste „American Tobacco“ sowie Rockefellers „Standard Oil“, die „meistgehaßte Gesellschaft der Zeit“, wurden aufgelöst.

Aber schon gegen Ende des ersten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts hatte Roosevelt den Gedanken gefördert, den Sherman Act nur auf diejenigen Monopole anzuwenden, die ihre Macht „mißbrauchten“, die eine „unreasonable restraint of trade“ betrieben. Dieser Gedanke wurde dann erstmals im Standard-Oil-Urteil im Jahre 1911 formuliert und diente als „rule of reason“ in der Folgezeit als Grundlage der Monopolrechtsprechung.

Hausmann preist diese „rule of reason“ als gutes Beispiel einer „flexiblen“ Wirtschaftspolitik, während Rudolf Callmann, ein scharfer Gegner von monopolbeschränkenden Gesetzen, zynisch schreibt: „Diese rule of reason ... wurde in der ganzen folgenden Zeit mit unverminderter Schwäche angewandt.“<sup>21</sup> Engelman meint, daß die rule of reason „die Grundlage für die Schwächung der Antitrustpolitik in sich“ barg. Sie trug „einen Unsicherheitsfaktor in die Rechtsprechung, und tatsächlich ist es seit 1911 nicht mehr zur Auflösung einer close knit combination von annähernd ähnlicher Bedeutung wie des Öl- und Tabaktrusts gekommen“.<sup>22</sup>

In dieser Entwicklung der Rechtsprechung erkennen wir den starken Machtzuwachs des Monopolkapitals, wie er sich während und nach dem ersten Weltkrieg und in den zwanziger Jahren vollzog.

War zwar 1914 durch den Clayton Act den Holdinggesellschaften verboten worden, Aktien ihrer Konkurrenten aufzukaufen, so hatten doch die Monopolinteressenten hier wieder einen Ausweg gefunden, der die Konzentration noch beschleunigte: man unterließ den Aktienkauf und kaufte stattdessen die Aktiva. „In vierzig Jahren hat die amerikanische Industrie Aktiva erworben, wovon man sich kaum eine Vorstellung machen kann,“<sup>23</sup> schreibt Callmann.

In den dreißiger Jahren, nach der Weltwirtschaftskrise, lebte der Kampf antimonopolistischer bürgerlicher Kräfte erneut auf. Jetzt waren es vor allem die städtischen Mittelschichten, kleine und mittlere Unternehmer in Industrie und Handel, die Schutz vor Monopolpraktiken forderten. Der Widerstreit der Interessen der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie spiegelt sich in dem erstaunlichen Zickzack-Kurs der Monopolgesetzgebung dieser Jahre.

<sup>21</sup> Callmann, Rudolf, Wettbewerbs- und Monopolprobleme in den USA, in: Kartellverbot oder Kartellaufsicht, Schriftenreihe des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 1, Stuttgart 1951, S. 43.

<sup>22</sup> Engelman, Fritz, a. a. O., S. 56f.

<sup>23</sup> Callmann, Rudolf, a. a. O., S. 48.

Schon 1927 war ein absolutes Kartellverbot erfolgt.<sup>24</sup> 1933 wurden „zum Schutze der Industrie“ im Zuge der National Recovery Administration (NRA) – der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, mit der F. D. Roosevelt die amerikanische Wirtschaft aus der Krise herausführen wollte – Kartelle gesetzlich eingeführt; 1936 wurden sie erneut verboten.

R. Callmann gab 1951 den in Unkel/Rhein versammelten Mitgliedern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie eine Schilderung davon, wie sehr diese Wendungen die Monopolisten verstimmt haben:

„Im Jahre 1934 begab sich in Texas etwas ganz eigenartiges. Die Ölindustrie in Texas wurde auf einmal notleidend, weil aus den benachbarten Staaten Kampföl eingeführt wurde, das heißt Öl zu unerhört billigen Preisen. Man stand vor der Frage, entweder die texanische Ölindustrie zugrunde gehen zu lassen oder etwas Entscheidendes zu tun. Und man tat etwas: Man gründete ein Ölkartell. Dieses Ölkartell war damals unter dem NRA-Gesetz erlaubt, und es wirkte ungefähr zwei Jahre mit einem geradezu phantastischen Erfolg. Die Ölindustrie erholte sich, die Vernichtungspreise gingen in die Höhe, und man stand vor der guten Aussicht, daß sich die Industrie völlig erholen werde. Da wurde im Jahre 1939 durch den Schechter case die NRA für verfassungswidrig erklärt. Im selben Augenblick war das Kartell gesetzwidrig. Im selben Augenblick leitete das Department of Justice ein Strafverfahren gegen alle Kartellmitglieder ein, gewann, und das Kartell wurde zerschlagen. Kommentar überflüssig!“<sup>25</sup>

Typisch für die Haltung vieler „wissenschaftlicher“ Monopolverteidiger sind Callmanns Äußerungen über Monopolgegnerschaft. Er nennt sie verächtlich „Monopolphobia“, sagt: „Man sieht Monopole wie weiße Mäuse“<sup>26</sup> und bezeichnet zum Beispiel die Gerichtsentscheidung gegen einen großen Konzern als „wirtschaftliche Schizophrenie“.<sup>27</sup>

Franklin Delano Roosevelt ist aber wohl weder schizophren gewesen, noch wird er weiße Mäuse gesehen haben, als er sich zum Sprecher der Mittelstandsforderungen machte, einen weiteren Ausbau der Antitrustrechtsprechung verlangte<sup>28</sup> und auch eine ganze Reihe von Maßnahmen durchsetzte. Die Stärke der damaligen Antimonopolströmung zeigt sich unter anderem in der Tatsache, daß einige sehr energische Monopolgegner nacheinander Leiter der Antitrust-Abteilung des Justizministeriums wurden, so zum Beispiel Robert

<sup>24</sup> In den zwanziger Jahren hatten sich Kartelle wieder in stärkerem Maße zu bilden begonnen. Auf die sogenannten „close knit combinations“, die Trusts und Konzerne, wurde weiterhin die „rule of reason“ angewendet.

<sup>25</sup> Callmann, Rudolf, a. a. O., S. 44f.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 47.

<sup>27</sup> Callmann, Rudolf, Konzernverschwörung unter dem USA-Antitrustrecht, in: „Wirtschaft und Wettbewerb“ (im folgenden: WuW), Jg. 4, 1954, H. 10, S. 637 ff.

<sup>28</sup> Besonders in der Kongreßbotschaft vom 29. 4. 1938. Auszüge bei Haussmann, Frederick, a. a. O., S. 41.



Jackson und Thurman Arnold. Über den letzteren, der zuvor Professor der Rechte an der Yale University gewesen war, schreibt Haussmann: „Er entwickelte sich bald zur maßgebenden und die Antitrustpolitik in der Methode und im Tempo bestimmenden Kraft. Nicht oft hat in der Rechtsgeschichte eine Persönlichkeit der Anwendung und Auslegung eines Staatsgrundgesetzes so stark ihren Stempel aufgedrückt, wie Thurman Arnolds außerordentliche Erscheinung.“<sup>29</sup> Arnold führte eine Presse- und Rundfunkkampagne und setzte eine erhebliche Vergrößerung des Etats und des Mitarbeiterstabes der Antitrust-Abteilung durch; die Zahl der Antitrustprozesse ging von 11 im Fiskaljahr 1937/38 auf 92 im Fiskaljahre 1939/40 hinauf.<sup>30</sup>

Der zweite Weltkrieg jedoch setzte die Antitrustrechtsprechung faktisch außer Kraft, die Rüstungsmonopole herrschten unumschränkt, und Thurman Arnold wurde 1943 abgesetzt, nachdem eine Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Leiter des Kriegsproduktionsamtes, Donald Nelson, über die Einschränkung der Antitrustprozesse vorausgegangen war.<sup>31</sup>

Damit, könnte man meinen, sei die Ära der Monopolbekämpfung mit staatlichen Mitteln zu Ende gewesen. Wenn der Staat in solchem Maße von den mächtigsten Monopolgruppen für ihre Zwecke ausgenutzt wird wie in den USA seit dem zweiten Weltkrieg, bleibt kein Raum für Antitrustrechtsprechung.

*Und doch gibt es noch immer Antitrustprozesse in den USA.* Im Februar 1961 saßen in Philadelphia sechzig Direktoren der größten amerikanischen Elektrokonzerne auf der Anklagebank, „alle von untadeliger Moral, einige sogar Mitglieder des Kirchenvorstandes und Vorsteher humanitärer Logen“, wie die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 16. 2. 1961 zu berichten weiß. Die Gesellschaften hatten bei öffentlichen Ausschreibungen Offerten nach geheimen Absprachen vorgelegt. Der Richter verhängte im ganzen Strafen von zwei Millionen Dollar, sieben Gefängnisstrafen von dreißig Tagen, die verbüßt werden müssen, und 29 Gefängnisstrafen mit Bewährungsfrist. Auf einem am siebzehnten Februar in der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“ veröffentlichten Bild sieht man einige der Manager mit Handschellen, aber fröhlichen Gesichts ins Gefängnis marschieren. Sie hatten sich bereit erklärt, ihre Strafe vorzeitig zu verbüßen. Das Bild spricht Bände. Es gibt deutlich wieder, was Trustmanager über Antitrust-Laws denken.

In der gleichen Zeitung hieß es am sechzehnten Februar, daß Präsident Kennedy auf seiner Pressekonferenz die hervorragende Arbeit der Antitrust-Abteilung unter Eisenhowers Justizministerium gerühmt und eine energische Fortsetzung dieser Politik versprochen habe. Die Zeitung kommentiert diese Äußerung so: Diese Einstellung sei nicht etwa Ausdruck eines neuen New Deal. Wie von Kennedy werde die Antitrustgesetzgebung „von der Geschäftswelt

<sup>29</sup> Haussmann, Frederick, Der Wandel des internationalen Kartellbegriffs, Bern 1947, S. 13.

<sup>30</sup> Engelmann, Fritz, a. a. O., S. 144.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 148.

als Teil der amerikanischen Wirtschaftsphilosophie respektiert. *Das heißt, sie spielt mehr die Rolle einer religiösen Ideologie als einer Regel des täglichen Lebens.* Man ehrt sie mehr durch Umgehung als durch Befolgung.“

Lassen wir den Kommentar zunächst dahingestellt und versuchen wir, uns einen eigenen Vers auf die genannten bemerkenswerten Tatsachen zu machen.

Schon Ende der vierziger Jahre hatte tatsächlich eine neue Belebung der Antitrustrechtsprechung eingesetzt. Die Unzufriedenheit in den Mittelschichten über die Folgen der enormen Kapitalkonzentration im Kriege muß bedeutend gewesen sein. Ausdruck dafür ist ein Senatsbeschluß von 1948, nach dem in Regierungskommissionen das „Small Business“ eine Vertretung erhalten sollte. Über die in der Antitrust-Abteilung entstandene Vertretung, die „Small Business Unit“, schreibt Neumeyer, daß sie „kleinen Gewerbetreibenden in gewissen Fragen, welche Wettbewerbsbeschränkungen und Monopolkontrolle betreffen, mit schneller und kostenfreier Hilfe beistehen“ sollte.<sup>32</sup> Aber die Mißstimmung im Mittelstand war damit nicht behoben. Als Beispiel für die bald einsetzende Kritik an der „Small Business Unit“ zitiert Neumeyer die Zeitschrift „Business Week“ vom 11. März 1950, in der es auf Seite 44 heißt: „Diese wenig bekannte Ecke des Justizministeriums stellt dem kleinen Gewerbetreibenden einen Vorrat von Taschentüchern zum Ausweinen zur Verfügung.“

Kritik und Unzufriedenheit in den Mittelschichten, neue Diskussion des Antitrustrechts in wissenschaftlichen Kreisen, neue Aktivität im Parlament führen zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Kongreß, der eine Reform der Antitrustgesetzgebung vorbereiten soll.

Wieder fühlt sich ein amerikanischer Präsident gezwungen, sich antimonopolistisch zu äußern. Truman sagte in seiner Kongreßbotschaft Anfang 1950 zur Konzentrationsbewegung: „Um dieser Gefahr zu entgehen, müssen wir die Monopole zügeln und dem unabhängigen Geschäftsmann Hilfe bringen, so daß er Kredit und Kapital bekommen kann, um in einem System freier Unternehmen am Wettbewerb teilzunehmen. Ich empfehle dem Kongreß die Verabschiedung des schwebenden Gesetzes, welches die Lücken des Clayton Act schließt, die jetzt noch monopolistische Fusionen ermöglichen.“<sup>33</sup> Ich hoffe ferner, noch vor Ende dieser Session dem Kongreß eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten zu können: zur Verstärkung der Antimonopolgesetze, zur Unterstützung der kleinen Geschäftsleute und zur Ermunterung der Entstehung neuer Unternehmungen.“<sup>34</sup>

In der Antitrust-Abteilung sind offenbar noch in den fünfziger Jahren Kräfte am Werk, die sich ernsthaft bemühen, die Antitrustgesetze wirkungsvoll

<sup>32</sup> Neumeyer, Fredrik, a. a. O., S. 223.

<sup>33</sup> Das damals geplante Gesetz, das dann 1951 in Kraft trat, verbietet den Kauf der Aktiva von Konkurrenten.

<sup>34</sup> Message of the President, in: „US News and World Report“ v. 13. 1. 1950, zitiert nach Engelmann, Fritz, a. a. O., S. 181.

anzuwenden. So kämpfte man um die Erhöhung des Etats, entwickelte Methoden, um die Prozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen<sup>35</sup>, und leitete in dem Jahrzehnt von 1949 bis 1959 Verfahren gegen zahlreiche der größten Monopole der USA ein – so zum Beispiel gegen American Telephon and Telegraph, Du Pont, General Motors, US Rubber, Radio Corporation of America, gegen 29 der hauptsächlichen Ölgesellschaften und andere mehr.<sup>36</sup>

Einige Urteile seien angeführt:

Freispruch Du Ponts von der Anklage, ein Zellophan-Monopol errichtet zu haben, mit der Begründung, „es herrsche aktiver Wettbewerb und die führende Stellung Du Ponts sei das Ergebnis wettbewerbsmäßiger Anstrengungen.“<sup>37</sup>

Verurteilung Du Ponts, gegen entsprechende Gebühren jedermann Lizenzen zur Nylonherstellung sowie zur Benutzung sämtlicher Du-Pont-Patente (etwa achttausend) zu gewähren.<sup>38</sup> Die Radio Corporation of America wurde unter anderem dazu verurteilt: Sämtliche Patente auf dem Radiosektor (ungefähr zehntausend) gebührenfrei an Interessenten auszuhändigen; jedes in den nächsten zehn Jahren auf dem Radiogebiet erworbene Patent jedem Interessenten zu angemessenen Gebühren zur Benutzung zu überlassen; in den nächsten Jahren keine Patente zu erwerben, außer von Personen, die in ihren Diensten stehen.<sup>39</sup> Das Urteil gegen Bethlehem Steel und Youngstown und das gegen die Elektrokonzerne wurde schon erwähnt. Letzteres scheint geringfügig, aber die Gesellschaften haben Schadensersatzklagen von den geschädigten Abnehmern zu erwarten, die unter Umständen empfindlich sein können. So beliefen sich zum Beispiel 1952 die Schadensersatzklagen privater Kläger gegen die fünf führenden Filmgesellschaften, die in einem Antitrustverfahren verurteilt worden waren, auf mehrere Milliarden Dollar. Zwei amerikanische Sachkenner äußern dazu folgende Meinung: „Wenngleich erfahrungsgemäß die Kläger in diesen Prozessen im Durchschnitt weniger als zehn Prozent der eingeklagten Summe erzielen, so sind die zu erwartenden Urteilssummen in

<sup>35</sup> Das Verfahren gegen Bethlehem Steel und Youngstown im Jahre 1958 zum Beispiel, das mit dem Verbot des Zusammenschlusses endete, wurde in fünfzehn Monaten zum Abschluß gebracht, während sich früher die Prozesse oft sehr viele Jahre hinzogen und im Aluminium-Fall in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges allein in der ersten Instanz 58 000 Seiten Protokolle gefüllt wurden. Vgl. *Hansen, Victor*, Schwerpunkte der gegenwärtigen US-Antitrust-Rechtsprechung, in: *WuW*, Jg. 9, 1959, H. 4, S. 270, und *Haussmann, Frederick*, Der Antitrustgedanke. . . , a. a. O., S. 21.

<sup>36</sup> Vgl. *WuW*, laufende Berichte, sowie *Engelmann, Fritz*, a. a. O., und auch *Neumeyer, Fredrik*, a. a. O.

<sup>37</sup> Klage gegen Du Pont wegen Zellophanmonopol abgewiesen. In: *WuW*, Jg. 4, 1954, H. 1, S. 46.

<sup>38</sup> Das Nylonurteil des New Yorker Bundesgerichts, in: *WuW*, Jg. 1/2, 1951/1952, H. 2, S. 109.

<sup>39</sup> Gerichtliche Verfügung gegen Patentmonopol der Radio Corporation, in: *WuW*, Jg. 9, 1959, H. 2, S. 128.

ihrer Gesamtheit doch erheblich. Es mag dies einer der Gründe dafür sein, warum Aktien von Filmgesellschaften an der New Yorker Börse in letzter Zeit starkem Kursdruck ausgesetzt waren.“<sup>40</sup>

Hören wir noch, wie sich Victor Hansen, Leiter der Antitrust-Abteilung, im Jahre 1959 die zukünftigen Aufgaben dieser Behörde vorstellte: „Erstens verstärkte Ausweitung des Antifusionsprogramms . . . Zweitens . . . ist es unser Ziel, bei neu entstehenden Industrien *die* Art der übermäßigen Konzentrationsbildung zu verhindern oder wenigstens auf ein Mindestmaß zu beschränken, welche für gewisse Industriebereiche heute charakteristisch geworden ist. Drittens . . . werden wir unser Interesse weiter auf solche Wirtschaftsgebiete konzentrieren, welche in bedeutsamster Weise die Lebenshaltungskosten beeinflussen. Unser Ziel ist es hier, eine Preisflexibilität sicherzustellen und künstlich heraufgeschraubte Preise zu verhindern.“<sup>41</sup>

Und schließlich sei noch eine Pressemeldung vom 1. Juli 1961 erwähnt: Die Antitrust Commission des Repräsentantenhauses wolle erneut eine Gesetzesvorlage einreichen, die sich gegen Monopolpraktiken von Autokonzernen, hauptsächlich gegen die der General Motors Corporation richtet. Im Justizministerium gebe es noch weitergehende Ansichten. „Wie aus den Äußerungen des Leiters der Antitrust-Abteilung des Justizministeriums, Lee Loevinger, gefolgert werden kann, besteht innerhalb des Ministeriums die Tendenz, die General Motors Corporation, als das größte industrielle Unternehmen des Landes, aufzubrechen, wie man vor 50 Jahren die Standard Oil Company aufgebrochen hatte.“ Loevinger sei unzufrieden mit der Konkurrenzsituation auf dem Automobilmarkt. „Fachkreise erblicken in den Angriffen Loevingers auf die General Motors Corporation die Theorie der Regierung, daß die General Motors durch ihre Größe an sich eine Verletzung der Antitrust-Gesetze darstelle und deshalb aufgebrochen werden solle.“<sup>42</sup>

Eine abschließende Beurteilung unsererseits ist nicht ganz einfach bei der Widersprüchlichkeit des ganzen Phänomens. Was läßt sich über die Wirkung der US-Antitrust-Gesetzgebung sagen? Sie sei gleich Null gewesen, liest man immer wieder bei den Monopolfreunden unter den bürgerlichen Autoren.<sup>43</sup>

Die Verteidiger des freien Wettbewerbs und Mitarbeiter an den Gesetzgebungen dagegen neigen natürlich dazu, die Wirkung ihrer „Geschöpfe“ in rosigem Licht zu sehen (zum Beispiel Haussmann oder auf ihrem Gebiet die deutschen Neoliberalen). Eindeutig erwiesen ist, daß der Konzentrationsprozeß nicht verhindert werden konnte. Die Kraft des ökonomischen Gesetzes ließ die Monopolbestrebungen alle Hindernisse umgehen. Das Kapital drängte vom Pool zum

<sup>40</sup> *Kaskell, Joseph/Schlesinger, Rudolf B.*, USA-Antitrustgesetzgebung und -rechtsprechung in den Jahren 1950/52, in: WuW, Jg. 1/2, 1951/1952, H. 11, S. 705.

<sup>41</sup> *Hansen, Victor*, a. a. O., S. 274.

<sup>42</sup> „Deutsche Zeitung“ v. 1./2. Juli 1961.

<sup>43</sup> Vgl. *Callmann, Rudolf*, Wettbewerbs- und Monopolprobleme . . . , a. a. O., S. 48; *Engelmann, Fritz*, a. a. O., zitiert zahlreiche solcher Stimmen.

Trust, vom Trust zur Holdinggesellschaft, von ihr zur Fusion. Dem Fusionsverbot von 1951 weichen die Monopole nach Ansicht Callmanns neuerdings auf die Weise aus, daß sie Aktien von Unternehmungen in ganz unterschiedlichen Zweigen aufkaufen, was nicht verboten ist, da es sich hierbei nicht um „Wettbewerber“ handelt. „Eine Firma, die mit zehn Prozent an zehn verschiedenen Marktgebieten beteiligt ist, mag aber einflußreicher sein als eine Firma, die *einen* Markt völlig beherrscht“, schreibt Callmann.<sup>44</sup> Die Unterdrückung der Kartelle seit den zwanziger Jahren führte zu der bekannten Erscheinung der price-leadership, der „Leithammelkartelle“<sup>45</sup>, in denen die Preise *ohne* vertragliche Absprache durch die stärksten Unternehmen festgesetzt und von allen anderen übernommen werden. Thurman Arnold berichtet von einem Gespräch mit dem Leiter einer Gesellschaft: „Ich fragte ihn, was geschehen würde, wenn er sich dem Preise nicht anschloße. Er antwortete: Das ist eine Frage, die ich niemals aus Erfahrung hoffe beantworten zu können.“<sup>46</sup> Obwohl nach Ansicht Callmanns gegen price-leadership kein Kraut gewachsen ist, versuchen die amerikanischen Gerichte und neuerdings auch die österreichischen gegen sie vorzugehen.

Daß auch das Anwachsen der politischen Macht der großen Monopolgruppen in keiner Weise gehemmt worden ist, liegt so klar auf der Hand, daß sich jedes weitere Eingehen darauf erübrigt.

Sollen wir also in den Chor der Monopolapologeten einfallen und die Antitrustgesetzgebung ebenfalls als völlig sinnlos bezeichnen? Und war sie — da doch ohne große praktische Wirkung — tatsächlich nur ein Mittel der Demagogie?

Auf beide Fragen möchte man antworten: Ja und nein. Die Wirkung war tatsächlich recht bescheiden, wenn auch nicht gleich Null. Auf einigen Gebieten sind Zusammenschlüsse verhindert worden — kleine und mittlere Händler und Farmer haben verschiedentlich etwas Schutz erhalten.

Aber wir wollten ja das Antitrustrecht nicht hauptsächlich mit der Blickrichtung auf seine Wirkung untersuchen, sondern die Stärke der bürgerlichen Monopolopposition und das Kräfteverhältnis der Klassen feststellen.

Eine starke, selbstbewußte, zielgerichtete Bewegung der Bauern und der städtischen Mittelschichten bei noch relativer Schwäche des Monopolkapitals hatte 1890 zu einem strengen Verbotsgesetz geführt. Nachdem das Monopolkapital erheblich an ökonomischer und politischer Macht gewonnen hatte, erwirkte es die Umwandlung des Verbots in die „rule of reason“, die im Grunde unschädlich für das Monopolkapital war, sich aber trefflich für die Demagogie eignete. Deshalb fand dieses Prinzip — juristisch weiter abgeschwächt — auch in der Folgezeit in europäischen Ländern dankbare Anwender.

Dennoch war es dem Monopolkapital selbst in den USA nie möglich zu verhindern, daß in Zeiten der Gärung und Unzufriedenheit immer wieder starke

<sup>44</sup> Callmann, Rudolf, Konzernverschwörung. . . , a. a. O., S. 637 ff.

<sup>45</sup> Derselbe, Wettbewerbs- und Monopolprobleme. . . , a. a. O., S. 50.

<sup>46</sup> Engelmann, Fritz, a. a. O., S. 109.

Bestrebungen zur Reform des Antitrustrechts in den Mittelschichten entstanden.<sup>47</sup> Aber alle noch so ernst gemeinten Versuche bürgerlicher Monopolgegner, durch Schließung sämtlicher Lücken im Antitrustrecht einen Konzentrationszuwachs zu verhindern, mußten nun an den faktischen Machtverhältnissen scheitern. Die Macht des Monopolkapitals war ins Riesenhafte gewachsen, und vom Kampf der Arbeiterklasse war der bürgerliche Antimonopolismus im wesentlichen isoliert.<sup>48</sup>

War die Antitrustrechtsprechung vom Mittelstand als Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen gedacht, wurde sie mit zunehmender Verwandlung des bürgerlichen Staates mehr und mehr zum Instrument der Demagogie.

Doch in der neueren Rechtsprechung der fünfziger Jahre bemerken wir eine neue Tendenz: Energisches Vorgehen gegen einzelne Maßnahmen einzelner Monopolgruppen. Ist also „Antitrust“ doch noch mehr als bloße „religiöse Ideologie“? Verfügt die Opposition der nichtmonopolistischen Bourgeoisie doch noch über starke Kräfte?

<sup>47</sup> Laut Engelmann spricht die bürgerliche antimonopolistische Literatur in den USA von der sogenannten „policy of pressure groups“ (Lippmann, Th. Arnold, Fainson-Gordon). Den „active pressure groups“, bei denen vor allem an big business zu denken ist, stehen die von Lippmann als defensiv bezeichneten „protective pressure groups“ gegenüber, die ihrerseits bemüht sind, die Unterstützung des Staates gegenüber dem Druck der active pressure groups zu gewinnen (Farmer, Arbeiter, small business).

Engelmann bemerkt dazu: „Die Resultante aus diesen vielfältigen Tendenzen und Bestrebungen ist die Geschichte der rechtlichen Behandlung der Konzentrationsbewegung in den letzten 60 Jahren.“ (*Engelmann, Fritz*, a. a. O., S. 164f.)

<sup>48</sup> Nur kurz soll darauf hingewiesen werden, daß die meisten amerikanischen Gewerkschaften eine monopolfreundliche Haltung einnehmen, weil „die Truste billiger produzieren, also höhere Löhne zahlen“, wie zum Beispiel H. White, ein amerikanischer Gewerkschaftsführer, argumentierte. *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 18f.)

Die „Deutsche Zeitung“ berichtet am 30. 5. 1961: „John D. Lewis, der Führer der amerikanischen Bergarbeiter, arbeitet seit Beginn der dreißiger Jahre an einem Plan, die amerikanischen Bergwerke zu rationalisieren und den Rationalisierungsgewinn zwischen Arbeitern und Unternehmern zu teilen . . . Lewis entscheidet nach dem Grundsatz: entweder ein Bergwerk kann auf die technische Höhe gebracht werden, daß es den Tariflohn zahlt, oder es wird alle anderen in den wirtschaftlichen Morast ziehen. Die Unternehmer sind dabei ganz gut gefahren. Sie haben ihren Arbeitern alle verlangten Lohnerhöhungen und Vergünstigungen gewährt und dann ruhig abgewartet, daß die gleichen Forderungen sich für die Außenseiterbetriebe ruinös auswirken. Ein solcher Betrieb hat geklagt. Phillips Brothers Coal Mining Corporation, ein kleiner Bergwerksbetrieb in Ost-Tennessee, wies in monatelanger Verhandlung nach, daß die Bergarbeitergewerkschaft . . . systematisch einigen Großkonzernen geholfen hat, den Markt für sich zu monopolisieren, und daß dadurch der Außenseiter zum Bankrott getrieben wurde . . . Die Bergarbeitergewerkschaft muß 270 000 Dollar Schadenersatz an die Kläger zahlen.“

Oder müssen wir den Sachverhalt anders deuten: Finden sich Kräfte, sozusagen „weitsichtige Staatsmonopolisten“, die im Interesse der Erhaltung der *gesamten* monopolkapitalistischen Basis verhindern wollen, daß sich die Praktiken *einzelner* Monopolgruppen allzu schädlich auf die Volkswirtschaft auswirken? Bemüht man sich also, wenigstens „ein bißchen“ Wettbewerb in den Branchen aufrechtzuerhalten? Bemüht man sich, die Stagnation der Technik zu verhüten, indem man die Patentmonopole bricht?

Die gestellten Fragen sind nicht so leicht zu beantworten und müßten durch weitere aufmerksame Beobachtung und Diskussion geklärt werden. Eine solche Klärung wäre nicht ohne Interesse für uns, wie denn überhaupt das amerikanische Beispiel der Monopolgesetzgebung uns viele Aufschlüsse geben kann über die Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der Interessen innerhalb der Bourgeoisie. Zumindest sehen wir, daß das Instrument des „Anti“-Trustrechts vielfach zu verwenden ist. Es taucht deshalb die Frage auf, ob nicht dann, wenn sich eine gemeinsame Front zwischen Arbeiterklasse, Bauern, Kleinbürgertum und der mittleren und großen nichtmonopolistischen Bourgeoisie bildet, dieses Instrument in eine wirksame Waffe des Klassenkampfes gegen das Monopolkapital verwandelt werden kann.

Bei der Suche nach einer Antwort wenden wir uns europäischen Verhältnissen zu und werfen zuerst noch einen Blick auf die dortige Entwicklung der Monopolrechtsprechung.

In Europa war vor dem ersten Weltkrieg entweder die Monopolisierung noch nicht so weit vorangeschritten – etwa in Holland oder Skandinavien – oder aber die Mittelschichten waren politisch zu schwach, gesetzliche Eingriffe gegen Monopole durchzusetzen – wie etwa in Deutschland. Hier hatte sich das Reichsgericht 1897 für die Rechtsgültigkeit der Kartellverträge ausgesprochen. In Preußen versuchte man bezeichnenderweise im Jahre 1900, das heftige Unbehagen der kleinen Händler durch ein Gesetz aufzufangen, das eine rigorose Besteuerung der *Warenhäuser* vorsah.<sup>49</sup> In Deutschland führte erst der gemeinsame Druck der Arbeiterklasse und der Mittelschichten während der wirtschaftlichen Katastrophe der Inflation zur Annahme der „Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung“ (1923). Ein zeitgenössischer Autor schreibt, die Kartellverordnung von 1923 „ist aber, was vielleicht nur wenigen bekannt ist, entstanden, um das zur Zeit ihrer Entstehung von höchster Reichsstelle geplante generelle Verbot der Kartelle unnötig zu machen.“<sup>50</sup> Das Jahr-

<sup>49</sup> Vgl. dazu Cohn: „Irgend ein halbwegs einleuchtender Grund, gerade die Warenhäuser zu besteuern, ist weder aus dem Gesetz noch aus den Motiven zu ersehen, man war mit Bewußtsein unlogisch und ungerecht, weil die logische Ausdehnung der Steuer auf alle Großbetriebe mit der ‚bestehenden Wirtschaftsordnung‘ sich allzu schlecht vertragen hätte.“ (Cohn, *Heinrich*, Das preußische Gesetz betreffend die Warenhaussteuer, in: „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, Bd. 15, Berlin 1900, S. 537.) Die Warenhäuser aber waren damals zum größten Teil im Besitz jüdischer Unternehmer.

<sup>50</sup> *Cordo*, Die Kartellgerichtspraxis und ihre Auswirkungen, München 1926, S. 6.

zehnt bis 1933 brachte dann eine lebhaftige Sabotage-Tätigkeit der „active pressure groups“, aber auch ein Anwachsen der Kräfte im bürgerlichen Lager, die einen wirksamen Schutz des „freien Wettbewerbs“ forderten.<sup>51</sup>

Der Reichswirtschaftsminister hatte nach § 4 der Kartellverordnung von 1923 die Befugnis, bei „Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht“ einzugreifen. Franz Böhm schreibt, der Reichswirtschaftsminister habe nur wenige Male von seinem Recht Gebrauch gemacht. „Im ersten Fall, der Kartelle der Eisenindustrie betraf und in dem nur eine sehr bescheidene Maßnahme angeordnet wurde, sah sich der Minister Curtius, der selbst der Industrie nahestand, binnen zwei Tagen gezwungen, vor dem empörten Widerstand der betroffenen und mit ihr sympathisierenden Industrie zu kapitulieren und seine Verfügung zurückzunehmen. Der gesamte parlamentarische Apparat des Weimarer Staates war von den Beschwerdeführern alarmiert worden. Im zweiten Fall handelte es sich um die Preisbindung für gewisse Markenartikel der chemischen Industrie, also praktisch der IG-Farben. Die Klage schwebte ganze neun Tage beim Kartellgericht, dann mußte oder wollte der Minister Warmbold, der selbst von der IG herkam, kapitulieren. Er wies den Leiter des Referats an, die Klage zurückzuziehen, beurlaubte ihn für vier Wochen, versetzte ihn sodann in ein anderes Referat und löste das Kartellreferat überhaupt auf. Die Aufgaben der Kartellüberwachung wurden auf die Fachreferate übertragen, was praktisch eine Beerdigung dritter Klasse bedeutete.“<sup>52</sup> Immerhin übte auch diese sehr unzulängliche Verordnung eine Wirkung aus, wenn auch nur in der Richtung, daß Kartellaußenseiter und Kartellmitglieder vor Sperren oder sperrähnlichen Maßnahmen in Einzelfällen Schutz erhielten und so eine bescheidene Ermunterung des Wettbewerbs erzielt wurde.

Auf eine ausführlichere Darstellung der Kartellgesetze anderer europäischer Länder müssen wir hier verzichten und verweisen auf die Literatur.<sup>53</sup>

<sup>51</sup> Fischer, C. E., bringt eine gute Zusammenfassung dieser Bestrebungen in seinem Aufsatz: Die Geschichte der deutschen Versuche zur Lösung des Kartell- und Monopolproblems, a. a. O., S. 454f.

<sup>52</sup> Böhm, Franz, Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung, in: WuW, Jg. 3, 1953, H. 3, S. 191.

<sup>53</sup> Vgl. Reichert, Jakob Wilhelm, Die Kartellgesetze der Welt, Berlin 1935, sowie WuW ab 1951.

Kurze Übersicht über die europäische Kartellgesetzgebung: Gesetz zur Kartellkontrolle mit weitgehenden Vollmachten der Regierung:

1926 in Norwegen

Preisüberwachungs- und „Mißbrauchs“-Gesetze:

1931 in Ungarn, Dänemark, Bulgarien

1932 in Polen

1933 in der CSR

1934 in Jugoslawien (hier generelles Kartellverbot)

1935 in der Schweiz

Gesetze über Zwangskartellierung:

1930 in Großbritannien



Auffällig ist dreierlei:

Einmal die Tatsache, daß ähnlich wie die USA viele europäische Länder in den dreißiger Jahren zur Zwangskartellierung übergingen, um, wie es hieß, den drohenden Ruin der Industrie durch die Krisenpreise zu verhindern.

Zum zweiten die Tatsache, daß fast alle europäischen Antimonopolgesetze bedeutend milder in ihren Bestimmungen sind als die der USA. Der Warnruf „Strenges Kartellverbot führt zur Vertrustung!“ war ja oft ausgestoßen worden und hat die europäische Kartellgesetzgebung mit beeinflußt. Hier und da liest man auch die Meinung, gerade diese milde Gesetzgebung habe verhindert, daß (das kapitalistische) Europa heute solche Riesenmonopole besitzt wie Amerika. Häufiger als von Monopolgegnern wird diese Ansicht allerdings von Monopolfreunden vertreten.

Schließlich fällt aber drittens die Tatsache ins Auge, daß die ersten Entwürfe für ein neues Kartellgesetz in Westdeutschland 1947 bis 1951 sich wesentlich von der sonstigen europäischen Kartellgesetzgebung unterschieden, nämlich weitaus radikaler waren.

Der monopolfreundliche schweizerische Professor Marbach deutet das so: „Ich kann mir die neoliberalen Übertreibungen, wie sie in Deutschland jetzt so verbreitet sind, nur dadurch erklären, daß die Monopole, insbesondere die Kartelle, in Deutschland durch den Nazismus kompromittiert sind, und daß die Kartellpolitik des demokratischen Deutschland daher in nicht unbegreiflicher Weise von Ressentiments getragen wird. Oder (Herr Kollege Böhm möge diese Frage, die nicht boshaft sein will, entschuldigen) ist es vielleicht so, daß die Deutschen jetzt die Freiheit entdeckt haben und in ihrer Gründlichkeit der Ansicht sind, man habe diese jetzt mit allen Mitteln durchzuführen, notfalls auch mittels eines ganz unfreiheitlichen Gebarens des als Marktpolizei auftretenden Staates?“<sup>54</sup>

Wir sind geneigt, dieser Deutung in einem Punkte zuzustimmen: Der Monopolkapitalismus hatte im faschistischen Deutschland sein innerstes Wesen, die ihm innewohnenden extremen Möglichkeiten der ökonomischen und politischen

1932 in Italien

1933 in Deutschland

1935 in Belgien, Frankreich, Holland.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden Aufsichts- und Mißbrauchsgesetze von sehr unterschiedlicher Strenge beziehungsweise Milde erlassen:

in Schweden und Norwegen 1946 und 1953

in Großbritannien 1948

in Holland 1951/1952

in Österreich 1951 und 1958

in Frankreich 1953 und 1957

in Irland 1953

<sup>54</sup> Aus dem Schlußwort der Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik v. 1. und 2. 6. 1951 in Bad Ragaz, in: „Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik“, Juni 1951, S. 260.

Knechtung aller nichtmonopolistischen Kräfte offenbart. In der Periode der vorübergehenden Schwächung des Monopolkapitals nach dem zweiten Weltkrieg suchten nun bürgerliche und kleinbürgerliche antimonopolistische Auffassungen noch einmal juristischen Ausdruck zu finden.

Daß es sich um wirklich ernsthafte Versuche zur Bekämpfung der Monopole handelte – die Motive seien zunächst dahingestellt –, geht unter anderem aus der heftigen Opposition monopolistischer Kreise gegen die Gesetzentwürfe hervor. In dem offiziellen Entwurf, den die westdeutsche Bundesregierung 1951 dem Bundestag zur Beschlußfassung vorlegte, war ein generelles Kartellverbot vorgesehen. Bezeichnend für die damalige Kampfsituation ist, daß diesem „Regierungsentwurf“ mehr als ein Dutzend Entwürfe vorausgegangen waren<sup>55</sup>, und daß es schließlich weitere sechs Jahre dauerte, bis das Gesetz, durchlöchert und entkräftet, verabschiedet wurde. Interessant ist einer der ersten Entwürfe, der des sogenannten „Josten-Ausschusses“<sup>56</sup>, der ganz auf den Auffassungen der neoliberalen Freiburger Schule begründet war. Er sah vor:

- „a) ein absolutes Kartellverbot, das vom Monopolamt nur in einigen Ausnahmefällen durchbrochen werden konnte,
- b) die Entschachtelung und Aufgliederung von Inhabern wirtschaftlicher Macht ohne Kartelleigenschaft (Einzelunternehmen und Zusammenschlüsse),
- c) Auflagen für Inhaber wirtschaftlicher Macht (Preisstellung, Kontrahierungszwang, Verbot von Verfügungen zu betriebsfremden Zwecken und anderen),
- d) wettbewerbsfördernde Maßnahmen (Arbeits- und Leistungsgemeinschaften, Zwangslizenzen, Gütezeichen, Richtlinien für Werbung),
- e) die Bildung eines unabhängigen Monopolamtes mit unbeschränkten Vollmachten,
- f) strenge Strafandrohungen für Gesetzverletzungen.“<sup>57</sup>

Im „Regierungsentwurf“, dessen Begründung sich ebenfalls auf die Auffassung der Freiburger Schule, insbesondere Euckens und Böhms, stützt, entdecken wir dann das Schema dieser Konzeption wieder, allerdings schon deutlich entstellt. Von „Entschachtelung und Aufgliederung“ ist nicht mehr die Rede, das Monopolamt hat keine unbeschränkten Vollmachten, die Strafandrohungen beschränken sich auf Geldbußen.<sup>58</sup> Aber obwohl schon zahlreiche

<sup>55</sup> Die Vorgeschichte des „Regierungsentwurfes“ schildert *Günther, Eberhard*, gegenwärtig Präsident des Bundeskartellamtes, in seinem Aufsatz: Entwurf eines deutschen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, in: WuW Jg. 1/2, 1951/1952, H. 1, S. 17 ff.

<sup>56</sup> Leiter: Dr. Paul Josten, früher Leiter des Kartellreferats im Reichswirtschaftsministerium; Mitglieder: Dr. Walter Bauer, Prof. Franz Böhm, Dr. Kurt Fischer, Dr. Köppel, Prof. Kromphardt und Prof. Pfister.

<sup>57</sup> *Günther, Eberhard*, a. a. O., S. 24.

<sup>58</sup> Immerhin sollte die höchste Geldbuße hier noch eine Million betragen. Die endgültige Fassung sah dann nur noch 100 000 DM vor.

„Erlaubnisvorbehalte“ eingebaut sind, ist immer noch an dem generellen Kartellverbot und dem Verbot von Fusionen und so weiter festgehalten.

Und gegen diese Punkte richtete sich nun die wütende Attacke der Monopolisten. Immer wieder mußten die Anhänger der Freiburger Schule ihre Verbotskonzeption verteidigen. Franz Böhm stand mit ihr ganz allein in Bad Ragaz einer Versammlung von monopolfreundlichen Ökonomen gegenüber.

Walter Eucken schrieb: „Aus den Erfahrungen mit der Verordnung von 1923 können wir grundsätzlich folgendes feststellen: Eine Monopolkontrolle, die sich gegen den sogenannten ‚Mißbrauch‘ wirtschaftlicher Machtstellung wendet, scheitert . . . Der Begriff des ‚Mißbrauchs‘ ist nicht exakt zu definieren. *Die Machtkörper gewinnen bekanntlich ihrerseits einen großen politischen Einfluß in einem Staat, in dem sie zu wuchern beginnen. Der Staat wird dadurch selbst unfähig, die Monopolkontrolle wirksam durchzuführen.* (Hervorhebung von mir — H. N.)

Nicht in erster Linie gegen die Mißbräuche vorhandener Machtkörper sollte sich die Wirtschaftspolitik wenden, sondern gegen die Entstehung der Machtkörper überhaupt. Sonst besitzt sie keine Chance, mit dem Problem fertig zu werden!“<sup>59</sup> Eine aufblitzende Erkenntnis staatsmonopolistischer Wirklichkeit, die aber wieder in Illusionen verdämmert: in Illusionen über die mögliche Verhinderung von Monopolbildungen bei Erhaltung der kapitalistischen Basis.

Franz Böhm bemerkte in bezug auf die Tatsache, daß die „Mißbrauchsbefugnis“ des Staates in der Weimarer Republik unwirksam war: „Natürlich wissen das die Unternehmer . . . Soweit sie dazu neigen, Kartelle positiv zu beurteilen, wünschen sie deshalb auch . . . ein Mißbrauchsgesetz. Ein Mißbrauchsgesetz beruht aber auf dem Prinzip des Regierens, das vor jetzt 29 Jahren einmal ein biederer Gendarm der badischen Schwarzwaldstadt Villingen, als er, sehr zu seinem Mißvergnügen, damit beauftragt wurde, den Besuch einer Massen-Fastnachtsveranstaltung zu verhindern, dahin formulierte: ‚Wissen Sie was Herr Oberregierungsrat? Wir lassen sie rein, aber wir schreiben sie auf!‘“<sup>60</sup>

Böhm findet aber auch fast leidenschaftliche Worte, wenn er allen Einwänden entgegenhält, daß man doch wenigstens versuchen müsse, etwas gegen die Monopole zur Rettung des „freien Unternehmertums“ zu tun:

„Was soll man aber dazu sagen, wenn Unternehmer und Praktiker, indem sie immer neue Beweise für die Unmöglichkeit des Wettbewerbs auftürmen, beim Anblick jeder neuen Schwierigkeit, die sie aufzeigen, statt Sorge und Unruhe offenbar eine Art von Schadenfreude, von frohlockendem Triumphgefühl an den Tag legen? Wieso können sie über etwas Freude empfinden, was jeden Kenner der Dinge nur mit Sorge erfüllen muß? Offenbar haben sie es darauf abgesehen, den Willen und den Mut derjenigen zu lähmen, die dem Verhängnis entgentreten wollen. Aber, indem sie diesen Willen schwächen, tragen sie

<sup>59</sup> Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 1955, S. 172.

<sup>60</sup> Böhm, Franz, Der vollständige Wettbewerb . . . a. a. O., S. 192.

dazu bei, daß die Dinge eine Entwicklung nehmen, die ihre eigene Unternehmerfreiheit bedroht. Sie bedroht nicht nur ihre Wettbewerbsfreiheit und Eigentumsfreiheit, nicht nur ihre freie Unternehmerinitiative, sondern sie bedroht auch diejenige Scheinfreiheit, auf die sie selbst einen so großen Wert zu legen scheinen, nämlich ihre Freiheit, sich zu kartellieren. Hier kann man beinahe sagen: der Himmel vergebe ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!<sup>61</sup> Böhm spielt hier hauptsächlich auf bestimmte Gruppen kleinerer Unternehmer an, deren ökonomische Lage so kompliziert ist, daß sie teilweise der Kartellierung mehr zuneigen als dem freien Wettbewerb – sehr zum Entsetzen der Neoliberalen.

Waren die Meinungen zum Kartellgesetz in den Kreisen der nichtmonopolistischen Unternehmer geteilt, so gab es in der Monopolindustrie nur eine Meinung: Kampf dem „Regierungsentwurf“!

In diesem jahrelangen Kampf veröffentlichten die Monopolinteressenten eine Flut von Schriften, Artikeln, Stellungnahmen. Gleich nach dem Erscheinen des „Regierungsentwurfes“ wurde der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) aktiv. „Da die Industrie glaubt, daß bei dem neuen Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Gegebenheiten und Erfordernisse der Praxis nicht genügend berücksichtigt worden sind, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie am zweiten Juli dieses Jahres in Unkel am Rhein einen Diskussionsabend unter Beteiligung von Parlamentariern, Wirtschaftspolitikern und Wissenschaftlern veranstaltet, um vor einem breiten Forum die Probleme der Wettbewerbs- und Kartellgesetzgebung zu erörtern“, heißt es in einer Broschüre des BDI<sup>62</sup>, in welcher wir auch die Referate und Diskussionsreden dieser Veranstaltung abgedruckt finden. Nachdem Professor Callmann aus New York temperamentvoll die Nutzlosigkeit der Verbotsgesetzgebung in den USA dargelegt und Müller-Armack auf die dennoch bestehende Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung hingewiesen hatte<sup>63</sup>, sprachen alle Diskussionsredner eindringlich gegen den „Widersinn“ von generellen Kartellverboten.

Das Verbot sei eine „Holzhammermethode“, der Entwurf zeige „unangebrachtes Mißtrauen gegen die Wirtschaft“, die deutsche Wirtschaft habe doch

<sup>61</sup> Ebenda, S. 185.

<sup>62</sup> Kartellverbot oder Kartellaufsicht? Schriftenreihe des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu aktuellen Wirtschafts- und Rechtsfragen, Schrift Nr. 1, Stuttgart 1951, Vorwort, S. 8.

<sup>63</sup> „Dieses Gesetz hat die Aufgabe, die Gesamtwirtschaftsordnung als solche zu festigen. Denn zweifellos ist dieses System einer freiheitlichen Ordnung heute in einer akuten Gefahr angesichts der Tatsache, daß in der heutigen Massengesellschaft freie Organisationsformen sichtlich unpopulär sind. Jede Enttäuschung, jede Schwierigkeit führt dazu, daß man das Ganze in Frage stellt.“ (Müller-Armack, Alfred, Die Notwendigkeit einer positiven Konzeption des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft, in: Kartellverbot..., a. a. O., S. 51.)

einiges an Leistungen aufzuweisen, die gerade durch Zusammenschlüsse erzielt worden wären, das Gesetz würde eine neue Bürokratie mit riesigen Ausgaben züchten<sup>64</sup>, es erschwere die Integration Europas, es verhindere den technischen Fortschritt – mit diesen Argumenten, die mit einigen Seitenhieben auf gewisse praxisferne Professoren<sup>65</sup> und auf die amerikanische Besatzungsmacht vermischt waren, redeten die Industriellen auf die anwesenden Parlamentarier ein. Der Erfolg blieb nicht aus.

MdB Dr. Holzapfel (CDU) meldet sich zu Wort. Der Gedanke scheine ihm sehr beachtlich, daß man doch besser ein Mißbrauchsgesetz schaffen solle. Er wird literarisch. Man könne über das Kartellproblem ein Wort setzen, „das ich gerade als Abgeordneter des Kreises Höxter sagen darf, weil es von einem Dichter des Höxterschen Bezirkes stammt:

Freiheit sei der Zweck des Zwanges,  
Wie man eine Rebe bindet,  
Daß sie, statt im Staub zu kriechen,  
Froh sich in die Lüfte windet.“<sup>66</sup>

Dann sagt er: „Ich kann Ihnen jedenfalls das eine versprechen, daß wir ein solch wichtiges Gesetz nicht im Galopptempo verabschieden oder daß wir es etwa noch vor den Ferien oder gleich nach den Ferien unter Dach und Fach bringen wollen, sondern wir werden es ganz, ganz gründlich bearbeiten.“<sup>67</sup> Aber die Industriellen sollten sich die Sache nicht so einfach vorstellen: „Auf der anderen Seite sage ich Ihnen allerdings auch, meine Herren, daß Sie naturgemäß verstehen müssen, wenn von anderen Seiten insbesondere von seiten der Konsumenten – *aber nicht nur vom Kreis der Konsumenten, sondern ich denke beispielsweise auch an die Kreise des Mittelstandes, gewerbliche und Einzelhandelskreise* – (Hervorhebung von mir – H. N.) immer mit diesem Schreckgespenst der Kartelle und der Syndikate gearbeitet wird. Irgend etwas muß geschehen.“<sup>68</sup> Zum Schluß beteuert er noch einmal: „Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, diese Ausführungen heute zu hören und diese Gedanken noch einmal mit nach Hause zu nehmen. Wir können Ihnen versprechen, daß wir sie sehr, sehr eingehend in unseren politischen Parteien und in unseren Fraktionen erwägen und prüfen werden, bevor wir irgendeine Entscheidung treffen werden.“<sup>69</sup> Lebhafter Beifall, und der Leiter der Diskussion bezeichnete diese Zusicherung als „besonders beruhigend“.

<sup>64</sup> Gemeint ist das Kartellamt.

<sup>65</sup> BDI-Präsident Fritz Berg hatte schon auf der Versammlung des BDI am 26. 6. 1951 zu dem Vorwurf, die Industrie sei wettbewerbsmüde und wolle die Beschränkung, gesagt: „Hierzu möchte ich eindeutig feststellen, daß das deutsche Unternehmertum sich vollauf bewußt ist und nicht erst mit erhobener *professoralem* Zeigefinger darauf hingewiesen werden muß, daß der Wettbewerb *die* motorische Kraft und das tragende Element der Unternehmerswirtschaft ist.“ In: Kartellverbot. . ., a. a. O., S. 97.

<sup>66</sup> Kartellverbot. . ., a. a. O., S. 77.

<sup>67</sup> Ebenda.      <sup>68</sup> Ebenda, S. 76.      <sup>69</sup> Ebenda, S. 78.

Aber die „führenden Herren der Wirtschaft“ ließen es nicht bei der ideologischen Beeinflussung von Parlamentariern bewenden. Neben den zahlreichen Veröffentlichungen für Fachleute erschienen auch solche, die sich direkt an die Massen wandten. So schrieb zum Beispiel Herr Dipl.-Ing. Dr. jur. Carl von Katzler, Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes der Textilindustrie, 1955 eine populär gehaltene „Kartellfibel“, die in raffinierter Weise für den Standpunkt der Monopolkreise wirbt. Nach einer Verneigung vor Professor Erhard und der „sozialen“ Marktwirtschaft lobt er den Wettbewerb, deutet vorsichtig die Nachteile des allzu freien Wettbewerbs an<sup>70</sup>, streicht dann ebenso vorsichtig die guten Wirkungen von Monopolvereinbarungen heraus und plädiert für eine Mißbrauchsgesetzgebung. Der leichtgläubige Leser dieser „populärwissenschaftlichen“ Broschüre muß zu dem Glauben kommen, Monopole bildeten sich nur zu dem Zweck, die „Leistungen“ für den Verbraucher zu verbessern. Da Katzler monopolistische Preiserhöhungen nicht einfach leugnen kann, zieht er sich so aus der Affäre: es zeige sich, „daß . . . die durch Wettbewerbsbeschränkungen ausgelösten Einschränkungen der Kaufkraft sich in eine Vielzahl von kleinen Einzelbeträgen auflösen werden, deren Einfluß auf den Lebensstandard des einzelnen kaum erfaßbar sein dürfte.“<sup>71</sup> Der Begriff „Gewinn“ kommt in dem „Werk“ nur ein einziges Mal vor, und zwar in folgender unverfrorener Behauptung (der Verfasser spricht von der Herrschaft weniger Riesenunternehmen in einem Industriezweig): „Denn praktisch hätten ja solche Unternehmen die Macht, das volkswirtschaftliche Preisgefüge entscheidend ohne Rücksicht auf Dritte einseitig zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Daß diese Beeinflussung vielfach in weit geringerem Maße erfolgt, als es an sich vielleicht möglich wäre, liegt nicht zuletzt daran, daß das Verantwortungsbewußtsein der verantwortlichen Leiter derartiger Großunternehmungen gewachsen zu sein scheint, ganz abgesehen davon, daß ja schon allein aus steuerlichen Gründen fast in der ganzen Welt Übergewinne uninteressant geworden zu sein pflegen.“<sup>72</sup> Hatten vor sechzig Jahren noch viele bürgerliche Schriftsteller betont, daß der einzige Zweck und Sinn der Monopolorganisationen der höhere Gewinn sei<sup>73</sup>, so sollen wir nun davon überzeugt werden, daß die Monopole der ganzen Welt sich überhaupt nicht für Monopol-

<sup>70</sup> „Aber die Menschen sind nun einmal nicht alle Engel und in der Wirtschaft nun schon erst recht nicht“. (Katzler, Carl von, Kartellfibel, Köln 1955, S. 26.)

<sup>71</sup> Ebenda, S. 37.      <sup>72</sup> Ebenda, S. 39.

<sup>73</sup> So schrieb zum Beispiel Kantorowicz, Ältester der Kaufmannschaft zu Berlin, über die Kartellfreunde: „... daß sie mit ihrer Kartellbildung nicht den Zweck verbinden, die Überproduktion und die Folgerscheinung derselben, die Handelskrisen oder sonstige Störungen des Verkehrs zu bekämpfen, sondern daß es ihnen lediglich darauf ankommt, den Unternehmergewinn zu sichern, und zwar derart, daß derselbe, nachdem er ihnen in den fetten Jahren große Summen abgeworfen hat, nun auch in den mageren Jahren ebenso große oder noch größere Summen einbringen soll.“ (Kantorowicz, Wilhelm, Psychologie der Kartelle, Berlin 1904, S. 36.)

profite interessieren und ihre Machtchancen verschämt zurückweisen. Katzler setzt offenbar sehr naive Leser voraus.

Damit ist angedeutet, in welchen Grenzen sich die Argumentation der Monopolisten im Zusammenhang mit den Kartellgesetzentwürfen bewegte. Ausführlicher auf die aufschlußreichen Auseinandersetzungen einzugehen, ist hier nicht möglich.<sup>74</sup> Daß die Beunruhigung in den Monopolkreisen stark gewesen war, geht unter anderem daraus hervor, daß Fritz Berg sich nicht genierte, in einem geharnischten offenen Brief an Erhard von der „kochenden Volksseele“ der Monopolisten zu sprechen.<sup>75</sup>

Nun, die realen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse haben es der kochenden Monopolistenseele erlaubt, ihren Zorn ebenso wie die Bestimmungen des Gesetzentwurfes wesentlich zu mildern.

Fanden wir die Konzeption des Josten-Ausschusses schon im Regierungsentwurf entstellt, so ist sie in der endgültigen Fassung des Gesetzes kaum noch wiederzuerkennen. Aus dem „Antikonzentrations“-Paragrafen ist außer der Entschachtelung auch das Verbot neuer Zusammenschlüsse gestrichen worden. Übrig blieb folgende zahme Formulierung: „Die Kartellbehörde kann . . . marktbeherrschenden Unternehmen ein mißbräuchliches Verhalten untersagen und Verträge für unwirksam erklären . . . Bei der Beurteilung, ob die Marktstellung mißbräuchlich ausgenutzt ist, sind alle Umstände zu berücksichtigen.“<sup>76</sup> Auch in bezug auf die Kartelle wurden bei Aufrechterhaltung des Verbotsprinzips so viele Ausnahmen zugelassen<sup>77</sup>, daß das Ganze faktisch auf ein Mißbrauchsgesetz hinausläuft, das Eucken und Böhm ursprünglich so sehr gegeißelt hatten.

Die Monopole haben ihre Interessen durchgesetzt. Interessant ist aber für uns doch wieder die Tatsache, daß die Monopolindustrie nicht von vornherein eine solche Diskussion verhindern konnte, daß sie immerhin sich anstrengen und kämpfen mußte, um den Gesetzentwurf zu entschärfen. Daß sie das schließlich schaffte, beweist ihre Macht im Staate, aber die Tatsache dieses Kampfes selbst, der sich ja im wesentlichen innerhalb der Bourgeoisie abspielte, beweist, daß in Westdeutschland ein relativ starker bürgerlicher Antimonopolismus vorhanden war.

Überblicken wir noch einmal die verschiedenen Phasen dieses Kampfes:

1. Josten-Böhm-Entwurf: Verbot und Auflösung *aller* Monopolformen. Dies liegt durchaus im objektiven Interesse der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, ist aber unmöglich annehmbar für die Monopolbourgeoisie.

<sup>74</sup> Bondi, Gerhard, hat diese Auseinandersetzungen behandelt in seinem Aufsatz: ‚Antimonopolismus‘ in der Praxis, in: Monopoltheorie – Monopolpraxis, Berlin 1958, S. 72.

<sup>75</sup> Präsident Berg antwortet Prof. Erhard, in: WuW, Jg. 1/2, 1952, H. 13, S. 858.

<sup>76</sup> GWB § 22. Abgedruckt in: Wettbewerbsrecht (Beck'sche Textausgaben), München u. Berlin 1959, 2. Aufl., S. 20.

<sup>77</sup> Erlaubt sind: Konditionenkartelle, gewisse Rabattkartelle, Kartelle bei Absatzrückgang (Krisenkartelle), Rationalisierungskartelle, Ausfuhrkartelle, vertikale Preisbindungen von Markenartikeln und Verlagserzeugnissen.

2. Regierungsentwurf: keine Auflösung bestehender Konzerne und Trusts, nur Verhinderung der Neubildung, Verbot aller Kartelle. Diese Konzeption ist für die Monopolbourgeoisie noch nicht ungefährlich genug, für die nichtmonopolistische Bourgeoisie aber nicht mehr befriedigend, denn letztere ist der Auffassung: Wenn die Konzerne usw. ihre Macht behalten, dürfen auch Abwehrkartelle nicht verboten sein. In dieser Phase plädieren daher *beide* Interessengruppen für ein „Mißbrauchsgesetz“.

3. Endgültige Fassung mit der offiziellen Bezeichnung „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (GWB): keinerlei Einschränkung der „marktbeherrschenden Unternehmen“, Verbot vieler Kartellarten. Diese Fassung erweist sich als unschädlich und politisch nützlich für das große Monopolkapital, wenn auch in Einzelfällen wirtschaftliche Unbequemlichkeiten entstehen. Deshalb hört die Polemik von dieser Seite nicht auf. Diese Fassung entspricht weder den objektiven Interessen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie (Druck der Großen bleibt erhalten) noch ihren subjektiven Wünschen (kein Mißbrauchsprinzip für Kartelle, sondern Verbot). Deshalb wird in diesen Kreisen weiterhin der Wunsch nach Ergänzung und Verschärfung des Gesetzes geäußert.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes hat die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft weiter zugenommen. Durch das „GWB“ in keiner Weise gehemmt, wurde der Konzentrationsprozeß durch eine andere gesetzliche Bestimmung, die ebenfalls 1958 in Kraft trat, noch beschleunigt: durch die Wiedereinführung der sogenannten „Organschaftsvergünstigung“ bei der Umsatzsteuererhebung. Über die hohe, vierprozentige Umsatzsteuer wird von allen mittelständischen Unternehmern heftig geklagt. Konzernunternehmen aber sparen durch die genannte Vergünstigung erhebliche Mengen an Umsatzsteuer, wodurch natürlich die Tendenz zum Zusammenschluß verstärkt wird.<sup>78</sup> Nun kämpfen die mittelständischen Abgeordneten zur Zeit für die Erschwerung dieser Steuerbegünstigung.

Es mutet an wie der Kampf eines kleinen Trupps Menschen gegen Hochwasser. Scheint der Damm an einer Stelle notdürftig geflickt, wird er an einer anderen Stelle wieder aufgerissen. Wird sich das Trüppchen auf seinen starken Bundes-

<sup>78</sup> Von 1,69 Millionen umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen waren 1977 begünstigt, das sind 0,12 Prozent der Unternehmen, die aber 23 Prozent der Gesamtumsätze tätigen! Die Zahl der begünstigten „Organschaften“ hat sich von 1958 bis 1959 um 205 vergrößert, hauptsächlich durch Vergrößerung bestehender Konzerne. („Industriekurier“ v. 12. 2. 1961, S. 1.)

Die im Juni 1961 beschlossene Umsatzsteuernovelle schafft die Organschaftsvergünstigung nicht ab. Lediglich eine „Erhöhung der Beteiligungsgrenze für die Inanspruchnahme des Organschaftsprinzips von mehr als 50 Prozent auf mehr als 75 Prozent“ ist vorgesehen. („Deutsche Zeitung“ v. 1./2. Juli 1961) Dadurch wird sich zwar zunächst der Kreis der begünstigten Konzerne verkleinern, aber zweifellos wird das Streben nach engerem Kapitalzusammenschluß verstärkt werden.



genossen besinnen, der auch die richtigen Werkzeuge parat hat? Kann es das überhaupt bei den Vorstellungen, von denen es beherrscht ist, wenn man es sich selbst überläßt? Können sich bürgerlicher und proletarischer Antimonopolismus auf einer gemeinsamen Aktionsebene zusammenfinden?

Die folgenden Ausführungen sollen lediglich auf einige Gesichtspunkte hinweisen, die man bei der Klärung dieser zentralen Frage beachten muß.

## DER TREND DER BÜRGERLICHEN MONOPOLOPPPOSITION

Auf Grund der eigenartigen Klassenlage entsteht bei den verschiedenen anti-monopolistischen Gruppen des Bürgertums eine schwankende, zwiespältige Haltung. Bei den einzelnen Vertretern vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts bis in die Gegenwart mehr oder minder scharf ausgeprägt, findet sich diese Zwiespältigkeit immer wieder, in Schriften, Reden, im politischen Kampf, und schließlich wird durch sie auch die Antitrustgesetzgebung der verschiedenen Länder mitgeprägt. Man möchte die Monopole bekämpft wissen, sich gegen die Finanzoligarchie wehren, aber man ist sehr unsicher in der Stellung zur Arbeiterklasse. Hier reicht die Skala von der Sympathie bis zur Feindschaft. Aber diese zwiespältige Haltung scheint sich in einer bestimmten Richtung entwickelt zu haben. Der österreichische Kartellgesetzentwurf vom Jahre 1897, in dem starke Eingriffe in die Praxis der Kartelle vorgesehen sind, wird unter anderem noch damit motiviert, wenigstens die Verschlechterung der Lage der Arbeiter durch die Kartelle verhindern zu sollen.<sup>79</sup>

Der oben genannte energische und prinzipielle „cartel buster“ Thurman Arnold aber war bestrebt, auch „das monopolistische Überwuchern der Gewerkschaften“ zu bekämpfen. Nach dem Allen Bradley Case von 1945 fallen in den USA „monopolistische Machtüberschreitungen“ von Gewerkschaften unter die Antitrustpolitik.<sup>80</sup> Andere Beispiele: Der bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler Ludwig Pohle definierte zwar schon 1898 die Gewerkschaften als wirtschaftliche „Kartelle“, aber er war doch so ehrlich und scharfsichtig, daß er erkannte und aussprach, welche Möglichkeiten zur Unterdrückung der Arbeiter dem Monopol innewohnen. Die Lage der Arbeiter *müsse* sich verschlechtern, meint er und schreibt weiter: „Nur werden die Kartelle der Arbeiter, die Gewerkvereine, hieran nicht viel ändern können. Ihre Macht wird durch die der Unternehmerorganisationen gebrochen. Behalten auch die vereinigten Arbeiter dem vereinzeltten Unternehmen gegenüber in vielen Fällen die Oberhand, so ist doch in der Regel die Unternehmer-Organisation der Arbeiter-

<sup>79</sup> Vgl. *Wittelshöfer, Otto*, Der österreichische Kartellgesetzentwurf, in: „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, Bd. 13, Berlin 1899, S. 122 ff. und den dort abgedruckten Entwurf, S. 187 ff.

<sup>80</sup> *Haussmann, Frederick*, Der Antitrustgedanke . . . , a. a. O., S. 16.

Koalition ebenso überlegen, als es der einzelne Unternehmer dem einzelnen Arbeiter gegenüber ist.“<sup>81</sup>

Diese Einstellung bezeugt zumindest in keiner Weise Parteinahme für die Monopolbourgeoisie. An anderer Stelle betont er sogar in einer Polemik gegen Liefman die Aggressivität der Unternehmerkoalitionen gegenüber den Arbeitern.<sup>82</sup> Pohle schlägt die Verstaatlichung der Kartelle vor.

Noch schärfer als Pohle formuliert Wilhelm Kantorowicz im Jahre 1911: „Die sozialdemokratische Bewegung ist nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern zugleich eine politische. Was sie den Privaten an Besitz, Erwerb und Freiheit nimmt, entzieht sie ihnen zugunsten des Staats, und indem sie die Massen an der Staatsleistung und am Staatsbesitz beteiligt, will sie ihnen – und nach ihrer Ansicht in potenziertes Masse – wiedergeben, was sie ihnen genommen. Die Kartellisten aber entziehen dem Volke Freiheit, Erwerb und Besitz nicht zugunsten des Staats, sondern zugunsten einiger Weniger, und diese Wenigen, die im Interesse der Erhaltung ihres Besitzes darauf angewiesen sind, die oligarchische Staatsform zu stärken, geben denjenigen, denen sie Freiheit, Erwerb und Besitz genommen, solche nicht wieder, im Gegenteil, sie machen aus wirtschaftlich unabhängigen Existenzen abhängige, und diese Abhängigkeit wird in dem Maße, als sie sich im Laufe der Zeit mit abnehmendem Wohlstand oder Verarmung verbindet, für die nachfolgenden Generationen immer drückender. Die Sozialdemokratie macht die Reichen nicht arm und die Armen reich. Die Kartelle machen die Reichen reicher und die Wohlhabenden und Armen ärmer und elender. Und so rechtfertigt sich der Vorwurf des Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung in höherem Grade gegenüber dem Kartell als gegenüber der Sozialdemokratie und in einer unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Wohls viel weniger zu billigen Weise.“<sup>83</sup>

Wie begründet dagegen Walter Eucken 1950 seine Gegnerschaft zu den Monopolen? Er schreibt: „Wenn man die Konsequenzen der Zentralverwaltungswirtschaft nicht will, dann muß man wollen, daß das Gesetz des Wettbewerbs herrscht.“<sup>84</sup> Er fürchtet nämlich, daß eine Wirtschaftsordnung, die nur von Monopolen beherrscht wird, sich „ziemlich bald in eine *Wirtschaft mit zentraler Leitung* des Gesamtprozesses transformieren“ würde.<sup>85</sup> Dieser Prozeß hat sich im Faschismus in Deutschland tatsächlich abgezeichnet. Nun wirft Eucken diese Form des Staatsmonopolismus in bewährter Weise mit der sozialistischen Volkswirtschaft in einen Topf, braut daraus den Begriff „Zentralverwaltungswirtschaft“ und richtet seine Angriffe auch in stärkstem Maße auf den Sozialismus als Wirtschaftssystem. Das hindert ihn aber nicht, andererseits sub-

<sup>81</sup> Pohle, Ludwig, Die Kartelle der gewerblichen Unternehmer, Leipzig 1898, S. 115.

<sup>82</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>83</sup> Kantorowicz, Wilhelm, Kartell-Probleme, Berlin 1911, S. 9f.

<sup>84</sup> Eucken, Walter, Wettbewerb, Monopol und Unternehmer, Bad Nauheim 1953, S. 24.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 17.

ktiv (!) ein scharfer Monopolgegner zu sein und viele negative Wirkungen der Monopole auf die kapitalistische Wirtschaft genau herauszuarbeiten. Er sagte zusammenfassend: „In monopolistischen Marktformen führt das Privateigentum zu schweren Schäden“ und „zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen“.<sup>86</sup>

Die Quintessenz der neoliberalen Theorien: *Monopole sind schlimm, sozialistische Produktionsverhältnisse sind indiskutabel.*

Wir können, die letzten siebzig Jahre überblickend, allgemein konstatieren, daß die antisozialistischen Tendenzen in der bürgerlichen Monopolgegnerschaft stärker geworden sind. Welche Kreise das im einzelnen betrifft und in wie starkem Maße, muß noch näher untersucht werden.<sup>87</sup> Selbst bei den einzelnen Vertretern des Neoliberalismus ist ja die antisozialistische Tendenz verschieden stark ausgeprägt. Die mehr volkswirtschaftlich orientierte antisozialistische Argumentation Euckens und Böhms hat eine andere Nuance als Röpkes rein demagogische Hetztiraden.

Der Weg des Antisozialismus aber führt die bürgerlichen Monopolgegner in eine Sackgasse oder, häufiger noch, letztlich in die Fangarme der Monopole

<sup>86</sup> Ebenda, S. 18 und 20.

Vgl. auch Naumann, Robert, Theorie und Praxis des Neoliberalismus, Berlin 1957, S. 183f.: „Man muß zugeben, daß die Neoliberalen bisweilen scharfe Worte gegen die Monopole führen. Röpke wird um Worte nicht verlegen, wenn es gilt, das Sündenregister der Monopole aufzuzählen. So schreibt er: ‚Privilegierung, Ausbeutung, Markterstarrung, Verzerrung der Wirtschaftsprozesse, Kapitalstauung, Machtzusammenballung, Industrie feudalismus, Angebots- und Erzeugungsrestriktion, Schaffung von chronischer Arbeitslosigkeit, Verteuerung der Lebenshaltung und Verschärfung der sozialen Gegensätze, wirtschaftliche Disziplinlosigkeit, unkontrollierbare Beeinflussung des Staates und der öffentlichen Meinung, Verwandlung der Industrie in einen exklusiven Herrenklub, der sich gegen die Neuaufnahme von Mitgliedern abspermt – das ist das Sündenregister des Monopols, und dabei sind wir nicht einmal sicher, es erschöpft zu haben‘ (Die Gesellschaftskrisis, S. 37).“ Naumann kommentiert dieses Zitat so: „Die Neoliberalen fordern, den Monopolen gegenüber unachgiebig und kompromißlos zu sein, da die Gesellschaftskrisis nur überwunden und die Menschheit nur durch die Beseitigung der Monopole gerettet werden könne. In der sozialen Marktwirtschaft sei kein Platz für Monopole. . . Die Bekenntnisse zum Kampf gegen die Monopole sind jedoch nur Lippenbekenntnisse.“

<sup>87</sup> Besonders der kleine Mittelstand polemisierte in den letzten Jahren in Westdeutschland heftig gegen Lohnforderungen, Gewerkschaften, soziale Maßnahmen. Wenn wir das auch nicht direkt als Antisozialismus kennzeichnen können, so doch als feindselige Einstellung zur Arbeiterklasse.

Josef Wild, der Präsident des „Zentralverbandes des deutschen Handwerks“, sagte zur Eröffnung der Handwerksmesse 1961, zwei Grundanliegen, die wirkungsvolle Bekämpfung wirtschaftspolitisch unerwünschter Konzentration und eine Mäßigung der sozialpolitischen Gesetzgebung, seien bisher nicht oder nur unbefriedigend erfüllt worden („Deutsche Zeitung“ v. 2. 6. 1961).

selbst. Um dies noch einmal deutlich zu machen, wollen wir einige Grundvorstellungen der neoliberalen Freiburger Schule prüfen, also derjenigen Richtung, in der der bürgerliche Antimonopolismus in den letzten Jahrzehnten in Deutschland theoretischen Ausdruck fand.

#### ZUR POSITION DER FREIBURGER SCHULE DES NEOLIBERALISMUS

Eucken und andere Neoliberale polemisieren gegen die marxistische Geschichtsauffassung, die sie als „Mythos von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung“<sup>88</sup> verstehen, weil sie angeblich den Menschen zum Sklaven der historischen Gesetze mache und ihm die Möglichkeit nehme, eigene Initiative zur Änderung der als schlecht erkannten Zustände zu entwickeln. Wenn also – so wird argumentiert – die Marxisten die Monopole als notwendiges Produkt eines historischen Prozesses betrachten, und nicht als „Störungen“ im Ablauf der Warenproduktion, so nehmen sie den Menschen allen Mut, die Monopole mit Aussicht auf baldigen Erfolg zu bekämpfen. Sie hingegen, die Neoliberalen, könnten auf Grund der Auffassung von den „Störungen“ ein konkretes Programm zur Bändigung der Monopole entwickeln.

Was hier die Geister scheidet, ist nicht in erster Linie die Bewertung der Rolle der Monopole in der Wirtschaft, als vielmehr die Einstellung zur Gesellschaftsentwicklung überhaupt. Für die Neoliberalen ist die kapitalistische Welt, obwohl sie einige ihrer Mängel anerkennen, dennoch „die beste aller möglichen Welten“. Monopole sind für sie lediglich Auswüchse, die man beseitigen kann. Eine Ablösung der kapitalistischen Basis erscheint ihnen völlig absurd, wider-natürlich, und daher indiskutabel. Es ist diese Grundeinstellung, aus der heraus die Neoliberalen nicht akzeptieren wollen, daß die Monopole notwendige Produkte des historischen Prozesses sind.

Denn wer die These „Es gibt keine Entwicklung über den Kapitalismus hinaus“ mit der These „Die Monopole sind *notwendige* Produkte der bisherigen historischen Entwicklung des Kapitalismus“ vereinbaren wollte, dem müßte tatsächlich die Lösung des Monopolproblems unmöglich erscheinen. Dieses theoretische Dilemma beseitigen die Neoliberalen – da sie am Kapitalismus festhalten wollen – eben auf ihre Weise, indem sie die zweite der genannten Thesen leugnen und die Monopole als lediglich technische Störungen der Warenproduktion darstellen.

Für die Marxisten existiert kein solches Dilemma. Die These, daß die Gesellschaft sich vom Niederen zum Höheren entwickelt, ist tausendfach erhärtet, und auch die daraus zu ziehende Schlußfolgerung, daß das monopolkapitalistische Eigentum gesetzmäßig in die höhere Form des gesamtgesellschaftlichen Eigentums umschlagen wird, ist bereits durch die Praxis bewiesen.

Diese Gesetzmäßigkeit der Entwicklung anzuerkennen, heißt doch aber nicht, den Menschen zum blinden Sklaven der Gesetzmäßigkeit zu degradieren.

<sup>88</sup> Eucken, Walter, Grundsätze . . . , a. a. O., S. 200 ff.

Inwiefern ist der Mensch unfrei, wenn er sich durch Erkenntnis und Ausnutzung der historischen Gesetzmäßigkeiten von historisch entstandenen gesellschaftlichen Übeln *befreien* kann!

Freiheit durch Einsicht in die Notwendigkeit!

Befreiung von den Monopolen durch Einsicht in die Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung! Das ist die Essenz der marxistischen Monopoltheorie. Der Vorwurf des Fatalismus ist völlig unzutreffend. Die Geschichte beweist vielmehr, daß gerade die marxistische Auffassung von der Entwicklung – und speziell auch von der Entwicklung der Monopole – die Menschen am stärksten zur Veränderung der Wirklichkeit aktiviert hat, und zwar zu einer wirkungsvollen und nachhaltigen Veränderung.

Das Monopolkapital ist bekanntlich im sozialistischen Teil der Welt von der Bildfläche verschwunden, während im anderen Teil die monopolistischen „Störungen“ trotz klug ausgedachter Gegenmaßnahmen bürgerlicher Monopolgegner nicht verschwinden wollen. Es sind gerade die Monopolfreunde, die immer wieder mit boshafter Genugtuung darauf hinweisen, wie unlogisch im Grunde die Konzeption der bürgerlichen Wettbewerbsverteidiger ist. Halb schadenfroh, halb verächtlich, glossiert man die Versuche, die Monopole mit Rechtsmitteln aus der Welt zu schaffen. Aber auch die Grundidee der neoliberalen Konzeption wird attackiert. Der vielfach strapazierte Begriff der „individuellen Freiheit“, auf der nach Ansicht der liberalen und Neoliberalen die Wirtschaft beruhen muß, wird heute beispielsweise von den Monopolverteidigern in einem Sinne ausgelegt, der der Monopolisierung dienlich sein soll.

Um die Jahrhundertwende galt folgender Schluß: Wenn man sich „mit den Theoretikern zu dem ‚Axiom‘ der möglichst uneingeschränkten, selbst rücksichtslosen Betätigung der individuellen Kräfte, mit einem Worte, zum *wirtschaftlichen Individualismus*“ bekennt, „dann muß man konsequenterweise alle Kartelle verwerfen“.<sup>89</sup> Heute wird folgende Umkehrung propagiert: Wer die Kartelle verwirft, verstößt gegen das Axiom des wirtschaftlichen Individualismus! Wie sich das mit der Logik vereinbart? Man höre: Freiheit bedeutet nicht nur Wettbewerbsfreiheit, sondern vor allem auch *Freiheit der Vertragsschließung*. Wer Kartelle verbietet, beschneidet die Freiheit zur Vertragsschließung, ist also gegen die Freiheit, verstößt also unter anderem auch gegen die westdeutsche Verfassung.<sup>90</sup>

<sup>89</sup> Grunzel, Josef, Über Kartelle, Leipzig 1902, S. 1.

<sup>90</sup> Vgl. z. B. Giese, Friedrich, Grundsätzliche Schranken bei Bekämpfung des Kartellmißbrauches, in: „Neue Juristische Wochenschrift“, Jg. 3, 1950, S. 336, Krüger, Herbert, Grundgesetz und Kartellgesetzgebung, Göttingen 1950. Krüger bringt, um zu beweisen, daß das Bonner Grundgesetz auch die Freiheit für jeden einschließt, auf die Freiheit durch Vertragsschließung zu verzichten, folgendes Beispiel: Auch hinsichtlich der Meinungsfreiheit habe ja der Verfassungsgeber niemals daran gedacht, „den Gebrauch der Denkfreiheit zu erzwingen und dem Nichtgebrauch oder der Entäußerung dieser Freiheit

Um dieses Problem entbrannte eine Diskussion. Kartellgegner stellten eine „Rangordnung der Freiheiten“ auf. „Das Rangordnungsproblem ist also . . . zugunsten der Wettbewerbsfreiheit zu entscheiden.“<sup>91</sup> Das wiederum bestreitet, von der Monopulseite her, zum Beispiel Alfred Amonn in seinem Buch „Wirtschaftspolitik auf Irrwegen“<sup>92</sup> rundheraus. Folgende tiefsinnige Betrachtungen über die „Freiheit“ sind dort zu lesen: „Vertragsfreiheit und Wettbewerbsfreiheit stehen auf gleicher Stufe. Wenn ein Konflikt zwischen beiden entsteht, so muß man fragen: Was ist mit größeren Nachteilen verbunden, die Beschränkung der Wettbewerbsfreiheit oder die Beschränkung der Vertragsfreiheit, und nach dem Prinzip des ‚kleineren Übels‘ entscheiden. Jede Freiheitsbeschränkung ist ein Übel. Aber kann es größere Übel geben, die nur durch Freiheitsbeschränkung hintangehalten werden können. Durch Beschränkung welcher Art von Freiheit – im konkreten Fall Wettbewerbsfreiheit oder Vertragsfreiheit –, darauf kommt es nicht an. Und, daß man sich selbst der Freiheit für eine bestimmte kurze Zeit begeben kann – sei es der Vertragsfreiheit oder der Wettbewerbsfreiheit –, ist schwerlich bestreitbar . . . Freiwilliger Verzicht auf Wettbewerb in konkreten Fällen bedeutet nicht Negation der Wettbewerbsfreiheit, ist mit Wettbewerbsfreiheit durchaus vereinbar.“ Langer Rede kurzer Sinn: Amonn ist für Kartelle und sieht das „Verbotssystem als Irrweg der Wirtschaftspolitik“ an. „Im Zweifel für die Freiheit! – und hier sind sehr gewichtige Zweifel am Platz.“<sup>93</sup>

Mit demselben Zynismus bedienen sich die Monopolisten des für ihre Bedürfnisse zurechtgekneten Freiheitsbegriffes, wenn sie gegen das westdeutsche Kartellamt schießen.<sup>94</sup>

entgegenzutreten. Er stellt es vielmehr nicht nur jedermann frei, nicht zu denken, sondern er duldet es auch, daß sich seine Bürger im weiten Umfange der Selbstbestimmung ihres Denkens begeben, indem sie sich einer konfessionellen, weltanschaulichen oder sonst das Denken verpflichtenden Gemeinschaft anschließen.“ (A. a. O., S. 18.)

<sup>91</sup> *Nipperdey, Hans Carl*, Die soziale Marktwirtschaft in der Verfassung der Bundesrepublik, in: WuW, Jg. 4, 1954, H. 4, S. 224.

<sup>92</sup> *Amonn, Alfred*, Wirtschaftspolitik auf Irrwegen, Frankfurt/Main 1958, S. 97 f.

<sup>93</sup> Ebenda, S. 66.

<sup>94</sup> Wie schon angeführt, hat das Bundeskartellamt die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft nicht verhindert beziehungsweise nicht verhindern können, insbesondere was Fusionen und Konzernbildungen und -vergrößerungen betrifft. In der deutschen monopolistischen Wirtschaft haben von jeher die Kartelle eine bedeutende Rolle gespielt im Gegensatz zu den USA in früheren Zeiten, und gegenwärtig ist die Entwicklung in vielen Zweigen noch nicht so weit wie in den USA, wo man schon auf vertraglich fixierte Absprachen verzichten kann. Da das Bundeskartellamt versucht, das Kartellgesetz anzuwenden, wirkt es in vieler Beziehung recht ärgerlich für die kartellfreundige Industrie und wird von dieser sehr kritisiert. Interessant ist übrigens die Erscheinung, daß sich auch die Lebensmitteleinzelhändler in „Handelketten“ kartellieren, offenbar um sich gegen großkapitalistische Handels-

Nur ein Beispiel sei angeführt: Der „Industriekurier“ berichtete am 21. 2. 61 über eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Präsident des Bundeskartellamtes, Berlin, Dr. Günther verteidigte in seinem Referat die – der Freiburger Schule entstammenden – theoretischen Grundlagen seiner Amtsführung. Dazu heißt es in dem Blatt: „Abschließend meinte der Vortragende, daß leider die Entscheidungen seines Amtes stets nur wenig Zustimmung gefunden hätten. Trotzdem sehe er in der bisherigen Kritik keinen Anlaß, von der seit Beginn seiner Amtstätigkeit befolgten Linie abzuweichen.“ Der Industriekurier kommentiert die „theoretisierende“ Auffassung Günthers mit herablassender Ironie, lobt die „realistische“ Haltung der Industriellen, und schreibt schließlich, daß „die Ausführungen von Dr. Kohlitz (Vorstandsmitglied der Mannesmann AG – H. N.) sowie mehrerer Diskussionsteilnehmer deutlich erkennen“ ließen, „daß die Wirtschaft offenbar ein größeres Maß von Freiheit zur Zusammenarbeit benötigt (Hervorhebung von mir – H. N.), als das das GWB<sup>95</sup> in seiner jetzigen Gestalt zuerkennt...“ Dieses Argument taucht, gelegentlich leicht abgewandelt, immer wieder in promonopolistischen Veröffentlichungen auf.

Und so hat das christliche Abendland einen Grund mehr, für die „Freiheit“ zu kämpfen. Der bürgerliche Philosoph Wilhelm Windelband schrieb einmal über die Freiheit: „Wahrlich, es ist in der Geschichte unter dem Namen der Freiheit viel Großes geschehen, aber auch viel gesündigt worden. . . Allein das Unheil, welches das Wort in der Theorie angerichtet hat, ist vielleicht nicht geringer. Unter dem Namen der Freiheit hat das menschliche Denken auch die wunderlichsten Sprünge nicht gescheut: *kein Widerspruch war zu grell, keine Willkür des Behauptens zu schroff, als daß sie nicht in diesem Interesse erlaubt erschienen wären* (Hervorhebung von mir – H. N.).“<sup>96</sup>

Ebenso wie die „theoretischen“ Grundlagen sind die praktischen Maßnahmen des neoliberalen Programms Zielscheibe höhnischer und ärgerlicher Schüsse von der Monopulseite her. Die Monopolverteidiger haben dabei scheinbar die Argumente der Praxis auf ihrer Seite. Die Neoliberalen wollen den unbeschränkten Wettbewerb. Die ökonomische Gesetzmäßigkeit besteht aber darin, daß der freie Wettbewerb auf einer bestimmten Entwicklungsstufe unvermeidlich Wettbewerbsbeschränkungen hervorbringt. Katzler schreibt in seiner „Kartellfibel“: „Man darf letzten Endes doch nicht vergessen, daß die marktbeherrschenden Unternehmen ihre Entstehung in der Regel der grundsätzlichen Wettbewerbsfreiheit verdanken. Erhebt man auf der einen Seite diese Wett-

konzerne und ihre Supermärkte zu schützen. Folgerichtig wird auch auf sie das Kartellgesetz angewendet („Handelsblatt“ v. 21. 2. 1961). Vom Mittelstand forciert, wirkt es jetzt gegen den Mittelstand, während die großen Trusts und Konzerne weniger betroffen werden.

<sup>95</sup> Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

<sup>96</sup> Zitiert nach *Becker, Julius*, Das deutsche Manchestertum, Karlsruhe 1907, Motto.

bewerbsfreiheit zum Prinzip des Wirtschaftens, dann muß man dieses Ergebnis auch in Kauf nehmen, selbst wenn einmal der Erfolg dieser Freiheit zur Bildung einer wirtschaftlichen überragenden Stellung eines einzelnen Unternehmens im Markt führt.“<sup>97</sup>

Besonders nachdrücklich wird von den Monopolfreunden auf die Erscheinungen der „parallel action“, der „price-leadership“ und des „gentlemen agreement“ hingewiesen, um alle Verbotsvorschläge der Neoliberalen als unsinnig zu kennzeichnen. Jeder Versuch zum Beispiel Euckens und Böhms, ihre Konzeption so auszubauen, daß sie befähigt ist, der historischen Entwicklung ein Schnippchen zu schlagen, muß notwendigerweise kläglich scheitern. Verfolgen wir noch einmal den Gedankengang dieser Versuche:

1. Ausgangspunkt: Die (nichtmonopolistische) Bourgeoisie, also eine breite Schicht „freier“ Unternehmer, muß vor dem Untergang gerettet werden.
2. Um eine Gesellschaft „freier Bürger“ wiederherzustellen, ist vor allem jeder Trend zur „Zentralverwaltungswirtschaft“ zu bekämpfen; die wichtigsten Maßnahmen zu diesem Zweck sind: Abschaffung der Monopole, Herstellung der freien Konkurrenz.
3. Die freie Konkurrenz führt aber, wenn sie sich selbst überlassen bleibt, zum Monopol. (Dies wird nicht historisch, sondern psychologisch begründet, nämlich aus dem „Hang zur Monopolbildung“.)
4. Folglich darf man die freie Konkurrenz nicht sich selbst überlassen, sondern muß eine dauernde Staatskontrolle zur fortwährenden Herstellung und Wiederherstellung der freien Konkurrenz durchführen.
5. Der Staat muß mit Machtmitteln versehen sein, um neue Monopolbildungen verhindern zu können.
6. Durch zu geringe Machtmittel lassen sich die Monopole nicht beeindrucken; also muß der Staat *starke* Machtmittel besitzen. Stärkere Machtkonzentration aber führt zur „Zentralverwaltungswirtschaft“ – und die neoliberale Theorie führt sich selbst an diesem Punkte ad absurdum.

Böhm zum Beispiel hat diesen Zirkelschluß zum Teil erkannt. Resignierend erklärt er ab 1951, daß man, wenn es schon keine Rechtsmittel gäbe, um Konzerne und Trusts aufzulösen, sie in privaten Händen lassen solle. Nur keine Staatsaufsicht über Konzerne! In kürzester Zeit würden die kontrollierenden Behörden die Interessen der kontrollierten Monopole zu den ihren machen und es entstünde eine noch unerträglichere Verschmelzung von politischer und wirtschaftlicher Macht. „Ist es nicht genug, daß Monopolunternehmungen über *wirtschaftliche* Macht verfügen? Welcher Grund kann vorliegen, diese wirtschaftliche Macht noch dadurch zu verstärken, daß man die staatlich-politische Macht noch hinzufügt? Ist es nicht sehr viel klüger, die Monopolmacht in privaten Händen zu lassen, d. h. in Händen privater Bürger und Unternehmer, die sich einer aufs höchste mißtrauischen öffentlichen Meinung gegenübersehen und sowohl vom Publikum als auch von der Regierung und vom

<sup>97</sup> Katzler, Carl von, a. a. O., S. 58.



Parlament in vieler Hinsicht abhängig sind? Wenn sich schon irgendwo Macht ansammelt, die man nicht beseitigen kann, empfiehlt es sich dann nicht, diese Macht in die schwächsten Hände zu legen, die es gibt, nämlich in die Hände von Privatpersonen?“<sup>98</sup>

Wir sehen: Kapitulation vor der Wirklichkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Um aus dem Schiffbruch der eigenen Lehre wenigstens noch zu retten, was zu retten ist, setzen sich die Anhänger der Freiburger Schule in der Folge mit ganzer Kraft für das *Verbot* der Kartelle ein. Ein Kartellverbot ohne Antastung der Konzerne trifft aber, wie schon angedeutet, in viel stärkerem Maße die mittleren Betriebe als die Riesenunternehmungen, weil letztere sich wegen ihrer geringen Anzahl auch ohne Kartellvertrag verständigen und außerdem die Konkurrenz der Kleineren durchaus ertragen können.

Insofern wirkt sich die neoliberale Konzeption schließlich zum Schaden der nichtmonopolistischen Bourgeoisie aus. Ein kleiner Geschäftsmann – Prokurist der Firma Betonsteinwerk Dr. Bennewitz und Co. G. m. b. H., Holstein, – drückte auf einer Tagung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ im Jahre 1955 seine Enttäuschung über die Entwicklung der Ansichten Böhms so aus: „Wir waren vor zwei Jahren zum Bußtag auch hier in Bad Godesberg. Ob es sich wohl lohnen würde, drei Tage . . . von der Firma wegzubleiben, ob wir wohl so viel davon profitieren können? Wir haben uns dann das Programm angesehen und die Namen gelesen: Prof. Böhm, – der hat damals sehr nett geredet, es war sehr ordentlich, was er damals gesprochen hat; . . . Was nun die Ausführungen von Herrn Prof. Böhm heute betrifft, so muß ich ehrlich sagen . . . daß mir seine Ausführungen vor zwei Jahren . . . wesentlich besser gefallen haben als heute.“<sup>99</sup>

So können wir verfolgen, wie die unwissenschaftliche Ausgangsposition der Neoliberalen, das Leugnen der historischen Gesetzmäßigkeit, die Angst vor dem Schritt nach vorn ihre an sich schon nicht sehr starken Waffen stumpf werden und ihren Weg in einer Sackgasse enden läßt.

Wie sollen wir als marxistische Gesellschaftswissenschaftler uns nun zu dieser „uneinheitlichen und teilweise widerspruchsvollen Bewegung“ – wie der Neoliberalismus gelegentlich auch von bürgerlicher Seite bezeichnet wird<sup>100</sup> – stellen?

In unserer Literatur behauptet sich folgende Linie. Naumann schreibt: „Die Entwicklung nach 1945 zeigt sehr klar, daß der Neoliberalismus der Aufgabe dient, die Interessen der Monopolherren und Kriegstreiber zu verteidigen.“<sup>101</sup>

<sup>98</sup> Böhm, Franz, Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft, München 1951, S. 59.

<sup>99</sup> Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft. Wortlaut der Vorträge auf der 4. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V., November 1955, Ludwigsburg 1956, S. 75f.

<sup>100</sup> WuW, Jg. 1/2, 1951/1952, S. 489.

<sup>101</sup> Naumann, Robert, Theorie und Praxis des Neoliberalismus, Berlin 1957, S. 382.

„Die Notwendigkeit, die Verteidigung des Monopolkapitals kleinbürgerlich zu tarnen, drückt die Schwäche der Herrschaft der Imperialisten aus. Sie beweist, daß die Konzernherren ihre Macht nicht mehr auf normalem Wege aufrechtzuerhalten vermögen. Heuchelei, Sophisterei, Doppelzüngigkeit gehören zum Arsenal ihrer ideologischen Waffen und werden in nie dagewesenem Maße und mit größter Raffinesse ausgenutzt. Eucken, Röpke, Böhm, Lutz, Hayek und andere liefern die pseudowissenschaftliche Tarnung dieser Heuchelei.“<sup>102</sup>

Hannelore Riedel schreibt: Die neoliberalen Ökonomen „versuchen, die kleinbürgerlichen Kreise für die von ihnen im Auftrag des Monopolkapitals propagierte ‚Anti‘-Monopoltheorie zu gewinnen, indem sie die zum Schein von ihnen angestrebte Konkurrenz als einen ‚Zustand grundsätzlicher allgemeiner Machtlosigkeit‘ bezeichnen.“<sup>103</sup>

Auch Rudhard Stollberg spricht in seiner „Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie“ vom „neoliberalen Betrugsmanöver“ und bezeichnet die Neoliberalen als theoretisierende Lakaien der Imperialisten.<sup>104</sup> Hermann Turley fügt in seinem 1961 erschienenen Aufsatz diesen Einschätzungen nichts wesentlich Neues hinzu.<sup>105</sup>

Die genannten Autoren wollen beweisen, daß der Antimonopolismus der Neoliberalen nur zwecks Täuschung erdacht wurde und daß seine Verkünder in Wirklichkeit Monopolfreunde sind.

Hier scheint jedoch eine gewisse Vereinfachung vorzuliegen, die sich zunächst schon darin zeigt, daß sämtliche Vertreter des Neoliberalismus über einen Leisten geschlagen werden.

Diese Auffassung ignoriert die Kompliziertheit und die Widersprüche der Produktionsverhältnisse des modernen Kapitalismus ebenso wie die daraus mit Notwendigkeit erwachsenden Widersprüche in der Ideologie.

In der Ökonomik Westdeutschlands bestehen bekanntlich nebeneinander alle Entwicklungsphasen des privaten Eigentums an Produktionsmitteln: das Eigentum der Kleinproduzenten und Kleinhändler, kapitalistisches Privateigentum aller Größenklassen und dementsprechende Unternehmungsformen – die kleine, mittlere und große kapitalistische Unternehmung in Einzel- oder Gesellschaftseigentum. Ein engmaschiges Netz verschiedenartigster Monopolzusammenschlüsse verbindet einen großen Teil aller kapitalistischen Unternehmungen. Wir finden, je nachdem, um welchen Industriezweig es sich handelt, Trusts, Konzerne und Kartelle in den verschiedensten Verschachtelungen und Kombinationen. Konzerne und Trusts dominieren in

<sup>102</sup> Ebenda, S. 385.

<sup>103</sup> Riedel, Hannelore, Die Ziele der „Anti“-Monopoltheorie des Neoliberalismus, in: Monopoltheorie – Monopolpraxis, Berlin 1958, S. 17f.

<sup>104</sup> Stollberg, R., Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie, Berlin 1960, S. 189, 201.

<sup>105</sup> Turley, Herman, Zu einigen Fragen der Monopoltheorie und des apologetischen Antimonopolismus der westdeutschen Neoliberalen, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 3, Berlin 1960.

den Zweigen, in denen die Konzentration des Kapitals weit fortgeschritten ist; dies hängt wiederum mit den technischen Bedingungen zusammen. Kartelle entstehen zumeist dann, wenn in einer Branche noch eine größere Anzahl von Unternehmungen existiert, also das Eigentum noch relativ zersplittert ist. Die mittleren Unternehmer sowie Kleinproduzenten und Kleinhändler aber können (technisch) wegen ihrer großen Zahl und ihrer meist lokal sehr begrenzten Bedeutung und (ökonomisch) wegen ihrer schwachen Position keinen echten, wirkungsvollen Monopolverband zustande bringen.

Folgende Zahlen sollen lediglich illustrieren, wie unterschiedlich die Möglichkeit der Monopolisierung in den verschiedenen Zweigen – allein von der technischen Seite der Monopolisierung gesehen – ist.

*Zahl der Betriebe bzw. Arbeitsstätten in ausgewählten Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik*<sup>106</sup>

Zweig	Zeitpunkt	Zahl der Betriebe
Eisenschaffende Industrie	Sept. 1958	138
Fahrzeug- u. Luftfahrzeugbau	„	749
Maschinenbau	„	5263
Industrie der Steine u. Erden	„	8924
Ernährungsindustrie	„	13 592
		<i>Zahl der Arbeitsstätten</i>
Einzelhandel	1950	467 216

Hierbei handelt es sich um einen Augenblicksquerschnitt. Mit fortschreitender Entwicklung zeigen sich zwei Tendenzen.

1. Die wirtschaftliche Macht verschiebt sich immer mehr zugunsten der Trusts und Konzerne. Diese üben einen größeren Preisdruck auf die kleinen und mittleren Kapitalisten als Lieferanten und Abnehmer aus und verschärfen den Konkurrenzkampf gegen kleine und mittlere Kapitalisten der eigenen Branche. Der Widerspruch zwischen dem Monopolkapital und dem übrigen Kapital verschärft sich, es wird eine *antimonopolistische Opposition* erzeugt.

2. Bedrängt durch verschärfte Konkurrenz, versuchen die kleineren Unternehmer oft, sich in Kartellen zusammenzuschließen, um hier wenigstens einen gewissen Schutz gegen das Großkapital zu haben. Diese Zusammenschlüsse sind schwierig wegen der großen Anzahl der Unternehmen in einer Branche, sie werden aber erleichtert durch das Unternehmerverbandswesen. Je mehr das gelingt, *desto schwächer und inkonsequenter wird natürlich die antimonopolistische Haltung*.<sup>107</sup>

<sup>106</sup> Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik, 1960.

<sup>107</sup> Vgl. Handke, Horst, Zur Geschichte eines mittleren kapitalistischen Unternehmers im Zeitalter des Monopolkapitalismus, dargestellt an einem Beispiel aus der Rügenger Kreideindustrie. Diss. Berlin 1961. Hier wird die Haltung eines kleinen, später mittleren Unternehmers analysiert, der aus dem Kartell Vorteile zieht, ohne selbst Monopolkapitalist zu sein.

Wenn sich die Lebensmitteleinzelhändler in „Handelsketten“ zusammenschließen, so tun sie das, um sich gegen die Konkurrenz der Großunternehmen und Konzerne im Einzelhandel behaupten zu können; sie bilden also ein sogenanntes Abwehrkartell in einem Zweig, der bisher vorzugsweise vom Kleinbürgertum betrieben wurde. Diese Kleinbürger werden nun „natürlich“ zu Verteidigern der Kartelle, sobald das Bundeskartellamt die „Handelsketten“ als unter das Kartellgesetz fallend angreift, wie das jetzt geschieht.<sup>108</sup>

Das ökonomische Interesse treibt den Mittelstand einerseits zur Opposition gegen das große Monopolkapital, andererseits oft zur Bejahung bestimmter Formen des monopolistischen Zusammenschlusses.

Schließlich ist die Basis der ökonomischen Existenz des kleinen und mittleren Unternehmertums das Privateigentum an Produktionsmitteln und der Profit, und es kann nicht erwartet werden, daß diese Unternehmer aus ihrer anti-monopolistischen Stimmung ohne weiteres gleich die äußerste Konsequenz ziehen, nämlich das Monopoleigentum zu vergesellschaften. Ihre Haltung ist vielmehr schwankend, inkonsequent, theoretisch wirr, opportunistisch.

Schon 1911 beklagte sogar der Bourgeois Wilhelm Kantorowicz den Opportunismus vieler bürgerlicher Kartellgegner: „Man lese die Enqueteverhandlungen. Mit der größten sittlichen Entrüstung wettet der Redner gegen die Kartelle. Aber seine Worte lassen keinen Zweifel. Man mache aus dem Objekt der Kartelle ihr Subjekt und Boreas wird zum Zephir werden. Das Bild bleibt immer das nämliche: Kein leitendes Prinzip, keine sittliche Idee, keinerlei Begeisterung für allgemeine wirtschaftliche Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit. Man klagt nur, weil und solange man nicht aus der großen Kartellschüssel mitessen kann.“<sup>109</sup>

Soll man sich also darüber auch keinen Illusionen hingeben, so muß man andererseits wieder beachten, daß eben nur relativ wenige kleine Unternehmer „aus der großen Kartellschüssel“ werden mitessen können. (Wenn wir unter „großer Kartellschüssel“ jetzt im weiteren Sinne den gesamten Monopolprofit verstehen.)

Der Antimonopolismus eines kleinen Unternehmers wird – wenn man ihn sich selbst überläßt – nur in dem Maße konsequenter und prinzipieller werden, in dem die Aussicht auf Anteil an der „Kartellschüssel“ dahinschwindet.

Ist die Konzeption der neoliberalen Theoretiker – speziell der Freiburger Schule – nicht eine getreue Widerspiegelung der geschilderten ökonomischen Lage und der Haltung der kleinen und mittleren Bourgeoisie?<sup>110</sup> Die Freiburger Neoliberalen sind einerseits gegen Monopole, andererseits nicht konsequent genug gegen sie oder sogar in bestimmten Fällen für sie.

<sup>108</sup> „Handelsblatt“ v. 21. 2. 1961.

<sup>109</sup> Kantorowicz, Wilhelm, Kartell-Probleme, a. a. O., S. 4.

<sup>110</sup> U. a. sprechen auch alle von Naumann, Robert, a. a. O., und Riedel, Hannelore, a. a. O., angeführten Zitate dafür.

Man kann diesen Theoretikern eine ganze Reihe von Vorwürfen machen: Halbheit, Inkonsequenz im Antimonopolismus, falsche theoretische Auffassung von der Entwicklung der Gesellschaft, falsche Einschätzung der politischen Rolle der Monopole, Apologetik des Kapitalismus der „freien Konkurrenz“, Verleumdung des Sozialismus. Aber wird man ihnen vorwerfen können, daß ihre sämtlichen Bestrebungen einen *Schutz* der Monopole *bezwecken*?

Subjektive Momente sind immer schwer zu erfassen, noch schwieriger ist es, Theoretikern persönliche Unehrllichkeit und Heuchelei nachzuweisen. Fruchtbarer ist es wohl, sich an die objektiven Gegebenheiten zu halten, und die bestehen unseres Erachtens darin: *Die Konzeption der Freiburger Schule des Neoliberalismus bringt das ökonomische Interesse einer bestimmten mittleren Schicht des Bürgertums zum Ausdruck, sie ist entsprechend diesem Interesse in sich sehr widersprüchlich und kann deshalb für und gegen das Monopolkapital ausgenutzt werden.*

Daß falsche Vorstellungen von der kapitalistischen Ökonomik, von der Konkurrenz und so weiter nicht unbedingt unlauteren Absichten entspringen müssen, sondern in der Wirklichkeit bzw. ihrem falschen Schein wurzeln können, darauf hat Marx verschiedentlich im „Kapital“ hingewiesen. Seine Hinweise scheinen speziell für die hier aufgeworfenen Fragen von Interesse zu sein. Deshalb seien einige Zitate angeführt.

Marx geht bekanntlich im „Kapital“ ausführlich auf die Versachlichung, Verdinglichung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ein, welche zum Beispiel der Wert oder das Kapital beinhaltet. Er zeigt die daraus entspringende Fetischisierung und Mystifizierung der Wert- und Kapitalverhältnisse. Er beweist, wie der Arbeitslohn notwendig als Lohn der Arbeit erscheinen muß, wie der Profit zum vorgestellten Abkömmling des Gesamtkapitals wird, *wie deshalb das Denken der Produktionsagenten den falschen Schein der Wirklichkeit widerspiegelt.*

„Wie alles in der Konkurrenz sich verkehrt darstellt, so auch dies Gesetz (es ist vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate die Rede – H. N.), ich meine dieser innere und notwendige Zusammenhang zwischen zwei scheinbar sich widersprechenden . . . Krud wie diese Vorstellungen sind, entspringen sie doch mit Notwendigkeit aus der verkehrten Art und Weise, worin die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion innerhalb der Konkurrenz sich darstellen.“<sup>111</sup>

An anderer Stelle: „Wenn, wie der Leser zu seinem Leidwesen erkannt hat, die Analyse der wirklichen, innern Zusammenhänge des kapitalistischen Produktionsprozesses ein sehr verwickeltes Ding und eine sehr ausführliche Arbeit ist, wenn es ein Werk der Wissenschaft ist, die sichtbare bloß erscheinende Bewegung auf die innere wirkliche Bewegung zu reduzieren, so versteht es sich ganz von selbst, daß in den Köpfen der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsagenten sich Vorstellungen über die Produktionsgesetze bilden müssen, die von diesen Gesetzen ganz abweichen, und nur der bewußte Aus-

<sup>111</sup> Marx, Karl, Das Kapital. Bd. III, 5. Aufl., Berlin 1956, S. 252f.

druck der scheinbaren Bewegung sind. Die Vorstellungen eines Kaufmanns, Börsenspekulanten, Bankiers sind notwendig ganz verkehrt. Die der Fabrikanten sind verfälscht durch die Zirkulationsakte, denen ihr Kapital unterworfen ist, und durch die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate.“<sup>112</sup>

In konsequenter Anwendung der materialistischen Dialektik wird folgender Schluß gezogen: wenn das Bewußtsein eine Widerspiegelung der Wirklichkeit ist und wenn in der kapitalistischen ökonomischen Wirklichkeit Scheinbewegungen vorherrschen, so müssen diese Scheinbewegungen entsprechende „krude“ Vorstellungen erzeugen.

An anderer Stelle analysiert Marx, wie aus diesen „kruden“ Vorstellungen in kompliziertem Prozeß die ökonomische Theorie sich bildet. Im Kapitel „Die trinitarische Formel“ schreibt er: „Im Kapital-Profit oder noch besser Kapital-Zins, Boden-Grundrente, Arbeit-Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre (Herr Kapital und Frau Erde) als soziale Charaktere, und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben. Es ist das große Verdienst der klassischen Ökonomie, diesen falschen Schein und Trug, diese Verselbständigung und Verknöcherung der verschiedenen gesellschaftlichen Elemente des Reichtums gegeneinander, diese Personifizierung der Sachen und Versachlichung der Produktionsverhältnisse, diese Religion des Alltagslebens aufgelöst zu haben, indem sie den Zins auf einen Teil des Profits und die Rente auf den Überschuß über den Durchschnittsprofit reduziert, so daß beide im Mehrwert zusammenfallen; indem sie den Zirkulationsprozeß als bloße Metamorphose der Formen darstellt und endlich im unmittelbaren Produktionsprozeß Wert und Mehrwert der Waren auf die Arbeit reduziert. Dennoch *bleiben selbst die besten ihrer Wortführer, wie es vom bürgerlichen Standpunkt nicht anders möglich ist, mehr oder weniger in der von ihnen kritisch aufgelösten Welt des Scheins befangen, und fallen daher alle mehr oder weniger in Inkonsequenzen, Halbheiten und ungelöste Widersprüche.* (Hervorhebung von mir – H. N.) Es ist andererseits ebenso natürlich, daß die wirklichen Produktionsagenten in diesen entfremdeten und irrationalen Formen von Kapital-Zins, Boden-Rente, Arbeit-Arbeitslohn, sich völlig zu Hause fühlen, denn es sind eben die Gestaltungen des Scheins, in welchem sie sich bewegen und mit welchem sie täglich zu tun haben. Es ist daher ebenso natürlich, daß die Vulgärökonomie, die nichts als die didaktische, mehr oder minder doktrinäre Übersetzung der Alltagsvorstellungen der wirklichen Produktionsagenten ist, und eine gewisse verständige Ordnung unter sie bringt, gerade in dieser Trinität, worin der ganze innere Zusammenhang ausgelöscht

<sup>112</sup> Ebenda, S. 344.

ist, die naturgemäße und über allen Zweifel erhabene Basis ihrer seichten Wichtigtuerei findet. Diese Formel entspricht zugleich dem Interesse der herrschenden Klassen, indem sie die Naturnotwendigkeit und ewige Berechtigung ihrer Einnahmequellen proklamiert und zu einem Dogma erhebt.“<sup>113</sup> Trotz aller von der marxistischen ökonomischen Wissenschaft gewonnenen Erkenntnisse, trotz der langjährigen Existenz sozialistischer Produktionsverhältnisse fühlen sich die kapitalistischen „Produktionsagenten“ offenbar immer noch in den von Marx genannten „irrationalen Formen“ völlig zu Hause. Das kann auch gar nicht anders sein, denn es sind ja immer noch im Wesen dieselben „Gestaltungen des Scheins, in welchem sie sich täglich bewegen und womit sie täglich zu tun haben.“

An Marx anknüpfend, könnte man mit Bezug auf unser Problem sagen: Es ist daher ebenso natürlich, daß heutige bürgerliche Ökonomen die Vorstellungen und Wünsche bestimmter, in der Welt des Scheins befangener „Produktionsagenten“ von der freien Konkurrenz und der Bekämpfung der Monopole in ein theoretisches System zu bringen versuchen.

Die Deutung, daß die neoliberalen Ökonomen direkt im Auftrag des Monopolkapitals handeln und raffinierte Heuchler sind, erklärt uns im Grunde zu wenig. Sie ist auch nicht im strengen Sinne materialistisch, denn die eine Ideologie soll lediglich aus einer anderen Ideologie, nämlich der Absicht der Täuschung des Kleinbürgertums, hervorgegangen sein. Schließlich ist diese Deutung, da sie allem Anschein nach – zumindest was die Freiburger Schule betrifft – nicht dem wirklichen Sachverhalt entspricht, nicht geeignet, unsere politischen Bestrebungen zu unterstützen, die auf den Zusammenschluß aller Monopolgegner gerichtet sind.

Fred Oelßner zieht aus der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 die Schlußfolgerung: „Bei der Durchführung der ideologischen Offensive auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet ist besonders darauf zu achten, daß die Moskauer Erklärung die Bildung einer breiten Einheitsfront gegen die Aggressoren und Klopffechter der Monopole fordert. Daraus ergibt sich, daß wir auch unter den bürgerlichen Ökonomen zwischen den offenen Propagandisten des Krieges und der Monopole und jenen Ökonomen differenzieren müssen, die zwar auch auf bürgerlichem Standpunkt stehen, aber gegen den Atomkrieg und die Herrschaft der Monopole auftreten. (Hervorhebung von mir – H. N.) Selbstverständlich dürfen wir dabei keine Konzessionen in wissenschaftlicher Hinsicht machen.“<sup>114</sup> Erforderlich ist also eine sachliche Kritik der Grundlagen der Auffassungen Euckens, Böhms und so weiter.

Wie will man überdies beweisen, daß diese Ökonomen alle nur „so tun, als wollten sie mit Hilfe des Verbotsprinzips das Ausmaß der Monopolisierung in

<sup>113</sup> Ebenda, S. 884f.

<sup>114</sup> Oelßner, Fred, Die Bedeutung der Moskauer Erklärung für die Verbesserung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung, in: „Wirtschaftswissenschaft“, Jg. 9, 1961, H. 4, S. 498.

der Bundesrepublik eindämmen oder beseitigen“?<sup>145</sup> Um diesen Beweis zu erbringen, wird meist der Bundeswirtschaftsminister Erhard angeführt, der als eifriger Verfechter der neoliberalen Theorie dennoch die Verwässerung des Kartellgesetzes geduldet hat und auch in seiner sonstigen Wirtschaftspolitik die Monopole oft nicht behindert oder sie sogar begünstigt hat.

Hier hat aber meines Erachtens schon die Differenzierung einzusetzen. Wie schon erwähnt und wie auch die genannten marxistischen Autoren vielfach belegt haben, kann von einer durchgehend einheitlichen Auffassung bei den verschiedenen Vertretern der neoliberalen Schule nicht die Rede sein. Die Ansichten Röpkes, Euckens, Hayeks, Erhards gehen schon in der Theorie in vielen Punkten auseinander.

Nun kommt Erhard in die Lage, als Politiker die Theorie der Professoren in die Wirklichkeit umsetzen zu sollen oder zu wollen, unterstellen wir einmal *zu wollen*. Die Professoren sind im Vergleich zu ihm immer noch relativ unabhängig. Der Minister aber ist dem unmittelbaren Druck des Monopolkapitals ausgesetzt. Dieses entwickelt, um seinen direkten Einfluß zu unterstützen, eine eindringliche Argumentation, die alle schwachen Stellen der neoliberalen Konzeption angreift: Westdeutschlands Stellung auf dem Weltmarkt erfordert Exportkartelle; der technische Fortschritt erfordert unbedingt Rationalisierungskartelle (zum Beispiel zur Standardisierung); da in der modernen Wirtschaft Strukturverschiebungen immer häufiger stattfinden, müssen „Strukturkrisenkartelle“ erlaubt sein. Und so fort.

Es zeigt sich eben immer wieder, daß die moderne Produktion, da in hohem Maße vergesellschaftet, unaufhaltsam dazu drängt, das Eigentum an Produktionsmitteln stärker zusammenzuschließen, zu vergesellschaften, da sie ohne das nicht mehr existieren kann.

Will man das Privateigentum unbedingt erhalten, wie die Neoliberalen, muß man schließlich konzedieren, daß diese „Vergesellschaftung“ nur in Form von Monopolzusammenschlüssen vor sich gehen kann. Hier liegt eben der Grundwiderspruch der neoliberalen Theorie, und derjenige, der sie in der Praxis verwirklichen will, kann ihn nicht umgehen oder hartnäckig übersehen, wie vielleicht der Theoretiker. Klammert er sich an das Privateigentum, wird er zwangsläufig Monopole gestatten müssen, wird er seiner eigenen Theorie zuwider handeln müssen, wie Ludwig Erhard.<sup>146</sup> Andere Neoliberale, wie etwa

<sup>145</sup> Bönisch, A./Müller, H. H., Zur westdeutschen Kartellpolitik, in: „Wirtschaftswissenschaft“, Jg. 6, 1958, H. 6, S. 827.

<sup>146</sup> Einige Äußerungen Erhards:

1953: „Hier geht es tatsächlich hart auf hart, und ich sage Ihnen mit aller Deutlichkeit: Wer mich als Wirtschaftsminister will, der muß mich so verdauen, wie ich gewachsen bin – nämlich mit dem Kartellverbot.“ (Wortlaut der Vorträge auf der 2. Arbeitstagung der Aktiongemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Bad Godesberg 1953, S. 115.)

1954: „Ich bin der Wirtschaft so weit entgegengekommen, wie es überhaupt nur mit der Aufrechterhaltung des Prinzips . . . zu vereinbaren ist.



Eucken, sind nicht in diesem Maße in diese Zwickmühle der Praxis geraten, weshalb man bei ihnen einen etwas schärferen Antimonopolismus feststellen kann.

Man kann also nicht sagen: Daß Erhard die Monopole begünstigt, ist ein Beweis dafür, daß Eucken sie nur zum Schein ablehnt. Wenn Hannelore Riedel zum Beispiel schreibt, die Neoliberalen seien nicht wirklich gegen die Monopole, „denn sonst müßten sie den mit Hilfe der staatlichen Wirtschaftspolitik sich vollziehenden Monopolisierungsprozeß ablehnen, weil er Tausende von Kleinrentenruinern ruiniert“<sup>117</sup>, so ist dazu folgendes zu sagen:

1. Gegen den Ruin von Kleineigentümern schlechthin können die Neoliberalen gar nicht sein, denn sie preisen ja die ungehinderte Konkurrenz als Gegensatz zum Monopol in den höchsten Tönen, und die ungehinderte Konkurrenz führt bekanntlich dazu, daß die Großen überleben und die Kleinen zugrunde gehen. Sie nennen das „gesunde Auslese“, Ausmerzungen der unrentablen Unternehmungen und so weiter.<sup>118</sup> Daß es gerade dieser Prozeß ist, der zum Monopol führt, wird übersehen, was wiederum auf den genannten theoretischen Widerspruch zurückgeht.

2. Eucken zum Beispiel hieß nicht die gesamte westdeutsche Wirtschaftspolitik gut. Er wandte sich scharf gegen eine „punktuelle“ Wirtschaftspolitik, die nur an einzelnen Punkten des Wirtschaftskörpers angreift. „Wer da meint, man könnte Handelspolitik, Preispolitik, Patentpolitik, Agrarpolitik und überhaupt Wirtschaftspolitik punktuell und unter den Eindrücken des Tages treiben, irrt völlig. In diesem Verhalten liegt eine Hauptursache der jetzigen wirtschaftspolitischen Not.“ Dieser „ungrundsätzliche Punktualismus“ mache „die Wirtschaftspolitik zu einem Chaos unzusammenhängender oder widerspruchsvoller Maßnahmen.“<sup>119</sup>

Aber darauf muß ich bestehen.“ („Sitzungsbericht des Bundesrates“ Nr. 123 v. 11. 5. 1954, S. 144ff.)

Auf dem Empfang anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Siemens-Schuckert-Werke sagte Erhard: „Ich habe heute etwas gehabt, das mir nur selten widerfährt; ich habe Minderwertigkeitskomplexe bekommen . . . Ich bin bereit, die in dem Unternehmen durch wohlverdiente Leistungen erworbene Macht voll anzuerkennen.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Nr. 87 v. 15. 4. 1953.)

<sup>117</sup> Riedel, Hannelore, a. a. O., S. 12.

<sup>118</sup> Eucken, Walter: „Wer den Nutzen hat, muß auch den Schaden tragen . . . Die Haftung hat aber beim Aufbau der wirtschaftlichen Gesamtordnung große Funktionen, wenn die Gesamtordnung eine Wettbewerbsordnung sein soll. Dann soll sie die Auslese der Betriebe und leitenden Persönlichkeiten ermöglichen oder erleichtern. Sie soll weiter bewirken, daß die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt. . . .“

Röpke, Wilhelm: „Es muß dafür gesorgt werden, daß eine Fehlleistung ihre unerbittliche Sühne in Verlusten und schließlich durch den Konkurs im Ausscheiden aus der Reihe der für die Produktion Verantwortlichen findet.“

Beide zitiert nach Eucken, Walter, Wettbewerb . . . , a. a. O., S. 20f.

<sup>119</sup> Eucken, Walter, Grundsätze . . . , a. a. O., S. 251.

„Punktuelle“ Wirtschaftspolitik sei es, wenn zum Beispiel durch das „Gesellschaftsrecht die industrielle Konzentration gefördert“ und diese auf der anderen Seite durch „die Kartellpolitik und die Handwerkspolitik bekämpft wird“.<sup>120</sup> Diese Kritik hat doch einen rationellen Kern, wenn sie andererseits natürlich wiederum der Vorstellung entspringt, daß man durch „richtige“ Wirtschaftspolitik, durch „Interdependenz aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen“, durch „Konstanz der Wirtschaftspolitik“<sup>121</sup> die Monopole beseitigen könne, und zwar auf der Basis des kapitalistischen Privateigentums.

Aufgabe der Marxisten ist es, immer wieder nachzuweisen, daß diese Vorstellung *falsch* ist. Sie entspringt den Wunschträumen bestimmter klein- und mittelbürgerlicher Kreise, die auf jede Weise Eigentümer ihrer Unternehmungen bleiben wollen — aber sie ist falsch.

Sie trägt dazu bei, daß diese Gruppen dem Sozialismus und der Arbeiterklasse weiter entfremdet werden, da sie im Sozialismus keine Perspektive für sich sehen; das aber bedeutet nur, daß sie um so sicherer vom Monopolkapital aufgesaugt oder vor seinen Karren gespannt werden.

Gerade aber, weil die Argumentation zum Beispiel Euckens genau der Begriffswelt des kleinen und mittleren Unternehmers entspringt oder entspricht, muß sie sorgfältig analysiert und kritisiert werden, wenn man Wert darauf legt, auch diese Kreise für einen *wirklichen* Kampf gegen die Monopole zu gewinnen. Und das ist unsere Aufgabe, die freilich nicht leicht ist.

#### „ANTI“-MONOPOLGESETZGEBUNG UND ANTIMONOPOLISTISCHE EINHEITSFRONT

Wenn wir aber auch den bürgerlichen Monopolgegnern immer wieder zurufen müssen: Eure Art Monopolbekämpfung kann nie zum Ziele führen! — so gilt es doch sorgfältig zu überlegen, ob nicht gegenwärtig Voraussetzungen bestehen, unter denen solche rein wirtschaftlich-technischen Antimonopolmaßnahmen von bürgerlicher Seite zur allgemeinen gesellschaftlichen Schwächung des Monopolkapitals ausgenutzt werden können.

Würde nicht die relativ stumpfe Waffe der bürgerlichen Antimonopolgesetzgebung durch Verbindung mit einer breiten Volksbewegung immerhin so weit geschärft werden können, daß sie auch ein paar nützliche Schläge führen kann? Wohlgermerkt, diese Fragestellung bezieht sich auf die *Ausnutzung von bürgerlichen Maßnahmen und Einrichtungen*; diese Fragestellung soll nicht darauf hinauslaufen, daß einige der neoliberalen Theoretiker als direkte Verbündete der Arbeiterklasse zu gewinnen sind. Ihre geschilderte Ausgangsposition läßt sie als dazu völlig ungeeignet erscheinen.

Aber selbst bei ihnen, zum Beispiel bei Franz Böhm, findet man einzelne Gedanken über die Rolle der Volksmassen. Seine Konzeption für ein Anti-

<sup>120</sup> Ebenda, S. 196.

<sup>121</sup> *Eucken, Walter*, Wettbewerb, . . . , a. a. O., S. 20.

monopolgesetz in Westdeutschland sah, wie erwähnt, auch eine Auflösung der Konzerne vor. Die praktische Durchführung hielt er jedoch für schwierig, denn „keine Regierung kann hoffen, diese Aufgaben erfolgreich zu bewältigen, wenn nicht hinter ihr die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aller Schichten und Parteien steht.“<sup>122</sup> Diese Bedingung hielt er offenbar in Erkenntnis des — hier schon skizzierten — schwankenden ökonomischen Interesses der nicht-monopolistischen Unternehmer für erforderlich. Denn er schreibt weiter, daß die Unternehmerschaft „erst recht nicht für eine konsequente Politik der Entmachtung zu gewinnen“ sei.<sup>123</sup>

An anderer Stelle schreibt er über die ihm vorschwebende Antimonopolpolitik: „Vor allen Dingen muß die *öffentliche Meinung* des Landes hinter dieser Politik stehen, d. h. die Wettbewerbsordnung muß volkstümlich, das Mißtrauen gegen Kartelle, Monopole, Wettbewerbsbeschränkungen, Stützungsaktionen usw. aufs höchste entwickelt und lebendig sein. Anders ausgedrückt: eine Wettbewerbspolitik und Antimonopolpolitik muß sich auf die breiten Massen stützen, wenn sie erfolgreich sein soll; insbesondere müssen sich die Verbraucher und die Arbeiter aktiv zur Verfügung stellen. . . .“<sup>124</sup>

Derselbe Franz Böhm aber spricht sich ein Jahr später nachdrücklich gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben aus, da seiner Ansicht nach der Unternehmer, der das Risiko zu tragen hat, auch über die Produktion entscheiden muß. Also auch hier zeigt sich wieder die bekannte Zwiespältigkeit.

In den Betrieben sollen die Arbeiter nichts zu sagen haben, aber auf gesamtstaatlicher Ebene sähe Böhm es doch ganz gern, wenn die Arbeiterorganisationen ihr Gewicht zugunsten eines Monopolverbots in die Waagschale werfen würden. Er äußert sein Befremden darüber, daß ähnlich wie in der Gegenwart zum Beispiel schon auf dem Salzburger Juristentag 1928 die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler mit den Kartellinteressenten eine überraschende Gesinnungsgemeinschaft gebildet hätten. Böhm war von 1925 bis 1932 Sachbearbeiter im Reichswirtschaftsministerium. Aus dieser Sicht schildert er das Zustandekommen dieser Gesinnungsgemeinschaft so: Die kartellinteressierte Wirtschaft habe zunächst — nach 1923 — Furcht vor der Staatsaufsicht gehabt, letztere aber dann, wie oben dargestellt, mit Erfolg unwirksam machen können. „Dagegen richtete sich jetzt ihr ganzer Grimm gegen die §§ 8 und 9, die den Wettbewerb schützten und Außenseiter ermutigten. Sie wettete, es sei schmachlich, daß ein Staat die Vertragstreue aushöhle und sich auf dunkle Außenseiterelemente stütze, anstatt offen und ehrlich mit seinen Hoheitsmitteln vor-

<sup>122</sup> Böhm, Franz, Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, in: „Recht und Staat“, Tübingen 1950, S. 38, H. 153/154.

<sup>123</sup> Ebenda.

<sup>124</sup> Böhm, Franz, Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft, in: Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften München, München 1951, H. 14, S. 39.

zugehen. Sodann bewaffneten sie sich mit der damals im Jahre 1928 veröffentlichten Schrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die ‚Wirtschaftsdemokratie‘ wie mit einer Bibel und lasen den verduztten Beamten des Kartellreferats daraus vor, daß die Zeiten des anarchischen, unorganisierten, frühkapitalistischen Wettbewerbskapitalismus endgültig überwunden seien und daß die Welt inzwischen in das Zeitalter des organisierten Spätkapitalismus eingetreten sei. Wettbewerb sei reaktionär. Mit dieser Taktik gelang es ihnen tatsächlich, die Gewerkschaften auf ihre Seite zu ziehen. Und mit diesem Gedankengut marschierten ihre Verbandsjuristen denn auch Hand in Hand mit den Sozialisten auf dem Salzburger Juristentag des Jahres 1928 auf . . . Übrigens muß zur Ehre der auf dem Juristentag vertretenen Sozialisten und Gewerkschaftler betont werden, daß ihnen bei dem neugebackenen Bündnis mit den Kartellisten nicht ganz wohl in ihrer Haut war. Damals begann ein sehr fruchtbares Gespräch zwischen dem isolierten Häuflein der Beamten des Kartellreferates und diesen Männern, unter denen ich hier nur Hugo Sinzheimer, Fritz Naphtali und Dr. Franz Neumann hervorheben will, in dessen Verlauf sich diese Mitverfasser der Schrift von der Wirtschaftsdemokratie mit dem Wettbewerbsgedanken zu befreunden begannen. Aber dieser Kreis wurde von Hitler in die Emigration gezwungen, und das Gespräch muß heute mit großer Mühe neu aufgenommen werden.“<sup>125</sup> Es ist offenbar nicht geglückt, das Gespräch neu aufzunehmen, und es konnte auch nicht glücken. Wie blasse Erinnerungen aus einer früheren – wenigstens quasi-marxistischen – Existenz tauchen gelegentlich bei den Rechtssozialisten gewisse Einsichten in historische Prozesse auf. Diese Einsichten reichen gerade hin, um die Rückkehr zur „reinen Wettbewerbswirtschaft“ als reaktionär zu empfinden; aber schon folgt der makabre Purzelbaum: Wir, die „Sozialisten“, wollen nicht reaktionär sein, wir sind für den Fortschritt und also auch für „fortschrittliche volkswirtschaftliche Organisationsformen“ – sprich Monopole.

Wir können nicht umhin, mit Böhm, dem Verteidiger der „freien Unternehmerwirtschaft“, das Befremden über die Haltung der rechtsgerichteten Arbeiterorganisationen zum Monopolverbot zu teilen.

Ist es nicht grotesk, daß der Bundesvorstand des DGB im Jahre 1953 fast die gleichen Worte zur Verteidigung der Monopole findet wie der Bundesverband der Deutschen Industrie, nämlich folgende: „Das grundsätzliche Kartellverbot, das in § 1 ausgesprochen ist, aber auch die in den §§ 17f. f. festgelegte Behandlung von marktbeherrschenden Unternehmen<sup>126</sup> birgt nach Auffassung der Gewerkschaften die Gefahr in sich, daß die Entwicklung oder Ausbildung fortschrittlicher volkswirtschaftlicher Organisationsformen unnötig erschwert wird, Organisationsformen, die der technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung gemäß sind und auch mit Rücksicht auf den internationalen Wettbewerb nicht entbehrt werden können. Dies ist der ent-

<sup>125</sup> Ebenda, S. 42 ff.

<sup>126</sup> Vgl. hierzu S. 94 u. 99.

scheidende Grund, aus dem die Gewerkschaften vor einer Verbotsgesetzgebung warnen und für eine Mißbrauchsgesetzgebung eintreten.“<sup>127</sup>

Vertreter der nichtmonopolistischen Bourgeoisie wollen ein Monopolverbot durchsetzen, rechte Arbeiterführer aber kämpfen dagegen, und zwar aus Besorgnis um den gesellschaftlichen Fortschritt!<sup>128</sup>

Eine ähnlich groteske Situation schildert Jürgen Kuczynski aus der Zeit der Jahrhundertwende, da einige bürgerliche Ökonomen weit schärfer gegen die Monopole auftraten als die Rechtsten innerhalb der Sozialdemokratie, und Eduard Bernstein eine Zurechtweisung von dem Bourgeois Ludwig Pohle einstecken mußte, weil er die Monopole für krisenhemmend angesehen hatte.<sup>129</sup>

Das Wort grotesk taucht wie von selbst immer wieder in diesem Zusammenhang auf. Auch Alexander Rüstow, wahrlich kein Freund der Arbeiterklasse, bezeichnet es als „grotesk, daß der Bundeswirtschaftsminister bisher keinen linken Flügel hatte. Er hatte einen sehr starken rechten Flügel, der in den entscheidenden Punkten – Kartellgesetzgebung und so weiter – in Opposition zu seinen Absichten stand, aber den linken Flügel, der das Gegengewicht hätte bilden sollen, den mußte er selbst darstellen, denn die SPD machte ja nicht mit. . .“<sup>130</sup>

Natürlich werden Arbeiterparteien niemals einen „linken Flügel“ einer bourgeois Bewegung bilden. Aber unter Umständen bietet sich auch gerade im Verlaufe eines parlamentarischen Kampfes um ein Monopolgesetz wirklichen Vertretern der Interessen der Arbeiter die Möglichkeit, sich „an die Spitze des ökonomischen und politischen Kampfes der Massen für demokratische Umgestaltungen, für den Sturz der Herrschaft der Monopole zu stellen und seinen Erfolg zu sichern“<sup>131</sup>. Bei einer solchen Zielsetzung könnten die Kommunisten im Kampf um Monopoleinschränkungen durchaus den „linken Flügel“ bilden, aber nicht den „linken Flügel“ der Bourgeoisie, sondern den einer antimonopolistischen Einheitsfront, wobei dieser „linke Flügel“ die führende Rolle übernimmt.

<sup>127</sup> Stellungnahme des Bundesvorstandes des DGB vom 29. April 1953 zum Entwurf des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, in: WuW, Jg. 3, 1953, H. 6, S. 377.

<sup>128</sup> Offenbar gleichen die westdeutschen Gewerkschaftsführer ihre Monopolpolitik der der amerikanischen Gewerkschaften an.

<sup>129</sup> *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter, Bd. 12, Berlin 1961, S. 182ff.

<sup>130</sup> *Rüstow, Alexander*, Wir fordern von Regierung und Bundestag die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung. (Wortlaut der Vorträge auf der 2. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Bad Godesberg 1953, S. 20)

<sup>131</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Berlin 1960, S. 50.

Aber noch ist ja die oben gestellte Frage nicht geklärt, ob die bürgerliche Antimonopolgesetzgebung überhaupt zu einer nützlichen Waffe gegen das Monopolkapital werden kann.

Auf der Suche nach einer Antwort können wir uns auf Gedanken stützen, die Mauro Scoccimarro in einem Artikel: „Der Kampf gegen die Monopole in Italien“<sup>132</sup> entwickelte. Scoccimarro untersucht die Bedingungen und Möglichkeiten einer antimonopolistischen Einheitsfront in Italien unter allgemeinen Gesichtspunkten der Strategie und Taktik des Klassenkampfes, so daß seine Schlüsse auch über Italien hinaus bedacht werden müssen. Sein Hauptgedankengang sei gedrängt wiedergegeben: Das Ziel einer antimonopolistischen Politik in Italien ist die Nationalisierung der großen Monopolbetriebe. Aber die Nationalisierung hat ihre Voraussetzungen und ihre Grenzen. Sie ist nur dann eine demokratische Reform, wenn es gelingt, in der Leitung des wirtschaftlichen Lebens die Vorherrschaft der werktätigen Massen und der gesamten Nation durchzusetzen. Ansonsten entsteht nur eine neue Form des reaktionären Kapitalismus.

Es sind also bestimmte Kräfteverhältnisse und bestimmte politische Bedingungen notwendig, bevor man dies als konkrete und aktuelle Forderung stellen kann. Vorläufig hat sie propagandistische und agitatorische Bedeutung; sie hilft die Voraussetzungen schaffen. Eine Losung, die *vereinigt* und die praktisch zu verwirklichen ist, lautet: *Demokratische Kontrolle über die Monopole*. Kontrolliert werden können die Preise, die Profite, die Investitionen, und zwar durch die aktive Wachsamkeit der Massen in Verbindung mit der Einmischung gesellschaftlicher Behörden. Eventuell kann man das in Italien noch rudimentär bestehende „Preiskomitee“ ausnutzen.

„Ein jeder begreift, daß die gesellschaftlich-demokratische Kontrolle mehr oder minder bedeutsam, mehr oder minder wirksam sein kann, je nachdem, wie sie durch die Bewegung und den Kampf der Massen angespornt und unterstützt wird. *Andererseits kann jede derartige gesellschaftliche Einmischung an und für sich zum Ansporn, zum Element werden, das die Entwicklung und Verstärkung der Massen fördert.*“ (Hervorhebung von mir – H. N.)

Weiter heißt es über die Losung „Demokratische Kontrolle über die Monopole“: „Sie verleiht einzelnen Aktionen eine einheitliche politische Richtung, verbindet Teilforderungen mit gemeinsamen politischen Zielen, entwickelt und hebt den wirtschaftlichen Kampf bis zum höheren Niveau des politischen Kampfes und fördert auf diese Weise, daß sich die objektive Übereinstimmung der ökonomischen und der sozialen Interessen in der subjektiven Erkenntnis von der Gemeinsamkeit des politischen Zieles widerspiegelt.“ Es entsteht eine einheitliche Grundlage für das Handeln aller oppositionellen Kräfte. „Auf diese Weise tritt die Kontrolle über die Monopolvereinigungen in ihrer gesamten realen politischen Bedeutung hervor, als ein ständiger und systematischer Kampf für eine stärkere Einschränkung der Macht der Monopole (bis zu

<sup>132</sup> „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 1959, H. 8, S. 38 ff.

ihrer völligen Entmachtung), um den neuen Organisationsformen der nationalen Wirtschaft den Weg zu bahnen.“

Soweit Scoccimarro. Seine dynamische und dialektische Betrachtung der Wechselwirkung zwischen Volksbewegung und demokratischer Kontrolle hilft uns bedeutend weiter in der Einschätzung der Monopolbekämpfung mit „Rechtsmitteln“. Scoccimarro weist darauf hin, daß bestehende gesellschaftliche Institutionen für die demokratische Monopolkontrolle auszunutzen sind. Er hat dabei nicht „Kartellgesetze“ oder „Kartellämter“ im Auge. Als er den Artikel schrieb, gab es in Italien kein Kartellgesetz. Zur Zeit wird ein solches aber durch eine Enquete, die bis 1962 abgeschlossen sein soll, vorbereitet. Lesen wir dazu den Kommentar einer westdeutschen bürgerlichen Zeitung: „Angesichts der gegenwärtig vorherrschenden kartellfeindlichen Stimmung im Parlament wie auch in der Regierung dürfte der strengen Verbotsgesetzgebung, wie sie in dem Entwurf des Industrieministeriums ihren Niederschlag gefunden hat, der Vorzug gegeben werden . . . Wie sehr auf die Kartellfeinde Rücksicht genommen wird, zeigt auch die Erklärung der Vorsitzenden der Finanz- und Staatsbeteiligungsausschüsse der Kammer, wonach mit der Verabschiedung des seit über 2 Jahren anstehenden Gesetzentwurfes, welcher im Falle von Umwandlungen und Fusionen Steuervergünstigungen vorsieht, in keinem Falle vor Inkrafttreten des Kartellgesetzes zu rechnen sei. Das bedeutet praktisch eine Verzichtserklärung gegenüber Konzentrationsbestrebungen in der Wirtschaft.“<sup>133</sup>

Ohne Zweifel kann unter solchen Bedingungen die Kartellrechtsprechung ein zusätzliches Mittel, vielleicht sogar ein wirksames Instrument für die Ausübung der demokratischen Kontrolle werden. Die Massenbewegung drängt auf konsequente Auslegung der Gesetze und überwacht die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen. *Jede Verhinderung einer monopolistischen Preiserhöhung spornt an, stärkt das Vertrauen in die eigene Kraft, schließt unterschiedliche Strömungen zusammen, erweitert die Einsicht in das Wesen der Monopole und „entwickelt und hebt den wirtschaftlichen Kampf bis zum höheren Niveau des politischen Kampfes“.*

Und in dieser zusammenschließenden Wirkung, in der Möglichkeit, den Mittelschichten den Schritt zur politischen Bekämpfung des Monopolkapitals zu erleichtern, liegt doch die Bedeutung des „Antimonopolkampfes mit Rechtsmitteln“.

Solche Gedanken über die aktivierende Wirkung des Kampfes um demokratische „Reformen“, wie sie Scoccimarro in bezug auf Italien geäußert hat, sind in der Moskauer Erklärung von 1960 verallgemeinert worden. Dort heißt es: „Am Sturz der Herrschaft der Monopole sind die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Geistesschaffenden, sowie die städtische Klein- und Mittelbourgeoisie zutiefst interessiert. Es entstehen günstige Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller dieser Kräfte.“

<sup>133</sup> „Deutsche Zeitung“ v. 15./16. 4. 1961.

Nach Ansicht der Kommunisten ist ein solcher Zusammenschluß durchaus möglich, und zwar auf der Basis des Kampfes für Frieden und nationale Unabhängigkeit, für den Schutz und die Entwicklung der Demokratie, für die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige und die Demokratisierung ihrer Verwaltung, für die Ausnutzung der gesamten Wirtschaft, für friedliche Zwecke, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, für radikale Agrarreformen, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen, für den Schutz der Bauernschaft und des städtischen Mittel- und Kleinbürgertums vor der Willkür der Monopole.

Solche Maßnahmen würden einen großen sozialen Fortschritt bewirken und den Interessen der Mehrheit der Nation entsprechen. Alle diese Maßnahmen tragen demokratischen Charakter. Sie heben die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht auf. Doch würden sie die Macht der Monopole beschränken, das Ansehen und das politische Gewicht der Arbeiterklasse im Leben des Landes steigern, zur Isolierung der reaktionären Kräfte beitragen und die Vereinigung aller fortschrittlichen Kräfte erleichtern. Nehmen breite Schichten der Bevölkerung am Kampf für demokratische Umgestaltungen teil, so überzeugen sie sich von der Notwendigkeit, gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu handeln, und ihre politische Aktivität nimmt zu.“<sup>134</sup>

Aktivierung aller Schichten der Bevölkerung – das ist das wesentliche Ziel.

Dafür ist es auch wichtig, daß wir uns des zahlreich vorhandenen konkreten Materials in unserer Agitation und Propaganda bedienen. Erstaunlich viel Material über schädliche Monopolpraktiken ist bereits durch gerichtliche oder behördliche Untersuchungen einzelner Monopolfälle gewonnen worden. Die Monopolentscheidungen amerikanischer Gerichte oder die Entscheidungssammlungen des westdeutschen Bundeskartellamtes bilden schon jetzt – ohne daß eine starke, geschlossene antimonopolistische Massenbewegung besteht – eine Fundgrube für die ökonomische Antimonopolpropaganda. Diese bildet doch aber eine wichtige Stufe in der oben skizzierten Entwicklung zum „höheren Niveau des politischen Kampfes“.

Gerade im Hinblick auf Westdeutschland sollte nicht versäumt werden, neben der Ausbeutung der Arbeiter als Produzenten auch die Ausplünderung aller nichtmonopolistischen Unternehmer oder Händler sowie der Konsumenten durch die Monopole an Hand konkreter Einzelheiten anzuprangern. Aber über die Ausbeutung der Konsumenten durch Monopolpreise liest man wenig Konkretes!

Verfolgen wir zum Beispiel den Kampf auf dem westdeutschen Fernsehgerätemarkt. Fernsehgeräte eignen sich schlecht für direkte Preiskartelle, deshalb herrscht in dieser Branche – wie in vielen anderen Fertigtartikelbranchen – das System der Preisbindung der zweiten Hand vor, verbunden mit einem Rabattkartell der Hersteller, das in diesem Falle aus zwölf großen Unternehmen bestand. Nach der Produktionsaufnahme von 59-cm-Geräten wurde die Preis-

<sup>134</sup> Erklärung der Beratung . . . , a. a. O., S. 50.



bindung für 53-cm-Geräte aufgehoben, worüber die „Deutsche Zeitung“ folgendes schrieb: „Die Wirkung der Aufhebung der Preisbindung war zum Teil überraschend stark. Die Preisrückgänge im Einzelhandel reichten bis zu 500 DM je Gerät.“<sup>135</sup>

Obwohl hier sicherlich auch ein „moralischer Verschleiß“ vorliegt, so deutet doch die enorme Differenz von 500 DM auf die Höhe der Monopolprofite hin. Solche und ähnliche Beispiele monopolistischer Preispolitik werden durch die Verhandlungen des Bundeskartellamtes näher an die Öffentlichkeit gebracht. Nur infolge dieser Verhandlungen war zum Beispiel das dramatische Hin und Her um die Erneuerung des Fernseh Rabattkartells im Frühjahr 1961 in der westdeutschen Presse recht gut zu verfolgen. Man las: Zäher Kampf um die Rabattsätze, riesige Lagerbestände und Absatzsorgen. Sicher werden sie doch nun die Preise senken? Im Gegenteil, siehe da, zur Industriemesse in Hannover erschienen die neuen Typen zu wesentlich höheren Preisen! Und dann kam der Knalleffekt: Grundig trat aus dem Rabattkartell aus und das Kartell „platzte“. Wird nun endlich die Preisbindung zusammenbrechen? Oder wird sich der Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der Rabatte austoben?

Jedenfalls lassen sich alle diese Einzelheiten, die auf dem Weg der „Kartellverhandlungen“ ans Licht der Öffentlichkeit gelangten, für den antimonopolistischen Kampf verwenden. Herrscht in dieser „Öffentlichkeit“ eine von Scoccimarro geschilderte antimonopolistische Aktivität, eine Volksbewegung, so kann die Tätigkeit der Kartellgerichte und -behörden recht bedeutungsvoll werden.

Viele Kartelljuristen vieler Länder hatten in der Vergangenheit ihre Hoffnung auf die Wirkung der „Öffentlichkeit“ gesetzt, ohne jedoch einen wesentlichen Erfolg zu sehen. Es kommt eben darauf an, aus welchen Kreisen sich die „Öffentlichkeit“ zusammensetzt und welche Reaktionsmöglichkeiten sie hat!

Wenn die Monopolentscheidungen in kleinen Auflagen veröffentlicht werden, keinen Kommentar enthalten und in juristischer Fachsprache abgefaßt sind, wenn höchstens noch einige Journalisten über diese „Antitrustfälle“ im Wirtschaftsteil bürgerlicher Zeitungen schreiben, wo die promonopolistische Ideologie überwiegt, so besteht die erreichte „Öffentlichkeit“ aus einigen Fachleuten und Teilen der Bourgeoisie. Die Antimonopolinteressenten sind zersplittert, das Echo ist gering.

Umfaßt die „Öffentlichkeit“ aber weite Kreise des Volkes, in denen eine antimonopolistische Aktivität entfaltet ist, die zielbewußt geleitet wird, so kann diese Öffentlichkeit natürlich zu einer neuen Qualität und tatsächlich wirksam werden.

Kürzlich erschien in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ ein Artikel über den Kampf gegen die Monopole in Kanada. Der Verfasser<sup>136</sup> schreibt über

<sup>135</sup> „Deutsche Zeitung“ v. 12. 4. 1961.

<sup>136</sup> Morris, L., Der antimonopolistische Kampf in Kanada, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 1961, H. 4, S. 307 ff.

den notwendigen Zusammenschluß aller Schichten. Die Monopolgesetzgebung wird hier allerdings nicht erwähnt. Aber es ist doch vorstellbar, daß sich diese bei dem antimonopolistischen Kampf auch ausnutzen läßt, indem man die „isolierten Häuflein“ der antimonopolistisch eingestellten Juristen in die gemeinsame Front einbezieht und ihnen dadurch einen wirksamen Halt verschafft. In Kanada bestehen schon seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts gesetzliche Bestimmungen gegen Monopole, die dem Wortlaut nach relativ streng sind, allerdings besonders in der neueren Zeit sehr „zurückhaltend“ angewendet wurden.

1958 jedoch haben sieben Richter des Obersten Bundesgerichts durch einen Urteilsspruch gegen die kanadische Feinpapierindustrie die Auslegung der Gesetze bedeutend verschärft.<sup>137</sup> Sie entschieden, „daß alle Marktabsprachen, die eine erhebliche Minderung der freien Wettbewerbsmöglichkeiten mit sich bringen, selbst dann unzulässig sind und somit gegen die Kartellgesetzgebung verstoßen, wenn sich nachteilige Folgen für die in Frage kommenden Verbraucherkreise nicht ergeben.“ Dieser letzte Satz ist besonders wichtig. Verstehen es doch die Monopoljuristen sehr oft, den Behörden „nachzuweisen“, daß die Verbraucher gar nicht geschädigt werden. Auch dieser „Nachweis“ soll ihnen, so war die Absicht der Richter, nichts mehr nützen.

Ein Kampf um die konsequente Auslegung der Antimonopolgesetze wäre hier gleichzeitig ein Kampf um die Wiedergewinnung oder Verteidigung demokratischer Rechte des Volkes. Solche Möglichkeiten der Ausnutzung bürgerlicher antimonopolistischer Institutionen, Gesetze, Rechtssprüche sind in vielen kapitalistischen Ländern vorhanden. In Schweden und Österreich sind in den letzten Jahren einige gesetzliche Bestimmungen gegen die Monopole verschärft worden; unter anderem wurde dort die Preisbindung der zweiten Hand ausdrücklich verboten. Das Problem der Preisbindung soll hier nicht eingehend erörtert werden; es ist sehr kompliziert, da die Preisbindung die Interessen der verschiedenen Gruppen — Industriekonzerne, mittlere Industriebetriebe, Handelskonzerne, kleine Groß- und Einzelhändler, um nur einige zu nennen — in ganz verschiedener Weise berührt. Eines jedoch läßt sich auch ohne eingehende Erörterung feststellen: Die Preisbindung fördert die monopolistische Ausplünderung der *Verbraucher*, und das sind im Falle der Markenartikel nicht Weiterverarbeiter, sondern die Volksmassen.

Neumeyer schrieb 1953, also vor dem Verbot der Preisbindung der zweiten Hand: „In Schweden hat man den Anteil von preisgebundenen Waren am gesamten Wareneinkauf einer schwedischen Durchschnittsfamilie (mit Kindern) auf etwa 24 bis 28 Prozent berechnet.“<sup>138</sup>

<sup>137</sup> Entwicklungstendenzen der Kartellpolitik in Kanada, in: WuW, Jg. 8, 1958, H. 3, S. 162 ff.

<sup>138</sup> Neumeyer, *Fredrik*, Das neue schwedische Kartellgesetz und sein Hintergrund, in: WuW, Jg. 3, 1953, H. 10, S. 612.

Auch in Westdeutschland ist gegenwärtig eine heftige Diskussion für und wider ein Verbot der Preisbindung im Gange. *Gegen* ein Verbot wandten sich unter anderen: der Bundesverband der Deutschen Industrie, aber auch der Zentralverband des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes. *Für* eine Aufhebung der Preisbindung sind ein beträchtlicher Teil der Handelsbetriebe, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und der Präsident des Bundeskartellamtes. Dieser sprach sich auch deshalb gegen die Preisbindung aus, weil sie viel stärker als ursprünglich angenommen die Akkumulation der großen Handelskonzerne gefördert habe.<sup>139</sup> An anderer Stelle äußerte er, „daß die in dem Entwurf ursprünglich vorgesehenen Bestimmungen zur Überwachung der Konzentrationsvorgänge keiner Enquête bedürften, um noch nachträglich in das GWB aufgenommen zu werden“.<sup>140</sup> Bringen wir dies in Zusammenhang mit den Forderungen, die im Wahlkampf 1961 immer wieder vom Handwerk und vom industriellen Mittelstand gestellt wurden, nämlich „wirkungsvolle Bekämpfung wirtschaftspolitisch unerwünschter Konzentration“ („und eine Mäßigung der sozialpolitischen Gesetzgebung“!)<sup>141</sup>, so wird deutlich, daß auch heute in Westdeutschland bürgerliche (politisch natürlich völlig wirre) antimonopolistische Bestrebungen noch nicht ausgestorben sind.

Landgerichtsdirektor Albrecht Spengler aus Düsseldorf schätzt den Jahresbericht des Bundeskartellamtes für 1958 aus monopolfreundlicher Sicht ein und findet dabei sehr besorgte Worte: „Liest man die umfangreichen programmatischen Passagen des Jahresberichtes, so kann man sich nicht des Verdachts erwehren, als ob die elastische und vernünftige Kartellpolitik der mittleren Linie bloß für eine Eingewöhnungsfrist von zunächst unbestimmter Dauer als Richtschnur aufgestellt worden ist, während gleichzeitig die tragfähigen theoretischen Grundlagen für ein späteres schärferes Durchgreifen gelegt werden sollen.“ Man könne sich nicht der Erkenntnis verschließen, „daß hier der Prozeß einer Neuschaffung der ideologischen Grundlagen im vollen Gange ist. . . So müssen wir uns jetzt belehren lassen, daß man bei der Vorbereitung des Gesetzes bloß irrtümlich allein von wirtschaftspolitischen Wohlbewertungen ausgegangen sei. In Wahrheit stehe die Freiheit des einzelnen höher als das rationale Handeln, und der Gesetzgeber habe nicht das wirtschaftliche Resultat, sondern die Verwirklichung der Menschenwürde angestrebt. . . Es fehlt uns die Zuständigkeit für eine Untersuchung darüber, ob diese Neulegung der weltanschaulichen Fundamente etwa aus dem Grunde für erforderlich angesehen wird, weil das Bundeskartellamt mit seinem beachtlichen Stabe junger Wissenschaftler erkannt hat, daß die Lehre *Euckens* bereits im Zeitpunkt der Entstehung des Gesetzes durch neuere Erkenntnisse der Volkswirtschaftslehre überholt oder, genauer gesagt, ergänzungsbedürftig geworden war.

<sup>139</sup> *Günther, Eberhard*, Marketing und Preisbindung der zweiten Hand, in: WuW, Jg. 9, 1959, H. 12, S. 843 ff.

<sup>140</sup> „Industriekurier“ v. 21. 2. 1961, S. 2.

<sup>141</sup> Vgl. Anmerkung 87 auf S. 103.

Für den Praktiker wichtiger erscheint die Erkenntnis, daß die reine Wohlfahrts-theorie, welche man jetzt eliminieren will, beinahe mit Naturgewalt zu einer toleranten Auslegung des Verbots der Wettbewerbsbeschränkungen führt, wie sie bezeichnenderweise auch in der Stellungnahme der Bundesregierung ausdrücklich für zulässig erklärt wird. Denn wenn das GWB laut . . . seiner amtlichen Begründung zwecks Förderung der Leistungssteigerung und bestmöglicher Verbraucherversorgung geschaffen worden ist, dann muß die Rechtswidrigkeit formeller Wettbewerbsbeschränkungen eventuell dann entfallen, wenn sie nachweislich gerade zu Leistungssteigerungen und besserer Bedarfsdeckung führen sollten. *Durch Einführung der dem Gesetz fremden Beurteilungsmaßstäbe der reinen Freiheitstheorie würde demgegenüber die Gewinnung flexibler Auslegungsgrundsätze weitgehend erschwert oder gar unmöglich gemacht werden.*“ (Hervorhebung von mir – H. N.)<sup>142</sup> Solche Tendenzen darf man gewiß nicht überschätzen, aber auch nicht unbeachtet lassen. Meinungsverschiedenheiten im Kreise der Herrschenden sind indirekte Reserven im Klassenkampf. Und bei der gefährlichen ökonomischen und politischen Machtzunahme des westdeutschen Monopolkapitals ist die Ausschöpfung auch der letzten indirekten Reserve von Wichtigkeit.

<sup>142</sup> Spengler, Albrecht, Einige Betrachtungen zum Tätigkeitsbericht des BKartA für das Jahr 1958, in: WuW, Jg. 9, 1959, H. 9, S. 613f.

GESCHICHTE

DER FABRIKEN UND WERKE

# Aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte Leipzig

(Fortsetzung)

VON RUDOLF SCHRÖDER

## II. MASSNAHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER BETRIEBSGESCHICHTSSCHREIBUNG

Während sich der erste Teil unseres Berichts vor allen Dingen auf allgemeine organisatorische Maßnahmen zur Bildung der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte konzentrierte, wollen wir im zweiten Teil über zahlreiche einzelne Bemühungen auf diesem Gebiet berichten. Dabei sollen auch einige Beispiele dafür angeführt werden, was schon vor der offiziellen Gründung der Konsultationsstelle im Dezember 1960 insbesondere von den Mitarbeitern des Arbeitskreises Bergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung unternommen wurde. In dieser Hinsicht müssen neben den schon seit 1959 von den Mitarbeitern des Arbeitskreises Bergbau planmäßig durchgeführten Veteranengesprächen in den Braun- und Steinkohlenrevieren, die wesentlich zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsforschung beitrugen<sup>1</sup>, vor allem die Bemühungen um die Betriebsgeschichte des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ in Zwickau erwähnt werden, da gerade aus den hierbei gesammelten Erfahrungen der Plan zur Bildung der Konsultationsstelle geboren wurde. Bereits seit 1958 wurde an einer Geschichte des Steinkohlenwerkes „Karl Marx“ in Zwickau geschrieben, die zum Tag des Bergmanns im Juli 1959 erscheinen sollte. Diese Betriebsgeschichte war jedoch nicht die Arbeit eines Kollektivs, sondern eines einzelnen Autors, der sie ohne wirkliche Verbindung zu den Bergarbeitern und auch ohne Anleitung und Kontrolle der Parteileitung verfaßte. Aus dieser Isoliertheit und der fehlenden Anleitung ergab sich, daß die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse und der Kampf der Zwickauer Bergarbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen Imperialismus und Krieg teils falsch, teils ungenügend dargestellt wurden. Darüber hinaus wurden andere wichtige Probleme überhaupt ausgelassen oder nur sehr oberflächlich behandelt. So wurde zum Beispiel die direkte Hilfe, die Marx und Engels den westsächsischen Bergarbeitern in den Jahren 1865 und 1869 gaben, nicht erwähnt.

<sup>1</sup> Vgl. *Wächtler, Eberhard/Bartl, Willy*, Über Formen der Zusammenarbeit des Arbeitskreises Bergbau mit Veteranen der Bergarbeiterbewegung, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960*, Teil 1, Berlin 1960, S. 203–207.

Von der Jahreshauptversammlung 1959 des Bezirksverbandes IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft und dem Arbeitskreis Bergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte wurde daher beschlossen, bei der notwendigen Neufassung der Betriebsgeschichte unmittelbare Anleitung und Unterstützung zu geben. Zur Realisierung dieses Beschlusses fand Anfang September 1959 im Karl-Marx-Werk in Zwickau die erste Beratung statt, auf der eine Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte aus Arbeitern des Werkes gebildet wurde. Gemeinsam mit der Parteileitung des Werkes wurden die Konzeption und die Gliederung für die neue Betriebsgeschichte erarbeitet und ein Plan als Grundlage für die Durchführung von Veteranengesprächen aufgestellt.

Von da an fand regelmäßig eine Betreuung der Zwickauer Arbeitsgruppe sowohl durch Beratungen in Zwickau als auch durch Konsultationen bei der Abteilung Wirtschaftsgeschichte in Leipzig und im Institut für Gesellschaftswissenschaften der Bergakademie Freiberg statt.

Auf Grund dieser Unterstützung konnten der Abteilung Wirtschaftsgeschichte in Leipzig im Sommer 1960 die ersten, von den Bergarbeitern des Karl-Marx-Werkes selbst geschriebenen Kapitel zur Begutachtung vorgelegt werden.

Die aus dem Zwickauer Beispiel gewonnenen Erfahrungen und die Erfolge, die sich aus der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Wissenschaftlern schon klar abzeichneten, ließen den Plan entstehen, die Anleitung und Unterstützung in Fragen der Betriebsgeschichtsschreibung auf alle Betriebe auszudehnen und zur Durchführung dieser Aufgabe mit Hilfe der Partei eine Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte zu bilden.

Wie schon im ersten Teil unseres Berichtes erwähnt, konnte dieser Plan bis November 1960 realisiert werden. Dabei wurden neben der allgemeinen organisatorischen Arbeit schon zahlreiche Maßnahmen zur unmittelbaren Anleitung und Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung durchgeführt. Hierüber und über die Arbeit nach der Gründung der Konsultationsstelle wollen wir im folgenden aus dem Tagebuch der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte berichten:

26. September 1960

Begutachtung einer uns eingereichten Arbeit zur Geschichte des ehemaligen Siemens-Glas-Konzerns in Dresden (VEB Glaswerk Dresden) und Aussprache mit dem Autor. Nach einer von uns empfohlenen Umarbeitung erscheint aus dieser Arbeit auf Vorschlag der Konsultationsstelle ein Artikel über „Die Entwicklung des Glases und der sächsischen Glasindustrie“ in der Zeitschrift „Sächsische Heimatblätter“.

21. Oktober 1960

In Verbindung mit der Parteileitung des VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz führten wir eine Beratung mit verdienten Arbeiterveteranen im Braunkohlenwerk Kulkwitz durch. Ziel dieser Aussprache waren die Bildung einer Arbeitsgruppe und die gemeinsame Ausarbeitung einer Disposition für die Betriebsgeschichte des Werkes. Ferner wurde zur Anleitung der Arbeits-

gruppenmitglieder ein Seminar durchgeführt, in dem spezielle Probleme des Werkes und insbesondere Probleme des Kampfes der Kulkwitzer Braunkohlenbergarbeiter in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise behandelt wurden. Auf unseren Vorschlag wurde die Disposition in der Betriebszeitung veröffentlicht.

22. Oktober 1960

Anleitung der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte im VEB Kalikombinat Merkers. Gemeinsame Ausarbeitung einer vorläufigen Gliederung der Betriebsgeschichte des Werkes und Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen Arbeitsgruppenmitglieder. Außerdem wurde mit der Arbeitsgruppe ein Plan zur Durchführung von Gesprächen mit Arbeitsveteranen erarbeitet. Auf Grund unserer Erfahrung, daß alte Arbeiter über ihre Erlebnisse sehr viel leichter sprechen als schreiben können, wurde der Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die Berichte der Arbeitsveteranen auf Tonband aufzunehmen.

27. Oktober 1960

Besprechung mit der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte im Steinkohlenwerk „Karl Marx“ in Zwickau. Die bereits geschriebenen Abschnitte von 1859 bis 1918 und der Abschnitt nach 1945 wurden gemeinsam mit dem Verfasserkollektiv überarbeitet. Außerdem wurden noch Schwerpunkte für die Überarbeitung des Abschnittes über den Kampf der Bergarbeiter in den Jahren von 1918 bis 1945 festgelegt. Die vorliegenden Veteranenberichte wurden überprüft und ausgewertet und die besten Berichte in die schon geschriebenen Kapitel eingearbeitet. Es wurde vereinbart, das gesamte Manuskript bis zum 9. November 1960 der Außenstelle der Abteilung Wirtschaftsgeschichte zur nochmaligen Durchsicht vorzulegen.

9. November 1960

Entsprechend der am 27. Oktober getroffenen Vereinbarung führten wir eine Beratung mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte des Steinkohlenwerkes „Karl Marx“ Zwickau in Leipzig durch. Gemeinsam mit dem Verfasserkollektiv wurde das gesamte Manuskript der Betriebsgeschichte des Werkes durchgesehen. Notwendige Änderungen wurden sofort eingearbeitet.

Die Vertreter des Steinkohlenwerkes „Karl Marx“ Zwickau konnten bereits auf der am 3. und 4. Dezember 1960 bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin veranstalteten Konferenz „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ über das vorliegende druckfertige Manuskript berichten.<sup>2</sup>

17. November 1960

Zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung und zur Anleitung der Betriebsarchivare hielt ein Mitarbeiter der Konsultationsstelle auf einer Arbeitskonferenz der Betriebs- und Verwaltungsarchivare des Bezirkes

<sup>2</sup> Vgl. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1961, Teil 2, Berlin 1961, S. 93.



Leipzig ein Referat über „Die Rolle der Betriebsarchivare bei der Betriebsgeschichtsschreibung“.

18. November 1960

Durchsicht einer im Rohentwurf vorliegenden Betriebsgeschichte des VEB Baumwollspinnerei Leipzig. Diese bereits 1955 verfaßte Arbeit stützte sich auf ausgezeichnetes Material, das aber in politischer Hinsicht nicht richtig verarbeitet worden war. Da sich eine Umarbeitung als unumgänglich erwies, wurde mit der Parteileitung des Werkes über die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Betriebsgeschichte beraten. Es wurde vereinbart, Ende Januar 1961 ein Anleitungsseminar mit den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe durchzuführen.

25. November 1960

Besprechung mit einem Beauftragten der Betriebsparteileitung des VEB „Rosodont“, Waldheim, in Leipzig. Wir erläuterten die Gliederung einer Betriebsgeschichte und gaben Anregungen zur Durchführung von Veteranengesprächen. Die Konsultationsstelle erklärte sich bereit, im Werk ein Anleitungsseminar durchzuführen.

30. November 1960

Von den Veteranenberichten, die die Mitarbeiter des Arbeitskreises Bergbau in den Bergbaubetrieben auf Tonbänder aufgenommen hatten, wurden die besten ausgewählt und auf ein besonderes Tonband überspielt. Dieses Band wurde während der Konferenz „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ am 3. und 4. Dezember 1960 in Berlin als Beispiel für die Durchführung und Auswertung von Veteranengesprächen abgespielt. Die Teilnehmer der Konferenz sahen an diesem Beispiel, daß gerade ein Bericht aus dem Munde eines Arbeiters, der selbst an den Klassenschlachten gegen das Kapital teilgenommen hat, entscheidend zur Erforschung der Wahrheit über wichtige historische Vorgänge beitragen kann.

15. Dezember 1960

Zur Auswertung der Berliner Konferenz „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ führten die Mitglieder der Leitung der Konsultationsstelle Beratungen mit den Bezirkskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt durch.

22. Dezember 1960

Besprechung mit dem Referenten für Archivwesen beim Rat des Bezirks Leipzig. Gemeinsame Erarbeitung eines Schulungsplanes für die vom Referat Archivwesen laufend durchzuführenden Schulungen für Betriebs- und Verwaltungsarchivare. Auf unseren Vorschlag hin wurde den Fragen der Betriebsgeschichtsforschung im Schulungsplan besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

## 13. Januar 1961

Beratung mit dem Parteisekretär und dem Leiter der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte des VEB Patentpapierfabrik Penig. Die Papierfabrik Penig feiert im August 1962 ihr 425jähriges Bestehen. Zu diesem Jahrestag soll eine Betriebsgeschichte herausgegeben werden. Nach Angaben der Vertreter des Betriebes ist ausreichend gutes Material im Betriebsarchiv vorhanden. Da jedoch die im Betrieb gebildete Arbeitsgruppe nicht in der Lage ist, die Betriebsgeschichte allein zu schreiben, wurde die Konsultationsstelle um Anleitung und Unterstützung gebeten. Wir vereinbarten vorerst folgendes:

1. Es soll eine Aufstellung aller im Stadt- und Landesarchiv vorhandenen Akten angefertigt werden, die den Betrieb und die Entwicklung der sächsischen Papierindustrie betreffen.
2. Aus dem Mitarbeiterkreis der Konsultationsstelle werden dem Betrieb Fachwissenschaftler vermittelt, die sich auf Fragen der Papierindustrie und auf die Entwicklung der sächsischen Industrie spezialisiert haben.
3. Nach Überprüfung des vorhandenen Aktenmaterials arbeiten die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Konsultationsstelle vorerst Dispositionen für den Zeitabschnitt von 1537 bis 1870 aus.
4. Die Arbeitsgruppe fertigt nach den Dispositionen Rohentwürfe der einzelnen Abschnitte an, die von den Mitarbeitern der Konsultationsstelle begutachtet und überarbeitet werden.
5. Alle weiteren Besprechungen werden gemeinsam mit der Arbeitsgruppe und den von der Konsultationsstelle herangezogenen Fachwissenschaftlern im Betrieb durchgeführt.

## 18. Januar 1961

Zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung in der Patentpapierfabrik Penig führten wir mit einem unserer Mitarbeiter von der Abteilung Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin eine Aussprache durch. Unser Mitarbeiter erklärte sich sofort bereit, der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte in der Papierfabrik Penig zu helfen. Er übernahm es, Nachforschungen nach dem ersten Privileg beziehungsweise der ersten aktenkundlichen Nachricht über den Betrieb anzustellen, eine Disposition für den Abschnitt über die Frühgeschichte des Betriebes auszuarbeiten und eine Quellenübersicht zur Geschichte der Papierindustrie anzufertigen.

## 19. Januar 1961

Der Leiter der Konsultationsstelle hielt in der Sonderschule der SED-Bezirksleitung Leipzig (Lehrgang für alle Leiter der Kreiskommissionen und Mitglieder der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung) eine Lektion mit dem Thema „Bedeutung, Aufgaben und Arbeitsweise der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte“. Mit dieser Veranstaltung sollte erreicht werden, daß die Mitglieder der Kommissionen die Konsultationsstelle bei der Erarbeitung von Betriebsgeschichten stärker in Anspruch nehmen.

## 24. Januar 1961

Aussprache mit der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte im Braunkohlenwerk Kulkwitz. Es wurde das Manuskript über den Abschnitt 1945 bis 1960 beraten. Leider mußten wir feststellen, daß die Darstellung der Probleme trotz unserer Anleitung nicht der gemeinsam erarbeiteten Disposition entsprach. Es wurde nochmals auf die besondere Problematik des Braunkohlenwerkes hingewiesen und eine Umarbeitung des vorliegenden Manuskriptes empfohlen. Die gesamte Arbeit war kaum vorangekommen, da die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte ständig mit anderen Aufgaben betreut wurden. Dies machte eine nochmalige Rücksprache mit der Parteileitung notwendig, die auch versprach, dafür zu sorgen, daß der Betriebsgeschichtsschreibung mehr Beachtung geschenkt wird.

## 26. Januar 1961

Begutachtung eines Manuskriptes zur Geschichte des Thüringer Schieferbergbaues. In dieser Arbeit wurde zwar die Entwicklung des Thüringer Schieferbergbaues sehr gut dargestellt, aber die Geschichte der Lage der Arbeiter und die Geschichte des Kampfes der Arbeiter fand nur am Rande Erwähnung. Gemeinsam mit dem Autor wurde eine neue Gliederung erarbeitet, und die Konsultationsstelle erklärte sich bereit, das überarbeitete Manuskript nochmals durchzusehen.

## 21. Februar 1961

Begutachtung einer Diplomarbeit mit dem Titel „Der sächsische Erzbergbau in den Händen des faschistischen Staates“. Diese Arbeit, die einen Teil der Betriebsgeschichte des VEB Bleierzgrube „Albert Funk“ bildet, ist ein Beispiel dafür, wie die Betriebsgeschichtsschreibung durch wissenschaftliche Institute (in diesem Falle das Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig) unterstützt werden kann.

## 23. Februar 1961

Besprechung mit den Betriebsarchivaren der Filmfabrik Agfa Wolfen in Leipzig. Die Archivare hatten bereits Maßnahmen zur Erarbeitung einer Betriebsgeschichte eingeleitet, es war ihnen jedoch noch nicht gelungen, ein arbeitsfähiges Kollektiv zu bilden. Zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung in der Filmfabrik Agfa Wolfen gaben wir organisatorische Hinweise und legten gemeinsam fest, welche Probleme in der Betriebsgeschichte besonders hervorzuheben sind. Dabei ließen wir uns von folgenden Gedanken leiten:

1. Im Mittelpunkt der Betriebsgeschichte steht die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, wobei es vor allem auf die Darstellung des Kampfes der Partei der Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus ankommt.
2. Von besonderer Bedeutung ist die Darstellung des Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands um die Aktionseinheit zur Erfüllung der nationalen Mission der Arbeiterklasse. Dabei ist gleichzeitig der Verrat

der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer an den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation als Bestandteil der Politik der imperialistischen Bourgeoisie zu erforschen.

3. Den Schwerpunkt der Betriebsgeschichte muß der Abschnitt nach 1945 bilden. Am konkreten Beispiel des Betriebes sind hier der Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihre führende Rolle bei der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wie auch beim Aufbau des Sozialismus, bei der Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, bei der Bändigung des westdeutschen Militarismus und bei der Sicherung des Friedens besonders hervorzuheben.

Dieser Problematik entsprechend wurde als Anleitung für die noch zu bildende Arbeitsgruppe eine vorläufige Gliederung für den ersten Teil der Betriebsgeschichte bis 1945 erarbeitet. Die Gliederung umfaßt folgende Abschnitte:

1. Zur Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland.
2. Gründung und Entwicklung der Filmfabrik Agfa Wolfen bis zum Ende des ersten Weltkrieges.
3. Die Lage der Chemiarbeiter und der Kampf der Chemiarbeiter gegen Ausbeutung, Imperialismus und Militarismus bis zum Ende des ersten Weltkrieges.
4. Der Kampf der Chemiarbeiter unter Führung der KPD in der revolutionären Nachkriegskrise (1919 bis 1923).
5. Die Rolle der Filmfabrik Agfa Wolfen beim Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und bei der Vorbereitung der faschistischen Diktatur (1924 bis 1932).
6. Die Lage der Wolfener Chemiarbeiter und der Kampf der Chemiarbeiter unter Führung der KPD gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, gegen Faschismus und Kriegsgefahr (1924 bis 1932).
7. Die Rolle der Filmfabrik Agfa Wolfen bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges.
8. Der Kampf der Chemiarbeiter unter Führung der illegalen KPD gegen die faschistische Diktatur, gegen den verbrecherischen Krieg des deutschen Imperialismus, für die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus (1933 bis 1945).

Wir erklärten uns bereit, nach der Bildung einer Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte mit den Mitgliedern des Kollektivs ein Anleitungseminar in der Filmfabrik Agfa Wolfen durchzuführen.

25. Februar 1961

Zur weiteren Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung in der Filmfabrik Agfa Wolfen wandten wir uns an die Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Halle mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß die beiden Genossen in der Filmfabrik Agfa Wolfen bei der Bildung eines Kollektivs

tivs zur Erarbeitung einer Betriebsgeschichte von der Parteileitung und auch von der Werkleitung stärker unterstützt werden.

Ferner nahmen wir mit der Zentralen Forschungsstelle für Chemie beim Institut für Marxismus-Leninismus der TH für Chemie Leuna-Merseburg Verbindung auf. Wir schlugen der Zentralen Forschungsstelle vor, gemeinsam mit der Konsultationsstelle über weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung der Filmfabrik Agfa Wolfen zu beraten.

## 28. Februar 1961

Teilnahme an einer Arbeitstagung für Betriebsarchivare der VVB Braunkohle Cottbus im Braunkohlenwerk Senftenberg. An dieser Tagung nahmen neben den Archivaren auf Anweisung des Hauptdirektors der VVB Braunkohle alle Direktoren der im Bereich der VVB Braunkohle Senftenberg liegenden Braunkohlenwerke teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Auswertung der am 3. und 4. Dezember 1960 in Berlin veranstalteten Konferenz „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“. Das von uns gehaltene Referat über die Betriebsgeschichtsschreibung als Mittel zur Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit wurde mit Interesse aufgenommen. Vor allem trug der Erfahrungsbericht des Leiters der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte aus dem Braunkohlenwerk Berzdorf dazu bei, daß mehrere Direktoren versicherten, der Betriebsgeschichtsforschung künftig mehr Beachtung zu schenken. Im Bericht der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte des BKW Berzdorf wurden mehrere Probleme erwähnt, die von der Arbeitsgruppe nicht gelöst werden konnten. Wir machten der Arbeitsgruppe den Vorschlag, der Konsultationsstelle die vorliegenden Fahnenabzüge zur Durchsicht zu senden. Ferner schlugen wir vor, sich zur Klärung bestimmter Spezialprobleme des Bergbaues unmittelbar an unseren Mitarbeiter bei der Bergakademie Freiberg zu wenden.

## 6. März 1961

Begutachtung eines Artikels unter der Überschrift „Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Geschichte des Kaliwerkes Bleicherode“. Dieser Artikel ist als Teil der Betriebsgeschichte dieses Werkes gedacht. Die Konsultationsstelle schlug vor, ihn mit einer weiteren Arbeit aus dem Werk, die ebenfalls schon im Entwurf vorlag, zu verbinden. Zur Klärung verschiedener Fragen regten wir an, eine Aussprache mit der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte im Werk vorzubereiten.

## 21. März 1961

Besprechung mit dem Leiter der Zentralen Forschungsstelle für Chemie beim Institut für Marxismus-Leninismus der TH für Chemie Leuna-Merseburg. Zweck dieser Besprechung war es, eine noch engere Verbindung zwischen der Konsultationsstelle und der Zentralen Forschungsstelle zu schaffen, um vor allem die im Bezirk Halle liegenden chemischen Großbetriebe bei der Betriebsgeschichtsschreibung besser unterstützen zu können. Es wurde ver-

einbart, daß der Leiter der Konsultationsstelle an den Arbeitsberatungen der Zentralen Forschungsstelle teilnimmt.

#### 10. April 1961

Begutachtung der Betriebsgeschichte des Braunkohlenwerkes Berzdorf. Da wir noch eine Reihe von Anregungen hatten, luden wir die Arbeitsgruppe zu einer gemeinsamen Aussprache nach Leipzig ein. Gemeinsam mit dem Verfasserkollektiv wurden einige Abschnitte der Betriebsgeschichte überarbeitet und bestimmte Probleme über den Kampf der Braunkohlenbergarbeiter stärker herausgearbeitet. Eine gründliche Überarbeitung konnte jedoch nicht mehr erfolgen. Die Verfasser hatten sich sehr spät an uns gewandt, so daß auf Grund des schon begonnenen Umbruchs größere Änderungen nicht mehr möglich waren.

#### 12. April 1961

Fahnenkorrektur der Betriebsgeschichte des Steinkohlenwerkes „Karl Marx“ Zwickau durch Mitarbeiter des Arbeitskreises Bergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte.

#### 26. April 1962

Aussprache mit dem Leiter des Wirtschaftsarchivs der VVB Kali in Staßfurt. Zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung im Kalibergbau wurde vereinbart:

1. Aufnahme von Verbindungen zu allen Kaliwerken, in denen auf Anweisung der VVB Kali schon Kommissionen für die Erarbeitung von Betriebsgeschichten gebildet wurden.
2. Aussprache mit dem Hauptdirektor der VVB Kali, um die Zusammenarbeit zwischen der Konsultationsstelle und der VVB Kali noch enger zu gestalten.
3. Vorschlag an das Kaliwerk Bleicherode, sämtliche vorliegenden Beiträge nach Überarbeitung zu einer Betriebsgeschichte zusammenzufassen.

#### 5. Mai 1961

Entsprechend den am 26. April 1961 mit dem Leiter des Wirtschaftsarchivs der VVB Kali getroffenen Vereinbarungen wurde dem Hauptdirektor der VVB Kali der Vorschlag unterbreitet, zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung am 7. Juni 1961 in Erfurt eine gemeinsame Aussprache durchzuführen.

#### 17. Mai 1961

Begutachtung der bisher vorliegenden Kapitel der Betriebsgeschichte des Braunkohlenwerkes Ammendorf und Aussprache mit einem Mitglied des Verfasserkollektivs.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Bergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte erklärten sich bereit, die Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte im BKW Ammendorf in Verbindung mit Instituten der Bergakademie Freiberg weiterhin zu unterstützen.

## 31. Mai 1961

Besprechung beim Bezirksverband I der Deutschen Historiker-Gesellschaft in Rostock. Mit Vertretern des Historischen Instituts der Universität Rostock wurde über Maßnahmen zur Bildung einer Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte für die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg in Rostock beraten. Es wurde vereinbart, die Gründung der Konsultationsstelle am 12. Oktober 1961 in Rostock vorzunehmen. Zur Gründung der Konsultationsstelle wurden für den 12. Oktober 1961 nach Rostock eingeladen:

Mitarbeiter der SED-Bezirksleitungen Rostock, Schwerin und Neubrandenburg;

der Vorsitzende des Bezirksverbandes IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft als Vertreter des Präsidiums der DHG;

der Leiter der zentralen Arbeitsgemeinschaft für Betriebsgeschichte der DHG von der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin;

Vertreter der Historischen Institute der Universitäten Rostock und Greifswald;

Vertreter der größten Betriebe der Stadt Rostock.

Damit erfüllte die Außenstelle Leipzig der Abteilung Wirtschaftsgeschichte die Verpflichtung, Patenschaften über die Bildung von Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte in anderen Bezirken zu übernehmen.

## 1. Juni 1961

Zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung im Braunkohlenwerk Zipsendorf wurde in Leipzig eine Besprechung mit dem Leiter der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte des Werkes durchgeführt. Gemeinsam wurde eine Disposition zum ersten Teil der Betriebsgeschichte des BKW Zipsendorf erarbeitet, der den Zeitabschnitt von der Gründung des Betriebes bis zum Jahre 1945 umfaßt. Wir schlugen vor, diese Disposition in der Betriebszeitung zu veröffentlichen und in den Parteigruppen und in den sozialistischen Brigaden des Werkes zur Diskussion zu stellen. Außerdem erklärte sich die Konsultationsstelle bereit, am 28. Juli 1961 im Werk eine Anleitung der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte durchzuführen.

## 5. Juni 1961

Auf Anregung der Konsultationsstelle fand eine Besprechung mit der Parteileitung der Leipziger Baumwollspinnerei statt. Die Parteileitung hatte die am 18. November 1960 getroffene Vereinbarung, aus Arbeitern des Werkes eine Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte zu bilden, nicht realisieren können. Da jedoch im Betriebsarchiv der Baumwollspinnerei ausgezeichnetes Material vorhanden ist, das wesentlich zur Vervollständigung der Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung beitragen kann, übernahmen wir die Aufgabe, Kräfte für die Bearbeitung der Betriebsgeschichte der Baumwollspinnerei zu gewinnen.

## 6. Juni 1961

Zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung in der Leipziger Baumwollspinnerei setzten wir uns mit dem Institut für Wirtschaftsgeschichte der Karl-Marx-Universität in Leipzig in Verbindung. Das Institut erklärte sich bereit, eine Studiengruppe zu bilden und zusammen mit den Betriebsarbeitern die Geschichte der Leipziger Baumwollspinnerei zu schreiben.

## 7. Juni 1961

Besprechung bei der VVB Kali in Erfurt. Es wurde festgelegt:

1. Die Arbeitsgruppen für Betriebsgeschichte in den Kaliwerken werden in organisatorischer Hinsicht vom Wirtschaftsarchivar der VVB Kali betreut und angeleitet.
2. Die wissenschaftlich-methodische Anleitung übernimmt der Arbeitskreis Kali- und Salzbergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
3. Die VVB Kali stellt allen Kaliwerken die Aufgabe, bis Ende 1964 eine Betriebsgeschichte zu erarbeiten.

## 28. Juni 1961

Gemäß der am 1. Juni getroffenen Vereinbarung führten wir eine Beratung über Fragen der Betriebsgeschichte im Braunkohlenwerk Zipsendorf durch. An dieser Aussprache nahmen die Partei- und die Gewerkschaftsleitung, der Werkleiter, die Abteilungsleiter, die Sektionsleiter und zahlreiche Arbeiter-veteranen teil. Ziel der Aussprache war es, vor allem die Werkleitung stärker für die Betriebsgeschichte zu interessieren und weitere Mitarbeiter für die Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte zu gewinnen. Die Vertreter der Partei- und der Gewerkschaftsleitung sowie der Werkleiter versicherten, der Betriebsgeschichte künftig wesentlich stärkere Beachtung zu schenken und unmittelbare Maßnahmen einzuleiten, um die Tätigkeit der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte zu unterstützen. Ein Kollege des Werkes wurde für die Bearbeitung der Betriebsgeschichte freigestellt.

## 1. Juli 1961

Zum „Tag des Bergmanns 1961“ erschien die Betriebsgeschichte des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ Zwickau in einer Auflage von 8000 Exemplaren. Diese Betriebsgeschichte kann sowohl vom Inhalt als auch von der Ausgestaltung her ohne Zweifel allen anderen Arbeiten auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte als Beispiel dienen. Sie ist gleichzeitig ein Beweis für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Wissenschaftlern, denn an ihrer Ausarbeitung nahm die Konsultationsstelle, gestützt auf die Anleitung des Leiters der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und die Mitarbeit verschiedener wissenschaftlicher Institute, entscheidenden Anteil. Dabei erfüllt es uns mit besonderer Freude, daß die Betriebsgeschichte des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx“ Zwickau mit



dem Kunstpreis des Bezirkes Karl-Marx-Stadt ausgezeichnet und außerdem zu den 51 besten Büchern der Verlagsproduktion des Jahres 1961 gerechnet wurde.

#### 15. August 1961

Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe für Betriebsgeschichte des Kaliwerkes Bleicherode wurde der Entwurf einer Betriebsgeschichte des Werkes durchgesehen. Wir einigten uns über die notwendige Überarbeitung und vereinbarten, Ende September 1961 nochmals im Werk eine Beratung durchzuführen.

#### 5. September 1961

Begutachtung einer uns eingesandten Arbeit zur Betriebsgeschichte der Neptun-Werft Rostock mit dem Titel „Studien und Aufsätze zur Frühgeschichte der Neptun-Werft Rostock“. Wir fertigten ein Gutachten an und gaben Hinweise zur Überarbeitung bestimmter Fragen. Die weitere Betreuung dieser Arbeit übernahm die Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Rostock in Zusammenarbeit mit der Konsultationsstelle Leipzig.

#### 26. September 1961

Mitglieder des Arbeitskreises Bergbau der Abteilung Wirtschaftsgeschichte überarbeiteten ein Kapitel aus der Betriebsgeschichte des Braunkohlenwerkes Zipsendorf über den Streik der Braunkohlenbergarbeiter vom Jahre 1911 im Meuselwitzer Revier. Ein Auszug dieses Kapitels soll in der Zeitschrift „Sächsische Heimatblätter“ veröffentlicht werden.

#### 23. Oktober 1961

Vom „Druckhaus Einheit“ in Leipzig wurde die Konsultationsstelle um Unterstützung bei der Erarbeitung einer Geschichte des Betriebes gebeten. Wir empfahlen vorerst die Bildung einer Arbeitsgruppe und schlugen vor, unter der Leitung eines Mitarbeiters der Konsultationsstelle im Betrieb eine Beratung mit den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe durchzuführen.

#### 27. Oktober 1961

Aussprache mit der Arbeitsgruppe vom VEB Hydrierwerk Zeitz. Diese Gruppe wurde von der Werkleitung mit den Vorarbeiten für eine Betriebsgeschichte beauftragt, ein wirklich arbeitsfähiges Kollektiv für Betriebsgeschichte besteht in diesem Werk jedoch noch nicht. Ebenso gibt es noch keine vollständige Übersicht über das vorhandene Aktenmaterial. Die Konsultationsstelle erklärte sich bereit, nach der Bildung eines arbeitsfähigen Kollektivs, im Werk ein Anleitungsseminar durchzuführen und gemeinsam eine Gliederung für die Betriebsgeschichte auszuarbeiten.

#### 27. November 1961

Aussprache mit dem Leiter des Kreismuseums Delitzsch als Vertreter der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises. Die Kreiskommission ist besonders an einer Betriebsgeschichte

des VEB Leichtmetallwerk Rackwitz interessiert. Wir erklärten uns bereit, in diesem Betrieb ein Anleitungseminar durchzuführen. Außerdem wurde vereinbart, daß ein Mitarbeiter der Konsultationsstelle auf einer Arbeitstagung der Kreiskommission ein Referat über die Bedeutung der Betriebsgeschichtsforschung und über die Arbeitsweise der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte halten wird.

#### 8. Dezember 1961

Besprechung im Betriebsarchiv der Filmfabrik Agfa Wolfen. Der Archivar wurde darüber informiert, daß das Institut für Deutsche Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, Abteilung 1918 bis 1945, auf Vorschlag der Konsultationsstelle zur Unterstützung der Betriebsgeschichtsschreibung folgende Staatsexamensthemen vergeben hat:

1. Zur Rolle der Filmfabrik Agfa Wolfen bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges.
2. Der Kampf der Wolfener Chemiewerker unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Faschismus und Kriegsgefahr.

In der starken Resonanz, die die Konsultationsstelle Leipzig bisher gefunden hat, kommen sowohl das ständig wachsende Interesse der Werktätigen an der Erforschung der Geschichte der Betriebe wie auch das Ausmaß der Hilfe zum Ausdruck, die wir Wissenschaftler ihnen geben können.

Wir sehen in der Tätigkeit der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte eines der Mittel, die Forschungsarbeit auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet aufs engste mit der Praxis zu verbinden. Außerdem ist das der Weg zu einer neuen kollektiven Arbeitsweise, denn der Wissenschaftler arbeitet nun nicht mehr isoliert, sondern unmittelbar mit den Arbeitern zusammen. Wir hoffen, daß die hier angeführten Beispiele aus der Arbeit der Leipziger Konsultationsstelle bei der Bildung anderer Konsultationsstellen ausgewertet werden; denn so tragen wir entscheidend zur Förderung der Betriebsgeschichtsforschung und damit gleichzeitig zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei.

QUELLEN

UND MATERIALIEN

# Aus dem Leben eines IG-Farben-Monopolisten

VON HANS RADANDT

Leisler Kiep wurde am 10. Januar 1884 in Glasgow (Schottland) geboren. Sein aus Hamburg stammender Vater, der Holzkaufmann Johannes Nicolaus Kiep, lebte seit 1867 in Glasgow und war dort von 1897 bis 1908 deutscher Konsul. Der Bruder seiner Mutter Charlotte, Franz von Rottenburg, war unter Bismarck von 1881 bis 1891 Chef der Reichskanzlei. Nach Besuch der Hillhead High School in Glasgow von 1889 bis 1898 erhielt Leisler Kiep von 1898 bis 1899 Hauslehrer-Unterricht und kam dann auf die Königliche Klosterschule in Ilfeld (Harz), die er 1901 mit bestandenem Abitur verließ.

Am 10. April 1901 trat Leisler Kiep als Seekadett in die Marine ein, besuchte die Marineschule bis 1903, wurde 1904 Leutnant zur See und absolvierte von 1910 bis 1912 die Marineakademie in Kiel.

Bis dahin decken sich die Berichte über den Lebenslauf von Leisler Kiep, wie wir sie biographischen Handbüchern entnehmen können, deren Angaben von ihm autorisiert wurden.<sup>1</sup>

Über seine Teilnahme am ersten Weltkrieg lesen wir im „Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft“:

„Während des Krieges nahm K. u. a. an der Schlacht auf der Doggerbank und an der Skagerrak-Schlacht, sowie an der Eroberung der baltischen Inseln und an der Unternehmung zur Befreiung Finnlands teil.“

Legen schon die vorstehenden Sätze die Vermutung nahe, Leisler Kiep wäre Frontoffizier gewesen, so wird dieser Eindruck noch verstärkt durch die knappe Formulierung im „Wer ist Wer?“ aus dem Jahre 1958:

„Kriegseinsätze u. a. Skagerrakschlacht, Eroberung der balt. Inseln u. Befreiung Finnlands.“

Einem Zeitungsbericht entnehmen wir: „Während der Skagerrak-Schlacht war er I O des Admirals Scheer, 1917 Stabsoffizier am Oesel-Unternehmen.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Deutscher Wirtschaftsführer. Bearbeitet von *Wenzel, Georg*, Hamburg-Berlin-Leipzig 1929.

Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Bd. I, Berlin 1930.

Wer ist Wer? Berlin 1958.

<sup>2</sup> „Frankfurter Allgemeine“ Nr. 299 v. 24. 12. 1953.

Diese Angaben werden andeutungsweise in dem Dienstzeugnis des Korvettenkapitäns a. D. Leisler Kiep bestätigt, in dem es heißt, daß er während des Krieges „durchweg Vertrauensposten und Admiralstabsstellungen einnahm.“<sup>3</sup> Von Kriegseinsätzen steht nichts im Dienstzeugnis, über die Tätigkeit von Leisler Kiep im Kriege wird nur angegeben:

„Hat schwierige politische Verhandlungen mit Schweden, Russland und Finnland während der Finnland-Unternehmung im Frühjahr 1918 hervorragend geleitet und zum guten Abschluß gebracht. . .“<sup>4</sup>

Viel wichtiger aber ist der Satz in diesem Zeugnis, in dem es über Kiep heißt: „Pflegt persönliche Beziehungen nach allen Seiten.“<sup>5</sup>

Leisler Kiep heiratete 1910, „nachdem schon lange Verbindungen zu der Familie Meister bestanden hatten“<sup>6</sup>, die Enkelin von Karl Friedrich Wilhelm Meister, Eugenie vom Rath, älteste Tochter von Walther vom Rath, der unter anderem langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrates der Farbwerke, vormals Meister Lucius & Brüning, in Höchst am Main war. Später wurde Walther vom Rath erster stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der IG Farbenindustrie AG. Ob Schwiegervater vom Rath, veranlaßt durch diese persönlichen Beziehungen, sich speziellen Problemen der chemischen Rüstung für die Marine widmete oder ob diese Arbeiten ohnehin auf dem nicht kleinen Plan der Höchster Werke für die Kriegsfertigung standen, sei dahingestellt. Wir lesen in der Festschrift dieses späteren IG-Farben-Betriebes: „Soweit die Betriebe nicht unmittelbaren Kriegszwecken dienten, betätigten sie sich mittelbar in der Versorgung des kämpfenden Heeres.“<sup>7</sup> In den Sätzen davor wird die Herstellung eines Rüstungsgutes besonders hervorgehoben:

„Der kurz vor dem Kriege in den Farbwerken erfundene *Künstliche Nebel* wurde zu einem bedeutsamen Schutz für die kämpfende Truppe. Der „Höchster Nebel“ hat nicht nur in der Skagerrakschlacht und in anderen Seegefechten des Weltkrieges eine wichtige Rolle gespielt, sondern auch eine dauernde Änderung der Taktik zur See und teilweise zu Lande veranlaßt.“<sup>8</sup>

Es ist auch nicht festzustellen, inwieweit die persönlichen Beziehungen von Leisler Kiep eine Rolle spielten dafür, daß er „Vertreter der Marine bei den Verhandlungen der Internationalen Waffenstillstandskommission in Spa und der Friedensdelegation in Versailles“<sup>9</sup> wurde. Dabei dürfte er, wenn es nicht schon früher gewesen ist, den späteren Reichskanzler Wilhelm Cuno kennen-

<sup>3</sup> Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand 0701, Akte 578 (im Folgenden: DZA), Bl. 15.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> „Der Volkswirt“ Nr. 3 v. 16. 1. 1954.

<sup>7</sup> 75 Jahre Werks-geschichte Höchst, 1863–1938. Zur Erinnerung an die 75. Wiederkehr des Gründungstages der Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning, München 1938, S. 119.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Bd. I, Berlin 1930.

gelernt haben, der „Sachverständiger bei den Waffenstillstands-Verhandlungen in Trier und Brüssel, in den Friedensverhandlungen in Versailles und den Reparations-Verhandlungen in Brüssel“<sup>10</sup> gewesen ist. Cuno gehörte seit 1917 dem Direktorium der Hamburg-Amerika-Linie an und wurde nach dem Tode von Albert Ballin am 20. Dezember 1918 zum Vorsitzenden des Direktoriums dieser Gesellschaft gewählt.

Leisler Kiep hatte übrigens auch andere Beziehungen zur Hapag (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-AG, Börsenname: Hamburg-Amerika-Linie). Seine Mutter stammte aus der Hamburger Kaufmannsfamilie Witt, die jahrzehntelang einen Aufsichtsratsposten der Hapag innehatte.

Im September 1919 schied Kiep aus dem Marinedienst aus und besuchte anschließend die Frankfurter Universität; 1920 erwarb er den Dr. rer. pol. und arbeitete vom Frühjahr bis zum Herbst 1920 als Attaché beim Auswärtigen Amt. In den folgenden drei Jahren war er Geschäftsführer des Vereins Hamburger Reeder und des Zentralvereins Deutscher Reeder. Über seine weitere Tätigkeit bis 1933 schrieb eine westdeutsche Zeitung:

„Von hier (Verein Hamburger Reeder – H. R.) wurde er 1923 von dem damaligen Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, zur Hamburg-Amerika-Linie geholt und 1924 in deren Vorstand berufen. An dem Wiederaufbau der deutschen Schifffahrt insbesondere der Hamburg-Amerika-Linie nach dem ersten Weltkrieg war er maßgeblich beteiligt. 1927 brachte er mit Dr. Cuno die Gründung des ersten Rotaryclubs in Deutschland zustande. 1928 gelang ihm mit Dr. Cuno der erste Hapag-Lloyd-Union-Vertrag. 1933 setzten die politischen Umwälzungen seinem Wirken in der Hapag ein Ende.“<sup>11</sup>

Der letzte Satz dieses Zitats enthält eine jener typischen Lügen, mit denen die Westpresse immer wieder versucht, das Lebensbild von Monopolisten und Militaristen den jeweiligen politischen Zeiterfordernissen anzugleichen, wodurch sie sich der schamlosesten Geschichtsfälschungen schuldig macht. Des Übels Wurzel aber sind die herrschenden imperialistischen Kreise, in deren Interesse und auf deren Anregung hin gelogen wird und deren Angehörige aus allen diesen Fälschungen Nutzen zu ziehen hoffen. Sie haben zum großen Teil selbst verlogene Erklärungen über ihr Leben abgegeben – denken wir nur an die bereits bekannt gewordenen zahllosen falschen Aussagen bei Entnazifizierungsverfahren. Leisler Kiep hat bereits 1934 Lügen über sein Ausscheiden aus den Vorständen von Hapag und Lloyd verbreitet, wie er in einem Schreiben an den Chef der Reichskanzlei vom 20. Oktober 1934 eingestand:

„... Ich bin seit vielen Jahren ein Anhänger des Führers und habe die N.S.D.A.P. in Hamburg in jeder Weise unterstützt. . . Seit dem 1. 1. 1933 bin ich Parteimitglied.

Um die merkwürdige Wirkung gerade meines Rausschmisses bei der H. A. P. (Hapag – H. R.) nach der Machtübernahme zu beseitigen, stellte ich meinen

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> „Frankfurter Allgemeine“, a. a. O.

vielen Freunden das Ganze als Beförderung zum Staatsrat und Aufsichtsratsmitglied dar.“<sup>12</sup>

Richtig daran ist, daß Leisler Kiep 1933 aus dem Vorstand der Hapag und dem des Norddeutschen Lloyd ausscheiden mußte. Richtig ist auch, daß es ein Rausschmiß war, wenn er sich auch, da es sich um einen Angehörigen der herrschenden Kreise des deutschen Imperialismus handelte, durch die vorübergehende Aufnahme in den Aufsichtsrat beider Unternehmungen und die Ernennung zum Staatsrat in anderen Formen als bei irgendeinem Angestellten vollzog. Das aber als eine Beförderung hinzustellen, war eine glatte Lüge, die Kiep noch dazu nicht einmal etwas nützte. Bereits am 25. Oktober 1934, also nur fünf Tage nach dem zitierten Schreiben, teilte er Lammers mit, er (Kiep) müsse der Annahme sein, daß sein „Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat kategorisch gefordert werden wird.“<sup>13</sup> Weitere drei Tage danach, am 28. Oktober 1934, teilte er Lammers mit:

„Dem, inzwischen von Herrn Helfferich mir übermittelten Ersuchen der Regierung, ohne Verzug meinen Posten als Aufsichtsratsmitglied niederzulegen unter Androhung der Abberufung durch eine außerordentliche Generalversammlung habe ich gemäß Anlage beantwortet.“<sup>14</sup>

In der beigegeführten Abschrift eines Briefes an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Hapag, Helfferich, heißt es unter anderem:

„In Bestätigung Ihres Schreibens v. 25. d. M. kann ich als Nationalsozialist nur erwidern, dass der Wunsch der Regierung mir Befehl ist, dem gehorchend ich meinen Posten als Aufsichtsratsmitglied von Hapag und Lloyd niederlege. . .“<sup>15</sup>

In allen zitierten Briefen ist keine Rede davon, daß Kiep, wie die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb, wegen der „politischen Umwälzungen“ aus der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd ausscheiden mußte. Kiep selbst schrieb ja auch ausdrücklich, daß er „als Nationalsozialist“ dem „Wunsch der Regierung“ folgen werde.

Warum aber wurde Leisler Kiep 1933 als Vorstandsmitglied beider Gesellschaften abgelöst und 1934 auch zum Ausscheiden aus deren Aufsichtsrat veranlaßt?

Leisler Kiep und anderen Vorstandsmitgliedern beider Gesellschaften wurde nachgewiesen, daß sie sich in den Jahren 1932 bis 1933 auch vom Standpunkt des Monopolkapitals ungerechtfertigt an Konzerngeldern bereichert hatten. Bei beiden Aktiengesellschaften bestanden Pensionsfonds, die in erster Linie aus den Konzerngewinnen gespeist wurden. Ein wesentlich kleinerer Teil dieser Fonds rührte aus Tantiemen her, welche die Vorstandsmitglieder in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder anderer Gesellschaften erhielten und zu deren Überweisung sie verpflichtet worden waren. Beide Gesellschaften wurden im Jahre 1932, weil sie überschuldet und zahlungsunfähig waren, durch einen vom Reiche garantierten Bankenkredit in Höhe von 30,5 Millionen RM gestützt.

<sup>12</sup> DZA, Bl. 13.

<sup>13</sup> DZA, Bl. 28.

<sup>14</sup> DZA, Bl. 30.

<sup>15</sup> DZA, Bl. 31.

Obwohl ein Pensionsfall nicht eingetreten war und außer im Falle Cuno Hinterbliebene nicht versorgt zu werden brauchten, lösten die Vorstandsmitglieder den Pensionsfonds auf und teilten die Gelder unter sich auf.

„Das Motiv war anscheinend die Sorge, daß entweder das Bankenkonsortium oder die Reichsregierung auf das Rückstellungskonto zurückgreifen würden“<sup>16</sup>, heißt es in einer Aufzeichnung des Reichsverkehrsministeriums über die Ausschüttung des Pensionsfonds.

Dazu kam weiterhin, daß ein Teil der Vorstandsmitglieder, darunter auch Leisler Kiep, „die für ihre Rechnung an dem Pensionsfonds-Fundus eingezahlten Beträge fahrlässig nicht versteuert“ hatte, wie der Anwalt von Leisler Kiep, von der Goltz, in einer Sachdarstellung für Lammers mitteilte.<sup>17</sup>

Kiep versuchte immer wieder während des Verfahrens, bei den beteiligten Stellen seine „Verdienste als Nationalsozialist“ gegen seine strafbaren Handlungen aufzuwiegen. So lesen wir zum Beispiel in einem mit dem 9. Januar 1936 datierten Vermerk des Ministerialrats von Stutterheim, der in Vertretung von Lammers den Landesfinanzamtsdirektor Witting auf seine Bitte in der Angelegenheit Leisler Kiep empfangen hatte:

„Da ich aus verschiedenen Bemerkungen, die Herr Witting im Laufe seiner Ausführungen machte, den Eindruck gewinnen mußte, das Landesfinanzamt sei nach den Mitteilungen des Grafen Goltz und des Herrn Leisler Kiep der Auffassung, daß nicht nur der Herr Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, sondern auch der Führer und Reichskanzler selbst eine Herrn Leisler Kiep günstige Beilegung des Falles dringend wünschten, so habe ich zu diesem Punkte erklärt, daß der Herr Staatssekretär im Hinblick auf die Stellung des Herrn Leisler Kiep und seine Verdienste es gewiß begrüßen würde, wenn sich die Schuldlosigkeit des Herrn Leisler Kiep herausstelle, daß er aber sicherlich nicht dem das Wort reden wolle, daß Herr Leisler Kiep unter allen Umständen, also auch dann rein gewaschen würde, wenn er dies nach Lage der Dinge nicht verdiene.“<sup>18</sup>

Das heißt also nichts anderes, als daß Kiep unter gewissen Umständen doch „rein gewaschen“ werden sollte. Auch Lammers hatte sich bereits bei einem Gespräch mit dem Staatssekretär Koenigs über die widerrechtliche Ausschüttung des Pensionsfonds notiert:

„Kein *strafrechtl.* Vorgehen. Juristen haben alles gedeckt. Aber moralisch betrachtet üble Sache.“<sup>19</sup>

Vom Landesfinanzamt Hamburg wurden am 22. November 1935 im Aufsichtswege für Leisler Kiep, wie für die anderen Beteiligten, Steuerstrafen wegen fahrlässiger Steuervergünstigung festgesetzt. Die gegen Kiep ausgesprochene Straffestsetzung wurde durch Erlaß des Reichsministers der Justiz vom 14. Februar 1938 im Strafregister getilgt.<sup>20</sup>

<sup>16</sup> DZA, Bl. 20.

<sup>17</sup> DZA, Bl. 37.

<sup>18</sup> DZA, Bl. 48f.

<sup>19</sup> DZA, Notizzettel vor Bl. 18.

<sup>20</sup> DZA, Bl. 56.



Es ist also klar erwiesen, daß die strafbaren Handlungen von Leisler Kiep und nicht etwa die „politischen Umwälzungen“ seinem Wirken in den Schiffahrtsgesellschaften ein Ende setzten.

Es war auch gar nicht anders denkbar, denn Leisler Kiep war bereits lange vor 1933 in Kreisen des Monopolkapitals einer der eifrigsten Förderer der faschistischen Partei.

Er selbst legte dafür Zeugnis ab, als er in seinem Geburtstagsglückwunsch an Hitler im Jahre 1939 unter anderem formulierte:

„Eingedenk der Zeit von 1930 bis 1933, als ich in Hamburg für die finanzielle Unterstützung der Partei und ihre Propaganda im Kreise der Großreederei tätig sein konnte, sowie der Unterredung, die Sie mir am 3. November 1932 im „Kaiserhof“ gewährten, . . .“<sup>21</sup>

In einem Schreiben vom 18. Februar 1936 an Grafen von der Goltz, das dieser im Original<sup>22</sup> an Lammers schickte, erklärte Leisler Kiep, er hätte im Herbst 1932 ein Exemplar der Eingabe an Hindenburg unterschrieben, die forderte, Hitler zum Reichskanzler zu machen.<sup>23</sup> Es kommt in diesem Zusammenhang nicht darauf an, daß dieses von Kiep unterschriebene Exemplar den vorgesehenen Empfänger nicht erreichte — zumal Albert Schreiner in seiner Dokumentation gegenüber den Reinwaschungsversuchen westdeutscher Historiker am deutschen Monopolkapital den eindeutigen Beweis geführt hat, daß die gleichlautenden Eingaben anderer Monopolisten in die Hände Hindenburgs kamen. Hier ist vielmehr wichtig, von einem Beteiligten noch eine zusätzliche Bestätigung zu erhalten, daß die übrigen Eingaben abgegeben wurden. Die ständigen Treuegelöbnisse Kieps gegenüber der faschistischen Partei, seine Empörung darüber, daß sein Exemplar der Eingabe nicht abgegeben worden war, auch seine Beziehungen zu bedeutenden ausländischen Persönlichkeiten konnten Kiep zwar wegen seines Steuervergehens eine milde Strafe und deren baldige Löschung erwarten lassen, schützten ihn aber nicht davor, daß er in seinen Kreisen stark an moralischem Kredit verloren hatte. Das mag vielleicht auch der Grund sein, weshalb der Name Leisler Kiep in der 1957 erschienenen Festschrift des Norddeutschen Lloyd überhaupt nicht erwähnt wird, obwohl Kiep doch einige Jahre Vorstandsmitglied dieser Gesellschaft war.<sup>24</sup> Allerdings sind die führenden Kreise des deutschen Imperialismus in Westdeutschland — wie wir später noch sehen werden — heute anderer Meinung über Kiep.

Da offensichtlich nach dem Steuerverfahren — das zwar nicht publiziert wurde, aber in den herrschenden Kreisen, in denen sich Kiep bewegte, doch nicht

<sup>21</sup> DZA, Bl. 70.

<sup>22</sup> DZA, Bl. 52f.

<sup>23</sup> Vgl. *Schreiner, Albert*, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Jg. IV, 1956, H. 2, S. 366 ff.

<sup>24</sup> *Bessel, Georg*, Norddeutscher Lloyd 1857–1957. Geschichte einer bremischen Reederei, Bremen 1957.

unbekannt blieb – keine Möglichkeit für ihn bestand, eine andere leitende Position zu erhalten, ging Kiep in die Türkei und wurde bei der dortigen Regierung Berater in Schiffsfragen. Bei Kriegsausbruch kehrte er nach Deutschland zurück, war von 1940 bis 1943 Generaldirektor der Hamburgischen Landesbank und dann bis Kriegsende ehrenamtlicher Sachverständiger des Kriegsschädenamtes in Frankfurt am Main. Nach dem Tode seines Schwiegervaters, Walther vom Rath, Anfang 1940, erbte Leisler Kiep offensichtlich nicht nur das „Haus Meister“ in Kronberg (Taunus), den Stammsitz der Familie Meister, wo er seit 1943 wohnt, sondern auch ein bedeutendes Aktienpaket der IG Farbenindustrie AG (Walther vom Rath war auf der Hauptversammlung der IG Farbenindustrie AG von 1939 mit einem Eigenbesitz an IG-Aktien im Nominalwert von 1031000.– RM angemeldet, was nicht bedeutet, daß er nicht noch mehr IG-Aktien besaß, die er eventuell durch andere vertreten ließ<sup>25</sup>.)

Seit der Neugründung der Farbwerke Hoechst AG im Jahre 1953 ist Leisler Kiep stellvertretender Vorsitzender in deren Aufsichtsrat und führt den Vorsitz im technisch-wissenschaftlichen Ausschuß des Aufsichtsrats. In dieser Stellung kommt zum Ausdruck, daß er ein ziemlich großes Aktienpaket der IG Farbenindustrie AG besessen haben muß. Das gestattete ihm, bei der „IG Farbenentflechtung“ einer der Großaktionäre der Farbwerke Hoechst zu werden. Dabei ist aber von Interesse, was wir in einer Notiz des großbourgeois Blattes „Der Volkswirt“ lesen:

„Nach dem Zusammenbruch war Dr. Kiep 1948 ein halbes Jahr Chief Adviser des IG-Farben Control Office (US), schied aber dann aus, um sich den Fragen der IG-Entflechtung zu widmen, insbesondere der Wiederherstellung der Farbwerke Hoechst.“<sup>26</sup>

Hierdurch wird einmal mehr bewiesen, welche Hilfestellung das amerikanische Monopolkapital dem deutschen Imperialismus für die Reorganisation seiner wirtschaftlichen Basis auch durch die amerikanischen Besatzungsorgane in einer den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hohnsprechenden Weise gab.

Zu seinem 75. Geburtstag, am 10. Januar 1959, erhielt Leisler Kiep, einer der Hauptschuldigen an der Errichtung des Faschismus in Deutschland, einen der höchsten Orden des westdeutschen Staates, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern.<sup>27</sup>

In der nachstehenden Wiedergabe einzelner Dokumente wurden alle nicht von den Briefschreibern selber gemachten Vermerke fortgelassen, da sie in den Antwortbriefen sinngemäß enthalten sind. Ebenso wurden auch die Hervorhebungen des Originals nicht übernommen.

<sup>25</sup> Anwesenheitsliste der Hauptversammlung der IG Farbenindustrie AG von 1939, Photokopie des Originals im Deutschen Wirtschaftsinstitut, Berlin, Akte Nr. 4376.

<sup>26</sup> „Der Volkswirt“ Nr. 3 v. 16. 1. 1954.

<sup>27</sup> „Frankfurter Rundschau“ v. 12. 1. 1959, Ausg. A.

Persönlich!

Hamburg 13  
Harvestehuder Weg 16  
25. IV. 34.

Lieber Herr Lammers!

Ich habe Ihnen noch nicht für Ihre sehr liebenswürdigen Zeilen vom 31. 12. 33 gedankt, weil ich immer dachte, daß ich Sie vielleicht gelegentlich wiedersehen werde. Vor einigen Wochen versuchte ich vergeblich eine Verabredung mit Ihnen in Berlin zu vereinbaren, um mit Ihnen die Möglichkeit eines Zusammentreffens des Führers mit dem Prinzen v. Wales zu erörtern, wenn dieser zur Hochzeit meiner Tochter am 12. V. hierhergekommen wäre. Ich erfuhr aber aus London, daß die augenblickliche politische Lage einen Besuch hier, auch unter dem harmlosesten Vorwande, ausschließt, so daß der Grund, Sie aufzusuchen ausfiel. Jetzt veranlaßt eine andere Mitteilung, die ich erhalte mich, Sie um eine Auskunft zu bitten. Nach einem Vortrage, den Staatssekretär Pfundtner im vorigen Jahre hier hielt, wurde zwischen ihm, R. Statthalter Kaufmann und Bürg. Mstr. Krogmann und mir das Erstrebenswerte eines Besuches des Führers mit Seefahrt erörtert. Nun höre ich von Theodor Amsinck von der Hamburg-Süd, daß der Besuch des Führers hier für Sonnabend d. 12ten Mai mit einer Fahrt auf der Cap Arcona beabsichtigt sei. Wenn dies stimmt, würde ich natürlich entscheidenden Wert darauf legen, die Fahrt mitzumachen und müßte versuchen die Hochzeit meiner Tochter einen Tag vorzuverlegen, was ja nicht einfach – immerhin, aber doch möglich wäre. Meine Bitte an Sie geht demnach dahin, die sehr große Güte zu haben, mich ganz persönlich wissen zu lassen, ob ich die Verlegung vornehmen soll. Ich würde den Grund natürlich verschweigen. Haben Sie herzlichen Dank im Voraus.

Mit der Bitte um beste Empfehlungen an den Führer, herzlichen Gruß und

Heil Hitler!

Ihr ergebenster Leisler Kiep

Der Staatssekretär  
in der Reichskanzlei  
StS. Nr. 990/34.

Berlin W 8, am 26. April 1934

- 1.) An  
Herrn Direktor Leisler Kiep  
Hamburg 13  
Harvestehuder Weg 16.

Vertraulich!

Lieber Herr Kiep!

Nach Empfang Ihres freundlichen Schreibens vom 25. ds. Mts. habe ich alsbald den Führer gefragt, ob er die erwähnte Reise auf der Cap Arcona beabsichtigt. Er hat mir diese Frage verneint, allerdings mit dem Hinzufügen, daß es möglich sei, daß eine solche Einladung an ihn erfolgt sei oder schriftlich vorliege.

Mit herzlichem Gruß und Hitler-Heil

Ihr sehr ergebener L

2.) Z. d. A.

DZA, Bl. 4, Konzept, abgezeichnet von Lammers, abgesandt am 26. April 1934

Haus Meister  
Cronberg im Taunus

15. 7. 34.

Lieber Herr Lammers!

Lange ist es her, seit ich Ihnen geschrieben, und heute drängt es mich, Sie zu bitten, unserem Führer und Kanzler auch von mir zu sagen, wie glücklich und begeistert ich und mit mir meine Frau und meine Schwiegereltern vom Rath hier alle sind über die tief ergreifende und erhebende Rede. Es ist, als wenn ein schwerer Alpdruck von einem genommen ist! Gewiß, viel Schweres steht bevor, aber nach solchen Worten höchster menschlicher und staatsmännischer Größe, kann es doch keinen Deutschen, der den Namen verdient, mehr geben, der nicht hinter dem Führer steht und Gottes Segen auf sein Haupt erfleht! Herzlichen Dank wenn Sie dem Führer unsere treuen Segenswünsche übermitteln!

Falls Sie am Dienstag d. 24ten für mich einen Augenblick Zeit hätten, wäre ich sehr dankbar. Wiederholten Einladungen eines langjährigen Freundes von mir, des führenden Mannes der Schifffahrt, Lord Essendon, folgend, fahre ich am 26ten auf eine Woche zu Besuch bei ihm und werde in London auch den Prinzen von Wales sehen. Ich spreche vor meiner Reise Staatssekr. Königs und den Außenminister oder Bülow und würde Sie gerne sehen. Die hbg. Vertretung in Berlin wird im Laufe der kommenden Woche telefonisch anfragen.

Mit verbindlichsten Grüßen und

Heil Hitler! Ihr ergebenster Leisler Kiep

Herr v. Steinmeister, der gestern hier war, schließt sich ganz dem Danke an und bat um Grüße.

Der Staatssekretär  
in der Reichskanzlei  
St.S. Nr. 2014/34.

Berlin, den 19. Juli 1934.

1.) An

Herrn Leisler Kiep  
Cronberg im Taunus,  
Haus Meister.

Lieber Herr Leisler Kiep!

Die Segenswünsche, die Sie anlässlich der letzten Rede des Führers ihm zu übermitteln mich mit Ihrem Schreiben vom 15. d. Mts. gebeten haben, habe ich dem Herrn Reichskanzler gern ausgerichtet. Der Herr Reichskanzler hat sich über diese Wünsche und den Ausdruck Ihrer treuen Gesinnung aufrichtig gefreut und läßt Ihnen und Ihren Angehörigen sowie Herrn von Steinmeister seinen verbindlichen Dank übermitteln.

Leider ist es mir unmöglich, Ihnen bei Ihrer Durchreise durch Berlin am 24. d. Mts. zur Verfügung zu stehen, da ich bereits in dieser Woche zusammen mit dem Führer nach Berchtesgaden abreise, um dort für mehrere Wochen zu verbleiben.

Mit verbindlichsten Grüßen und Heil Hitler bin ich

Ihr sehr ergebener  
(N. d. H. St. S.)  
L

2. Z. d. A.

Hamburg 13  
Harvestehuder Weg 16  
23. 8. 34.

Lieber Herr Lammers!

Ich habe Ihnen noch zu danken für Ihr freundliches Telegramm vom 5ten d. M., in dem Sie den Dank des Herrn Reichskanzlers übermitteln. Sehr verbunden wäre ich Ihnen, wenn Sie dem Führer und Reichskanzler meiner ganzen Familie und meine begeisterten Glückwünsche zu dem gewaltigen Bekenntnis unseres Volkes zu seiner Führerschaft vom 19ten August übermitteln würden! Wir alle erleben Gottes Segen für ihn und sein gewaltiges Werk an unserem Vaterland!

Ich war vor drei Wochen in England zu Besuch bei meinem Freunde Lord Essendon, der bedeutendsten Schifffahrtspersönlichkeit der Welt und traf auf seinem entzückenden Landsitz viele interessante Leute. Insgesamt war der Eindruck trotz aller reizenden persönlichen Liebenswürdigkeit nicht erfreulich, da stark von Mißtrauen durchsetzt. Ich habe aber den Eindruck, daß allmählich eine Mißstimmung gegen die Brunnenvergiftung der Presse sich breit macht und ich hoffe, daß ich persönlich, hier und da, auch bei Mitgliedern des Kabinetts mit denen ich zusammen war, erfolgreich wirken konnte, zumal meine Freunde mich seit vielen Jahren als Anhänger des Führers kennen, während sie bei manchen anderen den Stimmungsumschwung seit Jahresfrist erklärlicherweise nicht voll begreifen. Vom Prinzen von Wales erhielt ich nur ein sehr freundliches Telegramm da er in der Abreise nach Biarritz war. Von einem alten Freunde Sir Walter Lawrence, der dem Könige persönlich nahe steht, erhalte ich heute einen Brief, in dem er sich günstig über die Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen ausspricht. Ich bin gewiß, daß das Ergebnis des neunzehnten von großer Wirkung sein wird.

Falls es Ihnen Ihre Zeit gestattet würde ich mich natürlich sehr freuen Sie einmal wiederzusehen. Wenn Sie mir einen Termin angeben, kann ich jeder Zeit nach Berlin hinüberhuschen.

Leider konnte ich beim Führerbesuch nicht in Hamburg sein, da ich mit einer Segelyacht in Dänemark war, die ich als einziger mit Schifferpatent nicht verlassen konnte. Am 19ten war aber meine gesamte Besatzung an der Wahlurne mit 100% Wahlbeteiligung und 100% Ja!

Mit dem Ausdruck meines verbindlichsten Dankes für die freundliche Übermittlung unserer Glück- und Segenswünsche an den Führer und Reichskanzler und meinen besten persönlichen Grüßen, sowie

Heil Hitler! Stets Ihr ergebenster Leisler Kiep

Der Staatssekretär  
der Reichskanzlei  
StS. Nr. 2334/34.

Berchtesgaden, den 6. September 1934.

1 An  
Herrn Staatsrat Dr. Leisler Kiep  
Hamburg 13  
Harvestehuder Weg 16.

Sehr verehrter Herr Staatsrat Kiep!

Für Ihr freundliches Schreiben vom 23. August, in dem Sie über Ihre letzten Eindrücke in England berichteten, danke ich Ihnen verbindlichst. Sie waren mir von besonderem Interesse. Ich werde in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, den Herrn Reichskanzler über Ihre in England gewonnenen Beobachtungen und Erfahrungen in Kenntnis zu setzen.

Gelegentlich Ihrer Anwesenheit in Berlin würde ich, Ihrem Wunsche entsprechend, sehr gern mit Ihnen einige Angelegenheiten besprechen, jedoch kann ich Ihnen gegenwärtig zu einer solchen Besprechung nicht zur Verfügung stehen, da ich mich aus dienstlichen Gründen in Berchtesgaden befinde. Voraussichtlich werde ich mich erst Ende September, einige Zeit nach dem diesjährigen Parteitag in Nürnberg, wieder in Berlin befinden, und darf Sie ergebenst bitten, mir von Ihrer etwaigen Anwesenheit in Berlin rechtzeitig Nachricht zukommen zu lassen.

Mit verbindlichsten Grüßen und Hitlerheil bin ich

Ihr

DZA, Bl. 11, Konzept, handschriftlicher Vermerk: „geschr. 6. 9. Bg. (FrI. Büge, Sekretärin von Lammers – H. R.), gel. u. abges. 7. 9. Bg.“



Hamburg 13  
Harvestehuderweg 16

Persönlich!

20. 10. 34.

Lieber Herr Lammers!

Ich danke Ihnen nochmals für die freundliche Gewährung der gestrigen Unterredung und möchte mir erlauben, auf einen Punkt hinzuweisen, der mir gestern entfiel. Ich bin seit vielen Jahren ein Anhänger des Führers und habe die N. S. D. A. P. in Hamburg in jeder Weise unterstützt (als Beleg füge ich den Brief eines Angestellten der Hapag, Thoma an den Minist. Rat. Metzner im R. M. d. J. in Abschrift bei). Seit dem 1. 1. 1933 bin ich Parteimitglied.

Um die merkwürdige Wirkung gerade meines Rausschmisses bei der H. A. P. nach der Machtübernahme zu beseitigen, stellte ich meinen vielen Freunden das Ganze als Beförderung zum Staatsrat und Aufsichtsratsmitglied dar. Wenn ich jetzt, ohne Abwartung des Ergebnisses der Untersuchung dem Ersuchen des Reichsverkehrsministers entspreche, ist nicht nur dem großen Unrecht, das mir vor Jahresfrist widerfuhr, ein neues hinzugefügt, sondern meine internationalen Beziehungen sind endgültig verloren und m. E. in einer Form, die aus allgemeinen Gründen unerwünscht ist. Dies kann m. E. weder im Interesse des Staates noch der Partei sein. Ich wiederhole, daß wenn der Vorstand der H. A. P. A. G. juristisch falsch beraten oder der Finanzdirektor der Hapag anders dem Reichs Verkehrsministerium gegenüber hätte verfahren sollen und wenn mehr Steuern zu zahlen sind – ich bin noch gar nicht veranlagt worden – so soll geschehen was rechtens ist und eine entsprechende Steuer erhoben werden; meine Ehre aber soll nicht angetastet werden und es sollte auch nichts geschehen, was einen Schaden des Ansehens der Deutschen Schiffahrt in der Welt verursachen könnte. Nur in Verteidigung – und deswegen, bitte ich es zu verstehen – füge ich Abschrift meines Abgangsdienst Zeugnisses der Marine und eines Schreibens des damaligen Vorsitzenden der Cunard Sir Thomas Royden an Dr. Cuno in Abschrift bei, das bereits aus dem Jahre 1929 stammt, nachdem ich zum ersten mal den Konferenzvorsitz geführt hatte. Im Übrigen werde ich entspr. Ihren Ratschlägen verfahren und habe auch um eine Unterredung mit dem Reichsstatthalter gebeten, der aber leider zu Bett liegt. Falls ich eine Antwort von Ihnen bekommen könnte, wäre ich Ihnen sehr dankbar und würde es begrüßen, wenn Sie Dr. Schacht in der Sache anreden könnten, der mich gut kennt.

Nochmals besten Dank, viele Grüße und Heil Hitler!

Ihr ergebenster Leisler Kiep

Den 8. März 33.

Sehr verehrter Herr Parteigenosse Dr. Metzner!

Wie ich Ihnen heute morgen bereits mitteilte, wird am kommenden Freitag unser Herr Dr. Kiep, Vorstandsmitglied der Hamburg Amerika Linie in Berlin sein. Herr Lohse, Gauleiter von Schleswig Holstein, hat mit Herrn Dr. Kiep vereinbart, die Anmeldung bei Herrn Minister Frick und Herrn Ministerialdirektor Funk, vorzunehmen. Ich wäre Ihnen nun außerordentlich dankbar, wenn auch Sie Herrn Minister orientieren würden. Vielen herzlichen Dank für Ihre freundlichen Bemühungen.

Zu Ihrer Information nun noch ein Wort, das mir gerade in der heutigen Zeit angebracht erscheint. Herr Dr. Kiep steht zu uns und unserer Bewegung schon seit Jahren und trat bei jeder Gelegenheit für unsere Bewegung ein, als wir noch klein und unbedeutend waren. Es bedarf eigentlich keines Wortes zu sagen, daß Dr. Kiep immer und zu jeder Zeit mit allen Mitteln uns unterstützte. Ich halte es daher für angebracht, daß auch wir nun alles tun, Herrn Dr. Kiep die Wege zu ebenen und ihn nach Kräften zu unterstützen. — Ihnen ist doch zweifellos bekannt, daß Dr. K. über geradezu ausgezeichnete Verbindungen im Ausland (Prince of Wales) verfügt und ich meine, daß man diese privaten Fäden auch für uns nutzbar anwenden kann. Mir liegt vom Standpunkt der deutschen Schifffahrt daran, den Kontakt mit unseren Regierungsstellen nicht abreißen zu lassen. Für Ihre Unterstützung bin ich Ihnen dankbar. Immer zur Verfügung, mit freundlichem Gruß und Heil Hitler

stets der Ihrige  
(gez. Thoma)

DZA, Bl. 14, Maschinenabschrift, handschriftlich zugefügt „(gez. Thoma)“, Anlage zum Schreiben von Kiep (20. 10. 34).

Abschrift.

Der Chef der Admiralität  
 Marine Friedenskommission  
 B. Nr. Geh 20 Fr. 4

## Dienstzeugnis

für

Herrn Korvettenkapitän a. D. Louis Leisler Kiep bei seinem  
 Ausscheiden aus dem Marinedienst.

Geboren am 10. Januar 1884. Eintritt in die Marine 10. 4. 1901 als Seekadett.  
 Im Besitze des Abiturientenzeugnisses.

Frischer, lebensfreudiger Mensch von außergewöhnlicher Begabung. Scharfer  
 und klarer Denker, der seine Gedanken unbeirrt bis zur letzten Schlußfolgerung  
 durchdenkt. Außerordentliche Arbeitskraft und Arbeitslust. Schneller, zu-  
 verlässiger Arbeiter. Hervorragendes Wissen auch auf Gebieten außerhalb  
 seines bisherigen Berufes, so auch auf politischem Gebiet. Pflegt persönliche  
 Beziehungen nach allen Seiten. Hat schwierige politische Verhandlungen mit  
 Schweden, Rußland und Finnland während der Finnland-Unternehmung im  
 Frühjahr 1918 hervorragend geleitet und zum guten Abschluß gebracht,  
 weshalb ihn sein Admiral in uneingeschränkter Anerkennung zum Pour le  
 Merite einreichte. Das Gesuch ist trotz Befürwortung durch den Flotten-  
 chef nicht bewilligt worden. Versteht ausgezeichnet mit Menschen umzugehen  
 und sich eine Stellung zu erschaffen.

Im Kriege, in dem er durchweg Vertrauensposten und Admiralstabsstellungen  
 einnahm, hat er sich als ein unerschrockener, pflichttreuer Offizier bewährt,  
 was sämtliche Vorgesetzte schriftlich anerkannt haben.

Korvettenkapitän Kiep scheidet aus dem Marinedienst infolge der Verkleinerung  
 der Marine auf Grund des Friedensvertrages. Wohin ihn auch seine Wege  
 führen, meine besten Empfehlungen begleiten ihn. Der Dienst hat mich mit  
 ihm in vielen Kommandos zusammengeführt.

Berlin, den 1. September 1919

gez. Heinrich  
 Kapitän zur See und Kommodore.

Der Staatssekretär und Chef  
der Reichskanzlei  
StS. Nr. 3148/34. (StS. Nr. 3126, 3147/34).

Berlin W 8, den 25. Oktober 1934.

1.) An  
Herrn Staatsrat Dr. Leisler Kiep  
Hamburg 13  
Harvestehuder Weg 16.

Lieber Herr Kiep!

Ihr Schreiben vom 20. ds. Mts. sowie Ihr Telegramm vom 22. ds. Mts. habe ich erhalten. Mit dem Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Herrn Koenigs habe ich mich ins Benehmen gesetzt und von ihm eine Aufzeichnung über die Ausschüttung der Pensionsfonds bei Hapag und Lloyd erhalten. Auf Grund dieser Aufzeichnung mußte ich pflichtgemäß dem Führer und Reichskanzler über die Angelegenheit unterrichten, wobei ich ihn gleichzeitig auf Ihre persönlichen Bemühungen im Interesse der deutsch-englischen Verständigung hingewiesen habe.

Der Führer und Reichskanzler hat folgende Entscheidung getroffen und mich beauftragt, sie Ihnen mitzuteilen:

1. In die Angelegenheit der Ausschüttung der Pensionsfonds beabsichtige er nicht einzugreifen. Die Angelegenheit müsse nach seiner Auffassung von den dafür zuständigen Stellen untersucht und erledigt werden.
2. Solange die Angelegenheit nicht erledigt sei, bitte er Sie, in der inoffiziellen Erörterung außenpolitischer Fragen im Verhältnis des Deutschen Reichs zu England sich möglichsste Zurückhaltung aufzuerlegen.

Ich bedaure außerordentlich, Ihnen dies übermitteln zu müssen, und bin mit verbindlichstem Gruß und

Heil Hitler Ihr sehr ergebener L.

2.) Z. d. A.

DZA, Bl. 26 u. 27, Konzept, abgezeichnet von Lammers, abgesandt am 25. Oktober 1934.

Dr. Leisler Kiep  
Staatsrat u. Korvettenkapitän a. D.

Haus Meister  
Kronberg i. Taunus  
Tel. 314

18. 2. 36.

Herrn Dr. iur. Grafen von der Goltz  
Berlin W 8  
Unter den Linden 3a.

wunschgemäß gebe ich nachstehend die Darstellung der Angelegenheit mit der Eingabe an den Reichspräsidenten von Hindenburg.

Falls es nötig sein sollte, könnte ich die einzelnen Daten genau feststellen lassen nach dem Besuchsbuch, das sich in meinem Vorzimmer in der Hapag befand und dort noch bei meinen Privatakten liegen muß.

Im Herbst 1932 besuchte mich C V Krogmann, der jetzige regierende Bürgermeister von Hamburg, als ich ihm selber gerade eine ähnliche Anregung geben wollte, und fragte mich, ob ich mich an einer Eingabe an Hindenburg beteiligen wolle, die diesen bitte, Hitler mit der Kanzlerschaft zu betrauen. Ich bejahete dies sofort und unterschrieb die Eingabe, die Krogmann mitnahm. Er beließ mir ein weiteres Expl. mit der Bitte, Cunos Unterschrift zu besorgen! Ich rief Cuno, der im Westen war abends an. Er war ungehalten und meinte, solche Sachen sollten wir beide, als die einzigen im Vorstande, die positiv zur NSDAP ständen, wie bisher gemeinsam behandeln, meine Unterschrift sei, ebensowenig wie die seine eine nur-persönliche und verpflichte die Hapag. Ich sollte doch die Sache liegen lassen, bis er in zwei Tagen wieder da sei. Ich erwiderte, daß mir alles ferner läge, als es in dieser Frage, in der wir beide alleine zusammen ständen zu einem Streite kommen zu lassen, andererseits hätte ich meine Unterschrift bereits abgegeben und ich sei aus allen unseren Unterhaltungen berechtigt anzunehmen, daß er das gleich tue. Wir einigten uns schließlich darauf, daß ich Krogmann bitte, das Blatt mit meiner Unterschrift solange zurückzuhalten, bis Cuno Gelegenheit habe, sich über das Ganze zu orientieren. Krogmann unterrichtete ich entsprechend. Nach seiner Rückkehr besprach ich mich mit Cuno und stellte, unsere sachliche Übereinstimmung fest. Er fuhr nach Berlin, wo er nicht nur mit den an der Eingabe Beteiligten, sondern mit allen maßgeblichen Persönlichkeiten von Staat und Partei in Verbindung war. Auf meine Frage an ihn, nach seiner Rückkehr, was mit meiner Eingabe gemacht sei, erwiderte er, daß die Eingaben überhaupt nicht übergeben worden seien, da die Verhandlungen sich zerschlagen hätten.

Das nächste, was ich von der Sache hörte war im Frühsommer 33. Cuno war tot, Böger in den Aufsichtsrat versetzt und es war Herr Helfferich in der Hapag erschienen, der Aufsichtsratsvorsitzender werden sollte. Graf Rödern erzählte

mir, daß ich bei der Partei schlecht angeschrieben sei und gab als Begründung an, Helfferich habe ihm erzählt, ich habe mich seiner Zeit geweigert, eine Eingabe an Hindenburg zu unterschreiben, daß Hitler Reichskanzler werde. Ich klärte Graf Rödern über den wahren Sachverhalt auf! Einige Zeit darauf berief mich Herr Helfferich zu der einzigen Unterredung, die wir in den ganzen Monaten hatten zu sich. Er sprach nur nebensächliche Dinge, erwähnte, daß mein New Yorker Bruder (der jetzt in Ostasien ist) sehr schlecht bei der Partei angeschrieben sei und darauf schnitt ich die Frage der damaligen Eingabe und seiner Bemerkungen an den Grafen Rödern an. Helfferich sagte, daß er sich zum Schluß in Berlin gar nicht mehr an Cuno gewandt habe, da er fortgesetzt Schwierigkeiten gemacht habe, daß aber die Eingaben abgegeben worden seien, ohne meine. Ich erklärte darauf Herrn Helfferich, daß ich dies Vorgehen höchst unrichtig fände. Ich hätte die Eingabe unterschrieben und dann, aus Gründen, die Herr Krogmann wisse meine Unterschrift an die von Cuno gekoppelt, bis dieser Gelegenheit gehabt habe, sich zu unterrichten. Ich müsse Herrn Helfferich den Vorwurf machen, daß er mich nicht gefragt habe, was mit meiner Eingabe geschehen solle, nachdem er, Helfferich, ohne mein Wissen, beschlossen habe, Cuno gar nicht mehr zu fragen. Hätte ich von dieser Sache gewußt, so hätte ich gebeten, meine Eingabe abzugeben, da der Inhalt, wie Krogmann wisse, absolut mit meiner Meinung überein stimme. Herr Helfferich hat sich zu diesem meinen Vorwurf nicht geäußert.

Ich habe, als ich auf Veranlassung von Krogmann die Herren Keppler und Kranefuss aufsuchte, sofort eine schlechte Stimmung gegen mich bemerkt. Über Cuno wurde nur das Übelste gesagt, so z. B., daß Cuno die Herausgabe einer von der damaligen hamburger Regierung zweifellos unterstützte Wahlschrift „Haltet das Tor offen!“, in welcher Hitler der Wegbereiter des Bolschewismus genannt wurde, nicht nur begünstigt, sondern auch finanziell unterstützt habe. Ich erwiderte sofort, daß dies m. E. eine Verleumdung sein müsse, denn ich habe häufig mit Cuno gerade über diese Schrift gesprochen und unsere gemeinsame schärfste Ablehnung festgestellt.

Heil Hitler!  
Leisler Kiep

Dr. Leisler Kiep  
Staatsrat u. Korvettenkapitän a. D.

Denizbank Istanbul  
Galata

Durch Kurier!

20. 3. 39.

Sehr verehrter und lieber Herr Reichsminister!

Die Größe der Ereignisse, die unter der Alles überragenden Führung Adolf Hitlers den gerade erst errungenen neue gewaltige Erfolge hinzufügt, läßt einen fast die persönlichen Fragen ganz vergessen. Das tägliche Geschehen ermahnt einen aber gerade hier in exponierter Lage daran, daß jeder dauernd auf dem Posten sein und sich jederzeit für die deutsche Sache einsetzen muß, damit der Führer das Tempo innehalten kann. Und so möchte ich auch rechtzeitig meine Vorbereitungen treffen, damit der Führer in Monatsfrist meinen Glückwunsch zu seinem 50ten Geburtstag in Händen hat. Ich bitte Sie, mich dabei Ihrer gütigen Vermittlung bedienen zu dürfen und dem Führer anl. Brief und Buch gütigst übermitteln zu wollen. Der Inhalt des Buches als eines Denkmals der Kameradschaft der Drei Kleinen Kreuzer wird den Führer vielleicht interessieren, ist es doch alles „Fronterleben“. Empfangen Sie bitte im voraus meinen aufrichtigsten Dank für die gütige Erfüllung meiner Bitte!

Ich schrieb Ihnen zuletzt am 14. 2. und habe meinen damaligen Mitteilungen nur hinzuzufügen, daß die Verhandlungen über Stornierung des Baues von drei 5200 Tonnern in Rostock dicht vor dem Abschluß stehen. Deutscherseits wird eine Buße von nahezu drei Millionen Reichsmark gezahlt, und die Schiffsbauaufträge gehen ins Ausland, wahrscheinlich nach England. Sie können sich denken, wie bitterböse das mir ist! Ich hatte mich an alle maßgebenden Instanzen (Funk, Raeder, Weizsäcker) gewandt. aber nur die Antwort erhalten, daß es leider nicht anders gehe, da alles für die Aufrüstung benötigt wird! Das Gebäude, das ich hier errichtet hatte, wird also leider immer brüchiger. Um so mehr muß man sich bemühen, andere Wege zu finden, wenn der der Schiffslieferung nicht gangbar ist, um den deutschen Einfluß zu steigern. So zu denken und handeln liegt sicher im Sinne des Führers, dem ich, eingedenk der Zeit von 1930 bis 1933, als ich im Kreise der deutschen Großreederei, nahezu als einziger maßgeblicher, viel für die Partei tun konnte, bitte meinen Treuegruß übermitteln zu wollen.

Mit allen guten persönlichen Wünschen für Sie sowie besten Grüßen und

Heil Hitler!  
stets Ihr Leisler Kiep

An den  
Reichsminister und Chef der Reichskanzlei  
Herrn Dr. Lammers  
Berlin

Dr. Leisler Kiep  
Staatsrat u. Korvettenkapitän a. D.

Denizbank  
Istanbul  
GALATA

Zum 20. April 1939.

Mein Führer!

Empfangen Sie bitte zu Ihrem fünfzigsten Geburtstage von meiner Frau, meinen Kindern, meinen Hausgenossen und mir die allerherzlichsten guten Wünsche! Möchte der Segen des Allmächtigen Sie auf allen Ihren Wegen begleiten und Sie uns lange, lange Zeit in Frische und Tatkraft erhalten zum Segen und Erfolge unseres von Ihnen geschaffenen Großdeutschen Vaterlandes!

Eingedenk der Zeit von 1930 bis 1933, als ich in Hamburg für die finanzielle Unterstützung der Partei und ihre Propaganda im Kreise der Großreederei tätig sein konnte, sowie der Unterredung, die Sie mir am 3. November 1932 im „Kaiserhof“ gewährten, bitte ich Sie, als kleines Angebinde das anliegende Buch „Drei Kleine Kreuzer“ annehmen zu wollen. Es ist ein Denkmal der Kriegskameradschaft, die heute im Rahmen des N. S. Deutschen Marinebundes ebenso unverbrüchlich zusammenhält wie von 1914 bis 1918.

Im übrigen sei meine Gabe zu Ihrem Geburtstage die Versicherung, daß für mich hier auf einem Außenposten ebenso wie im Kriege das Wort gilt: „Bereitsein ist Alles!“

In Bewunderung, Dankbarkeit und Treue

Ihr ergebenster Leisler Kiep

An den  
Führer und Reichskanzler  
Berlin



Dr. Leisler Kiep  
Staatsrat u. Korvettenkapitän a. D.

Denizbank  
Istanbul  
Galata  
Telgr.: Denizbank Istanbul

10. 4. 39.

Sehr verehrter und lieber Herr Reichsminister!

Für Ihre so freundlichen Zeilen vom 30. März danke ich Ihnen sehr vielmals!  
Es ist sehr liebenswürdig von Ihnen, dem Führer meine Glückwünsche und mein bescheidenes kleines Geburtstagsgeschenk zu übermitteln.

Ihre freundliche Mitteilung, daß der Führer mir für meinen Glückwunsch und das bescheidene Geburtstagsgeschenk Dank wissen wird, gibt mir den Mut, die Bitte um ein Bild des Führers mit Unterschrift vorzubringen!

In der Kampfzeit von ca. 1930 an bat ich den Führer nicht darum, und später kam für mich der Kampf um „Fundus“. Ich konnte Ihnen vor Jahresfrist mit der Bitte um Unterrichtung des Führers melden, daß ich den Kampf erfolgreich beendet hatte, und so wäre ein Bild des Führers ein besonders schöner Abschluß dieser Zeit. Ich denke, daß meine fast zehnjährige Gefolgschaft mir vielleicht etwas Berechtigung gibt, eine solche Bitte zu äußern!

Jedenfalls wäre ich Ihnen zu größtem Danke verpflichtet, wenn Sie, falls Sie es für angebracht halten, die Bitte vortragen würden!

Mit verbindlichsten Grüßen und

Heil Hitler  
stets Ihr ergebenster Leisler Kiep

Herrn Reichsminister  
und Chef der Reichskanzlei  
Herrn Dr. Lammers  
Berlin

- 1.) Der Führer hat das anliegende Bild unterschrieben.
- 2.) Herrn pers. Referenten erg.

Berlin, den 7. Juni 1939.

DZA, Bl. 72, maschinenschriftliches Original, unterschrieben von Leisler Kiep. Die Vermerke unter der Anschrift wurden maschinenschriftlich auf der Rückseite des Originals durch das Büro Lammers gemacht und von diesem abgezeichnet.

Der Reichsminister und Chef  
der Reichskanzlei  
RM. Nr. 1826/39 A

Berlin, den 10. Juni 1939

- 1.) An  
Herrn Dr. Leisler Kiep  
Staatsrat und Korvettenkapitän a. D.  
Denizbank  
Istanbul  
Galata

Durch Kurier des Auswärtigen Amts

Sehr geehrter Herr Staatsrat!

Auf Ihr Schreiben vom 10. April d. Js. zurückkommend, freue ich mich, Ihnen im Auftrag des Führers anbei sein Ihnen gewidmetes Bild mit dem eigenhändigen Namenszug des Führers übersenden zu können.

Heil Hitler!  
Ihr sehr ergebener  
(N. d. H. RMin.) L.

bzfg. Lichtbild d. Führers m. eigenhänd. Widmung

2.) Z. d. A.

Nach Vortrag bei dem Herrn Reichsminister:

Der Reichsminister und Chef  
der Reichskanzlei  
RM. Nr. 2998/39 A

Berlin, den 7. Juli 1939

1.) An  
Herrn Dr. Leisler Kiep  
Staatsrat und Korvettenkapitän a. D.  
Denizbank  
Istanbul  
Galata

Durch Kurier des Auswärtigen Amtes

Zu den Schreiben vom 14. und 26. Juni 1939.

Sehr geehrter Herr Staatsrat!

Ich hatte bereits Gelegenheit, mit Herrn Reichsstatthalter Kaufmann Ihre beabsichtigte Berufung als sein wirtschaftlicher Mitarbeiter nach Hamburg persönlich zu besprechen. Gern bin ich bereit, diese Pläne nach bester Möglichkeit zu unterstützen. Da ich aber nicht weiß, wie ich die Angelegenheit bei ihrem augenblicklichen Stand am besten fördern kann, darf ich Ihnen anheimgeben, mir mitzuteilen, in welcher bestimmten Richtung Sie meine Unterstützung wünschen.

Heil Hitler!  
Ihr sehr ergebener  
(N. d. H. RMin.) L.

2.) Z. d. A.

DZA, Bl. 77, Konzept, abgezeichnet von Lammers, abgesandt am 8. Juli 1939.

Staatsrat Dr. Leisler Kiep

Geschäft: Hamburgische Landesbank –  
Girozentrale –  
Bergstr. 16, Tel. 321016,  
Telegr.: Landesbank

Privat: Hamburg 13, Hartungstr. 5,  
Telefon 553063

den 16. April 1942.

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Lieber Herr Dr. Lammers!

„More solito“ darf ich Sie bitten, dem Führer zum Geburtstage mit meinem Treuegruß meine aufrichtigsten guten Wünsche zu übermitteln!

Am 20. April sind die Gedanken jedes braven Deutschen bei ihm, aber an diesem Geburtstage sind die Wünsche noch inniger und ernster als je! Möchte der große Wurf, der bevorsteht, restlos gelingen! Das walte Gott!

Möchten dem Führer gute Gesundheit und alles persönliche Glück beschieden sein, das die schwere Bürde seiner Riesenaufgabe überhaupt nur zuläßt!

In diesem Wunsche darf ich Sie als seinem ersten Gehilfen herzlich einschließen.  
Mit besten Grüßen und

Heil Hitler!  
Ihr Leisler Kiep

# LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

## DA STUNDEN DIE BERGKLEUTE AUFF

Die Klassenkämpfe im Mansfeldischen Kupferschieferbergbau von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis 1622 und ihre ökonomischen und sozialen Ursachen  
BAND 1 und 2

*Geschichte der Fabriken und Werke Bd. VI/1 und VI/2,  
Verlag Tribüne, Berlin 1960, 746 Seiten, Preis 19,40 DM.*

Wie der Untertitel der vorliegenden zweibändigen Arbeit bereits andeutet, wird das Hauptthema – die Klassenkämpfe der mansfeldischen Bergarbeiter – in engem Zusammenhang mit seinen ökonomischen und sozialen Ursachen untersucht. Wir erhalten hier erstmals auf der Grundlage des historischen Materialismus ein umfassendes Bild von der Entwicklung der Lage der Bergarbeiter und ihrer Klassenkämpfe in einem der wichtigsten Bergbaugebiete in der Zeit der Entstehung und Entwicklung kapitalistischer Elemente in den Produktionsverhältnissen.<sup>1</sup> Gleichzeitig wird mit dieser Arbeit ein wichtiger Beitrag zur Klärung der Problematik des Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland geleistet, da neben der eigentlichen Themenstellung auch grundlegende theoretische Fragen der ökonomischen Entwicklung behandelt werden. Dabei beruht die ganze Untersuchung auf einer gründlichen Auswertung umfangreichen, im wesentlichen neu erschlossenen Quellenmaterials, vornehmlich aus dem Landeshauptarchiv Magdeburg; darüber hinaus ist auch die einschlägige Literatur weitgehend berücksichtigt worden.

Das Werk ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden die Herausbildung von Formen kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der Klassenkampf der Bergarbeiter im mansfeldischen Kupferschieferbergbau von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum deutschen Bauernkrieg 1525 behandelt. Der zweite Teil der Arbeit bringt eine Darstellung der Klassenkämpfe von 1525 bis zum Zusammenbruch des Bergwerksbetriebes der Grafen von Mansfeld im Jahre 1568. Teil 1 und 2 bilden den 1. Band. Der 2. Band umfaßt dann den dritten Teil der Arbeit, die Darstellung und Analyse der Kämpfe vom Beginn der kursächsischen Verwaltung der Bergwerke im Jahre 1568 bis zum Erliegen des Bergbaus im Dreißigjährigen Krieg (1622), sowie einen umfangreichen Anhang mit Karten, Tabellen und Dokumenten.

Da gerade der erste Teil der Arbeit, der thematisch mit der 1955 vorgelegten Dissertation P.s übereinstimmt<sup>2</sup>, viele, besonders für den Wirtschafts-

<sup>1</sup> Eine kurze Analyse der bisherigen Literatur gibt P. in der Einleitung (S. 10 ff.). Vgl. die Würdigung seiner Arbeit durch *Steinmetz*, in: *Historische Forschungen in der DDR. Sonderheft 1960 der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“*, S. 142 ff., sowie *Mottek, Hans*, (ebenda), S. 163 ff.

<sup>2</sup> Phil. Diss. Berlin 1955.

historiker interessante allgemeine Probleme aufwirft, dürfte es an dieser Stelle gerechtfertigt sein, im folgenden ausführlicher auf einige der Hauptfragen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland einzugehen, um so mehr, als Paternas Analyse der mansfeldischen Verhältnisse interessante Anregungen für die weitere Erforschung dieses Zeitraumes der deutschen Geschichte vermittelt.<sup>3</sup>

In der Einleitung (S. 7–13) umreißt P. zunächst die zu behandelnde Problematik. Dabei weist er darauf hin, daß er ursprünglich lediglich die Klassenkämpfe der Bergarbeiter in der Zeit nach dem deutschen Bauernkrieg bis zur Stilllegung der Bergwerke im Dreißigjährigen Krieg behandeln wollte, daß es jedoch für das Verständnis dieses Kampfes notwendig war, auch die in der wissenschaftlichen Literatur bisher kaum erwähnten Kämpfe vor 1525 ausführlich und im Zusammenhang mit den ihnen zugrunde liegenden Veränderungen in den ökonomischen Verhältnissen zu untersuchen (S. 8f.). Dementsprechend stellt er sich die Aufgabe, zu ergründen, „ob und in wie weit die ökonomische Entwicklung in den Jahrzehnten vor dem deutschen Bauernkrieg bereits zur Herausbildung von Keimen und Formen kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Mansfelder Bergbau geführt hat und welche Folgen sich daraus für die Lage und den Klassenkampf der Bergarbeiter ergaben“ (S. 8). Als Keime kapitalistischer Produktionsverhältnisse bezeichnet P. – ähnlich wie N. Drushinin<sup>4</sup> – Erscheinungen innerhalb der Feudalgesellschaft, „in denen die Tendenz enthalten ist, wesentliche Bestandteile (Elemente) der ausgereiften kapitalistischen Gesellschaftsformation zu entwickeln, ohne daß diese Bestandteile schon die Gestalt erreichen, die sie später im Rahmen der ausgebildeten Gesellschaftsform annehmen“ (S. 9). Unter Formen kapitalistischer Produktionsverhältnisse versteht P. eine höhere Stufe der Entwicklung, und zwar im Unterschied zu den Keimen „einzelne, bereits fertig ausgebildete Elemente der kapitalistischen Gesellschaftsformation . . ., die bereits die Gestalt zeigen, die sie später innerhalb dieser Formation besitzen“ (S. 9), die aber noch innerhalb der Feudalgesellschaft existieren. Leider spielt diese ganze Unterscheidung der Keime und Formen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse kaum eine Rolle, worunter die Präzision seiner Formulierungen an manchen Stellen leidet.<sup>5</sup>

Im ersten Teil der Arbeit (S. 15 bis 218 des 1. Bandes) behandelt P. zunächst die Entwicklung des mansfeldischen Kupferschieferbergbaus bis zum Ende des 15. Jahrhunderts. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung bis zum 15. Jahrhundert zeigt er auf, wie in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts

<sup>3</sup> Im übrigen sei auf die Besprechung von *Laube, Adolf*, in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ 1960, H. 8, S. 1924–1930, verwiesen.

<sup>4</sup> *Drushinin, N.*, Die Periodisierung der Geschichte der kapitalistischen Verhältnisse in Rußland, in: 20. Beiheft zur „Sowjetwissenschaft“, Berlin 1952, S. 58.

<sup>5</sup> Vgl. Teil I, Kap. II–IV, insbesondere die Zusammenstellung S. 93f.

mit dem allgemeinen ökonomischen Aufschwung in Deutschland die Nachfrage nach Kupfer anstieg, um dann ausführlich auf die verschiedenen Ursachen einzugehen, die zu dieser Steigerung der Nachfrage führten. Besonders hebt er dabei die Rolle des Nürnberger Handelskapitals hervor, das die Kupferbeschaffung für die wichtigsten deutschen und außerdeutschen Metallverarbeitungszentren vermittelte, sich aber schon damals nicht allein auf den Absatz des Kupfers beschränkte, sondern auch in die Produktion einzudringen begann und damit auch die Entwicklung der Produktivkräfte im mansfeldischen Kupferschieferbergbau entscheidend beeinflusste. Eine besondere Rolle spielten in dieser Beziehung die Konstruktion und Anwendung von Bewegungsmaschinen, die durch ausreichende Belüftung und Entwässerung das Vordringen in größere Tiefen ermöglichten, und die Einführung des Seigerverfahrens, das zur Scheidung des im Rohkupfer enthaltenen Silbers angewandt wurde.<sup>6</sup>

Der Zusammenhang zwischen dem Eindringen des Handelskapitals und der Entfaltung der Produktivkräfte wird hier ganz deutlich. Die steigende Nachfrage nach Kupfer und Silber erforderte dringend eine Produktionssteigerung, die auf der Grundlage der wesentlich verbesserten bzw. neu eingeführten Produktionsverfahren und Produktionsinstrumente wohl möglich, aber nur mit Hilfe größerer Kapitalanlagen durchführbar war. Während die hierfür erforderlichen Kosten die Finanzkraft der Bergbautreibenden bei weitem überstiegen, beteiligten sich die Nürnberger Handelskapitalisten infolge der steigenden Gewinnaussichten maßgeblich an der Begründung und dem Ausbau der Seigerindustrie, die im wesentlichen außerhalb der Grafschaft Mansfeld entstand. P. mißt ihrem Wirken, auch für den unmittelbaren Bergbaubetrieb, außerordentliche Bedeutung bei. „Der entscheidende Endprozeß bei der Kupfer- und Silbergewinnung lag somit in den Händen von Handelsgesellschaften, die in keinerlei feudaler Abhängigkeit von den Mansfeldischen Grafen standen. Außerdem verfügten sie über ungewöhnlich reiche finanzielle Mittel. Das hatte den Vorteil, daß dem Mansfelder Kupferschieferbergbau . . . gewaltige Summen zur Steigerung der Produktion zufflossen. Nur dadurch war es möglich, daß die Errungenschaften der Wissenschaft dem Bergbau und der Erzverarbeitung weitestgehend nutzbar gemacht werden konnten“ (S. 37f.).<sup>7</sup>

Der Darstellung der Entwicklung der Produktivkräfte sowie der kapitalistischen Unternehmen durch das Eindringen des Handelskapitals in Bergbau und Hüttenwesen folgt im zweiten Kapitel die Behandlung der Herausbildung von

<sup>6</sup> Um den Anteil der Oberdeutschen an der Entwicklung der Produktivkräfte im mansfeldischen Kupferschieferbergbau klarer einschätzen zu können, wäre von Interesse, Genaueres über ihren Anteil an der Erfindung und Einführung des Seigerverfahrens im Mansfeldischen zu erfahren. Vgl. dazu auch *Möllendorf, Walter*, Die Eroberung des Weltmarktes durch das mansfeldische Kupfer, Gotha 1911, S. 5f.; nach Möllendorf wurde es von Nürnberg aus eingeführt.

<sup>7</sup> Obwohl es in ihrer Bezeichnung nicht zum Ausdruck kommt, waren die Seigerhandelsgesellschaften Produktionsunternehmen, bei denen der Handel eine große Rolle spielte.



Elementen kapitalistischer Produktionsverhältnisse. P. beginnt mit einer Analyse des Differenzierungsprozesses der unmittelbaren Produzenten und deren Scheidung in von den Produktionsmitteln getrennte Produzenten einerseits und Produktionsmittelbesitzer, die sich zu Kapitalisten entwickeln, andererseits. Sehr eindringlich weist P. hier anhand der Veränderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse das Wirken der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nach. Er verfolgt, wie die ursprünglich allein oder in kleinen Gruppen arbeitenden Eigenlehner – meist unter Mithilfe der Familienangehörigen und zum kleineren Teil auch mit einer geringen Zahl von Lohnarbeitern – versuchten, den mit zunehmender Tiefe des Abbaus anwachsenden Schwierigkeiten zu begegnen, indem sie sich zu Arbeitsgenossenschaften, den sogenannten „Gewerken“, zusammenschlossen. Mit zunehmender Anwendung der modernen Technik in Bergbau und Hüttenwesen und dem damit verbundenen rapide ansteigenden Kapitalbedarf wurden die alten patriarchalischen Produktionsverhältnisse des Eigenlehnerbetriebes zersetzt, und die meisten ehemals selbständigen Produzenten wurden allmählich Lohnarbeiter. Diese Veränderung der alten Produktionsverhältnisse erfolgte einmal dadurch, daß das oberdeutsche und später auch das Leipziger und Frankfurter Handelskapital, das die Seigerindustrie in Händen hatte, von dort aus auf dem Wege des Verlanges unmittelbar in Bergbau und Hüttenwesen eindrang. Zum anderen gelang es einer kleinen Schicht von Gewerken und Hüttenmeistern, die sich im Konkurrenzkampf behaupten konnten, zu Unternehmern aufzusteigen. Interessant ist die Tatsache, daß – im Unterschied zum Beispiel zum erzgebirgischen Silberbergbau<sup>8</sup> – sich im Mansfeldischen eine äußerst enge Verbindung zwischen Bergbau und Hüttenwesen herausbildete. Wurden die Schmelzhüttenbesitzer bereits Mitte des 15. Jahrhunderts bei der Verleihung der Bergbaugerechtigkeit von den Grafen im Interesse der Sicherung und Steigerung des Kupferzehnten bevorzugt<sup>9</sup>, so war mit der Bergordnung von 1521 der Besitz einer Schmelzhütte zur Voraussetzung für die Verleihung von Bergteilen und der damit verbundenen Bergbaugerechtigkeit geworden (S. 49).

Der sich verschärfende Konkurrenzkampf hatte auch unter den reichen Hüttenmeistern eine fortschreitende Differenzierung zur Folge, denn nur einigen weni-

<sup>8</sup> So bestimmte bereits das alte Freiburger Bergrecht, daß die Gewerken der Silberhütten keine Anteile an Gruben haben durften. Den Handel zwischen dem Freiburger Silberbergbau und den Schmelzhütten vermittelten Handelskapitalisten, zeitweilig auch landesherrliche Erzkäufer. *Köhler, Johann*, Die Keime des Kapitalismus im sächsischen Silberbergbau (1168 bis um 1500), Freiburger Forschungshefte, D 13, Berlin 1955, S. 120. Die Arbeit Köhlers, die P. leider nicht berücksichtigt, bietet interessante Gesichtspunkte und Vergleichsmöglichkeiten.

<sup>9</sup> Es handelte sich hier um die älteste Bergrechtsaufzeichnung für dieses Gebiet, das Eislebener Schöffebuch (P., S. 47). Verstärkt kam diese Tendenz bereits in der Handels-, Hütten- und Gerichtsordnung der Grafen zu Mansfeld um 1477 zum Ausdruck (S. 48).

gen gelang es, selbst zu Teilhabern der Seigerhandelsgesellschaften aufzusteigen oder aber eigene kleine Handelsgesellschaften zu gründen. Die meisten waren nicht in der Lage, die ständig steigenden Kosten für Erhaltung, Erweiterung und Verbesserung der Bergwerks- und Hüttenanlagen aufzubringen und daher letztlich gezwungen, Verlagsverträge mit den kapitalkräftigeren Seigerhandelsgesellschaften abzuschließen, deren Einhaltung letztere meist durch die Einsetzung von Faktoren kontrollierten. Schließlich führte der immer schärfer werdende Konkurrenzkampf auch unter den Seigerhandelsgesellschaften dazu, daß selbst reiche Hüttenmeister und Mitgesellschafter ihren umfangreichen Besitz verloren.

Dieser Seite der ursprünglichen Akkumulation, der Entstehung der Ansätze des industriellen Kapitals und der industriellen Kapitalisten, entsprach die andere Seite dieses Prozesses, die Schaffung der durch das Kapital beschäftigten Lohnarbeiter. P. kommt bei der entsprechenden Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Lohnarbeiter in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts schnell anwuchs, und daß Lohnarbeit in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts bereits systematisch und in großem Umfang angewandt wurde (S. 77). Während um 1525 einzelne Hüttenmeister 100 bis 200 und mehr Bergarbeiter beschäftigten, schätzt P. die Gesamtzahl der zu diesem Zeitpunkt im Mansfeldischen beschäftigten Bergarbeiter auf 2000 bis 3000, nicht eingerechnet Hüttenleute, Kläuber, Fuhrleute, Schmiede, Zimmerer, Köhler und dergleichen. Diese Zahl setzte sich neben den ehemaligen Eigenlehnern aus Besitzlosen verschiedenster Herkunft — aus ehemaligen Bauern und Handwerkern sowie anderen plebejischen Elementen — zusammen. Sie besaßen keine Produktionsmittel mehr, die eine selbständige Warenproduktion und damit ihnen und ihren Familien die Existenz ermöglicht hätten, weiterhin waren sie weder leibeigen noch hörig, unterlagen also keinerlei feudalen Bindungen. Sie waren gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und besaßen so für ihre Beschäftigung als Lohnarbeiter alle notwendigen Voraussetzungen.

Als weiteres Kennzeichen für den Übergang zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen arbeitet P. in einem besonderen Abschnitt die bei den kapitalistischen Unternehmern unter dem Zwang der Konkurrenz immer stärker spürbare Tendenz heraus, einen zunehmenden Teil des erzielten Gewinns zur Erweiterung und Verbesserung der Produktionsanlagen zu benutzen. Er weist darauf hin, daß dieser Vorgang der normalen kapitalistischen Akkumulation den Aufschwung des Bergbaus außerordentlich beschleunigte (S. 77 und 87). Zweifellos ist es ein besonderes Verdienst P.s, auf die Bedeutung der kapitalistischen Akkumulation und damit gleichzeitig auf die sehr interessante Frage des Anteils von ursprünglicher Akkumulation und normaler kapitalistischer Akkumulation im Verlaufe des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland hingewiesen zu haben, eine Frage, deren Beantwortung noch aussteht.

Bei der Analyse des Prozesses der ursprünglichen Akkumulation geht P. auch auf die Herausbildung und Bedeutung der reicheren Hüttenmeister, der

„Produzenten-Kaufleute“ (Marx), für die Entwicklung der Produktion ein. Sie waren es, „die die Initiative zur Anlegung neuer, tieferer Schächte und zur Erreichung vergrößerter und verbesserter Schmelzöfen, vor allem aber zu gemeinsamen Anlagen für eine verbesserte Wasserbekämpfung und -wegführung ergriffen“ (S. 84). Und: „Ihnen ist es zuzuschreiben, daß in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts die Zahl der Feuer sprunghaft anstieg und der Wert der Anlagen sich bedeutend erhöhte“ (S. 86). Wenn es dann an der gleichen Stelle heißt: „Die kapitalistischen Hüttenmeister waren somit damals in *gewissem Sinne* die Träger des Fortschritts“ (Hervorhebung von mir – H. H.), so scheint uns diese Abschwächung nicht notwendig. Selbstverständlich waren diese Kapitalisten Träger des gesellschaftlichen Fortschritts, aber – und hier muß man nicht einschränkend, sondern ergänzend feststellen – sie waren nicht die alleinigen Träger des Fortschritts; die gleiche Rolle spielten zu dieser Zeit zweifellos die im mansfeldischen Bergbau sowie in der Seigerindustrie tätigen Oberdeutschen.<sup>10</sup>

Die Ausführungen P.s zeigen uns, wie wichtig es für die Bearbeitung der Probleme des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus ist, der Herausbildung der kapitalistischen Unternehmer größere Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden. Für den mansfeldischen Kupferschieferbergbau ist vor allem noch umfassend – das heißt nicht nur im Hinblick auf die ökonomischen Verhältnisse – die Entwicklung der in diesem Gebiet seßhaften kapitalistischen Unternehmer und Handelskapitalisten zu untersuchen, die sich vor allem aus ehemaligen Produzenten und Hüttenmeistern zusammensetzten sowie aus ursprünglichen Faktoren der oberdeutschen Handelskapitalisten, die als technische oder kaufmännische Betriebsleiter nur mit einer kleinen Einlage an den Seigerhandelsgesellschaften beteiligt wurden, sich im Verlauf ihrer Tätigkeit aber zum Teil zu beachtlichen Kapitalisten entwickelten.

Nicht ganz überzeugend scheint uns die vom Verfasser getroffene Feststellung belegt, daß mit der Entwicklung einzelner Hüttenmeister zu kapitalistischen Unternehmern der „wirklich revolutionierende Weg“ (Marx), nämlich „die Verwandlung des Produzenten in den Kaufmann und Kapitalisten beschränkt wurde, auf dem allein die Umwälzung der alten Produktionsweise möglich war“ (S. 72). Diesem Vorgang stellt P. die Entwicklung der Verlagsbeziehungen von seiten des Nürnberger und später Leipziger und Frankfurter Handelskapitals gegenüber, die seiner Meinung nach für die Herausbildung von Keimen des künftigen industriellen Kapitals bedeutungslos waren und lediglich zu einer Aneignung, aber nicht zur Schöpfung von Mehrwert führten, während die im Bergbau und Hüttenwesen der kapitalistischen Hüttenmeister, der Produzenten-Kaufleute, angelegten Kapitalien „Keime eines künftigen industriellen

<sup>10</sup> Siehe S. 177. Vgl. dagegen Köhler, Johann, a. a. O., S. 123f., der für den Freiburger Silberbergbau zu anderen Resultaten kommt, die allerdings sicher noch weiterer Untersuchung und Diskussion bedürfen.

Kapitals“ darstellten (S. 72f.).<sup>11</sup> Wenn P. hier zur Begründung seiner Ansicht auf die bekannte Gegenüberstellung der zwei Formen des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise in der Textilindustrie bei Marx<sup>12</sup> hinweist, so scheint das doch eine nicht zutreffende Anwendung eines Marxschen Gedankenganges auf ganz anders geartete Verhältnisse zu sein. Denn während es sich bei dem Beispiel von Marx um eine relativ primitive Form der Unterordnung der Produktion unter das Handelskapital – Trennung der unmittelbaren Produzenten vom Rohstoff- und Absatzmarkt ohne wesentliche Veränderungen in der Produktionsorganisation und in den Produktionsverhältnissen – handelt, werden im mansfeldischen Kupferschieferbergbau zwischen den Seigerhandelsgesellschaften und den Hüttenmeistern regelrechte Verlagsbeziehungen entwickelt, wodurch schon eine wesentlich höhere Form der Unterordnung der Produktion unter das Kapital erreicht wird (S. 72). Auch davon, daß der Handelskapitalist „die alte Produktionsweise konserviert und als seine Voraussetzung beibehält“, kann im Mansfeldischen in der zweiten Hälfte des 15. und in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts gar keine Rede sein. Wir brauchen hier nur auf die oben angeführten Ausführungen des Verfassers über die Bedeutung des oberdeutschen Handelskapitals für die quantitative und qualitative Entwicklung der Produktivkräfte im Bergbau und Hüttenwesen zu verweisen.<sup>13</sup> Diese die Produktivkräfte und damit auch die Produktionsverhältnisse revolutionierende Rolle, die P. in Anlehnung an Marx lediglich dem Produzenten-Kaufmann zuschreibt, spielt im Bergbau auf Grund der besonderen natürlichen Gegebenheiten offensichtlich auch der Handelskapitalist, denn sein Kapital wurde zur Ausweitung der Produktion und zur Einführung der modernen Technik benötigt, was dann zwangsläufig eine Zentralisation der Produktion und die Entwicklung der manufakturmäßigen Arbeitsteilung nach sich zog.

Offensichtlich wird hier von P. die positive Rolle, die das Handelskapital im Mansfelder Kupferschieferbergbau bis zum Jahre 1525 spielte, unterschätzt, zumal ja das Handelskapital gerade in dieser Zeit in zunehmendem Maße die Tendenz zeigte, sich in industrielles Kapital zu verwandeln. So führt P. zum Beispiel an, wie bereits nach der spätestens 1484 aufgestellten Bergordnung die Verleger das Recht erhielten, Berg- und Hüttenwerke säumiger Schuldner zu pfänden, dann auf eigene Rechnung betreiben zu lassen und im Falle der Nichteinlösung nach Jahresfrist in eigenen Besitz zu nehmen (S. 125f.). Die Zeitspanne, in der der Handelskapitalist als Verleger die unmittelbaren Produzenten

<sup>11</sup> Es ist zu überlegen, ob nicht der Begriff Keime besser auf das auf dem Verlagswege in die Produktion eingeflossene Handelskapital angewandt werden sollte, während das sowohl von den Seigerhandelsgesellschaften im Seigerhüttenwesen und von den Hüttenmeistern im Bergbau und im Hüttenwesen angelegte Kapital als Elemente des industriellen Kapitals zu bezeichnen wäre.

<sup>12</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd. III, Berlin 1949, S. 366 u. 367.

<sup>13</sup> Vgl. S. 111.

hier in ihrer alten zerstreuten Form weiterarbeiten ließ (S. 78), wird kaum bedeutend gewesen sein, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß mit dem Erscheinen der großen Seigerhandelsgesellschaften und ihrer Seigerhütten bereits in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts und den ersten des 16. Jahrhunderts sich schnell zunehmend Verlagsbeziehungen zwischen letzteren und den Berg- und Hüttenwerken herausbildeten. Das über die Seigerhandelsgesellschaften in Form des Verlages in Bergbau und Hüttenwesen eingedrungene oberdeutsche Handelskapital ging aber noch einen Schritt weiter. P. stellt dazu fest, daß „die Seigerhandelsgesellschaften, die den Endprozeß, die Seigerung der Schwarzkupfer, von vornherein in eigener Regie betrieben hatten, dazu übergingen, nun auch die Ausgangsprozesse der Kupfer- und Silbergewinnung, den Kupferschieferabbau und die Verhüttung, unmittelbar unter ihre Kontrolle und ihr Kommando zu nehmen. Jetzt häuften sich die Fälle, in denen diese Seigerhändler, . . ., Hütten und Bergteile solcher Gewerke an sich rissen, die durch die Verlagsvorschüsse ihnen hoch verschuldet und zahlungsunfähig geworden waren. Sie ließen diese Betriebe durch ihre Faktoren bewirtschaften oder zwangen andere Gewerke, unter der Leitung ihrer Faktoren die Betriebe weiterzuführen“ (S. 79). Durch die Bergordnung von 1521 wurde diese Tendenz der Aneignung von Hütten- und Bergwerken durch die Seigerhandelsgesellschaften durch Verkürzung bzw. Vereinfachung des berggerichtlichen Verfahrens noch besonders begünstigt (S. 79).

Im letzten Abschnitt geht P. dann auf die manufakturmäßige Arbeitsteilung ein, deren Grundlagen mit dem Aufkommen der Elemente kapitalistischer Produktionsverhältnisse geschaffen wurden. Er hebt die fortschreitende Überwindung der Zersplitterung der Produktion in viele Kleinbetriebe und die Wirkung dieses Vorganges auf die Entwicklung von Kooperation und Arbeitsteilung<sup>14</sup> hervor. „Je umfangreicher die Bergwerke wurden, die einzelnen kapitalistischen Unternehmern gehörten, desto mehr bildete sich diese organisierte Arbeitsteilung aus. Der Bergbaubetrieb nahm damit in gewissem Sinne den Charakter einer Manufaktur an“ (S. 90). Unseres Erachtens sollte die manufakturmäßige Arbeitsteilung noch weitergefaßt werden und sich nicht allein auf den Bergbau beschränken, denn sowohl die Seigerhandelsgesellschaften, die sich Berg- und Hüttenwerke durch Verlagsbeziehungen angliederten, als auch diejenigen Gesellschaften, die derartige Werke in unmittelbarem Besitz hatten, können doch als Zentren einer manufakturmäßigen Arbeitsteilung aufgefaßt werden, die den gesamten Produktionsprozeß von der

<sup>14</sup> Bei der Gegenüberstellung der einfachen Kooperation der Eigenlehner und der manufakturmäßigen Kooperation als kapitalistischer sollte vielleicht erwähnt werden, daß eine kapitalistische einfache Kooperation vor der Ausbildung der arbeitsteiligen Kooperation nicht bestand. Vgl. dazu *Köhler, Johann*, a. a. O., S. 55, der für den Freiburger Silberbergbau feststellt, daß die manufakturmäßige Arbeitsteilung bereits vor der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse angewendet wurde.

Förderung des Erzes bis zur Endbearbeitung des Rohkupfers in den Seigerhütten umfaßte.

Ebenso kann man dem Verfasser nicht so ohne weiteres zustimmen, wenn er in Anlehnung an Kuczynski<sup>15</sup> sagt, daß auch im mansfeldischen Kupferschieferbergbau „der entscheidende produktionstechnische Fortschritt ‚nur zum geringen Teil (Hervorhebung von mir – H. H.) durch maschinelle Verbesserungen hervorgerufen‘ wurde“ (S. 91). Sicher ist diese Feststellung im Hinblick auf die allgemeine gewerbliche Entwicklung zutreffend, aber gerade beim Bergbau kommt doch infolge der natürlichen Gegebenheiten dem Einsatz von Maschinen eine weitaus größere Bedeutung als in anderen Produktionszweigen zu, ja gerade hier wird die Anwendung von Maschinen doch oftmals zur entscheidenden Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Produktion, vor allem beim Vordringen in größere Tiefen. Allerdings ist als Besonderheit zu vermerken, daß es sich ausschließlich um Bewegungsmaschinen (für den Transport von Wasser, Gestein und für die Luftzufuhr) handelte und nicht um Arbeits- (Werkzeug-)maschinen.<sup>16</sup>

Nach dieser gründlichen Analyse des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses der Keime und Formen kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Mansfelder Bergbau und Hüttenwesen<sup>17</sup>, bei der der Verfasser unseres Erachtens nur die Rolle des Handelskapitals und der manufakturmäßigen Arbeitsteilung einschließlich der Maschinenanwendung etwas unterschätzt hat, untersucht P. in den beiden folgenden Kapiteln (3 und 4) sowohl die hemmenden Einflüsse, die die feudalen Verhältnisse auf die Herausbildung kapitalistischer Elemente ausübten, als auch umgekehrt die zersetzende Wirkung, die letztere auf die feudalen Verhältnisse hatten. Beide Kapitel stellen eine hervorragende Studie der gegenseitigen Beziehungen zwischen der herrschenden Klasse und den Elementen der kapitalistischen Klassen dar.

Das hier von P. herausgearbeitete Verhältnis zwischen kapitalistischen Unternehmern und den mansfeldischen Grafen scheint uns besonderer Beachtung wert. P. weist darauf hin, daß die Einkünfte aus feudalen Abgaben und Grundbesitz den Grafen lange Zeit ein ökonomisches Übergewicht gegenüber den aufkommenden kapitalistischen Unternehmern, den Seigerhandelsgesellschaften und reichen Hüttenmeistern sicherten (S. 100). Sie bestanden neben zahlreichen Abgaben und Dienstleistungen der Bauern aus 174 Ortschaften sowie aus den sechs Städten der Grafschaft aus den von den Hüttenmeistern

<sup>15</sup> *Kuczynski, Jürgen*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte, 2. Aufl. Berlin 1951, S. 159.

<sup>16</sup> Hier erhebt sich übrigens die Frage, welche Beziehungen zwischen diesem relativ frühen und bedeutenden Einsatz von Bewegungsmaschinen im Bergbau und der Tatsache bestehen, daß letzterer später in der industriellen Revolution hinsichtlich des Einsatzes von Arbeits- (Werkzeug-)maschinen keine Rolle spielte, sondern in dieser Umwälzung wesentlich nachhinkte.

<sup>17</sup> Vgl. die Zusammenstellung der verschiedenen Keime und Elemente kapitalistischer Produktionsverhältnisse bei P. auf S. 93.

erhobenen Abgaben, darunter insbesondere Kupferzehnt, Hüttenzins, Ofenkupfer, Schieferzinsen, Einkaufs- und Schlagschatz-, Prozeß- und Kupfergeleitgelder, die für die kapitalistischen Kräfte eine erhebliche Belastung darstellten. Dabei hatten die Grafen die uneingeschränkte politische Macht: Als Inhaber des Bergregals und der Gerichtshoheit waren alle Unternehmungen, Besitzveränderungen, Erweiterungen und Neuerungen in der Produktion von ihrer Genehmigung abhängig. „Lähmend wirkte sich auf die Initiative der Unternehmer aus, daß sie keinen direkten Einfluß auf die Verwaltung und Rechtsprechung besaßen und oft der Willkür und Laune der Grafen bzw. der von ihnen eingesetzten Bergvögte ausgesetzt waren“ (S. 100f.). Hinzu kamen all die Hemmnisse, die sich aus den allgemeinen feudalen Zuständen in Deutschland ergaben, wie Erschwerungen des Handels durch die nationale Zersplitterung, das Fehdeunwesen und die Verzögerung beziehungsweise Unterbindung der Entstehung eines nationalen Marktes. „Diese vielfache Behinderung der Tätigkeit der kapitalistischen Unternehmer mußte auch die Herausbildung ihres Selbstbewußtseins hemmen und in ihnen das Gefühl der Abhängigkeit verstärken. . . Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der wachsenden Bedeutung ihres Standes war noch äußerst schwach ausgebildet“ (S. 102). Andererseits stellt P. trotz dieser Hemmnisse ein Erstarken des Selbstbewußtseins der kapitalistischen Kräfte, wie der Städtebürger überhaupt, fest (S. 114). Für beide Tendenzen wären allerdings Hinweise auf die konkreten Erscheinungsformen wünschenswert gewesen.

Auf der anderen Seite wurde die Position der Grafen, welche in zunehmendem Maße auf die finanzielle Hilfe der kapitalistischen Kräfte angewiesen waren, allmählich erschüttert, was dazu führte, daß sich ihre Stellung gegenüber den kapitalistischen Unternehmern nach und nach veränderte. „Mit der Zeit bildete sich zwischen den Feudalherren und den aufsteigenden kapitalistischen Bergwerksunternehmern eine gewisse Interessenverflechtung heraus“ (S. 124), die sich besonders in den schon erwähnten Bergordnungen zugunsten der kapitalistischen Elemente niederschlug. Zu dieser Interessenverflechtung trug auch die Bedrängnis der Mansfelder Grafen durch ihre mächtigeren Nachbarn — die Herzöge und Kurfürsten von Sachsen und die Erzbischöfe von Magdeburg — bei. Das unseres Erachtens äußerst wichtige Ergebnis, das P. herausarbeitet, war auf der Seite der Grafen eine weitgehende Zurückhaltung in der Anwendung ihrer feudalen Machtmittel und Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber den kapitalistischen Unternehmern, während andererseits die aufkommenden kapitalistischen Unternehmer den Grafen meist bereitwillig finanziell halfen und ihre Opposition weitgehend zurückstellten (128). „Im gemeinsamen Interesse der Grafen wie der kapitalistischen Unternehmer lag es vor allem, die feudalen Machtmittel zu benutzen, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter zu verstärken, nicht aber die Steigerung der Produktion durch gegenseitigen Kampf um den Anteil am Mehrwert zu gefährden“ (S. 130). Besonders wichtig ist es festzuhalten, daß sich gerade in dem Produktionszweig in Deutschland, der Anfang des 16. Jahrhunderts im Hinblick auf die

Ausbildung kapitalistischer Elemente in der Produktion am weitesten fortgeschritten war, zumindest in einem der wichtigsten deutschen Bergbaugebiete, eine sehr enge Interessenverflechtung zwischen den kapitalistischen und feudalen Kräften ergibt, die ebenso wie ihre Wirkungen noch einer gründlichen Untersuchung bedürfen.<sup>18</sup> Daß die Durchsetzung der gemeinsamen Interessen der Grafen und kapitalistischen Unternehmer zu einer Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter führte, weist P. im folgenden Kapitel bereits nach. Jedoch wird man dieser Frage bei der weiteren Erforschung der Auseinandersetzungen zwischen den Bergarbeitern und ihren Ausbeutern wie auch zwischen den kapitalistischen Kräften und den Feudalen noch stärkere Beachtung zukommen lassen müssen.

Beim Vergleich der Ausführungen P.s über die Herausbildung der kapitalistischen Unternehmer und ihr Verhältnis zur herrschenden Klasse mit denen Köhlers über die Ansätze zum Direktionsprinzip im Freiburger Silberbergbau bis 1500 und ihre unterschiedliche Wirkung auf die Umwandlung des industriellen Kapitals bzw. Kapitalisten, stößt man auf eine interessante Frage, die bei P. nur schwach anklingt, wenn er sagt, daß die Nürnberger und Leipziger Handelskapitalisten „in erster Linie als Kaufleute auf dem Wege der Finanzierung der Seigerhüttenindustrie und auf dem der Verlagsvorschüsse an die Mansfelder Hüttenmeister in die Produktion eingedrungen waren“ (S. 72.). Köhler stellt auf der Grundlage der Verhältnisse im sächsischen Silbererzbergbau folgendes fest: „Während sich in der Textilindustrie der Handelskapitalist zum Verleger entwickelt, der damit eine Vorform des industriellen Kapitalisten wird, verwandelt sich das Handelskapital, welches im Bergbau angelegt wurde, wohl in industrielles Kapital, in produktives Kapital, aber der Handelskapitalist bemächtigt sich nicht der Produktion im Bergbau wie der Verleger, wird nicht zu einer Vorform des industriellen Kapitalisten, sondern bleibt Handelskapitalist“.<sup>19</sup> Und später erläutert er, daß sich die Entwicklung der Keime des Kapitalismus im sächsischen Edelmetallbergbau nicht auf revolutionärem Wege vollzog, „weil der Handelskapitalist sich unter dem feudalistischen Direktionsystem nicht zum industriellen Kapitalisten entwickeln“ konnte, wobei er betont, daß es sich dabei erst um die Keime dieses Direktionsprinzips handelte.<sup>20</sup> Eine genauere Untersuchung beider Gebiete und ein Vergleich ihrer Entwicklung sowohl hinsichtlich der Herausbildung und Wirkung der Keime des Direktionsprinzips wie auch im Hinblick auf die Entwicklung der kapitalistischen Kräfte wird sicher sehr nützlich sein und klären helfen, ob es hier tatsächlich grundlegende Unterschiede gab bzw. ob die im mansfeldischen Bergbau allem Anschein nach doch positivere Entwicklung der kapitalistischen

<sup>18</sup> Dies trifft sowohl für die aus der Produktion wie für die aus dem Handel hervorgegangenen Unternehmer zu. Eine Verstärkung dieser gemeinsamen Interessen ergab sich aus der Beteiligung einzelner Grafen am Seigerhüttenwesen.

<sup>19</sup> A. a. O., S. 118.      <sup>20</sup> A. a. O., S. 123 f.



Unternehmer und die geringere Entwicklung von Keimen des Direktionsprinzips mit der Tatsache zusammenhängen, daß es sich hier in der Produktion nicht ausschließlich oder in erster Linie um Edelmetall handelte<sup>21</sup>, d. h., daß die Kupferproduktion nicht allein andere Produktionsbedingungen erforderte (größeren Kapitalbedarf für die Produktionsanlagen der Seigerhütten und deren Lage außerhalb der Grafschaft), sondern auch hinsichtlich des Absatzes stärker vom Handelskapital abhängig war als die reine Silberproduktion.

Bei der Beschäftigung mit der vorliegenden Arbeit P.s taucht weiterhin die Frage auf, welche Bedeutung es für den Verlauf des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus hatte, daß in Deutschland gerade der Bergbau der Produktionszweig war, der im wesentlichen als erster und vor allem am stärksten den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation einleitete. Diese Fragestellung bezieht sich auch auf die Zeit nach 1525, auf den sogenannten „Refeudalisierungsprozeß“, in dem wir fast in allen Produktionszweigen eine Rückentwicklung der kapitalistischen Elemente beobachten können. Dabei sind vor allem folgende Momente zu berücksichtigen: 1. Trotz relativ schwacher Quellen der ursprünglichen Akkumulation in Deutschland haben wir hier einen besonders hohen Bedarf an produktivem Kapital für die Bergbau- und Hüttenanlagen und darüber hinaus einen relativ hohen Bedarf an Geldkapital für die an den Landesherrn zu entrichtenden Abgaben und Kredite. 2. Im Unterschied zur Textilproduktion als dem Hauptzweig der Leichtindustrie werden im Silber- und Kupferbergbau keine eigentlichen Massenprodukte gewonnen, was für die Ausbildung des inneren Marktes in Richtung auf den nationalen Markt Bedeutung hatte. 3. Auf Grund der besonderen Produktionsbedingungen im Bergbau befanden sich die stärksten kapitalistischen Unternehmer ökonomisch und ideologisch in beachtlicher Abhängigkeit von den Landesherrn. 4. Es sind die Ansätze zum Direktionsprinzip und ihre Wirkung auf die Herausbildung industrieller Kapitalisten zu beachten.

Den Ausführungen P.s über die Entwicklung der Produktionsverhältnisse folgt im Kapitel 5 eine umfassende Analyse der Lage der Bergarbeiter zu Anfang des 16. Jahrhunderts. P. kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der ungeheure Aufschwung der Produktivkräfte die mit der Bergarbeit verbundenen objektiven Schwierigkeiten keineswegs verringerte, daß vielmehr mit dem Vordringen durch immer härteres Gestein und in immer größere Tiefen und mit zunehmender Ausdehnung der Schacht- und Stollenanlagen die Arbeitsanstrengungen, die Gesundheitsgefährdung und die Unfallgefahr zunahmen. Die Ausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und die damit verbundene Einführung der manufakturmäßigen Arbeitsteilung brachten eine Erhöhung des Arbeitstempos und eine Arbeitszeitverlängerung. Dazu kamen sinkende Kaufkraft der Löhne durch Preissteigerungen und Münzverschlechterungen, die Einbuße alter Privilegien und die Verschlechterung der Rechts-

<sup>21</sup> Wenn auch der Mansfelder Kupferschieferbergbau „zu den wichtigsten Stätten der Silberproduktion“ zählte (S. 87).

stellung der unmittelbaren Produzenten. Die ökonomische Entwicklung bis 1525 hatte schließlich dazu geführt, daß die mansfeldischen Bergarbeiter „nicht nur unter weit schlechteren Verhältnissen leben mußten als die ehemaligen Eigenlehner und die von diesen beschäftigten Lohnarbeiter, sondern auch als die meisten Handwerker ihrer Zeit.“ Sie „waren zu einer der meist geplagten und ärmsten Schichten der Bevölkerung herabgesunken“ (S. 179). Wie P. im folgenden, sechsten Kapitel nachweist, kam es seit der Einführung kapitalistischer Produktionsverhältnisse im mansfeldischen Bergbau auch schon zu Kämpfen des entstehenden Bergarbeiterproletariats gegen seine kapitalistischen und feudalen Ausbeuter. P. geht hier sehr genau den, anfangs nur indirekt faßbaren, verschiedenen Formen des Widerstandes nach, die von den ersten individuellen Aktionen bis zu gemeinsamen Kämpfen größerer Arbeitergruppen reichen und somit eine allmähliche Entwicklung von niederen zu höheren Formen erkennen lassen. Der erste quellenmäßig nachgewiesene größere Massenkampf der Mansfelder Bergarbeiter, der Aufstand von 1507, trug nach P. bereits einige proletarische Züge (S. 195). P. untersucht, wie es zur Gründung geheimer Verbündnisse und Bruderschaften, zur Veranstaltung von Versammlungen und Aufmärschen, zur Wahl von Ausschüssen, zur Verbreitung von Flugschriften, wiedertäuferischer und münzterischer Ideen kam (S. 216). Der erste Teil der Arbeit schließt mit einer Einschätzung der Rolle der mansfeldischen Bergarbeiter im Bauernkrieg. Zu diesen äußerst wertvollen und interessanten Ausführungen sei hier nur kurz folgendes bemerkt: Trotz zahlreicher einschränkender Hinweise entsteht der Eindruck, daß der Verfasser sowohl bei der Einschätzung des in den Kämpfen Erreichten wie auch bei der Feststellung noch vorhandener Schwächen in den Auseinandersetzungen von zu modernen Gesichtspunkten ausgeht und in diesen Fällen der historischen Situation nicht in jedem Falle gerecht zu werden vermag. Vielleicht trägt dazu bei, daß P. immer wieder ganz allgemein von Klassenkampf spricht und dabei auch an Form und Inhalt des eigentlichen proletarischen Klassenkampfes denkt, während es sich hier doch in Wirklichkeit — entsprechend der vom Verfasser selbst in der Einleitung gebrachten begrifflichen und inhaltlichen Unterscheidung — nur um Keime bzw. Elemente des proletarischen Klassenkampfes handeln kann. Ähnlich steht es mit der Anwendung des Begriffes Klassenbewußtsein, den man für diese Zeit in dem eigentlichen Sinn ja keineswegs voraussetzen kann. Auch sollten die kapitalistischen und feudalen Ausbeuter zusammenfassend nicht als „Ausbeuterklassen“ bzw. „herrschende Klassen“ bezeichnet werden, da erstere lediglich in ihren Keimformen bzw. Elementen vorhanden ist.

Hinsichtlich der beiden folgenden Hauptteile des Werkes wollen wir uns hier kurz fassen, da sie sich in erster Linie mit dem Klassenkampf der Bergarbeiter beschäftigen und der ökonomischen Entwicklung — das gilt besonders für den dritten Teil — nur kürzere einleitende Abschnitte widmen.

Zu Beginn des zweiten Teils, der die Seiten 219 bis 410 umfaßt, geht P. im ersten Kapitel noch einmal auf die Bauernkriegszeit ein, um dann die Aus-

wirkungen der Niederlage auf den mansfeldischen Kupferhandel und Bergbau sowie auf die Lage und den Kampf der Bergarbeiter bis 1568 zu behandeln. Zur Problematik der revolutionären Kämpfe 1524/25 sowie zu ihrer Behandlung durch P. ist einiges anzumerken. Wenn sich auch die marxistische Geschichtsforschung bisher im wesentlichen auf die Untersuchung der Kämpfe der Volksmassen konzentrierte und die weit umfassendere Problematik dieser revolutionären Zeit bei uns in der DDR erst kürzlich zur Diskussion gestellt wurde<sup>22</sup>, so kommt unseres Erachtens trotz allem die Behandlung dieser Vorgänge und Zusammenhänge bei P. etwas zu kurz. Schon die zusammenfassende Darstellung der Kämpfe in einem besonderen Hauptteil hätte einen besseren Ausgangspunkt dafür ergeben. Auch für P.s Hauptanliegen, die Untersuchung der Kämpfe der Bergarbeiter, wäre es wünschenswert gewesen, diese stärker mit den Hauptauseinandersetzungen dieser Zeit, besonders den ideologischen, in Verbindung zu bringen, da dadurch die besonderen Schwierigkeiten, denen die Bergarbeiter hinsichtlich der Erkenntnis ihrer Lage und ihrer Ausbeuter gegenüberstanden, noch klarer zutage getreten wären.

Für die ersten Jahrzehnte nach dem Bauernkrieg (bis 1568) ebenso wie für die weitere, im dritten Teil der Arbeit (Band 2, S. 417–616) behandelte Zeit bis 1622, legt P. eingangs die wichtigsten Faktoren dar, die den Niedergang des Bergbaus wie der wirtschaftlichen Situation in Deutschland allgemein verursachten. Er geht dabei von der wachsenden staatlich-politischen Zerrissenheit Deutschlands aus, die die deutsche Wirtschaft und besonders die kapitalistischen Elemente in der Produktion in ihrer Entfaltung immer mehr behinderte, so daß letztere dadurch der zunehmenden holländischen, englischen und französischen Konkurrenz unterlagen. Für die gesamte Zeit vom Ausgang des Bauernkrieges bis zum Dreißigjährigen Krieg ist ein Rückgang der Keime und Elemente kapitalistischer Produktionsverhältnisse sowie ein stärkeres Hervortreten der ohnehin noch vorherrschenden feudalen Kräfte kennzeichnend. Diese Tendenz zur „Refeudalisierung“ wurde durch die Übernahme der Berg- und Hüttenwerke durch die Grafen (1536 bis 1555) verstärkt, da dadurch nicht mehr kapitalistische Interessen die Produktion bestimmten, sondern rein feudale Gesichtspunkte maßgebend waren und eine Akkumulation von Kapital unterblieb. Auch der Übergang in kursächsische Verwaltung 1568 brachte keine wesentlichen Veränderungen. Wichtig sind die von P. herausgearbeiteten Unterschiede in der Funktion des auch nach 1525 im mansfeldischen Bergbau tätigen Handelskapitals, das letztlich die Berg- und Hüttenwerke in Pfandbesitz übernahm. Ferner ist die weiterhin bestehende Interessengemeinschaft zwischen Handelskapital und Grafen von Bedeutung, die entscheidend zur weiteren Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter beitrug. Schließlich weist P. anhand zahlreicher Akten und Urkunden eindringlich nach, daß die

<sup>22</sup> Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland. Protokoll der Tagung der Sektion Mediävistik der Deutschen Historiker-Gesellschaft vom 21. bis 23. 1. 1960 in Wernigerode, Berlin 1961.

mansfeldischen Bergarbeiter vom Ende des Bauernkrieges bis zum Dreißigjährigen Krieg in ununterbrochenem, hartnäckigem Kampf gegen ihre Ausbeuter standen. Dabei lassen P.s Ausführungen erkennen, wie notwendig es ist, nicht allein die Ergebnisse der Niederlage des Bauernkrieges, sondern auch die weitere Entwicklung der lutherischen Reformation in den Blickpunkt der Betrachtung zu rücken. P. bringt nämlich einige einprägsame Beispiele dafür, wie unter dem Einfluß der lutherischen Ideologie die Entwicklung des Selbstbewußtseins der Arbeiter und ihre Kampfkraft gehemmt wurden (S. 332 und 493). Darüber hinaus gibt P. zwei wichtige allgemeine Hinweise. Er stellt fest, daß die Auswirkungen des niederländischen Freiheitskampfes auf die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in Deutschland bisher zu wenig beachtet wurden, und bemerkt dabei, daß der Beginn des niederländischen Freiheitskampfes, „der mit dem Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte des Klassenkampfes der mansfeldischen Bergarbeiter zusammenfällt, überhaupt einen neuen Abschnitt in der Periode der deutschen Geschichte von 1525 bis 1648 einzuleiten scheint“ (S. 427, Fußn. 30).

Im letzten Kapitel der Arbeit (S. 597 bis 625) faßt P. noch einmal die Ergebnisse seiner Untersuchung zusammen. Besonders hervorzuheben ist dabei die hier gegebene Übersicht über die verschiedenen Formen des Kampfes im mansfeldischen Kupferbergbau von den ersten Regungen des Widerstandswillens bis zum bewaffneten Aufstand, wobei P. auch die Erklärung dafür gibt, daß die Kampfformen im zeitlichen Ablauf nicht geradlinig von niederen zu höheren aufsteigen, sondern häufig auch die niederen den höheren folgten und in der Regel beide gleichzeitig angewendet wurden (S. 611). Er schließt seine Ausführungen mit einer allseitigen Einschätzung der Rolle der Kämpfe der Bergarbeiter in der Geschichte des Mansfelder Bergbaus in dem behandelten Zeitraum.

Der umfangreiche Anhang (S. 617 bis 721) enthält neben Karten (unter anderem über die Standorte der Seigerhütten und Bergwerke) und Tabellen (unter anderem eine Übersicht über die Gründung der Seigerhandelsgesellschaften und eine Tabelle über das Eindringen des Kaufmannskapitals in den Bergbau, die leider die Entwicklung nur bis 1576 verfolgt) 24 Dokumente, vor allem Beschwerdeschriften, ferner Verhandlungsprotokolle und Berichte der Bergvögte. Sach-, Orts- und Namenregister und ein besonderes Inhaltsverzeichnis zum I. Band fehlen leider.

Zusammenfassend sei noch einmal festgestellt, daß die Arbeit trotz unserer Vorbehalte und Wünsche, die ja vor allem dem ersten, das Hauptthema einleitenden Teil gelten, als sehr beachtliche Leistung jeden interessiert, der sich mit diesem Abschnitt der deutschen Geschichte beschäftigt, und zwar nicht nur der ausgezeichneten, materialreichen Analysen, sondern auch vieler Anregungen wegen. Es ist zu hoffen, daß bald für andere Gebiete und Produktionszweige Deutschlands ähnliche vergleichende Untersuchungen folgen.

## UNTERNEHMER IN DER POLITIK

*Herausgegeben von Gustav Stein, verfaßt von Herbert Gross unter Mitarbeit von E. Bissinger, F. Blumrath, D. Cattepoel, H. Ritter und H.-O. Wesemann, Econ-Verlag GmbH, Düsseldorf 1954, 330 Seiten.*

Jede Ausbeutergesellschaftsordnung verherrlicht in ihrer Ideologie ihre Ausbeuter – insbesondere dann, wenn die betreffende Gesellschaftsordnung sich ihrem Ende nähert und die Ausbeuter ganz besonders unerfreuliche, weil rein reaktionäre Gestalten geworden sind.

Kein Wunder, daß es heute, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Westdeutschland, eine breite Richtung in der Geschichtsschreibung gibt, die die Unternehmer zur tragenden Gestalt der Geschichte macht, die aus der Geschichte von Völkern und Staaten eine Unternehmergeschichte machen möchte.

Ähnliches läßt sich in der Soziologie beobachten.

Das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte hat sich schon mehrmals mit dieser Erscheinung auseinandergesetzt<sup>1</sup> und wird es noch weiter tun.

Wenn wir hier auf das schon vor einigen Jahren erschienene, an sich ganz unbedeutende Buch von Stein und Gross eingehen, dann nur deshalb, weil sich einige Charakteristika dieser Linie an ihm recht gut studieren lassen – auch ein ganz gewöhnliches Huhn, das ganz gewöhnliche Eier legt, kann recht charakteristisch gackern.

\*

Das Buch hat unter anderem folgende Aufgaben: gesteigerte Leistung der Werktätigen in einem Staat, der als klassenharmonisch geschildert wird, zu verlangen; für Monopole und den staatsmonopolistischen Kapitalismus gegen das, was die Bourgeoisie den Wohlfahrtsstaat nennt, einzutreten; und vor allem, im Interesse der weiteren Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die großen Kapitalisten als Elite der Gesellschaft darzustellen.

Es ist ganz offenbar, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus einer Unternehmer-Elite-Theorie bedarf, wenn irgendmöglich einer solchen, die besagt,

<sup>1</sup> Vgl. z. B. *Baudis, Dieter*, Gesicht und Hintergrund der „Tradition“, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960*, Teil I, Berlin 1960, S. 189, und *Handke, Horst*, Otto A. Friedrich, Das Leitbild des Unternehmers wandelt sich, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962*, Teil II, Berlin 1962, S. 211.

daß die Kapitalisten ganz besonders „geeignet für die Politik“ seien. Und da tut denn auch dies Buch alles, was man nur tun kann.

Schon im Geleitwort wird Herrn Stein „zur Gewißheit, daß gerade der Wirtschaft eine politisch gestaltende Kraft innewohnt. Diese Kraft umfaßt das gesellschaftliche Leben und dringt in entscheidende Einzelfragen der Politik ein. Zeigen wir überdies der Welt eine innere, also gesellschaftliche Integration und eine mutige wirtschaftliche Partnerschaft am Weltmarkt, so wird hieraus mit Sicherheit eine neue politische Hoffnung und Legitimation erwachsen.“ (S. 9)

Immerhin, wird man sagen, wird hier die Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Gesellschaft irgendwie anerkannt. Aber das scheint nur so. Irgend etwas muß man doch über die Bedeutung der Wirtschaft sagen, um den Monopolisten als Übermenschen einführen zu können. Wie wenig diese „Gewißheit“ von der Bedeutung ökonomischer Faktoren mit irgendeiner realistischen Erkenntnis zu tun hat, zeigen die unmittelbar noch im gleichen Absatz folgenden Bemerkungen – ja, man muß darauf hinweisen, daß die jetzt wiederzugebenden Worte unmittelbar folgen, weil der Gedankensprung so unwahrscheinlich unlogisch ist: „Dies setzt allerdings eine neue *Elite* voraus. Sie kann nur entstehen aus einer Gesellschaft, die Ordnung und Rang, materiellen Wohlstand und persönlichen Erfolg gewährleistet. In ihrem Mittelpunkt steht die Persönlichkeit. Die Idee der Individualität ist ihr immanent. Nur in der sittlichen Gebundenheit wird sie schöpferisch sein können. Das gilt für den Unternehmer, seine Mitarbeiter und viele andere Bereiche; für den aufgeschlossenen Beamten genau so wie für die Männer anderer Organisationen.“ (S. 9)

So schnell, mit Siebenmeilenstiefeln, die jeden geordneten Gedankengang überrennen, sind wir bei der *Elite* angekommen. Daß die Kapitalisten nicht schon längst als *Elite* funktionierten und anerkannt wurden, hat historische Ursachen, und hier regt sich sogar eine gewisse Empörung bei Herrn Groß – allerdings mehr als hundert Jahre zu spät – gegen den halbfeudalen Adel: „So liegt wohl die Tragik der deutschen Situation im 19. und auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts darin, daß die gesellschaftlich führende eine gleichzeitig wirtschaftlich absinkende Schicht war, während die wirtschaftlich steigende Schicht sich nicht zur Anerkennung durchringen, sondern über die feudale Schicht hindurchwirken mußte, was viele, und oft die tüchtigsten Unternehmer, zurück auf ihr Werk stieß, indem sie der Politik ganz absagten oder ihr nur vorübergehend dienten.“ (S. 34) Voll Zorn wendet sich Gross gegen einen adelsfreundlichen Bourgeois: „Wittich fragte 1923, wer nun führen soll? Etwa der Fachmann und Bürokrat? Von dort führe kein Weg zum Staatsmann. ‚Fachleute, von denen jeder in seiner Branche das Höchste leistete, haben unter Führung eines fürstlichen Dilettanten das Volk ins Verderben gestürzt.‘ Weder der Beamte als Bürokrat, noch der moderne gewerbliche Unternehmer seien zur politischen Führung berufen. ‚Ich sehe daher als einzige Klasse, die die sozialen Voraussetzungen für die Produktion staatsmännischer Persönlichkeiten darbietet, den Adel in der herkömmlichen Bedeutung des Wortes, d. h.

die ökonomisch auf Grundbesitz beruhenden, ehemals ständisch ausgezeichneten Volksgeschlechter Deutschlands an\*.' Geschrieben immerhin noch Anno 1923!

Es ist bemerkenswert, daß Wittich die Entwicklung des kapitalistischen Unternehmertums zwar durchaus sieht. Aber er denkt auch nicht im entferntesten daran, den deutschen Unternehmer als politisch führungsfähig zu erklären. Ihm bleibt nur der Satz: ‚Je eher der Adel seinen Frieden mit der Republik schließt, desto leichter wird diese geneigt sein, ihm Funktionen zu übertragen, für die er nun einmal vor allen anderen Klassen geeignet ist.‘ Wittich redet damit keinem Adelsregiment im neuen Deutschland das Wort. Vielmehr werde für alle die gleichberechtigte Mitarbeit im Dienste des Ganzen möglich sein. Aber der gewerbliche Unternehmer hat keinen sozialen Status. . .“ (S. 35 f.).

Natürlich liegt auch ein bißchen Schuld für so späte politische Elitenbildung bei den Unternehmern selbst, und so zitiert man Sombarts „Der Bourgeois“: „Das Ergebnis ist dann eine Verschmelzung von Grund- und Geldadel. Der verarmte Adel heiratet die reichen Töchter der aufkommenden Unternehmer-schicht. ‚Bei dem Kreuzungsvorgang zwischen Gentilhommerie und Bourgeoisie erweist sich bei uns jene immer als das stärkere Element. . . Die reichgewordenen Bourgeois aber suchen sobald wie möglich ihre Herkunft zu vergessen und in dem Grundadel oder wenigstens dem feudalen Grundbesitzertum aufzugehen. Das kapitalistische Unternehmen, das den Reichtum der Familie begründet hatte, wird veräußert; die Söhne und Enkel kaufen sich im Lande an, stiften ein Majorat, verschwägern sich mit altadeligen Familien, lassen ihre Nachkommen bei der Gardekavallerie dienen und bei den Saxoborussen eintreten und denken nicht mehr daran, einen Sohn etwa als Lehrling in ein kaufmännisches Geschäft zu geben.‘ Es ist eigentümlich, daß in Deutschland Geld sich keine Macht und Ansehen kaufen kann, sondern umgekehrt das Geld in einer anderen Schicht aufgehen muß, und erst diese kann dem Gelde den Stachel der Unansehnlichkeit nehmen.“ (S. 44)

Auch nach 1918, als der halbfeudale Spuk durch den Kampf der werktätigen Massen verjagt worden war, da wurde das nicht anders. Immer noch fanden die Monopolisten nicht ihren richtigen Eliteplatz. Gross bemerkt: „Im 19. Jahrhundert flüchtete das Unternehmertum entweder in eine andere Gesellschaft, in der es seine Identität aufgab, oder es versteckte sich unpolitisch hinter den Betrieb. Inzwischen raste die industrielle Revolution weiter. Der Nationalismus eines Bismarck und die ehemaligen Führungsschichten waren dem Problem immer weniger gewachsen. So entstand – nach 1918 – eine Massendemokratie ohne Führungsschicht, ohne gesellschaftliche Struktur, und daraus erwuchs dann, was Winfried Martini den ‚überforderten Wähler‘ nennt. Der Wähler, ein Sandkorn, soll als gesellschaftlich ungeordnetes Massenteilchen über die

\* Werner Wittich, „Der soziale Gehalt von Goethes Roman ‚Wilhelm Meisters Lehrjahre‘“ in „Erinnerungsgabe für Max Weber“, Band II.

schwierigsten Dinge, die er nicht verstehen kann, entscheiden. Nach dem Majoritätsprinzip aber verwandeln dann die Abenteurer die Demokratie in irgendwelche Diktatur oder in ein Regime der Cliquen.

Wollte der Unternehmer diese Politik mitmachen, würde er sich selbst das Grab schaufeln oder gegen Windmühlen kämpfen.“ (S. 54)

Hier haben wir gleich den der Elite-Theorie entsprechenden Schlag gegen Demokratie, gegen Arbeiterklasse und Kleinbürgertum, gegen die Werktätigen, gegen die Millionen „ungeordneten Massenteilchen“. Wie soll ein einfacher Mensch über so „schwierige Dinge“ wie Frieden und Krieg, Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit abstimmen können? Das ist doch eine Überforderung des Wählers. Solch wichtige Fragen kann doch nur eine Elite entscheiden.

Kein Wunder, daß die Monopolisten, die faktisch natürlich die Politik der Weimarer Republik bestimmten, sich nach dieser „Theorie“ politisch zurückhielten und nicht als Elite fungieren wollten.

Das heißt, die Geschichte des deutschen Kapitalismus, die Geschichte der deutschen Bourgeoisie, die Geschichte der Unternehmer zerfällt in zwei Teile. Im ersten war die Bourgeoisie zu schüchtern (wir würden sagen: zu feige, zu duckmäuserisch), die Macht zu ergreifen, und vereinte sich mit der führenden Schicht der Junker nicht etwa, wie es die französischen Finanzbourgeois bis 1788 versuchten, auf der Hintertreppe der Weltgeschichte, sondern im Ehebett. Im zweiten wandten sich die Unternehmer angeekelt von den „ungeordneten Massenteilchen“ der Weimarer Wähler, die nach Gross die Politik bestimmten, ab. Und wieder konnte es nicht zur Bildung einer Unternehmer-Elite kommen!

Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1945 war nach Gross die ganze Geschichte Deutschlands, war, und das ist dasselbe, die Geschichte des deutschen kapitalistischen Unternehmers eine Kette verpaßter Gelegenheiten zur Elitenbildung! Das gilt es jetzt völlig zu ändern: „Es geht vielmehr zunächst um ein neues Gleichgewicht von Gesellschaft und Staat, also um den Aufbau einer neuen, nämlich industriellen, vom Unternehmer aus gestalteten Gesellschaft. Dies ist eine politische Aufgabe erster Ordnung, eine Aufgabe zugleich für solche, die niemals daran denken, ins Parlament zu gehen. Damit würde eine neue Gesellschaft gleichsam im Vorhof der Politik entstehen. Um sie herbeizuführen, ist also nicht immer notwendig, daß der Unternehmer auch in die Parlamente geht, ob der Gemeinden oder des Bundes. Dabei wird aber klar, daß man die Politik nicht abschütteln kann, indem man ‚zu Hause‘ bleibt.“ (S. 54f.)

Diese Situation lasse sich umso leichter herbeiführen, als es ja jetzt nichts mehr gebe, worin die Bourgeoisie kriechen könnte, oder vornehm ausgedrückt: „Es gibt keine Schicht mehr, in die der Unternehmer aufgehen könnte. Er muß also selbst die Schicht bilden, nicht als Exklusivschicht, wohl aber als eine Führungsschicht, in der wiederum alle anderen nach Leistung und Gesinnung aufgehen können.“ (S. 56)

Es bleibt also den Monopolisten nach Gross nichts anderes übrig, als, ob sie wollen oder nicht, zur Elite zu werden – man bekommt geradezu Mitleid mit



ihnen. Wie aber soll diese Elite nun aussehen? Natürlich nicht genauso wie alte „Eliten“, etwa wie die edlen Raubritter des Feudalismus. Nicht genauso, aber doch ähnlich: „Die Träger unserer Gesellschaftsordnung werden einen eigenen Kodex entwickeln müssen, der den besonderen Aufgaben und Chancen unserer Wirtschaft entspricht. Ist eine Restauration des Feudalismus nicht möglich, so mag auch die Forderung fraglich erscheinen, der Unternehmer müsse nun zum Edelmann werden. Es wäre wohl wenig damit getan, wenn der Unternehmer in Barockschlösser zöge. Er würde dann jene komische Figur, die schon Molière im ‚Bürgerlichen Edelmann‘ zeichnete. Dennoch ist es nützlich, sich über die menschlichen Qualitäten des Idealtyps jener Feudalschicht Gedanken zu machen. Denn die allgemeinen Züge dieser Schicht müßten letztlich in jeder Führungsschicht wiederkehren, um ihr Substanz und Bestand zu geben.“ (S. 69)

Gross ist bescheiden genug, jemand anderem die Zeichnung des edlen Ritters vom Monopol zu überlassen. Und da Dürer nicht mehr lebt, holt er sich den ehemaligen Modephilosophen und baltischen Baron Grafen Hermann Alexander von Keyserling, der vor 40 Jahren in keiner Salon-Kultur-Diskussion fehlen durfte:

„Es ist bezeichnend, daß Keyserling die Parallele zwischen dem Wirtschaftsführer und dem Landadel, ja den Königen zieht. Es kommt etwas Universales, ja Ehrenamtliches, über den persönlichen Vorteil Hinausgehendes hinzu. Statt des unverantwortlichen Besitzes, der viele Händler und Unternehmer kennzeichne, müsse eine neue Gesinnung kommen, nicht mehr die des Krämers, wegen der der Kaufmann zu ritterlichen Zeiten verachtet war. Man könne aber diese Gesinnung nicht durch künstliche Wiederbelebung des alten Adels aufpfropfen. ‚Jetzt gilt es, die Gesinnung, die typischerweise bisher nur die Gentry kannte, dem Wirtschaftsführerstande einzubilden.‘

Keyserling spricht sogar einmal vom Industrieadel, den man schaffen müsse. Sein prophetischer Blick geht noch weiter. Er sieht in der Wirtschaft etwas Übernationales, das die Staaten sprengt. Mit der Führung der Wirtschaft aber fallen dieser auch kulturelle Aufgaben zu und es könne sein, daß die kommende Wirtschaftsära noch als eine der idealistischsten aller Zeiten gelten werde. Handelsmonopole waren ja stets – wie Keyserling unterstreicht – die Stätten höchster Kultur.

Vom alten Babylon ab waren die Finanziere die besten Mäzenaten. Somit könne bei richtiger und aufgeschlossener Führung die Wirtschaft ein großes kommenden Zeitalter der Geistigkeit einleiten, und aus dem Primat der Wirtschaft werde das Primat der Kultur erwachsen. ‚Das Primat der Wirtschaft im Völkerleben wird freilich nicht ewig dauern; ist die Welt einmal ökonomisch konsolidiert, dann wird das Kulturelle letztlich bestimmen. Aber dieses Ideal ist erreichbar nur über das zeitweilige Primat der Wirtschaft hinweg.‘

Keyserling fordert deshalb von den Männern der Wirtschaft Weisheit. Die Weisheit der Unternehmer sei wichtiger als die Weisheit von fünfzig Politikern und zehntausend Intellektuellen. Der Inhalt dieser Weisheit sei das tiefe Er-

leben und Verstehen der geistigen und seelischen Probleme der Zeit, und keinen Zeitmangel dürfe man etwa vorschützen. Denn nur wer äußerlich am wenigsten Muße habe, habe wesentlich am meisten, und nur wer gar nichts zu tun habe, komme zu nichts. Alle deutschen Wirtschaftsführer müßten weise werden. Damit schließt sich die Kette, vom alten Adel über Goethe und Humboldt bis zu Keyserling.

Keyserling will damit nicht sagen, der Unternehmer soll der Politik fernbleiben. Soweit dies noch notwendig ist, wird er, genau wie die durch ihn entfalteten Menschen aus anderen Schichten, auch in Gemeinde und Staat wirken können. Aus der Konzeption des Wirtschaftsführers, wie Keyserling sie sieht, erwachsen aber jene Vollmensen, die ihre Probleme im täglichen Ausgleich lösen und dann auch in die Politik gehen können, soweit dies noch notwendig ist.

Gut ist übrigens, daß gerade ein Aristokrat wie Graf Hermann Keyserling den Gedanken vom Adel einwirft, ohne damit restaurativ zu denken. Der alte Adel muß in der Aristokratie der Zukunft aufgehen, die vom Unternehmer und der Wirtschaft gestellt wird. „Wir münden bald, aus der sich unaufhaltsam selbst erledigenden Demokratie heraus, in eine neue aristokratische Gesellschaftsordnung ein. In dieser kann der alte Adel, soweit er nicht entartet ist, noch eine große Rolle spielen. Nur muß er dazu sich selbst schon jetzt als Schrittmacher der Zukunft, nicht als Hort der Vergangenheit beurteilen.“

Ganz allgemein kann man es auch so ausdrücken: Im Neubau der Gesellschaft wird die Wirtschaft zum Hauptfach der Führungskräfte, und ihre Männer werden in einer wesentlich gesellschaftlich und ökonomisch orientierten Welt im Nebenfach desto erfolgreichere Politiker werden.“ (S. 85 f.)

Nun hat man über Keyserling auch Goethe und Wilhelm von Humboldt als Zeugen gewonnen für den echten Wirtschaftsadel der Monopolelite – der Monopolelite, die im Augenblick noch das Primat des Profits, Verzeihung: der Wirtschaft, vertritt, aber ganz schnell auf dem Wege über das Mäzenat (soll sich Thyssen an seine Vorgänger in Babylon erinnern!) zum Primat der Kultur (hat nicht Morgan eine prächtige Bibliothek?) geleitet wird.

Ergibt nun schon ein richtiges Studium von Babylon und Keyserling die Notwendigkeit einer Elite von Monopolisten, so wird sie als Forderung und Krönung der Geschichte noch viel deutlicher, wenn man sich die gegenwärtige Lage in Westdeutschland ansieht: „Wieviel mehr brauchen wir hier, dicht am Eisernen Vorhang, die Einheit der Führung durch eine echte Elite, zusammen mit anderen Eliten, wo immer sie neu entstehen! Eine solche Elite vertritt kein Interessentum, sondern ein Leben für alle, wirkt für die anderen, wie es großen Männern stets eigen ist. Ihre Geschäfte blühen dann ganz von selbst.“ (S. 171)

Jeder wird verstehen, daß infolge des „Eisernen Vorhangs“ Westdeutschland gleich einen ganzen Haufen von Eliten braucht, deren Geschäfte ganz von selbst blühen.

Und so wendet sich Herr Gross an seine Generation – ein moderner Hutten: Es ist eine Lust zu leben! Die Geschäfte blühen! Oder, wie er es formuliert: „Seltsam wäre es, wenn diese Sicht nicht gerade in unserer jungen Generation

entstehen sollte, nach den gemeinsamen Erlebnissen des letzten Jahrzehnts. So geht es um eine vielseitige Initiative, um das Sitzen an den runden Tischen, in den Betrieben und Parlamenten, in Gesellschaft und Staat. Und wie viele Trumpfkarten könnten dabei ausgespielt werden.“ (S. 171)

Man unterschätze nicht die Gefährlichkeit dieses Geschwätzes! Gefährlich in diesem Fall nicht für schwankende Teile der Arbeiterklasse, für die dieses Buch nicht bestimmt ist, sondern für große Teile der nichtmonopolisierten Bourgeoisie.

Hier wird, anknüpfend an das Traditionsgefühl, das in richtiger oder falscher Weise jede Klasse sich im Laufe der Zeit aneignet, anknüpfend auch an die dienernde Hochachtung, die die deutsche Bourgeoisie immer für den Adel gehabt hat; die Konzeption einer „aristokratischen“ Unternehmerschicht entwickelt, die, weise, edel, à la Renaissance mäcenatisch gesinnt, dem gesellschaftlichen Leben Charakter gibt.

Der Vorschlag wird indirekt eingeführt durch einen alten feudal-echten Adligen, den Grafen Keyserling, der doch wissen muß, was Adel ist. Und damit es der Bourgeoisie nicht zu unbehaglich in solch aristokratischer Pose ist, werden auch Goethe und Wilhelm von Humboldt genannt, die einem ja schon von der Schule her vertraut sind, sei es durch den „Handschuh“ (oder ist der von Schiller?) und im Falle Humboldts dadurch, daß er einen Bruder hatte (Alexander, nicht wahr?), mit dem zusammen er Märchen herausgab.

Zugleich verbindet sich jetzt, wenn man an die Bemerkungen über den „Eisernen Vorhang“ denkt, mit der Idee der Elite der Gedanke der „Einheit der Führung“, das heißt, der „Straffung der Staatsleitung“, der Diktatur. Aber eben einer – siehe oben – kulturvollen, von Goethe und Keyserling erfüllten Diktatur.

Mit dieser Idee einer von Kultur und Adel getränkten Elite-Monopol-Diktatur wendet man sich an die „junge Generation“ – und bei der Degeneration der Bourgeoisie in Westdeutschland braucht ein solcher Appell keineswegs auf schallendes Gelächter oder angewidertes Achselzucken zu stoßen.

\*

Diese Elite soll nun die personelle Spitze des staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellen.

Was den staatsmonopolistischen Kapitalismus betrifft, so gilt es jetzt, geschickt zu argumentieren. Was muß man da nicht alles beachten! Da gilt es nicht zum wenigsten, ein möglichst „dynamisches“, einer Elite würdiges Bild von den Monopolen zu geben.

Zunächst sind Monopole, so wie sie Marxisten charakterisieren oder wie sie sich die „kleinen Leute“ „vorstellen“, abzulehnen.

„Auch in den Wettbewerbsformen zeigt sich ein neuer Stil, den wir gerade erst zu erkennen beginnen. Neue Ordnungsgesichtspunkte dringen vor, die auch das in Deutschland so umstrittene Kartellproblem in neuem Lichte erscheinen lassen.“

Die Kartellgegner sehen im Kartellstreben des Unternehmers ein Interessentum, ausgerichtet an der Konservierung veralteter Kapazitäten, der Rettung gefährdeten Kapitals, der Sicherung eines ‚status quo‘ eingessener Interessen.

Das Kartell als Schutz der Feigheit vor dem Wettbewerb wäre allerdings eine Organisation der Interessenten und stünde damit im Widerspruch zu jedem echten Führungsanliegen. Ein Kartell als Schutz des Untüchtigen vor dem Leistungsfähigen könnte in der Tat mit einem echten politischen und universalen Eliteanspruch nicht vereinbart werden. Denn der Wettbewerb als ethische Verpflichtung zum Dienst am Kunden wäre die unabdingbare Form moderner Leistungsverantwortung.

Wir erleben aber am Vordringen marktbeherrschender Unternehmen in den USA und anderen Ländern eine Wandlung der Wettbewerbsformen, die von amerikanischen Autoren wie Galbraith, Lilienthal usw. als Verlagerung des Akzentes vom Preiskampf zum Leistungskampf gedeutet wird. Es ist zwar gefährlich, diese Wandlungen in die Diskussion zu werfen, weil sich ihrer die Interessenten an einer überlebten Kartellidee bemächtigen könnten. Jedenfalls zeigt z. B. in den USA der Rückgang von Chrysler gegenüber General Motors und Ford seit 1953, daß der scharfe Wettkampf dieser Großkonzerne der amerikanischen Automobilindustrie nicht so sehr als Preiskampf sondern als Ringen um den Kunden in anderen Formen, nämlich durch Qualität, bessere Modelle, Service, Werbung usw. geführt wird. Dieser neue Wettbewerb setzt den Verzicht auf den vernichtenden Preiskampf voraus, weil sich die Firmen nur so mittels ausreichender Preise über den Markt jene Substanz sichern können, die erforderlich ist, um die großen Laboratorien und sonstigen Aufwendungen zu finanzieren, die dem Kunden ein immer besseres Produkt und immer sorgfältigeren Service vermitteln.

Die Oligopol-Situation gerade der modernen Industrie scheint also fast automatisch eine Verlagerung des Wettbewerbsschwerpunktes vom Preis zur Leistung und zum technischen Fortschritt zu bewirken. Diese Oligopol-Situation unterliegt natürlich der Gefahr des Mißbrauchs, und zwar durch übermäßige Preisforderungen. Jedoch würde alsdann automatisch wieder ein Preis-Wettbewerb einsetzen, der wieder zu jenem Preis führt, unter den herunterzugehen sich aus Gründen der Substanzerhaltung nicht lohnt.

Der Verfasser ist sich einer gewissen Vagheit dieser Formulierungen durchaus bewußt; andererseits ist es unverkennbar, daß sich hier ein schwebender Gleichgewichtspreis auspendelt, der durch die Erfordernisse und Kosten des Leistungswettbewerbs mitbestimmt wird. Als kontrollierende Gegenkräfte wirken vielfach der belieferte Handel oder die Gewerkschaften bei aller Gefahr monopolistischer Tendenzen auch hier. Die Gefahr überhöhter Monopolpreise aber wird nicht nur durch den eben erwähnten äußeren Gegendruck der verschiedenen Stufen im Produktionsablauf (Handel, Gewerkschaften usw.) gemildert, sondern vor allem durch das Streben der Industriefirmen nach Vollnutzung der Kapazität und Kontinuität, die nur durch dauernde Leistungssteigerung gesichert werden kann.“ (S. 144f.)

So unbewiesen und unrealistisch ist die hier gegebene Darstellung, daß Gross sich selbst einer „gewissen Vagheit“ für schuldig erklärt. Aber immerhin kommt doch klar für den Leser heraus: Die modernen Monopole sind, wie es sich für Elite-Institutionen gehört, Leistungsmonopole. Sie stehen in heftigem Wettbewerb um die größte Leistung für den Kunden. Schlaflos rackern sich die Monopolisten ab, dem Konsumenten das Beste zu bieten. Und wenn sie einmal aus unergründlichen Ursachen in die Fehler altmodischer Monopole verfallen, dann werden sie unsanft aus diesem Schlendrian durch den Handel und – man staune! – durch die Gewerkschaften gerissen.

Ja, etwas später, in der Tat nur eine Seite später schon (S. 146), ist der Herr Gross soweit in der Argumentation, daß Monopole überhaupt die unerläßliche Voraussetzung für einen Leistungswettbewerb sind: „Die Zulassung von Kartellen für die deutsche, mehr mittel- und kleinbetrieblich strukturierte Industrie (siehe IG Farben, AEG, Deutsche Bank usw. – J. K.), die aber am Weltmarkt den Wettkampf mit Oligopolfirmen anderer Länder antreten müßte, wäre alsdann nur die logische Folgerung aus der anderen Industriestruktur Westdeutschlands oder Europas. So paradox es klingen mag, wäre also das Kartell, das Monopol, eine Voraussetzung des Wettbewerbs, weil eben auch hier ein Verzicht auf den übertriebenen Preiskampf überhaupt erst die Substanz für den echten Leistungskampf schafft. Dieser Leistungskampf aber gibt einer Fülle von Berufen und Arbeitskräften, vom Facharbeiter bis zum Techniker, gesellschaftlichen Status und zugleich den notwendigen Schutz zugunsten wettbewerblicher Bewährung.“

So wird aus dem Monopol zugleich auch die Voraussetzung für eine echte, nun, nennen wir sie Leistungsdemokratie vom Facharbeiter bis zum Techniker.

Und auch nur auf Grund der Monopole sowie, das sei nicht vergessen und wird jetzt dargelegt, auf Grund der Unternehmerverbände können auch erst die rechten Elite-Wirtschaftsführer entstehen und sich ausleben: „Die spätere Darstellung der Persönlichkeit von Wilhelm Beumer, des langjährigen Geschäftsführers des Langnamvereins, sowie von Gustav Stresemann, aus der Feder von Dirk Cattepoel zeigt, welch universale und zugleich selbstlose, den Geschäftsführerposten als einen Anwaltsposten ansehende Persönlichkeiten aus den Verbänden wachsen konnten, und auch heute noch wachsen. Wir mögen an einer Hypertrophie des Verbandswesens leiden, sollten aber nicht vergessen, was schon Friedrich Naumann, ein wahrer Liberaler, in seiner ‚Neudeutschen Wirtschaftspolitik‘ vor fast fünfzig Jahren sagte. Naumann sah in Verbänden, Genossenschaften usw. neue Organisationen, die neue Funktionen übernehmen, ohne das private Unternehmertum zu unterdrücken. ‚Ein Liberalismus, der sich nur auf unkartellarische, ungenossenschaftliche, ungewerkschaftliche Einzelmenschen gründen wollte, würde heute ein Unding sein, eine Art Paganismus, eine geschichtliche Rückständigkeit. Er muß sich auf Verbandsmenschen gründen, die als Verbandsmenschen Persönlichkeitswert bewahren wollen.‘

Ein Blick in das moderne Verbandswesen zeigt, wie notwendig ein großer Teil unternehmerischer Aufgaben nach dort verlagert wird, ohne daß sich damit

eine Entleerung der unternehmerischen Funktion verbindet. Was abgetreten wird, sind Spezialistenfunktionen: Normierung, Standardisierung, die Beziehung zu den Behörden, Marktforschung, die Unterrichtung über Auslandsmärkte, die Interpretation der Gesetze usw. Sie können aber auch Wahrer des Standesgefühls sein.

Die Verbände bleiben deshalb meist in jenem Bereich der Hilfestellung, der, wenn richtig gesehen, die eigentliche unternehmerische Führungsaufgabe um so stärker hervortreten läßt. Sie haben Stabsfunktion, und keine Befehlsfunktion. Erst wenn der Unternehmer seine Leistungs- und Marktbewährungsfunktion, ja seine Führung selbst, etwa an die Verbände abgeben sollte, träte jener Abbau der eigentlichen Unternehmersubstanz ein, der mit der Selbstaufgabe zugunsten einer nichtmarktwirtschaftlichen Ordnung enden müßte.“ (S. 150 f.)

Gut, daß der Autor uns gleich ein paar Beispiele solcher Heldengestalten aus der Vergangenheit nennt, so daß wir uns ein ganz konkretes Bild machen können – Heldengestalten wie Beumer, Generalsekretär des ultra-reaktionären Langnamvereins, eine der übelsten Gestalten aus der wilhelminischen Ära in der Reihe der Unternehmer-Vertreter des Herr-im-Hause-Standpunkts, und den „selbstlosen“ Stresemann, den Syndikusfunktion und Ehebett zum Millionär gemacht hatten, bevor er der Reichskanzler der antisowjetischen Westorientierung wurde.

Diese edlen Monopole und Monopolgestalten sollen also die Träger des staatsmonopolistischen Gerüstes sein.

Doch bevor wir nun auf den Staat, der mit den Monopolen verschmilzt, auf die Monopolisten, die zugleich Staatsfunktionäre sind, kommen, gilt es noch des Autors heroischen Kampf gegen den „Sozial“- oder „Wohlfahrtsstaat“, der die Leistung und die Persönlichkeit zerstört, zu beobachten: „Je mehr der Staat selbst Leistungsstaat wird – man kann auch Sozialstaat sagen – desto mehr wird er zum Hort und Ziel der Macht, um den die Interessenten und Verbände kämpfen, und desto weniger entsteht eine Politik, die der Unternehmer vertreten kann. Somit geht es von vornherein um die Frage, ob ein ‚gewährender Sozialstaat oder gewährleistender Rechtsstaat‘ anzustreben ist.“ (S. 112)

Mit dem „Sozialstaat“ ist das nämlich so:

„Aus dem Garanten einer Ordnung, die in sich selbst ruht, wird der Staat zum Verteiler von Substanz aller Art, was vor allem in seiner Steuerpolitik, aber auch in vielem anderen zum Ausdruck kommt. Und die Herrschaft über den Staat wird damit zur Herrschaft über Wirtschaft und Gesellschaft. ‚Das Ringen um den Anteil an der Staats-Willensbildung ist Ringen um den Anteil an der Verteilung geworden.‘ Die Kämpfenden aber sind nicht mehr die einzelnen, sondern die Interessen und Interessenten, die sich zu Verbänden aller Art zusammenschließen.“ (S. 114)

Das scheint auf den ersten Blick zwar ungeschickt ausgedrückt, aber nicht falsch. In der Tat, der „Sozialstaat“ ist ein Verteiler von Substanz aller Art.

Es wird nämlich zugunsten der Monopole verteilt. Aber so meint es Herr Gross nicht. Er fährt nämlich fort:

„Heute droht dieser Wohlfahrtsstaat mit immer höheren Lasten, mit immer geringeren Leistungen für den einzelnen und mit der langsamen Abwürgung der persönlichen Initiative und Produktivität. Er erstickt zugleich das soziale Gewissen des einzelnen und der Familie. Hier liegt wohl der Ausgangspunkt für die politische Besinnung der wirtschaftlichen Führungskräfte überhaupt.“ (S. 117)

Und jetzt geht der Schuß direkt ins Zentrum des „Sozialstaats“: „Die dauernde Steigerung der Sozialversicherung bewirkt nach Piorot eine wachsende Vernichtung privater Sparkraft und Initiative, die Versklavung und Unterjochung der Menschen. Zerstören die Ratten vier Prozent des Eigentums eines Menschen, so erkennt er dies als Eigentumsverlust und nicht als Sparprogramm; und doch soll es eine Art der Spartätigkeit sein, wenn die Regierung Eigentum fortnimmt und konsumiert.“ Im übrigen werde die Sozialversicherung etwa nicht von einer imaginären Oberschicht, sondern von den Empfängern selbst gezahlt. Das gelte auch von den Beiträgen der Arbeitgeber, die vorenthaltener Lohn seien. Die Sozialversicherung sei gar keine Umverteilung, sondern letztlich nur ein Raub am Privateigentum des Lohnempfängers. Man überlaste die Arbeits- und Verdienstkraft der Massen und vernichte damit ihren Weg zu privatem, persönlichem Eigentum.“ (S. 120)

Wenn Gross historisch ein wenig gebildeter wäre, hätte er viel ältere und bekanntere „Zeugen“ als den Herrn Piorot zitieren können – zwar keine Babylonier, aber doch führende Tory-Herzöge und -Grafen<sup>2</sup> aus den Sozialversicherungskämpfen Englands vor 1914 oder Borsig & Co. aus der Nachkriegszeit im Deutschland der Weimarer Republik.

Im übrigen richtet sich, meint Gross, der „Wohlfahrtsstaat“ insbesondere gegen die Arbeiter – aber anders als ein Marxist denken würde:

„Der Wohlfahrtsstaat nivelliert ja nicht nur den Ertrag der Arbeitenden, womit er zugleich ihre Arbeitsfreude reduziert, sondern er nivelliert auch seine Rentenleistungen, die immer weniger echte Not lindern, je mehr Empfangsberechtigte man einbezieht.“ (S. 125)

An die Stelle des „Sozial“- oder „Wohlfahrtsstaates“ muß der Rechtsstaat treten. Was das ist, erfahren wir sogleich: „Das rein rechtsstaatliche Denken legte den Akzent auf den Schutz des einzelnen vor dem Staat. Das sozialstaatliche Denken aber bindet die Garantie dieser Freiheit an ein entsprechendes soziales und gemeinschaftsbetontes Verhalten innerhalb der Freiheits-Sphäre. Man kann also heute die Zwangsmaßnahmen, die von oben drohen, nur abfangen durch den freiwilligen Einsatz von unten, z. B. durch echte Leistungsgemeinschaft in den Betrieben, durch das Wirken in der Öffentlichkeit, in der

<sup>2</sup> Sogar, was ihm besonders sympathisch hätte sein müssen, Herzöge und Grafen mit riesigen Industrie-Interessen, also „echtster Industrieadel“, zum Beispiel Kohlenbarone mit reinstem „feudalem Blut“.

Gemeinde. Lehnt man z. B. die Mitbestimmung ab, so wird man ‚Mitwissen, Mitdenken, Mitwirken‘ bieten müssen. Bekämpft man die Anonymität und Überwucherung des schematischen Wohlfahrtsstaates, so wird man die persönliche Sicherung im übersehbaren Bereich von Familie, Betrieb, Gemeinde fördern müssen. Darin erst offenbart sich der tiefere Sinn der ‚Selbstverwaltung‘ im wirtschaftlichen Bereich, welche Formen diese auch annehmen mag. Und in diesem Sinne ist auch die scheinbar rein wirtschaftliche Aufgabe des Unternehmers immer – ja immer – auch eine politische, weil sie auch die sittliche Erfüllung des Gedankens vom modernen sozialen Rechtsstaat enthält. Die Entleerung des Staates hat also einen sozialen Rechtsstaat zum Ziele, in dem ‚die Freiwilligkeit den Zwang in Grenzen hält‘. Darin aber liegt die Garantie gegen die Überwucherung des Staates zum totalen, die Freiheit auffressenden Staate.

Für den Unternehmer ergibt sich aus dieser Sicht eine Fülle der schönsten und konstruktivsten Aufgaben. Der Gedanke des sozialen Rechtsstaates gibt ihm die Chance zu universaler Entfaltung der Persönlichkeiten, zu gemeinsamer Produktion und gemeinsamer gesellschaftlicher Gestaltung. Während der Sozial- und Leistungsstaat, der nicht Rechtsstaat sein will, die Persönlichkeit vernichten, immer mehr Funktionen an sich ziehen und immer mehr Funktionen schaffen will, wirkt der soziale Rechtsstaat in gerade gegenteiliger Richtung: er fordert zur sozialen Leistung außerhalb des Staates auf, begrüßt seinen eigenen Abbau, den Abbau der Leistungs-, der jakobinischen Komponente. Der soziale Rechtsstaat wird zum Verbündeten einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf die Verminderung des Staates bedacht ist. Das liberale Gedankengut entsteht somit neu, und zwar in der sittlichen Prägung, die unsere Zeit erwartet. Damit aber wirken die gesellschaftlich-wirtschaftliche Funktion und die – im engeren Sinne – politische Funktion des Unternehmers zusammen: als gesellschaftliche Führungsschicht entleert er den Staat durch bessere Lösungen außerhalb des Staates. Innerhalb des Staates, als Politiker aber wirkt er mit an der Umformung des Staates zum sozialen Rechtsstaat.“ (S. 129)

Jetzt weiß der Leser hoffentlich, was ein sozialer Rechtsstaat ist. Das ist nämlich ein Staat, in dem die von der Sozialversicherung befreite Arbeiter- und Angestellten-Persönlichkeit dadurch, daß sie zum Mitwisser und Mitdenker des Monopolisten gemacht wird, sich frei entwickeln kann. An die Stelle der sozialen Fürsorge durch den Staat („Wohlfahrtsstaat“) tritt die der Familie (was ist natürlicher und schöner, als daß Vater und Sohn, Bruder und Schwester sich untereinander versichern und, wenn sie kein Geld dazu haben, etwas dazuverdienen, indem sie sich gegenseitig die Wäsche waschen!). Nach der Familie kann unter Umständen auch der Betrieb helfen (wie schön, wenn eine Betriebsunterstützungskasse den Arbeiter feudal an den Betrieb bindet!). Und wenn alle Stricke reißen, ist ja noch die Gemeinde da, und man wird wie früher im 19. Jahrhundert z. B. im Falle von Arbeitslosigkeit zum Gemeindearmen ernannt – worauf bald auch der Weg ins Armen-Arbeitshaus mit freiwilliger Zwangsarbeit zur Förderung der Persönlichkeit erfolgen wird.



Etwas anderes ist die Rolle der Elite-Monopolisten. Die sollen nämlich damit beschäftigt werden, den Staat (für sich) zu entleeren (wörtlich so!) und dann wieder (für sich) aufzufüllen. Sie entleeren ihn hinsichtlich all der Funktionen, die den Werktätigen wenigstens etwas bieten, wofür diese seit mehr als hundert Jahren gekämpft haben, und sie füllen ihn mit all dem, was der Monopolist besser über den Staat erledigt.

Das ist wirklich ein echter, elitenhafter staatsmonopolistischer Kapitalismus, entleert aller Sozialversicherungsfunktionen, gefüllt mit der Elitegestalt des Monopolisten und seinen Bedürfnissen.

Nun stellt Gross voll Sorge fest, daß noch zu viele Monopolisten sich nicht daran gewöhnt haben, ja sogar abgeneigt sind, gleichzeitig Politiker und Staatsmänner zu sein. Sie glauben das durch bezahlte Angestellte erledigen zu können.

Dazu aber sei die Situation zu ernst:

„Weder bezahlte Politiker noch bezahlte Syndici werden es schaffen. Kein dritter kann in dieser Zeit für das Unternehmertum die Kastanien aus dem Feuer holen. Dazu sind die Kastanien viel zu heiß geworden; man muß sie schon selbst herausholen.“ (S. 170)

Die Kastanien sind viel zu heiß geworden, die Klassenkampfsituation ist zu gespannt, das Schicksal des Monopolkapitals steht weltpolitisch auf dem Spiel – soviel versteht Gross auch, mit dem der Bourgeoisie seit hundert Jahren eigenen Spürsinn für Klassegefahren –, und darum muß der Monopolist selbst, persönlich im politischen Leben auftreten.

Die westdeutschen Monopolisten sollen sich ein Beispiel an den amerikanischen nehmen:

„Der amerikanische Unternehmer steht auf allen Bühnen des öffentlichen Lebens; im Kontor wie am Markt, im Stadtparlament wie in den gemeinnützigen Vereinen ist er nicht nur zu Hause, sondern gibt er oft den Ton an; denn er ist die Führungsschicht. Aus der Einheit der Felder, die sich in dieser Schicht vereinigt, erwächst eine ungeheure Kraft. Das Unternehmertum in USA hat sich von Bürokraten und Politikern weder führen noch unterdrücken, weder vertreten noch schwächen lassen, und selbst den Rooseveltischen New Deal konnte es schließlich konform gestalten.“ (S. 170)

Und nun zu einer in der Formulierung wirklich überaus interessanten Darstellung bestimmter Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus:

„Somit gehört zur Wahl der politischen Laufbahn durch den Unternehmer ein doppelter Impuls: einmal der Impuls aus der inneren Berufung, die wachsen dürfte, je mehr die moderne Führungsfunktion in der Wirtschaft zum Arbeitsstil des Unternehmers wird. Alsdann entfällt ganz von selbst der Einwand der Unabkömmlichkeit. Ein moderner Unternehmer führt seinen Betrieb nur dann stilgerecht, wenn er jederzeit abkömmlich ist. Er würde also – konsequent zu Ende gedacht – sich selbst in seinem wirtschaftlichen Beruf disqualifizieren, wenn er eine politische Laufbahn mit dem Argument der Unabkömmlichkeit ablehnte. Der zweite Impuls müßte von der grundsätzlichen Einstellung der Wirtschaft und des einzelnen Unternehmens zur politischen Laufbahn aus-

gehen: wer als Politiker ein Unternehmen verläßt, begibt sich nicht in ein anderes Gefilde, sondern dient der Wirtschaft und dem Unternehmen. Entsprechend wäre die wirtschaftliche Seite eines solchen Schritts in die Politik zu gestalten.“ (S. 163)

Völlig richtig wird hier gesagt, daß der Monopolist, der Politiker wird, der Wirtschaft und seinem Unternehmen, das heißt, noch präziser formuliert, dem Gesamtmonopolkapital und seinem spezifischen Monopol dient. Und ebenso richtig wird auch gesagt, daß aus seiner Monopolfunktion heraus der Monopolist zum Politiker werden, daß er voller „Impulse“ zur Politik sein muß.

Das gelte, meint Gross, aber nicht nur für hohe Staatsfunktionen. „Echt demokratisch“ denkt er sich, daß das Großkapital auch im Dorfe Cäsar sein müsse:

„Die geistig-psychologischen Verhältnisse haben sich geradezu umgedreht: Im 19. Jahrhundert hielt den Unternehmer ein eigener Minderwertigkeitskomplex von der Politik zurück, den er dem Feudalen, dem Berufsbeamten usw. gegenüber empfunden haben mag. Heute hemmt ihn ein Überlegenheitsgefühl, das völlig fehl am Platze ist. Es mag zwar gegenüber vielen Leuten berechtigt sein, die sich heute in der Politik bewegen. Aber solche Leute sind doch nur deshalb dort zu finden, weil sich die eigentliche Qualität zu gut dafür hält.“ (S. 140)

„Man lehnt es ab, sich mit ‚trottelligen Gewerbelehrern‘ im Stadtparlament oder mit sonstigen komischen Existenzen, die man in den Politikern sieht, auf eine Ebene zu stellen. Gerade tüchtige Unternehmer oder Bankiers, die es meisterhaft verstehen, schwierige Organisationen zu leiten, werden zwar mit Wonne und Stolz jederzeit bereit sein, ein Dutzend weiterer Aufsichtsratsposten anzunehmen und dort ähnlich universal zu wirken. Aber die Politik gilt ihnen als unter ihrem Niveau liegend.“ (S. 138)

Man sieht, auch zum staatsmonopolistischen Kapitalismus gehört ein gewisses „Arbeitsethos“, eine Art von „Arbeitsdisziplin“, eine bestimmte Haltung zum Staate, und Gross fühlt sich durchaus in der Rolle des Mahners zur staatsmonopolkapitalistischen „Moral“. Keine Funktion darf vernachlässigt werden; auch die lokale Verschmelzung von Monopol und Staat (Gemeinde) ist nach Gross notwendig, darf nicht vergessen werden; auch wenn das persönlich etwas Zeit kostet und einen mit „kleinen Leuten“ zusammenbringt.

\*

Als nicht uninteressantes Nebenproblem sei darauf hingewiesen, daß solche „Theoretiker“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus sich durchaus klar sind über die besondere Rolle, die die oberste Schicht der Intelligenz mit der zunehmenden „Verwissenschaftlichung“ des Produktionsprozesses heute in der Gesellschaft spielt. Unter Berufung auf Johannes Alascos Intellectual Capitalism führt Gross aus:

„Es besteht eine Kluft zwischen dieser Intelligenz und der rein kaufmännisch-finanziellen Leitung. Hier liegt ein Problem, das sich vielfach mit dem des ‚leitenden Angestellten‘ usw. deckt. Alasco schließt seine Betrachtungen mit der Warnung, diese neue Intelligenz werde der Marktwirtschaft nicht treu bleiben, wenn diese sich nicht schnell vom ‚Finanzkapitalismus zum Intellektuellenkapitalismus verwandle. Der Produktionsmann steigt auf. Sein Ehrgeiz nach Macht und Einkommen steigen mit ihm. Er kann innerhalb der Grenzen des Kapitalismus nur gehalten werden, wenn man ihn mit dem Finanzmann gleichstellt.‘ Alasco gibt seinen Intellektuellen ähnlichen Rang und ähnliche dynamische, die Gesellschaft zu sprengen drohende Kraft wie Burnham es dem Manager andichtete. Auch Burnham sah im Manager im wesentlichen den Produktionsmann.“ (S. 136)

Man sieht, auch ein so wirklich durchschnittliches Buch wie das von Stein und Gross ist durchaus auf der Höhe seiner Aufgabe: einen Schutzwall um das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu errichten, wachsam an besonders gefährdeten Stellen, historisch unmögliche Solidität durch Raffinesse, logisch unmögliche Argumentation durch kulturschwülstige Gerissenheit ersetzend und auf jeder Seite wirkliches Klassenbewußtsein zeigend.

Über hundert Jahre lange Übung in der Apologetik bringt eine Schicht von Propagandisten des Kapitals hervor, die auch auf ihrem Durchschnittsniveau gefährlich ist und darum in ihrer ganzen bodenlosen Frechheit, als Wissenschaftler, als gebildete Berater der Menschheit auftreten zu wollen, entlarvt werden muß.

# BIBLIOGRAPHIEN

BIBLIOGRAPHIE VON VERÖFFENTLICHUNGEN  
ZUR GESCHICHTE DER KAPITALISTISCHEN UNTERNEHMEN,  
DIE NACH 1945 IN WESTDEUTSCHLAND  
UND WESTBERLIN ERSCHIENEN SIND

(Fortsetzung)

VON ALFRED FISCHER

*ABC der deutschen Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH, Darmstadt*

Weickert, Hans-Günther: Dokumentation einer Leistung – Edition Selka im Dienste der deutschen Industrie (1909–1959). Darmstadt: Selbstverl. (1959). 38 S.

*Accumulatoren-Fabrik Wilhelm Hagen KG, Soest*

1910–1960. 50 Jahre Wilhelm-Hagen-Batterie. (Hrsg. :) Accumulatoren-Fabrik Wilhelm Hagen KG, (Soest 1960.) Faltblatt 4<sup>o</sup>  
Anlage: Werdegang der Firma Wilhelm Hagen. (Mschr. vervielf.) 2 Bl.

*Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH, Büdingen (Oberhessen)  
und Berlin*

Sonnenschein. 1910–1960. (Büdingen/Oberhessen und Berlin: Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH 1960.) 31 S. Abb. mit Text quer-8<sup>o</sup>

*Accumulatorenwerk Hoppecke Verkaufsgesellschaft mbH, Köln*

25 Jahre Accumulatorenwerk Hoppecke Carl Zoellner & Sohn, Hoppecke in Westfalen. 1927–1952. 75 Jahre Friedr. Zoellner, Erze und Metalle, Köln. 1877–1952. Darmstadt: Hoppenstedt o. J., 36 S.

*Addicks & Kreye, Bremen*

Weingärtner, Kurt: 50 Jahre Addicks & Kreye. (1908–1958.) 45 S.

*Emil Adolff, Reutlingen*

Hülsen und Spulen, ihre Verwendung und Herstellung. Festschrift aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Firma Emil Adolff, Reutlingen. München: Bruckmann 1954. 142 S.

*ADOX-Fotowerke Dr. C. Schleussner GmbH, Frankfurt/M.*

100 Jahre Dr. Schleussner Fotochemie. (Stuttgart: Daco-Verl. 1960.) 58 S. mit Abb. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.) In: Die Leistung, Jg. 10, H. 76.

*ADOX-Fotowerke Dr. C. Schleussner GmbH, Frankfurt/M.*

100 Jahre Schleussner. Drei Vorträge des Festkolloquiums der Sektion Forschung der Deutschen Gesellschaft für Photographie aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens des Hauses Schleussner, Frankfurt/M., am 7. Mai 1960.

*AGROB Aktiengesellschaft für Grob- und Feinkeramik, München*

(Klass, Gert von:) 100 Jahre AGROB Aktiengesellschaft für Grob- und Feinkeramik, München. 1859–1959. (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1959.) 36 S., 13 Bl. Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt. :) Gebrannte Erde, Baustoff der Jahrtausende.

*AHI-Bau, Allgemeine Hoch- und Ingenieurbau-AG, Düsseldorf*

Lucken, Peter: Bauschaffen im Dreiklang. Fünfzig Jahre AHI-Bau, Allgemeine Hoch- und Ingenieurbau-AG (1904–1954). Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 69 S.

*Eduard Ahlborn AG, Hildesheim*

Lambrecht, Helmuth: Einhundert Jahre Ahlborn. (1856–1956.) 69 S.

*Ahlmann-Carlshütte KG, Rendsburg*

Schmidt, Harry (u. a.): 125 Jahre Carlshütte. (1952.) 146 S.

*Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen, Frankfurt/M.*

10 Jahre Wiederaufbau 1945–1955. Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen, Frankfurt/M. 62 S.

*Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen, Frankfurt/M.*

Leuchs, Rudolf: 70 Jahre Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen. 1890–1960. Brilon: Länderdienst-Verl. 41 S.

*Aktiengesellschaft Bad Neuenahr, Bad Neuenahr*

Rütten, Erich (u. a.): 100 Jahre Bad Neuenahr 1858–1958. Ahrweiler: ARE-Verl. o. J. 85 S.

*Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen (Saar)*

Zum 275jährigen Jubiläum der Dillinger Hütte. 1685–1960. (Hrsg. von der AG der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen/Saar 1960.) 76 S. 4<sup>0</sup> (Kopft.)

*Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp & Kausch, Frankenthal*

Kraemer, O.: 175 Jahre Maschinenbau in Frankenthal. (1771–1946.) 95 S.

*Aktien-Zuckerfabrik Fallersleben, Fallersleben*

Breithaupt, Theodor: 75 Jahre Aktien-Zuckerfabrik Fallersleben 1879–1954. 23 S.

*Allerthal-Werke AG, Grasleben über Helmstedt*

Kraft Sachisthal: 50 Jahre Allerthal-Werke AG Grasleben über Helmstedt 1900–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 31 S.

*Allgäuer Alpenmilch AG, München*

Schnelle, Hans H.: Der weiße Strom. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Allgäuer Alpenmilch AG (1905–1955). Stuttgart: Daco-Verl. o. J. 70 S.

*Allgäuer Überlandwerk GmbH, Kempten (Allgäu)*

Feil, Jenny: 100 Jahre Gas, 50 Jahre Strom 1857–1907–1957. Kempten: Allgäuer Heimatverl. o. J. 47 S.

*Allgemeine Telefon-Fabrik GmbH, Hamburg-Berlin*

Kraft Sachisthal: 100 Jahre Telefon. Ein Rückblick, wiedergegeben von der Allgemeinen Telefon-Fabrik GmbH, Hamburg-Berlin. Darmstadt: Hoppenstedt 1952. 24 S.

*Allsichtorganisation (A & O) e. V., Offenburg (Baden)*

10 Jahre A & O. (Allsichtorganisation.) (Offenburg 1960.) 67 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.) In: (Der A & O-Weg, Sept. 1960, Sonderausg.)

*Allsichtorganisation (A & O) e. V., Offenburg (Baden)*

10 Jahre A & O (1960). 11 gez. Bl. (Mschr. vervielf.)

*Gotthard Allweiler Pumpenfabrik AG, Radolfzell (Bodensee)*

Allweiler. Portrait e. Familien-Unternehmens. 1860–1960. (Hrsg. zum 100jähr. Jubiläum d. Gotthard Allweiler Pumpenfabrik AG, Radolfzell [Bodensee].) (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1960.) 86 S., 10 Bl. Abb., 1 Titelbild gr. 8<sup>o</sup>

*Amazonen-Werke H. Dreyer, Gaste*

Hille, Erhard: Heinrich Dreyer und sein Werk. 75 Jahre Amazonenwerk H. Dreyer, Gaste. (1883–1958.) Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 39 S.

*A. Amrhein und Söhne, Burgrheinfeld bei Schweinfurt*

A. Amrhein und Söhne, Burgrheinfeld bei Schweinfurt. 50 Jahre. (1902–1952.)

*Anker-Phönix Nähmaschinen AG, Bielefeld*

1876–1951. Ein Bericht für die Belegschaft der Anker-Werke AG. Bielefeld. 43 S.

*Anker-Teppich-Fabrik Gebr. Schoeller, Düren*

Neher, Ludwig: 100 Jahre Anker-Teppiche. (1854–1954.) 96 S.

*Annawerk AG, Oeslau bei Coburg*

Ein Werk und seine Menschen. (1960)

*Arenberg Bergbau-Gesellschaft mbH, Essen*

100 Jahre Arenberg 1856–1956. 91 S.

*Arnold & Stolzenberg GmbH, Rollenkettenfabrik, Einbeck*

50 Jahre Arnold Ketten im 700jährigen Einbeck. (Anlässlich unseres 50jähr. Jubiläums, 1. April 1959.) (Einbeck: Rollenkettenfabrik Arnold & Stolzenberg GmbH 1959.) 33 Bl. Abb. mit Text, 1 Kt. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.) (Beigedr.): Spörer, Klaus, (u.) Rudolf Lindemann: Einbeck, reizvoll und sehenswert. 4. Aufl. 1959.

*Aschendorff, Buchverl. und Druckerei, Münster i. W.*

240 Jahre Aschendorff. 1720–1960. Fünfjahresverz. 1955–1960. Münster i. W.: (Aschendorff 1960.) 99 S. kl. 8<sup>0</sup>

*Atlas-Werke AG, Bremen*

Herausgegeben aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Atlas-Werke AG, Bremen – 15. 1. 1952. 16 S.

*Badenwerk AG, Karlsruhe*

Badenwerk AG. 1921–1961. (Hrsg.: Badenwerk AG, Karlsruhe 1961.) 30 ungez. Bl. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Badische Gebäudeversicherungsanstalt, Karlsruhe*

Kistner, Albert (u. a.): Festakt aus Anlaß der 200 Jahrfeier. 46 S.

*August Bagel GmbH, Düsseldorf*

Barleben, Ilse: Von der schwarzen und von der weißen Kunst. A. Bagel 1801–1951. Düsseldorf: Selbstverl. 1951. 111 S.

*Bakelite GmbH, Letmathe (Sauerland)*

50 Jahre Bakelite. 1910–1960. (Letmathe/Sauerland: Bakelite GmbH 1960.) 26 S. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)



*C. A. Baldus & Söhne KG, Osberghausen*

Klass, Gert v.: Ein Jahrhundert C. A. Baldus & Söhne Kommandit-Gesellschaft Osberghausen 1851–1951. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 50 S.

*C. C. Bang Nachf., Rheydt*

Vogel, Kurt: 100 Jahre Seide C. C. Bang. Düsseldorf: Bastion (1950). 22 S.

*Bank für Binnenschifffahrt eGmbH, Hannover*

50 Jahre Bank für Binnenschifffahrt eGmbH, Hannover. 1911–1961. (Hrsg.: Bank für Binnenschifffahrt eGmbH, Hannover. Text: Hellmuth Schneider-Landmann.) (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1961.) 32 S. 4<sup>o</sup>

*Bank für Gemeinwirtschaft Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf*

Die Gemeinwirtschaftsbanken nach fünf Geschäftsjahren. (1950–1954.) 20 S.

*Bankhaus Bauer & Zuckschwerdt, Stuttgart*

Bankhaus Bauer & Zuckschwerdt. 1931–1956. Stuttgart 1956. 42 S. u. Beil.

*Bankhaus Bauer & Zuckschwerdt, Stuttgart*

Die Aufgabe des Privatbankiers. Aus Anlaß des 30jährigen Gründungstages. . . 10. Februar 1931–10. Febr. 1961. Bankhaus Bauer & Zuckschwerdt. (Stuttgart 1961: Schwäb. Dr.) 23 S. quer-8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Bankhaus Mötzel, Nördlingen*

175 Jahre Bankhaus Mötzel, Nördlingen. (Nördlingen: C. H. Beck'sche Buchdruckerei.) 47 S.

*G. C. Bartels & Söhne, Hamburg*

100 Jahre G. C. Bartels & Söhne, Hamburg. 1858–1958. 40 S.

*Gebr. Bartels GmbH, Gütersloh*

100 Jahre Gebr. Bartels GmbH. 1857–1957. 93 S.

*Julius Bartram Tuchfabrik, Neumünster*

Todtmann, Heinz (u. a.): Leben und Weben. 1856–1956. 90 S.

*Baumwoll-Spinn- u. Weberei Arlen, Rielasingen (Hegau)*

Ein Garn durch 125 Jahre gesponnen. Am 125. Jahrestag d. Baumwoll-Spinn- und Weberei Arlen. (1834–1959.) (Rielasingen (Hegau): Baumwoll-Spinn- u. Weberei Arlen 1959.) 64 S. quer-kl. 8<sup>o</sup>

(Umschlagt.): 125 Jahre Baumwoll-Spinn- und Weberei Arlen, Rielasingen (Hegau).

*Bauwirtschafts-Verein, Bremen*

Roelecke, W.: 25 Jahre Bauwirtschafts-Verein im Dienste Bremens. 1934–1959. 34 S.

*Bayerische Brauerei Schuck-Jaenisch AG, Kaiserslautern*

Kraft Sachisthal: 80 Jahre BBK-Bier (1873–1953). Bayerische Brauerei Schuck-Jaenisch AG. Darmstadt: Archiv für Wirtschaftskunde o. J. 32 S.

*Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München*

Hundertfünfundzwanzig Jahre Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank. (Zum 125jährigen Bestehen d. Bank am 15. Okt. 1960 als Privatdr. hrsg. v. d. Direktion d. Bayerischen Hypotheken- u. Wechsel-Bank. Text: Joseph Maria Lutz u. Heinrich Stummer.) (München 1960.) 130 S., 8 ungez. Bl., 1 gef. Kt. 8°

*Bayerische Kabelwerke AG, Roth b. Nürnberg*

Eckhardt, Werner: Bayerische Kabelwerke AG 1885–1960. 75 Jahre. 57 S.

*Bayerische Staatsbank, Ludwigshafen a. Rh.*

100 Jahre im Dienste der Pfalz. Bayerische Staatsbank, Ludwigshafen a. Rh. 1952. 40 S.

*Bayerische Staatsbank, München*

180 Jahre Bayerische Staatsbank. (1780–1960.) (München: Bayer. Staatsbank 1960.) 27 S. mit Abb. gr. 8° (Umschlagt.)

*Bayerische Versicherungsbank AG, München*

Bayerische Versicherungsbank AG. 1835–1960. Vom Preysing-Palais zur Ludwigstraße. (Text: Ludwig Arps.) (München 1960: F. Bruckmann KG.) 64 S. 8°

*F. C. Bayerlein, Bayreuth*

(Wegner, Karl:) Zum 150jährigen Betriebsjubiläum. F. C. Bayerlein, Bayreuth. Spinnerei, Zwirnerei, Bleicherei, Färberei. Bayreuth: Bayerlein (1959). 18 Bl. mit Abb., 8 Bl. Abb. 8°

*Bayernwerk AG, München*

25 Jahre Bayernwerk. München: Pflaum (1946). 101 S.

*Bayernwerk AG, München*

Kurzmann, Siegfried (u. a.): 30 Jahre Bayernwerk AG. Bayerische Landes-  
elektrizitätsversorgung 1921–1951. 211 S.

*Beamten-Baugesellschaft Bremen GmbH, Bremen*

40 Jahre Beamten-Baugesellschaft Bremen GmbH. 1920–1960. (Bremen: Schünemann.) 95 S.

*Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Berlin und Wuppertal*

50 Jahre Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Berlin und Wuppertal. (Berlin/Düsseldorf: Beamtenversicherungsverein 1959.) 59 S. mit Abb. quer-8<sup>0</sup>

*Ludwig Beck, Textilhaus, München*

(Lutz, Joseph Maria:) Hundert Jahre im Dienst der schönen Münchnerin und des bayerischen Meisterhandwerks. 1861–1961. (München:) Textilhaus Ludwig Beck (1961). 63 S. mit Abb. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.): Hundert Jahre Ludwig Beck am Rathauseck.

*Ernst C. Behrens, Papierverarbeitungswerke KG, Alfeld (Leine)*

100 Jahre Ernst C. Behrens Papierverarbeitungswerke, Alfeld (Leine).

*L. Behrens & Söhne, Hamburg*

Freytag von Loringhoven, Frank Baron: 175 Jahre L. Behrens & Söhne, Hamburg. 1780–1955. 45 S.

*Chr. Belser, Stuttgart*

(Heuschele, Otto:) Zum 125jährigen Bestehen unseres Hauses am 25. November 1960, Chr. Belser Stuttgart. (Stuttgart: Chr. Belser 1960.) 20 Bl. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Joh. A. Benckiser GmbH, Chemische Fabrik, Ludwigshafen a. Rh.*

Boetticher, K. W.: Wandel und Werden in fünf Generationen 1823–1958. Aus der 125jährigen Geschichte der Joh. A. Benckiser GmbH zum 100jährigen Bestehen des Werkes Ludwigshafen am Rhein. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 61 S.

*Bender-Werke, Frankenthal (Pfalz)*

Springer, Walter: 100 Jahre Bender Korke. 1851–1951. 56 S.

*Kaspar Berg, Sportgerätefabrik, Nürnberg*

Hundert Jahre Kaspar Berg, Nürnberg. (1860–1960.) 8 S.

*Bergbau-Aktiengesellschaft Ewald-König Ludwig, Recklinghausen*

Wawersik, Rudolf (u. a.): Von der Bergbau-Aktiengesellschaft Ewald-König Ludwig. Von der Kohle und den Bergleuten. (1957.) 31 S.

*Bergbau- und Hütten-Gesellschaft zu Peine*

Studtmann, Joachim: Carl Hostmann und die Bergbau- und Hütten-Gesellschaft zu Peine. Hrsg.: Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, Hannover 1953. 47 S.

*Berliner Kraft- und Licht (BEWAG)-AG, Berlin*

Leithäuser, Joachim G.: Die unsichtbare Kraft. Berlin: Safari-Verl. (1959). 340 S.

*Berliner Volksbank West, Berlin*

1860–1960. 100 Jahre genossenschaftliche Selbsthilfe in Berlin. (Hrsg. :) Berliner Volksbank West, (Berlin 1960). 32 S. 8<sup>0</sup>

*Robert Berninghaus & Söhne, Werkzeugmaschinenfabrik, Velbert*

Schwarzkopf, Richard: 1779–1954. 175 Jahre Robert Berninghaus & Söhne. 65 S.

*C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh (Westf.)*

Glück mit Büchern. Festgabe zum 125jährigen Bestehen d. Hauses Bertelsmann. (Gütersloh: Bertelsmann 1960.) 106 S. 4<sup>0</sup>

*C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh (Westf.)*

125 Jahre Bertelsmann. Erschienen zum einhundertfünfundzwanzigjährigen Jubiläum des Hauses Bertelsmann. (Hrsg. v. d. Bertelsmann Verwaltg.) Gütersloh 1960. 57 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Beton- und Monierbau AG, Düsseldorf*

Beton- und Monierbau AG. (Ausgabe Mai 1956.) 199 S.

*Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen, Speyer*

Die Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen in Speyer am Rhein. Überblick über ihre Tätigkeit in den Jahren 1947–1952. 155 S.

*Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen, Speyer*

Denkschrift über die Tätigkeit des Eisenbahn-Verkehrsrats der Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen in den Jahren 1947–1952. 34 S.

*Bezirkssparkasse Giessen, Giessen*

125 Jahre Bezirkssparkasse Gießen. (Gießen: Bezirkssparkasse 1959.) 196 S. mit Abb. quer-8<sup>0</sup>

*Bierbaum-Proenen, Köln*

Proenen, Adolf (u. a.): BP und die Schule des Lebens. (1952.) 96 S.

*Birlenbacher Hütte, Schleifenbaum & Co. KG Hochofenwerk, Geisweid Kr. Siegen*

Böttger, Hermann: 500 Jahre Birlenbacher Hütte 1453–1953. 51 S.

*Friedr. Blasberg GmbH, Solingen*

75 Jahre im Dienste der Galvanotechnik, 1885–1960. (Chronik d. Hauses) Blasberg, Solingen. (Hrsg.: Friedr. Blasberg GmbH, Solingen 1960.) 8 Bl. mit Abb. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Robert Blohm, Fabrik für Werkzeugmaschinen, Hamburg-Bergedorf*

In: Stätten deutscher Arbeit, Berlin. 1950, Bd IV, S. 48–54.

*Blohm & Voss AG, Hamburg*

Keiling, Wilh.: Blohm & Voss AG, Hamburg. (1959.) 96 S.

*Bochumer Maschinenfabrik, Bochum*

40 Jahre BOMAFAB. (Bochum: Bochumer Maschinenfabrik 1959.) 19 S. mit Abb. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation AG, Bochum*

100 Jahre Stahlformguß. Gußstahlwerk Bochumer Verein AG, Bochum (1852–1952). 54 S.

*Gebr. Peter u. Rudolf Böhling, Hamburg*

50 Jahre Gebr. Peter u. Rudolf Böhling. 1909–1959. (Hamburg: Kühn 1959.) 28 S. Abb. mit Text 4<sup>o</sup>

*C. F. Boehringer & Soehne GmbH, Mannheim-Waldhof*

100 Jahre Boehringer, Mannheim. (1859–1959.) 9 S.

*C. H. Boehringer Sohn, Ingelheim a. Rh.*

Zahlen zeigen und erzählen. Sozialbericht der Firma C. H. Boehringer Sohn (Chemische Fabrik), Ingelheim a. Rh. (Ingelheim a. Rh. 1955.) 37 S. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*H. F. Christian Bolte, Hamburg*

„Cobolt“-Fahrzeugbau Bolte und Compарт, Hamburg

75 Jahre Arbeit und Fortschritt in der Eisen-, Stahlbau- und Fahrzeugtechnik. (1884–1959.) 21 S.

*Bonumwerke, Langenberg (Rhld.)*

100 Jahre Qualitätswerkzeuge. 1860–1960. Bonumwerke, Langenberg (Rhld.)

*Bopp & Reuther GmbH, Mannheim-Waldhof*

Hüter strömender Güter. Eine technologische Studie zum Armaturen- und Meßgerätebau. Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens 1872–1947. 66 S.

*Bopp & Reuther GmbH, Mannheim-Waldhof*

B & R Hausbuch. (1952.) 161 S.

*Robert Bosch GmbH, Stuttgart*

Schildberger, Friedrich: Bosch und der Dieselmotor. Stuttgart: Selbstverl. 1950. 71 S.

*Robert Bosch GmbH, Stuttgart*

Schildberger, Friedrich: Bosch und die Zündung. Stuttgart: Selbstverl. (1952). 189 S.

*Gebr. Both GmbH, Ahrweiler*

1886–1961 Gebr. Both Weinbrennerei, Ahrweiler. (Ahrweiler 1961.) 61 S. 80

*BP – Benzin- und Petroleum-Gesellschaft mbH, Hamburg*

1904–1954 – Geschichte einer Ölgesellschaft. BP Benzin- und Petroleum-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg. 131 S.

*A. Bracke, Braunschweig*

A. Bracke, Braunschweig. 100 Jahre. 1855–1955.

*Brauerei Moninger, Karlsruhe*

Haebler, R. G. (u. a.): 100 Jahre Brauerei Moninger 1856–1956. 100 S.

*Brauerei Thier & Co., Dortmund*

Hartmann, Franz (u. a.): 100 Jahre Brauerei Thier & Co., Dortmund. (1854–1954.) 67 S.

*G. Braun (vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag) GmbH, Karlsruhe*

Richter, Georg: Im Dienste von Wissenschaft, Erziehung, Kunst und Wirtschaft. 1813–1953. Karlsruhe: Selbstverl. 1953. 130 S.

*Braunschweigische Lebensversicherung AG, Braunschweig*

Thate, Heinz u. Suse: 150 Jahre Braunschweigische Lebensversicherung 1806–1956. Braunschweig: Limbach o. J. 74 S.

*Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik, Bremen-Vegesack*

Bessell, Georg: 150 Jahre Schiffbau in Vegesack. (1955.) 360 S.

*F. A. Brockhaus, Leipzig-Wiesbaden*

Hübscher, Arthur: Hundertfünfzig Jahre F. A. Brockhaus. 1805—1955. Wiesbaden: Selbstverl. 1955. 308 S.

*Brönners Druckerei (Inh. Breidenstein), Frankfurt a. M.*

Zweihundertfünfundzwanzig Jahre Brönners Druckerei, Frankfurt a. M. (1727—1952.) 87 S.

*Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim*

60 Jahre im Dienste der Elektrotechnik. In: Der Kontakt, Hauszeitschrift der Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim. 11. Jg., 1960, Heft 2, S. 35—74

*Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim*

60 Jahre BBC Mannheim. (Überblick über den technischen Stand einiger wichtiger in unser Produktionsprogramm fallender Gebiete.) In: BBC Nachrichten, Mannheim. 42. Jg., Juni/Juli 1960, Heft 6/7, S. 262—395

*F. Bruckmann KG, München*

Pfeiffer-Belli, Erich: 100 Jahre Bruckmann, 100 Jahre Brücke zur Kunst. (1858—1958.) München: Selbstverl. o. J. 157 S.

*Hans Brückner Faß- und Faßholzfabriken KG, Kulmbach*

Salken, Gerhard: 125 Jahre Brückner-Faß 1825—1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 32 S.

*Buchdruckerei H. F. Vornbäumen, Bünde (Westf.)*

75 Jahre Buchdruckerei H. F. Vornbäumen 1885—1960. 17 S.

*Gustav Bühler Möbelfabrik, Spaichingen (Württ.)*

Voege, Ernst: 50 Jahre Gustav Bühler Möbelfabrik Spaichingen. (1901—1951.) Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 31 S.

*Büttenpapierfabrik Hahnemühle GmbH, Dassel Kr. Einbeck*

Grüne, A.: Historie von der Reylingehäusischen Papiermühle 1584—1952. Dassel: Selbstverl. o. J. 48 S.

*Büttner-Werke AG, Krefeld-Uerdingen*

Dietz, W. (u.a.): 75 Jahre Büttner-Werke. (1874—1949.) Duisburg: Lange o. J. 80 S.

*Julius Busch Bäckerei und Konditorei, Hamburg*

65 Jahre Julius Busch Hamburg. (1889—1953). Brilon: Länderdienst o. J. 26 S.

*Capito & Klein AG, Düsseldorf-Benrath*

Klass, Gert v.: Capito & Klein AG, Düsseldorf-Benrath 1876–1951. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 35 S.

*Arthur Carstens & Co., Hamburg*

(1913–1950.) In: Stätten deutscher Arbeit, Berlin. 1950, Bd IV, S. 63–69

*Chemische Düngerfabrik Rendsburg, Rendsburg*

Betriebs-Chronik. Chemische Düngerfabrik Rendsburg. (Bearbeitg.: Wilhelm Kollmar.) 1959/60. (Rendsburg 1960: Heinr. Möller.) 88 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Chemische Düngerfabrik Rendsburg, Rendsburg*

Betriebs-Chronik. Chemische Düngerfabrik Rendsburg. 1960/61. (Rendsburg 1961: Heinr. Möller.) 70 S. mit Abb.

*Chemische Fabrik Fridingen Gustav Rübemann, Viernheim bei Mannheim*

Salken, Gerhard: 50 Jahre Chemische Fabrik Fridingen Gustav Rübemann. 1899–1949. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 31 S.

*Ferd. Christlieb & Co. KG Norddeutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung, Hamburg*

Godbarsen, F.: Mit Köder, Gas und Mikroskop. Eine Familie in hundert Jahren Schädlingsbekämpfung 1848–1948. Hamburg: Eckardt & Messtorf 1948. 50 S.

*„Cobolt“-Fahrzeugbau Bolte und Compant, Hamburg  
H. F. Christian Bolte, Hamburg*

75 Jahre Arbeit und Fortschritt in der Eisen-, Stahlbau- und Fahrzeugtechnik. (1884–1959.) 21 S.

*Gebr. Colsmann, Essen-Kupferdreh*

Evers, Georg: 150 Jahre Gebr. Colsmann, Essen-Kupferdreh (1802–1952). 72 S.

*Wilhelm Connemann, Leer (Ostfriesland)*

Wilhelm Connemann. 200 Jahre Firmengeschichte. Ein Beispiel ostfriesischer Wirtschaftsentwicklung. Leer 1950

*Creditreform-Zentralverwaltung e. V., Neuss*

75 Jahre im Dienste der Wirtschaft. 1879–1954. Neuß: Selbstverl. (1954). 26 S.

*L. W. Cretschmar, Düsseldorf*

125 Jahre L. W. Cretschmar. Schifffahrt, Spedition. (Düsseldorf: L. W. Cretschmar 1961.) 12 Bl. Abb. mit Text 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)



*Daimler-Benz AG, Stuttgart*

Schildberger, Friedrich: Chronik der Mercedes Benz Fahrzeuge und Motoren. Stuttgart: Cantz 1956. 195 S.

*Daimler-Benz AG, Stuttgart*

Diesel, Eugen (u. a.): Vom Motor zum Auto. Fünf Männer und ihr Werk. Stuttgart: Dt. Verlags-Anstalt 1957. 339 S.

*Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Neptun“, Bremen*

75 Jahre Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Neptun“, Bremen. Rückblick auf Entstehung und Entwicklung. (Bremen 1948.) 12 S. 8<sup>0</sup>

*Dr. F. P. Datterer & Cie, Freising*

Saltzwedel, Ernst Wilhelm (u. a.): Geschichte des Buchdrucks in Freising. Herausgegeben anlässlich des 250jährigen Bestehens der Firma Dr. F. P. Datterer & Cie 1702–1952. Freising: Selbstverl. o.J. 152 S.

*Dr. F. P. Datterer & Cie, Freising*

Dr. F. P. Datterer & Cie. 50 Jahre im Besitz der Familie Sellier. (1909–1959.) 5 S.

*Friedrich Deckel, Präzisionsmechanik und Maschinenbau, München*

Neher, Franz Ludwig: 50 Jahre Friedrich Deckel. (1903–1953.) 148 S.

*John Deere-Lanz AG, Mannheim*

Lanz und die Landwirtschaft. Ein Ausschnitt aus 100 Jahren Landtechnik. (Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschafts-Archiv GmbH.) 40 S.

*M. van Delden & Co., Gronau*

Muthesius, Volkmar: 100 Jahre M. van Delden & Co. 1854–1954. 128 S.

*J. Ch. Detmering, Hamburg*

100 Jahre J. Ch. Detmering, Hamburg, 1858–1958. 12 S.

*Deutsche Bank AG, Frankfurt a. M.*

Hock, Walter: Die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Deutschen Bank im Spiegel ihrer Bilanzen. Heidelberg: Winter 1954. 148 S.

*Deutsche Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegrafie mbH, Berlin*

50 Jahre DEBEG für drahtlose Telegrafie mbH. 1911–1961. (Hrsg.: Deutsche Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegrafie, Berlin, Hamburg (1961). 61 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Deutsche Bundesbahn, Frankfurt a. M.*

125 Jahre Deutsche Eisenbahnen. Ein Bildwerk. Hrsg. von d. Dt. Bundesbahn. Frankfurt a. M. u. Bonn: Athenäum Verl. (1960). 115 S. Abb. mit Text 40 (Vort.:) Jubiläums-Bildjahrbuch der Deutschen Bundesbahn.

*Deutsche Bundespost, Bonn*

Kaemmer, Wolfgang von (u. a.): Die Deutsche Bundespost. Ihre Leistungen und ihre Bedeutung für die Wirtschaft. Frankfurt a. M.: Wirtschaftsdienst 1957. 326 S.

*Deutsche Bundespost, Bonn*

Jung, Josef (u. a.): 50 Jahre Deutscher Postscheckdienst. 1909–1959. 47 S.

*Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“, Bremen*

Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“ 1881 bis 1956. Bremen 1956. 26 S. 80

*Deutsche Genossenschaftskasse. Frankfurt a. M.*

Loest, Johannes: Die deutsche Genossenschaftskasse. Vorgeschichte, Aufbau und Aufgaben. (1. Aufl.) Neuwied a. Rh.: Verl. d. Raiffeisendruckerei (1952). 44 S. (Vorträge u. Aufsätze des Instituts f. Genossenschaftswesen a. d. Univ. Münster, H. 4.)

*Deutsche Oelfabrik Dr. Grandel & Co., Hamburg*

Deutsche Oelfabrik Dr. Grandel & Co. 50 Jahre. 1902–1952. 18 S.

*Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden-Berlin*

30 Jahre Wohnungsbaufinanzierung 1922–1952. Ein Rückblick auf die Entwicklung der Deutschen Pfandbriefanstalt. 20 S.

*Deutsche Presse-Agentur (dpa) GmbH, Hamburg*

dpd – Deutscher Presse-Dienst eGmbH. Werden und Wert. (1953.) 28 S.

*Deutsche Solvay-Werke GmbH, Solingen*

75 Jahre Deutsche Solvay-Werke GmbH, Solingen-Ohligs. 1880–1955. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 44 S.

*Deutsche Tecalemit GmbH, Windelsbleiche/Bielefeld*

Lippert, Renate: Metallwerk Windelsbleiche 1910–1960. 47 S.

*Deutsche Überseeische Bank, Hamburg*

Deutsche Überseeische Bank, Hamburg, 1886–1961. 58 S.

*Deutsche Verbundgesellschaft e. V., Heidelberg*

Entwicklung des Verbundbetriebes in der deutschen Stromversorgung. 10 Jahre DVG. 1948–1958. (Hrsg.:) Deutsche Verbundgesellschaft e. V., Heidelberg 1959. 92 S. 4<sup>o</sup> (Mit Bibliogr.)

*Deutscher Adreßbuch-Verl. für Wirtschaft und Verkehr GmbH, Darmstadt*

Gerdenitsch, Heinrich (u. a.): Drei Jahrzehnt Adreßbuchschaften 1926–1956. Darmstadt: Selbstverl. o. J. 48 S.

*Deutscher Genossenschaftsverband Schulze-Delitzsch e. V., Bonn*

100 Jahre Deutscher Genossenschaftsverband. (Festschrift zur 100-Jahrfeier des Deutschen Genossenschaftsverbandes Schulze-Delitzsch e. V., Bonn.) (Wiesbaden: Deutscher Genossenschafts-Verl. 1959.) 249 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Gebr. Dichmann AG, Kelkheim*

75 Jahre Gebr. Dichmann AG, Kelkheim. 1872–1947. 4 S.

*Didier Werke AG, Wiesbaden*

Kraft Sachisthal: 120 Jahre feuerfest. 90 Jahre Gasofenbau. 80 Jahre AG. Darmstadt: Archiv für Wirtschaftskunde (1951). 70 S.

*Diskus-Werke Frankfurt a. M. AG, Frankfurt a. M.*

50 Jahre Diskus Werke Frankfurt am Main Aktiengesellschaft. (Hrsg.: Diskus Werke Frankfurt a. M. AG. Text: Hans Krug u. Th. Merten. 1911–1961.) (Darmstadt: Hoppenstedt 1961.) 32 S., 9 ungez. Bl. Abb. 4<sup>o</sup>

*Ed. Dörrenberg Söhne, Runderoth (Rheinland)*

(Dörrenberg, Oskar:) Geschichte des Hauses Dörrenberg. (Gummersbach 1960: Lauer.) 60 S. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.:) 100 Jahre Ed. Dörrenberg Söhne Runderoth. 300 Jahre Eisengewerke Dörrenberg.

*Richard Dohse & Sohn, Bielefeld*

Ropohl, Hanna: 75 Jahre rido (1883–1958). Bielefeld: Selbstverl. o. J. 54 S.

*Dolomitwerke GmbH, Wülfrath*

Herzfeldt, Rudolf: 50 Jahre Dolomitwerke GmbH 1909–1959. Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik o. J. 57 S.

*Dortmunder Union-Brauerei AG, Dortmund*

Biergans, Richard (u. a.): Die Dortmunder Union-Brauerei im Wiederaufbau 1945–1959. 179 S.

*Drei-S-Werk, Nadelfabrik, Schwabach bei Nürnberg*

Salken, Gerhard: 100 Jahre 3-S-Werk (1850–1950). Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 30 S.

*Dresdner Bank, Berlin*

Bähr, Karl: Die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Dresdner Bank im Spiegel ihrer Bilanzen. (1951.) 96 S.

*Dröge & Koch KG, Unna (Westf.)*

100 Jahre Dröge und Koch KG (1857–1957). 91 S.

*Droemersche Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf., München*

Ein Haus feiert Geburtstag. Droemer-Knauer 1901–1961.

*Droop & Rein, Bielefeld*

(1890–1950.) In: Stätten deutscher Arbeit, Berlin. 1950, Bd IV, S. 114–123.

*Druckerei August Osterrieth, Frankfurt a. M.*

Lerner, Franz: Schwarz und bunt. 125 Jahre Druckerei August Osterrieth, Frankfurt a. M., 4. Dezember 1956. 49 S.

*Dürkoppwerke AG, Bielefeld*

Neue Dürkopp-Industrienähmaschinen. 1959–1960. Bielefeld: Dürkoppwerke AG 1959. 32 gez. Bl. 4<sup>o</sup>

*Otto Dürr, Blechbearbeitung, Stuttgart*

Hartmann, Heinrich: 60 Jahre Dürr. (1895–1955.) 46 S.

*Dürrwerke AG, Ratingen*

75 Jahre Dürrwerke Ratingen. (1958.) 104 S.

*Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG, Duisburg*

Meier, Karl: Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG. 80 Jahre Wohnungsbau. (1872–1952.) 47 S.

*Duisburger Verkehrsgesellschaft AG, Duisburg*

75 Jahre Straßenbahn in Duisburg 1881–1956. 78 S.

*Dujardin & Co., vorm. Gebr. Melcher, Uerdingen a. Rh.*

1810–1960. 150 Jahre Dujardin & Co., vorm. Gebr. Melcher. (Uerdingen a. Rh.: Dujardin 1960.) 10 Bl. Abb. mit Text 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Heinrich Durst, Heidelheimer Malzfabrik KG, Heidelberg bei Bruchsal*

75 Jahre Durst Malz. (Karlsruhe: Engelhardt & Bauer.)

*Gottlieb Duttenhöfer, Hassloch (Pfalz)*

Schwab: 75 Jahre Gottlieb Duttenhöfer. (1884–1959.) Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 31 S.

*Eau de Cologne- & Parfümerie-Fabrik „Glockengasse No. 4711“, Köln-Ehrenfeld*

Rosenbaum, E. (u. a.): 160 Jahre No. 4711. 1792–1952. 95 S.

*N. Ebeling, Hochseefischerei, Bremerhaven*

Kern, K. P.: N. Ebeling. Hochseefischerei. 1905–1955. Bremerhaven (1955). 48 S. 8<sup>0</sup>

*Gebr. Echterhoff, Tiefbauunternehmung, Osnabrück*

(Kühling, Karl:) 100 Jahre Gebrüder Echterhoff. 1860–1960. (Osnabrück: Tiefbauunternehmung Gebrüder Echterhoff 1960.) 58 S. mit Abb. gr. 8<sup>0</sup>

*August Eckmann, Kiel*

August Eckmann, Kiel. 1854–1954.

*Edeka Verband Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin*

Gauditz, Herbert: Unsere Edeka. Hamburg: Selbstverl. 1951. 63 S.

*Edeka Verband Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin*

Friedrich, Otto: Unsere Spara. Hamburg: Selbstverl. 1953. 55 S.

*Edeka Verband Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin*

Gauditz, Herbert: 50 Jahre Großeinkauf Edeka Hamburg eGmbH. Hamburg: Selbstverl. 1953. 95 S.

*Edeka Verband Deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., Berlin*

50 Jahre Edeka Verband e. V., Hamburg. Hamburg: Selbstverl. 1957. 256 S.

*Gebr. Ehlers, Hamburg*

75 Jahre Gebrüder Ehlers. (1884–1959.) 19 S.

*Eisen- und Hammerwerk GmbH, Teningen (Baden)*

180 Jahre Werksgeschichte 1771–1951 der Eisen- und Hammerwerk GmbH.  
21 S.

*Eisenberger Klebsand-Werke GmbH, Eisenberg*

Springer, W.: Eisenberger Klebsand-Werke GmbH 1904–1954. 60 S.

*Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG, Sulzbach-Rosenberg-Hütte (Opf.)*

100 Jahre Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG. 1853–1953. 126 S.

*Eisenwerk Wülfel, Wülfel vor Hannover*

Durch Qualitätsarbeit zur Weltfirma. 75 Jahre Eisenwerk Wülfel. (1882–1957.)  
Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 88 S.

*Elbschloß-Brauerei, Hamburg-Nienstedten*

Sinz, Herbert: 75 Jahre Elbschloß-Brauerei 1881–1956. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 63 S.

*Elektrizitätswerk der Stadt Bamberg*

Rafalovics, Helene: 50 Jahre Elektrizitätswerk der Stadt Bamberg 1901/02–1951/52. 81 S.

*Engelhardt & Förster, Bremen*

Hundert Jahre Engelhardt & Förster, Bremen. (1860–1960.) (Bremen 1960.)  
4 Bl. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Gustav Epple, Stuttgart-Degerloch*

(Hueber, Heinz:) 50 Jahre Gustav Epple. (Stuttgart-Degerloch: Epple 1959.)  
17 Bl. Abb. mit Text 8<sup>o</sup>

*Ernst & von Spreckelsen, Hamburg*

1793–1848–1923–1958. Geschichte der Firma Ernst & von Spreckelsen von ihren Anfängen im Jahre 1793 bis zur Jetztzeit. 33 S.

*Erste Kitzinger Dampf-Roßhaar-Spinnerei F. S. Fehrer, Kitzingen*

Salken, Gerhard: 75 Jahre Kitzinger Dampf-Roßhaar-Spinnerei F. S. Fehrer  
1875–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 29 S.

*Esch-Werke KG, Duisburg*

Wodiczka, Ignaz: Esch – ein Firmenbild im Wandel von 100 Jahren. (1857–1957.) 139 S.

*A. W. Faber-Castell, Stein bei Nürnberg*

200 Jahre vom Bleistiftmacher Kaspar Faber 1761 zum Weltunternehmen 1961. Fortschritt in Ihrer Hand. (Hrsg.: A. W. Faber-Castell, Stein bei Nürnberg 1961.) 8 Bl. 8<sup>o</sup>

*Johann Maria Farina gegenüber dem Jülich-Platz, Köln*

Rosenbaum, Ernst: Kölnisch Wasser. Berlin: Nauck 1951. 636 S.

*Joh. zum Felde Classen & Co., Hamburg*

80 Jahre Joh. zum Felde Classen & Co. 1870—1950. 46 S.

*Feldmühle Papier- u. Zellstoffwerke AG, Düsseldorf*

Vom Papier. Kultur, Technik, Statistik. Hrsg. von d. Feldmühle Papier- u. Zellstoffwerke AG, Düsseldorf, anl. d. 75jähr. Bestehens am 27. Aug. 1960 (Düsseldorf 1960.), 191 S., angebunden 1 Heft Papierproben. 4<sup>o</sup> (Rückent.:) Feldmühle. Vom Papier. Kultur. . .

*Felina GmbH Miederfabriken, Mannheim*

Glaeser, Ernst: Die Lust zu gefallen. (Aus Anlaß d. 75jähr. Bestehens. Hrsg.: Felina GmbH Miederfabriken, Mannheim.) (Wiesbaden:) Verl. f. Wirtschaftspublizistik (1960). 56 S. quer-kl. 8<sup>o</sup>

*Felten & Guillaume Carlswerk AG, Köln-Mülheim*

75 Jahre Carlswerk (1874—1949). Felten & Guillaume Carlswerk AG, Felten & Guillaume Eisen und Stahl AG, Köln-Mülheim. 46 S.

*Otto Fennel Söhne KG, Kassel*

Kraft Sachisthal: Ein Jahrhundert Werkstätten für geodätische Instrumente. Otto Fennel Söhne KG Kassel. 1851—1951. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 50 S.

*Fern-SVG — Nord, Straßenfernverkehrs-Genossenschaft Hamburg und Schleswig-Holstein e GmbH, Hamburg*

Herz, Willi: 10 Jahre Straßenverkehrs-Genossenschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein. 1947—1957. 75 S.

*Fernseh GmbH, Darmstadt*

Möller, Rolf (u. a.): 25 Jahre Fernseh GmbH. (1929—1954.) Hamburg: Radio-Verl. 1954. 50 S.

*Hermann Finckh, Reutlingen*

75 Jahre Drahtfink. (1879—1954.) 43 S.

*Fischer & Co., Zorger Eisengießerei und Maschinenfabrik, Zorge (Harz)*

Fischer & Co., Zorger Eisengießerei und Maschinenfabrik 1928–1953. 18 S.

*Bernhard Fischer KG, Duisburg*

Anläßlich des 60jährigen Bestehens (1899–1959). 41 S.

*Franz Fischer & Sohn, München*

Hofheinz, Engelbert: Die Entdeckung des Marquis de Tassignac. 125 Jahre (Franz Fischer & Sohn Tapeten, München, 1825–1950.) 31 S.

*Ludwig Fleischmann, Großbuchbinderei, Fulda*

Heinelt, Herbert-Karl: Fünfzig Jahre im Dienst des deutschen Buchschaffens. 1906–1956. 57 S.

*Flottmann-Werke GmbH, Herne (Westf.)*

Brües, Otto: Ein Erfindergedanke und was aus ihm wurde. 20 S.

*Flottmann-Werke GmbH, Herne (Westf.)*

80 Jahre Flottmann-Unternehmen. (1952.) 16 S.

*Flottmann-Werke GmbH, Herne (Westf.)*

Brinkmann, Karl: Die Geschichte der Flottmann-Werke. (1955.) 91 S.

*Fontaine & Co., Schleifmittelwerk GmbH, Frankfurt a. M.*

75 Jahre Schleifmittelwerk Fontaine & Co. 1879–1954. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 23 S.

*Ford Werke AG, Köln*

Von Menschen und Maschinen, die den Taunus bauen. (Ford Werke AG, Köln, 1930–1960.) (Köln 1960.) 16 Bl. quer-8<sup>0</sup>

*Oswald Forst GmbH, Solingen*

Die Oswald Forst GmbH. Ein Bildband über die Geschichte eines Unternehmens. 50 Jahre (1909–1959). 79 S. Abb. mit Text 4<sup>0</sup>

*Franckh'sche Verlagsbuchhandlung W. Keller & Co., Stuttgart*

Ein altes Verlagshaus mit jungem Geist. (1822–1957.) Stuttgart: Selbstverl. 1957. 48 S.

*Frankfurter Bank, Frankfurt a. M.*

Hofmann, Walter: Bilanz eines Jahrhunderts Frankfurter Bank. 1854–1954. 90 S.



*Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Frankfurt a. M.*

Guttman, Bernhard (u. a.): Ein Jahrhundert „Frankfurter Zeitung“. (1856–1956.) Frankfurt a. M.: „Die Gegenwart“ 1956. 59 S.

*Carl Freudenberg, Weinheim (Baden)*

Pinnow, Hermann: 100 Jahre Carl Freudenberg. 1849–1949. 182 S.

*Fritzsche-Ludwig KG, Darmstadt*

(Schmiedt, Heinz Hugo:) Einhundertfünfzig zusammenhanglose Bemerkungen zur Um- und Unterwelt der Buchbinderei. Zusammengetragen. Alphabetisch geordnet, mit Faden geheftet u. aus Anlaß zehnjährigen Bestehens unseres Darmstädter Betriebes im Jahr 1960 ihren guten Freunden frei Haus geliefert. Darmstadt: Fritzsche-Ludwig KG (1960). 59 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.) Mit Faden geheftet.

*Fruchthof Berlin eGmbH, Berlin*

Hohmann, Willi (u. a.): 5 Jahre Fruchthof Berlin (1949–1954). Düsseldorf: Koch & Wolf o. J. 54 S.

*Fuhrmann & Co., Bremen*

Fuhrmann (1735–1960). Amsterdam, Bremen, Sydney, Melbourne, Cape Town, East London, Port Elizabeth, Wellington, Buenos Aires, Montevideo. (Bremen 1960: Schönemann.) 114 S. quer-4<sup>0</sup>

*Wilhelm Gabler, Schorndorf*

Gärten unter Glas. 1934–1959. 25 S.

*Garbe, Lahmeyer & Co. AG, Aachen*

Licht und Kraft. Zum 75jähr. Bestehen d. Firma Garbe, Lahmeyer & Co. AG, Aachen. 1. April 1886–1. April 1961. (Aachen 1961.) 72 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der Stadt Köln*

Blumrath, Fritz: Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der Stadt Köln. Herausgegeben zur 1900 Jahrfeier der Stadt Köln, 1960. 65 S.

*Alfred Gauthier GmbH, Calmbach (Enz)*

Rentschler, Waldemar (u. a.): 50 Jahre Alfred Gauthier GmbH. 1902–1952. 121 S.

*Jan Tecker Gayen, Hamburg*

Marchtaler, Hildegard v.: Die Gayen und ihre Firma Jan Tecker Gayen – Reederei in Altona seit 1790. (1955.) 100 S.

*H. M. Gehrckens, Hamburg*

Marchtaler, Hildegard v., Kurt Detlev Möller: 125 Jahre H. M. Gehrckens, Hamburg, 1830—1955. Hamburg (1955). 91 S. 8<sup>0</sup>

*Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Essen*

Wilke, Karl: 50 Jahre im Dienste des Ruhrbergbaues. Aus meiner Arbeit bei d. Gelsenkirchener Bergwerks-AG u. der Vereinigte Stahlwerke AG. Erinnerungen eines 80jährigen. (Beitrag zur Geschichte des Ruhrbergbaues.) (Kettwig: Flothmann 1955.) 237 S. 8<sup>0</sup>

*Gemeinnützige Gartenstadtgesellschaft in Wandsbek eGmbH, Hamburg*

50 Jahre Gemeinnützige Gartenstadtgesellschaft in Wandsbek eGmbH. 1910—1960. 35 S.

*Gemeinnützige Siedlungs-AG (SAGA), Hamburg*

Nevermann (u. a.): Wohnwirtschaft in der Krise. Gedenkschrift zum 25jährigen Bestehen der Gemeinnützigen Siedlungs-AG (SAGA). Hamburg: Hans A. Keune 1948. 27 S.

*Gemeinnützige Wohnstättengesellschaft mbH, Hamburg*

50 Jahre GEWOG. Gemeinnützige Wohnstättengesellschaft von 1910 mbH, Hamburg. (Hrsg.: „Neue Heimat“, Gemeinnützige Wohnungs- u. Siedlungsgesellschaft, Hamburg. Textl. Bearbeitg.: Karl Eberhardt.) (Hamburg 1960.) 74 S. 8<sup>0</sup>

*Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Duisburg-Hamborn eGmbH, Duisburg-Hamborn*

50 Jahre Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Duisburg-Hamborn eGmbH (1909—1959). 28 S.

*Gemeinnütziger Bauverein eGmbH, Gütersloh*

Festschrift 1909—1959. 64 S.

*Gemeinnütziger Bauverein Wesel AG, Wesel*

Flender, A.: 50 Jahre Gemeinnütziger Bauverein Wesel AG (1908—1958). 45 S.

*Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Freie Stadt GmbH, Hamburg*

10 Jahre Wohnungsbau 1948—1958. Brilon: Länderdienst-Verl. 45 S.

*Gemeinschaftswerk Hattingen GmbH, Hattingen (Ruhr)*

1910—1960. Gemeinschaftswerk Hattingen GmbH. (Hattingen/Ruhr: Hundt sel. Wwe.) 55 Bl. Abb. mit Text 4<sup>0</sup>

*Gesellschaft für Linde's Eismaschinen-AG, Wiesbaden*

Linde, Friedrich (u. a.): 50 Jahre Linde-Sauerstoff-Anlagen. (1902–1952.) 74 S.

*Gesellschaft für Linde's Eismaschinen AG, Wiesbaden*

Rosenberg, Eduard v. (u. a.): 75 Jahre Linde – 21. Juni 1954. 196 S.

*Gesellschaft für Teerverwertung mbH, Duisburg-Meiderich*

Gesellschaft für Teerverwertung mbH 1905–1955. 80 S.

*Getreide-Import-GmbH, Duisburg*

Getreide-Import-GmbH, Duisburg. 1950–1960. 60 S.

*Gewerkschaft Eisenhütte Westfalia, Wehmar (Post Lünen)*

Fritzsche, C. H.: Die Eisenhütte Westfalia 1826–1951. 130 S.

*Gebr. Giehl, München*

175 Jahre Gebrüder Giehl (1784–1959). Buchdruckers Gerechtigkeit in München. München: Selbstverl. o. J. 5 S.

*H. Giese Nachf., Hamburg*

Jubiläum im Hause Giese. (1840–1950.) 50 S.

*W. Girardet, Graph. Betriebe und Verlag, Essen*

Müller, M.: 75 Jahre im Dienst von Technik u. Wirtschaft. (1879–1954.) Essen: Selbstverl. 1954

*Gladbacher Feuerversicherungs-AG, Mönchengladbach*

Gladbacher Feuerversicherungs-AG, 100 Jahre. (1861–1961. Hrsg. v. d. Gladbacher Feuerversicherungs-AG, Mönchengladbach 1961.) 47 S. mit Abb. 40 (Gladbacher Brücke. Hauszeitschrift d. Gladbacher Versicherungs-Gesellschaften, Sonderausg.)

*Glaser, von Praun – Elektromotorenwerk GmbH, Osthofen (Rhein-hessen)*

50 Jahre Glaser, von Praun GmbH (1906–1956). Darmstadt: Archiv für Wirtschaftskunde o. J. 22 S.

*Glashütte Achern GmbH, Achern (Baden)*

75 Jahre Glashütte Achern. 1886–1961. (Achern 1961.) 50 S. quer-80

*Glashüttenwerke Phönix GmbH, Werk Konstein, Konstein (Mfr.)*

1886–1961. Glashüttenwerke Phönix GmbH, Werk Konstein, Konstein (Mfr.)

*Glaswerke Ruhr AG, Essen*

Ruhrglas. (Hrsg.): Glaswerke Ruhr AG. (Essen 1956.) 8 Bl. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Glücksklee Milchgesellschaft mbH, Hamburg*

Glücksklee 1926–1951. 15 S.

*Göppinger Kaliko- und Kunstleder-Werke GmbH, Göppingen (Württ.)*

Schicksal, Arbeit und Geschichte. 75 Jahre von Netter & Eisig zur Göppinger Kaliko- u. Kunstleder-Werke GmbH. (Göppingen: Göppinger Kaliko- u. Kunstleder-Werke 1961.) 118 S. 4<sup>0</sup>

*Th. Goldschmidt AG, Essen*

Sauerbrei, Max: Der Mensch im Betrieb. 50 Jahre soziale Fürsorge bei der Th. Goldschmidt AG. (1951.) 75 S.

*Th. Goldschmidt AG, Essen*

Niebelschütz, Wolf v.: Karl Goldschmidt. Lebensbild eines deutschen Unternehmers. (1957.) 94 S.

*P. Gossen & Co. GmbH, Erlangen*

Fragt die Zeiger – meßt die Zeit. (1919–1959). 20 S.

*Graphische Kunstanstalt Georg Gehringer GmbH, Kaiserslautern*

Weiler, Helmut: 50 Jahre Gehringer. 1909–1959. Kaiserslautern: Selbstverl. o. J. 28 S.

*Greven's Adreßbuch-Verlag KG, Köln*

Gath, Goswin Peter: Köln. Die Grevens und ihr Adreßbuch. Im Jahre 1956 bestehen der Greven Verl. und Greven's Kölner Adreßbuch 125 Jahre. Köln: Selbstverl. o. J. 87 S.

*Großbuchbinderei Wennberg, Stuttgart*

100 Jahre Großbuchbinderei Wennberg, Stuttgart. 1861–1961.

*Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH, Hamburg*

Fischer, Wilhelm: Sechzig Jahre Dienst am Verbraucher GEG 1894–1954. 242 S.

*Theodor Groz & Söhne & Ernst Beckert, Nadelfabrik C-G, Ebingen (Württ.)*

Föhl, Carl: 100 Jahre Theodor Groz & Söhne & Ernst Beckert, Nadelfabrik – Commandit-Gesellschaft 1852–1952. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 85 S.

*Grün & Bilfinger AG, Mannheim*

Kraft Sachisthal: 75 Jahre Grün & Bilfinger AG 1880–1955. Darmstadt: Hoppenstedt o.J. 21 S.

*Grünzweig & Hartmann AG, Ludwigshafen*

Kraft Sachisthal: 75 Jahre Grünzweig & Hartmann AG (1953). Ein Beitrag zur Geschichte der Isoliermitteltechnik. Darmstadt: Hoppenstedt o.J. 78 S.

*GSG Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Evangelischen Hilfswerks in Hessen und Nassau*

10 Jahre GSG Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Evangelischen Hilfswerks in Hessen und Nassau. (Sondernummer der Zeitschrift „Das neue Heim“, 1960, H. 4.)

*Gummiwerke Fulda AG, Fulda*

Wagner, Fritz: 50 Jahre Gummiwerke Fulda. 1900–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o.J. 61 S.

*J. A. Guntrum, Bensheim (Hessen)*

Schroth, Rudolf (u. a.): 100 Jahre 1859–1959. Guntrum-Bräu-Bensheim. 50 S.

*Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Oberhausen (Rhld.)*

Mündler, Eugen: Gutehoffnungshütte in zwei Jahrhunderten. 1958. 47 S.

*Carl Haas Spiralfedern-Fabrik, Schramberg*

Kraft Sachisthal: 50 Jahre Carl Haas Spiralfedern 1904–1954. Darmstadt: Archiv für Wirtschaftskunde o.J. 54 S.

*G. E. Habich's Söhne, Veckerhagen (Weserbergland)*

175 Jahre G. E. Habich's Söhne, Veckershagen. Fabrik reiner Bunt-Erd- und Druckfarben. Aus der Geschichte einer deutschen Farbenfabrik.

*Heinrich Habig AG, Herdecke-Ruhr*

Habig jr., Heinrich: 150 Jahre Habig. (1809–1959.) 65 S.

*Hackethal-Draht- und Kabel-Werke AG, Hannover*

Klass, Gert v.: 50 Jahre (1900–1950) Hackethal-Draht- und Kabel-Werke AG. Heppenheim: Hoppenstedt o.J. 61 S.

*Gottfried Hagen AG, Köln-Kalk*

Scherer, J. B.: 1827–1952. Das Unternehmen der Firma Gottfried Hagen AG im Wandel der Zeiten. 91 S.

*C. A. J. Hagius Sohn, Westrhauderfehn*

150 Jahre C. A. J. Hagius Sohn. (1960.) 18 S.

*Halbergerhütte GmbH, Brebach-Saar*

Halbergerhütte GmbH. (1756–1956.) 30 S.

*Hamburg-Amerika Linie, Hamburg*

Stubmann, Peter Franz: Albert Ballin – 15. August 1857–1957. Hamburg: Okis 1957. 39 S.

*Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Hamburg*

Huber, Karl (u. a.): 100 Jahre Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Hamburg, 1854–1954. 135 S.

*Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg*

50 Jahre Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg. 1899–1949. In: Monatsblätter der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg, 1959, Nr. 4, 60 S.

*Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft Eggert & Amsinck, Hamburg*

Wendt, Herbert: Kurs Südamerika. Bielefeld: Ceres 1958. 466 S.

*Hamburger Gaswerke GmbH, Hamburg*

Reye, Hans: Du, die HGW und das Gas. (1961) 102 S.

*Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG, Hamburg*

Meyer-Marwitz, Bernhard: Hamburgs Weg zum Welthafen. Hrsg.: Hamburger Hafen- u. Lagerhaus-AG aus Anlaß der 75. Wiederkehr ihres Gründungstages 7. 3. 1885. 220 S. 8<sup>o</sup>

*Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG, Hamburg*

Emmerich, Walter: Der Freihafen. Hrsg.: Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens am 7. 3. 1960. 71 S. 8<sup>o</sup>

*Hamburger Hochbahn AG, Hamburg*

Eine Fahrt durch sechs Jahrzehnte mit der elektrischen Straßenbahn. (1894–1954.) 100 S.

*Hamburger Wasserwerke GmbH, Hamburg*

Canitz, Gerhard (u. a.): Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Hamburger Wasserwerke (1848–1948). 85 S.

*Hammonia Metallwaren-Fabrik Friedrich Rost, Hamburg*

75 Jahre Hammonia Metallwaren-Fabrik Friedrich Rost, Hamburg. 1876–1951. 17 S.

*Ludwig Hampe, Kammgarnspinnerei u. Färberei, Helmstedt*

Ludwig Hampe. 1785–1960. (Helmstedt: Hampe Kammgarnspinnerei u. Färberei 1960.) 12 Bl. Abb. mit Text 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Handels- und Industrieverein, Burgdorf*

Roth, Alfred G.: 100 Jahre Handels- und Industrieverein Burgdorf. 1860–1960. (Burgdorf: Handels- u. Industrieverein 1960.) 139 S. mit eingekl. Abb. gr. 8<sup>0</sup>.

*Handelshaus Joh. Chr. Praesent Witwe, Uelzen-Bevensen*

150 Jahre Handelshaus Joh. Chr. Praesent Witwe. Sein Werden, sein Wirken und seine Bedeutung. Uelzen-Bevensen 1949.

*Albert Hangleiter, Baugeschäft, Stuttgart*

(Zanker, Richard:) Zweihundert Jahre Baugeschäft Albert Hangleiter, Stuttgart. 1760–1960. (Stuttgart: Hangleiter 1960.) 49 S. mit Abb. quer-8<sup>0</sup>

*Hannoversche Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit zu Hannover, Hannover*

Klass, Gert v.: Hannoversche Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit zu Hannover (vorm. Preussischer Beamten-Verein) 1875–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 38 S.

*Hannoversche Papierfabriken vorm. Gebr. Woge, Alfeld-Gronau*

Kotte, Hans: Hannoversche Papierfabriken vorm. Gebr. Woge. 240 Jahre Alfelder Papiergeschichte 1872–1947. 119 S.

*Hansa-Druckerei Stelzer, Stade*

Wirtgen, Bernhard: Dreihundert Jahre Stader Buchdruck. Hrsg. von d. Hansa-Druckerei R. Stelzer aus Anlaß ihres fünfzigjähr. Bestehens. Stade: Hansa-Druckerei Stelzer 1960. 77 S. mit Abb. gr. 8<sup>0</sup>

*Hansa-Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg*

Chronik der Hamburgischen allgemeinen Versorgungsanstalt von 1778 bis zur Hansa-Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit 1953. 72 S.

*Hanseatische Acetylen-Gasindustrie AG, Hamburg*

Hieke, Ernst: 50 Jahre Hanseatische Acetylen-Gasindustrie AG. 1898–1948. 55 S.

*Hanseatische Teer- und Erdöl-Industrie Haltermann & Co. mbH,  
Hamburg*

Hanseatische Teer- und Erdöl-Industrie Haltermann & Co. mbH (1898–1952).  
30 S.

*Harburger Eisen- und Bronzwerke AG, Hamburg-Harburg*

Krieg, Hans: Harburger Eisen- und Bronzwerke AG. 1855–1955. 52 S.

*Harder, Meiser & Co., Bremen*

1909–1959 Hameico, Harder, Meiser & Co. Bremen. 11 S.

*Dr. Hartmann & Co. Kulba-Holz- und Bautenschutzstoffe, Ansbach*

1910–1960 Hartmann & Schwertner, Coswig. Bez. Dresden. Dr. Hartmann &  
Co., Ansbach 1950–1960. 27 S.

*W. Hartmann & Co., Hamburg*

Hansemann, Walther: W. Hartmann & Co. 1925–1950. 20 S.

*Harzer Achsenwerke KG, Schwemann & Althoff, Bornum am Harz*

Lucken, Peter: Harzer Achsenwerke KG Schwemann & Althoff – 50 Jahre.  
1899–1949. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 51 S.

*Harzer Bleiweißfabrik L. Heubach, Osterwieck*

Gedenkschrift zum hundertjährigen Bestehen 1847–1947. 18 S.

*Hebezeugfabrik H. Wilhelmi KG, Mülheim-Ruhr*

100 Jahre Hebezeugfabrik H. Wilhelmi KG. (Hrsg.: Hebezeugfabrik H. Wil-  
helmi KG, Mülheim-Ruhr 1961) 10 Bl. 8<sup>0</sup>  
(Umschlagt.): Hebezeugfabrik H. Wilhelmi KG, 1861–1961.

*„Hegemag“ Hessische gemeinnützige AG für Kleinwohnungen,  
Darmstadt*

Engel, Ludwig (u. a.): Fünfundzwanzig Jahre „Hegemag“ 1928–1953. 95 S.

*„Hegemag“ Hessische gemeinnützige AG für Kleinwohnungen,  
Darmstadt*

30 Jahre Hegemag. (1928–1958.) 10 Jahre Wiederaufbau. Brilon: Länder-  
dienst Verl. o. J. 40 S.

*Ernst Heinkel Flugzeugwerke GmbH, Berlin–Warnemünde*

Heinkel, Ernst: Stürmisches Leben. Stuttgart: Mundus (1952). 535 S.



*Gebr. Heitmann, Köln*

Pantke-Beyerling, M. (u. a.): 75 Jahre Heitmann. (1884–1959.) 57 S.

*Henkel & Cie GmbH, Düsseldorf*

Henkel. Eine Bilderfolge zum Gedenktage des 75jährigen Bestehens der Henkel & Cie GmbH, Düsseldorf, am 26. September 1951. 70 S.

*Henschel-Werke GmbH, Kassel*

Henschel heute. Produktionsstätte und Erzeugnisse in Bildberichten. Herausgegeben zum 150jährigen Firmenjubiläum 1960. (1810–1960.) (Kassel: Henschel-Werke 1960.) 58 Bl. Abb. mit Text 4<sup>0</sup>

*Max Hensel Maschinenfabrik und Eisenbau, Berlin-Wittenau*

Chronik der Max Hensel Maschinenfabrik und Eisenbau, Berlin-Wittenau. 1910–1960. (Berlin-Wittenau: Hensel 1960.) 55 S., S. 30–55 Abb. mit Text 4<sup>0</sup>

*Hercules-Werke GmbH, Nürnberg*

(75 Jahre Hercules-Werke GmbH, Nürnberg. 1886–1961.) In: Die Leistung, 11. Jg., H. 83).

*Max Hesse, Verlag, Berlin-Halensee*

Hesse, Max. — 80 Jahre Max Hesses Verlag. 1880–1960. Berlin-Halensee/Wunsiedel (Ofr.): (Hesse 1960.) 17 S. 8<sup>0</sup>

*Fr. Hesser Maschinenfabrik AG, Stuttgart/Bad Cannstatt*

Gaß, Franz Ulrich: Hundert Jahre Hesser. 1861–1961. Hrsg.: Fr. Hesser Maschinenfabrik-AG, Stuttgart-Bad Cannstatt. (Stuttgart-Bad Cannstatt 1961: Cantz.) 126 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Hessische Elektrizitäts-AG HEAG, Darmstadt*

Borée, Karl Friedrich: Ergötzliches und belehrendes Büchlein von der Darmstädter Straßenbahn. Zur Erinnerung an das sechzigjährige Jubiläum. (1897–1957.) 75 S.

*Heyligenstaedt & Comp., Werkzeugmaschinenfabrik GmbH, Gießen*

Kraft Sachisthal: 75 Jahre Bau von Werkzeugmaschinen. 1876–1951. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 61 S.

*Peter Hiß, Insel Fehmarn*

Peter Hiß. 125 Jahre. 1958.

*Hochseefischerei Nordstern AG, Bremerhaven*

Abel, Herbert: Hochseefischerei Nordstern AG 1905 bis 1955. Bremerhaven 1955. 48 S. 8<sup>0</sup>

*Hofbräuhaus Coburg AG, Coburg*

100 Jahre Coburg Hofbräu 1858–1958. 14 S.

*Andreas Hofer, Hochdruck-Apparatebau GmbH, Mülheim-Ruhr*

1920–1960. Andreas Hofer, Hochdruck-Apparatebau GmbH, Mülheim-Ruhr. Mülheim Ruhr: Hofer (1960). 10 Bl. mit Abb. quer-8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Matth. Hohner AG, Trossingen (Württ.)*

August Lämmle: Matthias Hohner. Leben und Werk. Stuttgart: Cotta 1957. 186 S. 8<sup>0</sup>

*Holsten-Brauerei, Hamburg-Altona*

75 Jahre Holsten-Brauerei (1879–1954): 50 S.

*Philipp Holzmann AG, Frankfurt a. M.*

Meyer-Heinrich, Hans: Im Wandel von hundert Jahren 1849–1949. Frankfurt a. M.: Umschau Verl. o. J. 413 S.

*Fritz Homann AG, Dissen (Teutoburger Wald)*

Kraft Sachisthal: 75 Jahre Fritz Homann AG. 1. Bd.: Margarine-Werke Dissen im Teutoburger Wald (1876–1951). 2. Bd.: Holzfaserplatten-Werke Herzberg (Harz). Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 84 S.

*Gebr. Hoppe GmbH, Duisburg-Hamborn*

1911–1961 Gebrüder Hoppe GmbH, Duisburg-Hamborn. (Hrsg. v. d. Gebr. Hoppe GmbH, Duisburg-Hamborn 1961.) Faltbl.

*Howaldtswerke Hamburg AG, Hamburg*

Niese: Howaldtswerke Hamburg AG. Entstehung und Entwicklung unseres Werkes. (1952.) 154 S.

*Hüttenwerk Salzgitter AG, Salzgitter-Wartenstedt*

Wir . . . und die Hütte. (Hrsg. vom Vorstand d. Hüttenwerk Salzgitter AG. . . Text: August Meyer.) (Braunschweig) o. J. (um 1954: Westermann.) 59 S. 8<sup>0</sup>

*Hüttenwerke Haspe AG, Hagen-Haspe*

Der Weg des Eisens im Hüttenwerk Haspe. (1951.) 47 S.

*Hüttenwerke Kayser AG, Lünen (Westf.)*

1861–1961. Hüttenwerke Kayser AG Lünen (Westf.) (Hrsg. aus Anlaß d. 100jähr. Bestehens d. Hüttenwerke Kayser AG, Lünen (Westf.) . . . Text: P. Wolframm.) (Darmstadt: Hoppenstedt 1961.) 23 Bl. mit Abb., 1 Kt. quer-8<sup>0</sup>

*Hüttenwerke Ruhrort-Meiderich AG, Duisburg-Ruhrort*

Muthesius, Volkmar (u. a.): Hundert Jahre Hüttenwerke Ruhrort-Meiderich AG. (1852–1952.) Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 119 S.

*I. G. Farbenindustrie AG, Frankfurt a. M.*

Ter Meer, Fritz: Die I. G. Farbenindustrie AG. Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung. Düsseldorf: Econ Verl. 1953. 128 S.

*Illert & Ewald GmbH, Steinheim (M.)*

1856–1956. Vom Steindruck zum Offsetdruck. 100 Jahre Illert & Ewald GmbH. 80 S.

*Ilseder Hütte, Peine*

Treue, Wilhelm: Die Geschichte der Ilseder Hütte. (Anläßl. ihres 100jähr. Bestehens hrsg.) Peine: (Ilseder Hütte) 1960. 728 S. gr. 8<sup>0</sup>

*Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.*

Achterberg, Erich: 1908–1958. Weitere fünfzig Jahre Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. (Frankfurt a. M.: Industrie- u. Handelskammer) 1960. 220 S. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Rückent.:) Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main. 1908–1958. Mit Literaturverzeichnis (S. 218–220).

*Industrie- und Handelskammer Kassel*

Brandt, Harm Hinrich: Von der Fürstlich-Hessischen Commerciën-Cammer zur Industrie- und Handelskammer Kassel. 1710 bis 1960

*Industrie- und Handelskammer Nürnberg*

400 Jahre Handelsvorstand Nürnberg. Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Nürnberg

*Industrieofenbau Fulmina, Friedrich Pfeil, Edingen-Mannheim*

Fünfzig Jahre Fulmina 1910–1960. (Hrsg. v. d. Firma Industrieofenbau Fulmina, Friedrich Pfeil, Edingen-Mannheim.) (Darmstadt: Hoppenstedt 1960.) 32 Bl. mit Abb. quer-8<sup>0</sup>

*Isabellen-Hütte Heusler KG, Dillenburg (Hessen)*

Keibel, Heinrich: 225 Jahre Isabellen-Hütte Dillenburg. (1953.) 42 S.

*ISAR Lebensversicherungs-AG München*

25 Jahre ISAR Lebensversicherungs-AG. (Hrsg.: ISAR Lebensversicherungs-AG München.) (München 1961: Pflaum.) 29 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Jagenberg-Werke AG, Düsseldorf*

1878–1953 – 75 Jahre Jagenberg-Werke. Stuttgart: Daco-Verl. 40 S.

*M. Jebsen AG, Reederei, Apenrade*

Hieke, Ernst: Die Reederei M. Jebsen AG, Apenrade. Hamburg 1953. 271 S. 8<sup>0</sup>

*M. W. Joost, Hamburg*

Sieveking, Nikolaus: 100 Jahre M. W. Joost, Hamburg. 1847–1947. 95 S.

*Heinr. Jung & Sohn, Gesenkschmiede, Halver i. W.*

Steguweit, Heinz: Die Jung-Schmiede oder das Göttliche Handwerk. (1867–1952.) 71 S.

*Jurid Werke GmbH, Glinde bei Hamburg*

50 Jahre Firmengeschichte. (Hrsg.: Jurid Werke GmbH, Glinde b. Hamburg 1960.) 23 S. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.) (Jurid-Tip. 1960, Nr 2.)

*Kabel- und Metallwerke Neumeyer AG, Nürnberg*

Diesel, Eugen (u. a.): Kabel- und Metallwerke Neumeyer AG. 50 Jahre Neumeyer. 1903–1953. 64 S.

*Kabelwerk Reinshagen GmbH, Wuppertal-Ronsdorf*

Wülfing, Otto Ernst: 75 Jahre Arbeit am Kabel. 1874–1949. Kabelwerk Reinshagen GmbH. 100 S.

*Kadus-Werk Ludwig Kegel KG, Lenzkirch im Schwarzwald*

4 Jahrzehnte Kadus. 1919–1959. 46 S.

*Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm*

Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH. Ulm (Donau) 1953. 27 S. 8<sup>0</sup>

*Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm*

50 Jahre Linienverkehr Ulm-Wiblingen mit Kässbohrer Omnibussen. 1911–1961. (Hrsg. v. d. Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH. Ulm 1961.) Faltbl.

*Kali-Chemie AG, Sehnde-Hannover*

Rüsberg, F.: 50 Jahre Kali-Chemie AG 1899–1949. 99 S.

*Kamax-Werke Rudolf Kellermann GmbH, Osterode am Harz*

Treue, Wilhelm: Kulturgeschichte der Schraube. München: Bruckmann (1957). 171 S.

*Kammgarn-Spinnerei Bietigheim, Bietigheim (Württ.)*

100 Jahre Kammgarnspinnerei Bietigheim. 1856–1956. 43 S.

*Ferdinand Kamp, Bochum*

Steguweit, Heinz: Zwischen den Zeiten. Zur 50jährigen Geschichte des Verlages Ferdinand Kamp Bochum am 24. Dezember 1959. (1909–1959.) Bochum: Selbstverl. o. J. 79 S.

*Karosseriewerke Drauz KG, Heilbronn a. N.*

50 Jahre Karosseriewerke Drauz KG (1900–1950). 45 S.

*Kaufhaus Vetter, Mannheim*

Handel im Wandel. 75 Jahre Kaufhaus Vetter, Mannheim. 1885–1960. (Wiesbaden: Verl. für Wirtschaftspublizistik 1960.) 42 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Conrad Kayser KG Buchdruckerei, Hamburg*

Harbeck, Hans: Die Druckerei Kayser 1833–1958. 80 S.

*Adolf Keilholz, Rheydt-Odenkirchen*

Bauert-Keetmann, Ingrid: Zum 50. Jahrestag der Firmengründung am 4. Oktober 1957. 1907–1957. 21 S.

*Johann Keller GmbH, Frankfurt a. M.*

Alte Erfahrungen – neue Wege. 100 Jahre Johann Keller GmbH, gegr. 1860. (Frankfurt a. M.: Johann Keller GmbH 1960.) 66 S. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*G. C. Kessler & Co., Esslingen*

125 Jahre G. C. Kessler 1826–1951. 30 S.

*Kienle & Spieß, Großsachsenheim (Württemberg)*

25 Jahre Kienle & Spieß, Großsachsenheim. (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1960.) 12 Bl. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt. :) Präzision im Dienste der Elektrotechnik.

*Kiepe Vertriebsgesellschaft mbH, Düsseldorf*

Hutt, Hermann (u. a.): 1906–1956. Kiepe. 50 Jahre Theodor Kiepe. 76 S.

*Heinrich Kirchholtes & Co. vorm. Gebr. Sulzbach, Frankfurter Privatbankhaus, Frankfurt a. M. Ammelburg*

Lerner, F.: Bestand im Wandel, dargetan an der hundertjährigen Geschichte des Frankfurter Privatbankhauses Heinrich Kirchholtes & Co. vorm. Gebrüder Sulzbach 1856–1956. Frankfurt a. M. Ammelburg 1956. 176 S., 17 Tafeln

*Julius Kleemann, Blechemballagenfabrik, Frankfurt a. M.*

Salken, Gerhard: 75 Jahre Julius Kleemann 1875–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 39 S.

*Heinrich Klingenberg Möbelspedition, Hamburg*

75 Jahre – 1877–1952. Zum 23. März 1952. 9 S.

*Klößner-Georgsmarienwerke AG, Osnabrück*

Sperling, Erich: Alles um Stahl. Wirtschaftsgeschichtliche Erzählung um die Klößner-Georgsmarienwerke AG, Osnabrück. Bremen-Horn: Dorn 1956. 275 S. 8<sup>o</sup>

*Klößner-Moeller GmbH, Bonn*

Hoppe, Karl (u. a.): Ein Werk und seine Leute. Chronik und Bericht der Jubilare. 1899–1952. 272 S.

*Albert Aug. Knapp Mechanische Leinen- und Baumwoll-Zwirnerei u. Nähfadefabrik, Pfullingen (Württ.)*

Albert Aug. Knapp Mechanische Leinen- u. Baumwoll-Zwirnerei u. Nähfadefabrik. 100 Jahre 1852–1952. 39 S.

*J. G. Knopf's Sohn, Helmbrechts (Ofr.)*

(Seiffert, Hans:) 1809–1959. Vom Torfärber zum Industriewerk. 150 Jahre J. G. Knopf's Sohn, Helmbrechts. (Helmbrechts/Ofr.: Knopf 1959.) 21 Bl. mit Abb., 4<sup>o</sup>

*Kochs Adlernähmaschinenwerke AG, Bielefeld*

(Hundert Jahre Kochs Adlernähmaschinenwerke AG, Bielefeld.) 1. Okt. 1960. (Idee u. Text: Lieselotte Biegler-Voigt.) (Stuttgart: Daco-Verl. 1960.) 26 Bl. mit Abb. 4<sup>o</sup> In: Die Leistung. 10. Jg., H. 77.)

*Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt GmbH, Köln*

Napp-Zinn, A. F.: 1853–1953. Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt, insbesondere Zerstörung und Wiederaufbau 1939–1953. 82 S.

*Kölnische Gummifäden-Fabrik vorm. Ferd. Kohlstadt & Co., Köln-Deutz*

Rompf, Reinhold: 1857–1957. Kölnische Gummifäden. 68 S.

*Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft, Köln*

100 Jahre Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft. (1852–1952.) 90 S.

*Rudolph Koepp & Co., Chemische Fabrik AG, Oestrich (Rheingau)*

100 Jahre Rudolph Koepp & Co., Chemische Fabrik AG, Oestrich im Rheingau. 1861–1961. (Oestrich im Rheingau 1961.) 16 Bl. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Konsumgenossenschaft Kronach eGmbH, Kronach*

60 Jahre Dienst am Verbraucher 1897–1957. 48 S.

*Konsumgenossenschaft Stuttgart eGmbH, Stuttgart*

Kriewitz, Günther: 90 Jahre Konsumgenossenschaft Stuttgart 1864–1954. 46 S.

*Kraftwerk Altwürttemberg AG, (KAWAG), Ludwigsburg*

Kraftwerk Altwürttemberg AG. 1909–1959. 28 S.

*Kreissparkasse Balingen*

125 Jahre Kreissparkasse Balingen. 1836–1961. (Hrsg.: Kreissparkasse Balingen. Text: Eugen Laun.) (Balingen 1961: Daniel.) 115 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Kreissparkasse Bingen (Rhein)*

1835–1960. 125 Jahre praktizierte Gemeinnützigkeit. Festschrift. Hrsg. anläßl. d. 125jährigen Bestehens d. Kreissparkasse Bingen (Rhein) 1960. 50 S. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.:) 125 Jahre Kreissparkasse Bingen (Rhein).

*Kreissparkasse Cochem*

Kirsche, Alfons: 100 Jahre Kreissparkasse Cochem. 1860–1960. 42 S.

*Kreissparkasse f. d. Landkreis Dieburg, Groß-Umstadt*

Der Landkreis Dieburg. Landschaft, Geschichte, Kunst, Verwaltung, Wirtschaft. Zum 125jähr. Jubiläum (d. Kreissparkasse) hrsg. Groß-Umstadt: Kreissparkasse f. d. Landkreis Dieburg 1960. 183 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Kreissparkasse Sankt Wendel (Saar)*

100 Jahre Kreissparkasse Sankt Wendel, 125 Jahre Kreis St. Wendel. 1859–1959. 1834–1959 (St. Wendel/Saar: Kreissparkasse 1959.) 68 S. gr. 8<sup>0</sup>

*G. Kromschroder AG, Osnabrück*

Lucken, Peter: Gas nach Maß. 1865–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 32 S.

*Fried. Krupp, Essen*

Fried, Ferdinand: Krupp – Tradition und Aufgabe. Bad Godesberg: Verl. f. Publizistik 1956. 107 S.

*Fried. Krupp, Essen*

*Krupparbeit. Ein Bildbericht aus den Arbeitsgebieten der Krupp-Werke.* (Essen 1956.) 70 S. 4<sup>0</sup>

*Fried. Krupp, Essen*

Schröder, Ernst: Krupp. Geschichte einer Unternehmerfamilie. Göttingen, Berlin, Frankfurt a. M.: Musterschmidt-Verl. (1957). 82 S. 8<sup>0</sup>  
(Persönlichkeit und Geschichte, Bd 5.)

*Fried. Krupp, Essen*

Woischnik, Bernhard: Alfred Krupp, Meister des Stahls. Das Lebensbild eines großen Deutschen. Bad Godesberg: Verl. f. Publizistik 1957. 127 S. 8<sup>0</sup>

*Fried. Krupp, Essen*

Information für die Presse. . . . Entstehung, Entwicklung und heutige Situation d. Firma Krupp. . . Essen: Fried. Krupp 1960. 39 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Fried. Krupp, Essen*

Wilmowsky, Tilo Frhr. von: Rückblickend möchte ich sagen. . . An der Schwelle d. 150jähr. Krupp-Jubiläums. Oldenburg, Hamburg: Stalling 1961. 248 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Gebr. Kühn, Silber- und Metallwarenfabrik, Schwäbisch-Gmünd*

1860–1960 Gebrüder Kühn, Silber- und Metallwarenfabrik, Schwäbisch-Gmünd.

*Theodor Küppers Baugesellschaft, Oberhausen-Osterfeld*

(75 Jahre Theodor Küppers Baugesellschaft.) (Anläßlich d. 75jähr. Bestehens d. Firma Theodor Küppers Baugesellschaft, Oberhausen-Osterfeld.) (Essen 1961: Webels.) 42 Bl. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.:) Theodor Küppers.

*Franz Kuhlmann KG, Wilhelmshaven*

Feldhaus, Franz Maria: Geschichte des technischen Zeichnens. Herausgegeben von der Franz Kuhlmann KG aus Anlaß des 50jährigen Bestehens 1953. Oldenburg: Stalling o. J. 109 S.

*Gebrüder Kulenkampff, Bremen*

Bessell, Georg: Gebrüder Kulenkampff 1806–1956. Geschichte eines Bremer Handelshauses. Bremen (1956). 51 S. 8<sup>0</sup>



*Hans Kunkel, Dampfhochseefischerei und Seefischgroßhandlung,  
Bremerhaven*

Hoever, Otto, Johannes Ordemann: 50 Jahre Hans Kunkel, Dampfhochseefischerei und Seefischgroßhandlung Bremerhaven. Bremerhaven (1954). 22 S. 8<sup>0</sup>

*Ferdinand Laeisz, Hamburg*

Rohrbach Paul, Hermann Piening, Fred Schmidt: FL (= Ferdinand Laeisz). Die Geschichte einer Reederei. Hamburg 1954. 228 S. 8<sup>0</sup>

*Landesbank für Westfalen – Girozentrale, Münster*

125 Jahre Landesbank für Westfalen – Girozentrale. 1832–1957. 74 S.

*Landesrentenbank Bonn*

Girnth, Walter: 100 Jahre Landesrentenbank, Bonn. Bonn 1953. 75 S.

*Landschaftliche Brandkasse Hannover*

200 Jahre Landschaftliche Brandkasse Hannover. 1750–1950. 70 S.

*Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung GmbH (Prof. G. Langenscheidt), Berlin*

Garlip, J.: 100 Jahre Langenscheidt (1856–1956). Berlin: Selbstverl. o. J. 42 S.

*Langnese-Eiskrem GmbH, Hamburg-Wandsbeck*

Wir sind 25 Jahre jung! (Hamburg-Wandsbeck 1960.) 46 S. quer-8<sup>0</sup>

*Heinrich Lanz AG, Mannheim*

Kanzler, Ingeborg: Lanz und die Landwirtschaft. Ein Ausschnitt aus 100 Jahren Landtechnik. (1860–1960.) Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 38 S.

*J. Latscha, Frankfurt a. M.*

Nieschlag, Robert: Der Handel in der Zeit. Die Zeit im Handel. (Die Arbeit wurde geschrieben aus Anlaß der Feier des 75jährigen Bestehens der Firma J. Latscha.) (1958.) 64 S.

*Gebr. Laurenz, Ochtrup*

Casser, Paul: Gebr. Laurenz, Ochtrup. Werden und Wirken in hundert Jahren. 1854–1954. 136 S.

*Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg*

Lech-Elektrizitätswerke AG 1901–1951. 61 S.

*Leerer Heringsfischerei AG, Leer (Ostfriesland)*

Studio Kraft Sachisthal: Die Geschichte der Leerer Heringsfischerei AG, Leer (Ostfriesland) 1956. 40 S. 80

*Lehmann & Hildebrandt GmbH, Hamburg*

Lehmann & Hildebrandt GmbH. 1873–1948. Hamburg: Eckardt & Messtorff o. J. 15 S.

*J. F. Leiber, Damme i. O.*

Gedenkschrift zum 150jährigen Geschäfts Jubiläum der Firma J. F. Leiber, Damme i. O. 1947

*Leim- und Gelatinefabrik Fritz Häcker & Sohn KG, Vaihingen a. d. Enz (Württ.)*

Vielfältig Verbindendes aus Vaihingen. Das Werden und Wirken der Leim- und Gelatinefabrik Fritz Häcker & Sohn KG, Vaihingen a. d. Enz (Württ.), erzählt aus Anlaß ihres fünfzigjährigen Bestehens im Jahre 1960. (1910–1960.) 21 S.

*Ernst Leitz GmbH, Wetzlar*

Berg, Alexander: Ernst Leitz — Optische Werke, Wetzlar 1849–1949. Frankfurt a. M.: Umschau-Verl. 1949. 120 S.

*Ernst Leitz GmbH, Wetzlar*

Stenger, Erich: Die Geschichte der Kleinbildkamera bis zur Leica. Frankfurt a. M.: Umschau-Verl. (1949). 76 S.

*Leitz-Werke GmbH, Optische Werke, Wetzlar*

Erb, Willi: Vom Mikroskop zur Leica. Die Geschichte der Leitz-Werke und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Freiburg, München: Alber 1956. VIII, 195 S. 80

*Bernard van Lengerich, Emsbüren i. Hann.*

Poegel, R.: Ein Jahrhundert im Dienste der Landwirtschaft. 1860–1960. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 39 S.

*E. Leybold's Nachfolger, Köln-Bayenthal*

Dunkel, Manfred: Wolfgang Gaede. Eine Schrift aus dem Nachlaß. Herausgegeben aus Anlaß des 100jähr. Bestehens der Firma E. Leybold's Nachfolger, Köln. Mit einem Rückblick auf die Geschichte der Firma. (1950.) 112. S.

*Robert Lienau Musikverl., Berlin*

Elvers, Rudolf: 1810 Berlin 1960. Adolf Martin Schlesinger, Robert Lienau — 150 Jahre Musikverlag. 22 S.

*Lindner GmbH, Bamberg*

Lindner 1902–1952. 50 S.

*Linke-Hofmann-Busch Waggon-, Fahrzeug- und Maschinen GmbH, Salzgitter-Watenstedt*

Die Geschichte der Linke-Hofmann-Busch Waggon-, Fahrzeug- und Maschinen GmbH. (1959.) 20 S.

*Lippische Zuckerfabrik AG, Lage-Lippe*

75 Jahre Lippische Zuckerfabrik AG, Lage-Lippe. 1884–1959. (Lage-Lippe: Lippische Zuckerfabrik 1959.) 22 Bl. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Paul Lohmann, Chemische Fabrik, Hameln-Emmerthal*

75 Jahre Dr. Paul Lohmann. Chemische Fabrik, Hameln-Emmerthal. 1886–1961. (Hameln-Emmerthal: Lohmann 1961.) 23 S. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Georg Louis KG, Holzmühle bei Westheim (Pfalz)*

Louis, G. H.: Geschichte der Holzmühle über ein halbes Jahrtausend. Holzmühle bei Westheim, Pfalz, 1956.

*Ludwigsburger Gewächshausbau Krähe & Wöhr, Ludwigsburg*

Eine glasklare Sache. 25 Jahre Ludwigsburger Gewächshausbau Krähe & Wöhr. (1933–1958.) Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik o. J. 31 S.

*Luft, Maack & Co. mbH, Hamburg*

Luft, Maack & Co. mbH, 1909–1959. 27 S.

*Luther Werke, Luther & Jordan, Braunschweig*

Tischert, Hans: 110 Jahre Luther Werke, Luther & Jordan. (1846–1956.) 47 S.

*Lynenwerk KG, Eschweiler*

Tradition in Draht. Hrsg.: Lynenwerk KG, Eschweiler. (Darmstadt: Bernhard & Co., Gesellschaft für Werbung und Wirtschaftskunde 1960.) 30 S.

*H. Maihak AG, Hamburg*

Maihak 1885–1960. 63 S.

*Main-Kraftwerke AG, Frankfurt a. M.*

50 Jahre Main-Kraftwerke AG, Frankfurt am Main-Höchst. 1910–1960. (Frankfurt a. M.-Höchst: Main-Kraftwerke AG 1960.) 86 S. mit Abb., 1 Titelbild gr. 8<sup>0</sup>

*Malzfabrik Mellrichstadt AG, Mellrichstadt*

Mohrmann, Otto: 1884–1959. Malzfabrik Mellrichstadt AG. Rückblick auf fünfundsiebzig Jahre des Wirkens und Wachsens. 20 S.

*Mampe-Hamburg, Hamburg*

125 Jahre Mampe-Hamburg, Hamburg. (1835–1960.) (Hrsg. v. Haus Mampe-Hamburg, Hamburg 1960.) Faltbl.

*Gustav Mankenberg Armaturenfabrik GmbH, Lübeck*

Gustav Mankenberg Armaturenfabrik – 75 Jahre. (1885–1960.) 55 S.

*Mannheimer Maschinenfabrik, Mohr & Federhaff AG, Mannheim*

Klass, Gert v.: Mannheimer Maschinenfabrik, Mohr & Federhaff AG, 1801–1951. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 45 S.

*Mannheimer Versicherungsgesellschaft, Mannheim*

Kley: Mannheimer Versicherungsgesellschaft 1879–1954. 77 S.

*Mannheimer Versicherungsgesellschaft, Mannheim*

80 Jahre „Mannheimer“ – 80 Jahre Transportversicherung (1879–1959). In: *Mannheimer Mitteilungen, 1959, Nr 6, Sonderheft, 38 S.*

*Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie AG, Lörrach (Baden)*

Leuchtende Farben, modischer Druck. Herausgegeben von der Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie AG im 200. Jahr ihres Bestehens. (1753–1953.) 68 S.

*Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg*

Fünfzig Jahre Dieselmotor. 1897–1947. 22 S.

*Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg*

Fünfundzwanzig Jahre MAN Diesel-Kraftwagen. 1924–1949. 45 S.

*Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg*

Klöppel, Kurt: Hundert Jahre Gustavsburger Schule im Stahlbau. (Sonderdr. hrsg. v. M(aschinenfabrik) A(ugsburg-) N(ürnberg) AG, Gustavsburg 1960.) 12 S., 1 Kt. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg*

100 Jahre M. A. N.-Werk Gustavsburg. (Hrsg.: Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg 1960.) 59 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.) (M. A. N. Werkzeitung. Mai 1960, Sonderdr.)

*Maschinenfabrik Dr.-Ing. Boehme & Co., Minden*

25 Jahre Maschinenfabrik Dr.-Ing. Boehme & Co., Minden. (Hrsg. aus Anlaß des 25jähr. Jubiläums der Maschinenfabrik Dr.-Ing. Boehme & Co. Text: Erhard Hille.) (Minden 1961.) 47 S. 8<sup>o</sup>

*Maschinenfabrik Deutschland AG, Dortmund*

Klass, Gert v.: Maschinenfabrik Deutschland AG. Herausgegeben aus Anlaß des 80jährigen Bestehens 1872–1952. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 65 S.

*Maschinenfabrik Friedrich Haas GmbH & Co., Remscheid-Lennep*

Berg, Konrad, (u. a.): 125 Jahre Maschinenfabrik Friedrich Haas GmbH & Co. 1826–1951. 60 S.

*Maschinenfabrik Hartmann AG, Offenbach (M.)*

75 Jahre Maschinenfabrik Hartmann AG, Offenbach am Main. 1885–1960. (Hrsg. aus Anlaß d. 75jährigen Bestehens der Maschinenfabrik Hartmann AG, Offenbach (Main). Text: Hans Birling, H. W. Flemming u. F. Klemm.) (Darmstadt: Hoppenstedt 1960.) 37 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.): Alte Erkenntnisse. Neue Technik.

*Maschinenfabrik Lorenz AG, Ettlingen*

60 Jahre Lorenz Maschinen 1890–1950. Karlsruhe: Badenia o. J. 31 S.

*Maschinenfabrik F. Tacke KG, Rheine*

75 Jahre Maschinenfabrik F. Tacke KG, Rheine. 1886–1961. (Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschafts-Archiv GmbH.)

*Maschinenfabrik Carl Zangs AG, Krefeld*

Salken, Gerhard: 75 Jahre Zangs. 1875–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 35 S.

*Mauser Werke KG, Köln*

Mauser, Alfons: Eine Werksgeschichte. Fünfzig Jahre Mauser. 1896–1946. 113 S.

*Heinrich Maute, Bisingen (Hohenz.)*

Lehmann, Edgar: 50 Jahre Heinrich Maute. 1899–1949. 61 S.

*Maxdorf eGmbH, Obst- u. Gemüsegroßmarkt, Maxdorf (Pfalz)*

25 Jahre Obst- und Gemüsegroßmarkt Maxdorf eGmbH. Maxdorf (Pfalz): Obst- und Gemüsegroßmarkt 1960. 22 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

*Maybaum Metallwarenfabrik, Sundern (Post Herford)*

Tradition und Tatkraft. Ein altes Werk im neuen Gewand. Die Geschichte des Unternehmens. Herausgegeben im Oktober des Jahres 1957 aus Anlaß des 160jährigen Bestehens des Unternehmens, der Inbetriebnahme des neuen Werkes, des 60jährigen Geburtstages des Firmeninhabers. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 29 S.

*Mechanische Wollweberei Max Funke GmbH, Lörrach (Baden)*

60 Jahre Mechanische Wollweberei Max Funke GmbH 1891–1951. 30 S.

*Meierei C. Bolle, Berlin*

Meierei C. Bolle, Berlin. (1881 bis 1956.) In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 5. Jg., April 1960, S. 49–64.

*E. Merck Chemische Fabrik, Darmstadt*

125 Jahre – 1857–1952. Ein Rückblick auf die Geschichte der Firma in Wort und Bild. 77 S.

*Louis Merian & Co. GmbH, Höllstein (Baden)*

Hundertfünfundzwanzig Jahre (Louis) Merian & Co. GmbH, Höllstein (Baden). (1835–1960.) (Höllstein/Baden: Merian & Co. 1960.) 64 S. 4<sup>0</sup>

*Mestwerdt & Co., Hamburg*

100 Jahre MECO 1860–1960. 10 S.

*Metallwerke Karl Leibfried GmbH, Böblingen*

Pfirrmann: 1902–1952. 50 Jahre Metallwerk Karl Leibfried GmbH. 29 S.

*Metzenauer & Jung GmbH, Wuppertal*

25 Jahre Fanal-Schaltgeräte. 1925–1950. 27 S.

*Rud. Otto Meyer, Hamburg-Wandsbeck*

Schmitz, Fred: Temperamente und Temperaturen. Der Weg des Hauses Rud. Otto Meyer durch ein Jahrhundert. (1858–1958.) 181 S.

*E. Michaelis & Co., Hamburg*

„Der Mensch und das Papier (1804–1954)“. 49 S.

*Midgard, Deutsche Seeverkehrs AG, Nordenham*

1905–1955 auf den Wogen der Zeit. (Nordenham 1955.) 26 S. 8<sup>0</sup>

*Mineralien-Mahlwerk Kuppenheim Fritz Minhardt, Kuppenheim (Baden)*

25 Jahre Mineralien-Mahlwerk Kuppenheim Fritz Minhardt. Schmirgelwerk Kuppenheim (Baden). (Kuppenheim: Mineralien-Mahlwerk Kuppenheim Minhardt 1959.) 15 Bl. mit Abb. quer-8<sup>0</sup> (Umschlagt. :) Minhardt.

*Mittelhäuser & Walter, Hamburg*

75 Jahre Arbeit und Fortschritt in der Fleisch- und Wursttechnik. 1883–1958. 47 S.

*Wilhelm Mittelmann Eisenwerke, Tönisheide-Wülfrath*

50 Jahre Wilhelm Mittelmann Eisenwerke, Tönisheide-Wülfrath.

*Mittelrheinische Kundenkreditbank Dr. Horbach & Co. KG, Koblenz*

Festschrift zum zehnjährigen Bestehen der Mittelrheinischen Kundenkreditbank Dr. Horbach & Co. KG, mit Beiträgen von Fritz W. Meyer. (Neuwied: Dokter 1960.) 119 S. 8<sup>0</sup>

*Mittelschwäbische Überlandzentrale AG, Giengen a. Br.*

Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Mittelschwäbischen Überlandzentrale AG am 16. Februar 1958. (1908–1958.) 31 S.

*Motorenfabrik Heinrich Liesen, Duisburg-Ruhrort*

1860–1960. Hundert Jahre Motorenfabrik Heinrich Liesen, Duisburg-Ruhrort. (Text u. Zusammenstellung: K. Hill.) (Duisburg-Ruhrort: Binnenschiffahrts-Verl. 1960.) 24 Bl. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Franz Müller oHG, Behringsdorf (Ldkr. Lauf)*

50 Jahre, 1910–1960, Metallwarenfabrik Franz Müller. 14 S.

*Gebr. Müller, Zell (Ofr.)*

1907–1957 – 50 Jahre Gebrüder Müller. 53 S.

*Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, München*

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft. Fünfundsiebzig Jahre 1880–1955. München: Bruckmann o. J. 49 S.

*Nassauische Landesbank, Wiesbaden*

110 Jahre Nassauische Landesbank Wiesbaden. 1840–1950. 97 S.

*National Registrierkassen GmbH, Augsburg*

Kleine Ursachen – große Wirkungen. Fünfundsiebzig Jahre National Registrierkassen GmbH, Augsburg.

*Neckermann, Versandhaus KG, Frankfurt a. M.*

10 Jahre Neckermann. 1950–1960. 10 Jahre Dienst am Kunden. 85 S. mit Abb. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.) Neckermann. Die ersten zehn Jahre.

*E. Neubert/Wandsbek, Hamburg*

Sorge-Genthe, Irmgard: Hundert Jahre, 1858–1958, E. Neubert/Wandsbek. 41 S.

*Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Hof in Bayern*

Klass, Gert v.: 100 Jahre Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof 1853–1953. 81 S.

*Neue Heimat – Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Hamburg*

Neue Heimat – Hamburg. Ein Beispiel gewerkschaftlicher Wohnungspolitik (zum 25jährigen Bestehen der „Neuen Heimat“ und ihrer Tochtergesellschaften „Ageka“, „Neues Heim“ und „Gewog“ 1952). Hamburg: Hammonia o. J. 247 S.

*J. D. Neuhaus, Windenfabrik, Witten-Heven*

1745–1955. 210 Jahre Windenfabrik J. D. Neuhaus. Duisburg: Lange o. J. 20 S.

*Neumann & Esser, Maschinenfabrik, Aachen*

125 Jahre Neumann & Esser, Maschinenfabrik, Aachen. 1955

*Hch. Nicolaus, Pergamentpapierfabrik GmbH, Ronsberg (Allg.)*

375 Jahre Papiermühle Ronsberg. 75<sup>1</sup> Jahre Hch. Nicolaus, Pergamentpapierfabrik GmbH. (Ronsberg/Allg.: Hch. Nicolaus, Pergamentpapierfabrik GmbH 1960.) 117 S. mit Abb., mehr. Taf., gr. 8<sup>o</sup>

*Noble & Thörl GmbH Ölfabriken-Speisefettraffinerien, Hamburg-Harburg*

Noble & Thörl GmbH Ölfabriken-Speisefettraffinerien. 28. November 1855–28. November 1955. 82 S.

*Emile Nölting & Co., Hamburg*

Schmidt-Reitz, Carl: Emile Nölting & Co. Zur Geschichte des hamburgischen Handels mit Haiti (1858–1958). Hamburg: Hanseatischer Merkur (1958). 75 S.

*Norddeutsche Schleifmittel Industrie Christiansen & Co., Hamburg*

25 Jahre. 1927–1952. 26 S.



*Norderwerft Köser & Meyer, Hamburg*

Tamm, Peter: 1906–1956. 50 Jahre Norderwerft Köser u. Meyer. 47 S.

*Nova Krankenversicherungsanstalt a. G., Hamburg*

Heyn, Walther (u. a.): 50 Jahre Nova Kranken-Versicherungsanstalt a. G., Hamburg. Karlsruhe: Verl. Versicherungswirtschaft 1956. 210 S.

*Novesia, Schokoladenfabrik P. F. Feldhaus, Neuß*

(Engels, Mathias T.): 100 Jahre Novesia, Schokoladenfabrik P. F. Feldhaus, Neuß. (Neuß: Novesia Schokoladenfabrik 1960.) 102 S. mit Abb. 4<sup>o</sup>

*Nürnberger Bund Großeinkaufsverband eGmbH, Essen*

„... nun sind's schon 60 Jahre“. 16 S.

*Obermain-Schuhfabrik AG, Burgkunstadt (Bayern)*

Reuter, Fritz: Wir sind Gäste der Fabrik. (1888–1948.) 76 S.

*Oberschwäbische Elektrizitätswerke, Biberach*

Fünfzig Jahre Oberschwäbische Elektrizitätswerke. 20. Dezember 1909–20. Dezember 1959. (Biberach: Oberschwäbische Elektrizitätswerke 1959.) 34 S. mit Abb. 4<sup>o</sup>

*Johann Oelkers, Schiffswerft und Maschinenfabrik, Hamburg*

75 Jahre Oelkers-Werft, Hamburg. 1876–1951. 36 S.

*Johann Oelkers, Schiffswerft und Maschinenfabrik, Hamburg*

50 Jahre goldener Mastknopf in Eichelform. (1960.) 27 S.

*Adam Opel AG, Rüsselsheim*

Hauser, Heinrich: Am laufenden Band. Frankfurt a. M.: Hauserpresse. 176 S. 8<sup>o</sup>

*Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG, Berlin*

Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG, Werft Lübeck. (1955.) 135 S.

*Ostasiatischer Verein Hamburg-Bremen e. V., Hamburg*

Ostasiatischer Verein Hamburg-Bremen zum 60jährigen Bestehen. 13. März 1900–13. März 1960. Hrsg.: Ostasiatischer Verein Hamburg-Bremen e. V. Hamburg: Kühn-Verl. (1960). 257 S. 8<sup>o</sup>. Enthält: 1. Dr. Heinrich Kraft: Deutschland–Ostasien. 2. Chronik deutscher Firmen

*U. v. d. Osten & Kreisinger, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Hamburg*

Fünfzig Jahre Ostkreis. (1910–1960.) 15 S.

*Gebr. Otto, Dietenheim (Württ.)*

Klass, Gert v.: 1901–1951. Gebr. Otto Feinzwirneri, Färberei u. Bleicherei, Mercerisieranstalt. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 23 S.

*Christoph Christian Otto, Bremen*

100 Jahre Christoph Christian Otto. (Bremen: C. C. Otto 1960.) 27 Bl. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*R. Overmeyer Fabrik für Wäsche und Knaben-Bekleidung, Osna-brück*

Klass, Gert v.: 75 Jahre R. Overmeyer Fabrik für Wäsche und Knaben-Bekleidung. R. Busch & Co. Fabrik für Arbeits-, Berufs-, Sport- und Sommerkleidung. 1876–1951. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 35 S.

*F. Pannertz Schmirgelwerk KG, Hann.-Münden*

Pannertz, F.: 75 Jahre Schmirgelwerk KG (1882–1957). Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik (1957). 30 S.

*Fritz Pannier, Kleve (Rhld.)*

Im Dienste junger Füße. 50 Jahre Storchschuhe Fritz Pannier. 1908–1958. (Kleve/Rhld.: Pannier) 1958. 47 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>  
(Umschlagt.): 50 Jahre im Dienste junger Füße.

*Papierfabrik Schoeller & Hoesch GmbH, Gernsbach (Murgtal)*

Betriebsbuch Papierfabrik Schoeller & Hoesch GmbH. Wiesbaden: Jörg 1955. 86 S.

*Papierfabrik Unterkochen, Unterkochen (Württ.)*

Sporhan-Krempel, Lore: Von der Kunst des Papiermachens am Kocherursprung (1613–1955). Aalen: Schwabenverl. 1956. 29 S.

*Pelzmodellhaus Werner Herbst, Köln*

Herbstliche Impressionen. Eine kleine Festschrift anlässlich der hundertsten Wiederkehr unserer Firmengründung (1860–1960). 28 S.

*Justus Perthes, Darmstadt*

(Meiner, Annemarie:) 175 Jahre Justus Perthes. (1785–1960. Kurzgefaßte Firmengeschichte. Unveränd. Abdr.) Darmstadt: (Perthes) 1960. 31 S. mit Abb., 1 Titelbild 8<sup>0</sup>

*Alexander Petersen & Co., Hamburg*

75 Jahre Alexander Petersen & Co., Hamburg 1876–1951. 64 S.

*R. Petersen & Co., Hamburg*

50 Jahre R. Petersen & Co., Hamburg, 1911–1961. 18 S.

*Pfalzwerke AG, Ludwigshafen a. Rh.*

Kraft Sachisthal (u. a.): Ein halbes Jahrhundert Elektrizität in der Pfalz (17. Dezember 1952). Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 39 S.

*Pfanni-Werk Otto Eckart KG, München*

Alt, Helmut: Kartoffeln, Knödeln und Pfanni (1949–1959). München: Mensch und Arbeit 1959. 64 S.

*Poensgen & Heyer, Feinpapierunternehmen, Köln*

(Poensgen & Heyer:) Römisches Jubiläum. Zum 75jähr. Jubiläum d. Hauses Römerturm. (Köln: Poensgen & Heyer 1960.) 25 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*C. E. Poeschel Verlag, Stuttgart*

Poeschel, Carl Ernst (u. a.): 50 Jahre C. E. Poeschel Verl. 1902–1952. Stuttgart: Selbstverl. (1952). 71 S.

*J. Pohlig AG, Köln*

Schwirz, Erwin: 75 Jahre Pohlig Massengutförderer. 1874–1949. 31 S.

*Dr. F. Porsche KG, Stuttgart*

Frankenberg, Richard von: Die ungewöhnliche Geschichte des Hauses Porsche. Stuttgart: Motor-Presse-Verl. 1960. 245 S.

*Porzellanfabrik Heinrich & Co., Selb (Bayern)*

Piepenstock, Kurt u. Marianne: Porzellanfabrik Heinrich & Co. 1896–1946. 72 S.

*Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther AG, Selb (Bayern)*

100 Jahre Porzellan (1857–1957). 69 S.

*Porzellanfabrik Christian Seltmann GmbH, Weiden (Oberpfalz)*

50 Jahre Christian Seltmann, Weiden. (1910–1960.) (Hrsg.: Porzellanfabrik Christian Seltmann GmbH, Weiden/Oberpfalz 1960.) 48 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover*

Heyden, Wilhelm: Preußische Elektrizitäts-AG. Denkschrift anlässlich ihres 25jähr. Bestehens. 1927–1952. 293 S.

*Proll & Lohmann, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Hagen*

Soeding, Ellen: 100 Jahre Proll & Lohmann. 1860–1960. 75 S.

*Hans Puhst Hoch- und Tiefbau KG, Hamburg*

Hans Puhst, 25 Jahre. (1960.) 11 S.

*P. D. Rasspe Söhne, Solingen*

Kraft Sachisthal: 125 Jahre P. D. Rasspe Söhne. 1827–1952. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 54 S.

*Gebr. Rath Kammgarnspinnerei u. Färberei, Sassenberg (Westf.)*

Friedrich, Julius: Die Woll-Residenz. (1858–1958.) 78 S.

*Ravensteins Geographische Verlagsanstalt und Druckerei, Frankfurt a. M.*

125 Jahre Ravenstein. 1830–1955. 22 S.

*F. Reck & Co., Bremen*

F. Reck & Co. 1838–1948. Bremen 1948. 35 S. 8<sup>o</sup>

*H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg*

tabaco. Ein Bilderbuch vom Tabak u. d. Freunden d. Rauchens. Hrsg. aus Anlaß d. 50jähr. Bestehens d. Cigarettenfabriken H. F. & Ph. F. Reemtsma. (Hamburg: Reemtsma 1960.) 181 S. mit Abb., 1 Titelbild, 1 Schallplatte, 4<sup>o</sup> (Rückent.): Ein Bilderbuch vom Tabak und den Freunden des Rauchens.

*Carl Reh KG, Wein-Großhandlung und Groß-Weingüter, Leiwen (Mosel)*

Vierzig Jahre Wein-Großhandlung und Groß-Weingüter Carl Reh. (1920–1960.)

*Reidemeister & Ulrich, Bremen*

Kratz, H. E.: 125 Jahre Bremer Weinkultur. Plauderei über Wein. 1831–1956. 32 S.

*Konrad Rein Söhne, Eisengießerei u. Maschinenfabrik, Michelstadt im Odenwald*

100 Jahre Konrad Rein Söhne, Eisengießerei u. Maschinenfabrik, Michelstadt. (1860–1960.) (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1960.) 14 S. mit Abb. 4<sup>o</sup>

*Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich, Stuttgart*

50 Jahre Eugen Rentsch Verl. 1910–1960. Erlenbach-Zürich. Stuttgart: Rentsch (1960). 107 S. mit Abb.

*Eduard Rheinberger AG, Pirmasens*

Pallavicino, M. V. (u. a.): Das Buch vom Schuh. Den Freunden unseres Hauses aus Anlaß des 75jährigen Firmenjubiläums gewidmet. August 1957. 160 S.

*Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf, Düsseldorf*

Hunter, Edwin: Die Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf gestern, heute, morgen. (1957.) 46 S.

*Rheinisch-Westfälische Wohnstätten AG, Essen*

Steinberg, Wilhelm (u. a.): Wohnstätten an Rhein und Ruhr. (1933–1958.) Düsseldorf: Bagel (1958). 387 S.

*Rheinische Bahngesellschaft AG, Düsseldorf*

Kleine Chronik des Düsseldorfer Nahverkehrs 1876–1956. 60 S.

*Rheinische Kalksteinwerke GmbH, Wülfrath*

Klass, Gert v.: 50 Jahre Rheinische Kalksteinwerke GmbH 1903–1953. Darmstadt: Archiv für Wirtschaftskunde o. J. 91 S.

*Rheinstahl Hanomag AG, Hannover*

125 Jahre Rheinstahl Hanomag. (1835–1960.) o. O. (1960). 28 S. 8<sup>o</sup> (Um-schlagt.)

*Riedel-de Haën AG, Chemische Fabrik, Seelze-Hannover*

Hundert Jahre Chemische Fabrik E. de Haën. (1. 9. 1861–1. 9. 1961.)

*Rincklake van Endert, Münster (Westf.)*

Humborg, Ludwig: 275 Jahre Rincklake van Endert. 1681–1956. 83 S.

*Carl Risch GmbH & Co., Essen*

Schwab, Jürgen: 75 Jahre Carl Risch GmbH Essen (1959). Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 32 S.

*Rodi & Wienenberger KG, Pforzheim*

Der Schönheit zu dienen. Gewidmet den Freunden der Rodi & Wienenberger KG, Pforzheim, aus Anlaß des fünfundsiebzigjährigen Bestehens im Jahre 1960. (Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschaftsarchiv GmbH.) 45 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

*Röpke & Cons., Hamburg*

75 Jahre Röpke & Cons. Hamburg. 1878–1953. 16 S.

*Eduard Roether, Buchdruckerei und Verlag, Darmstadt*

Buchdruck und Buchkunst nach 1500. Chronik der Buchdruckerei und des Verlages Eduard Roether in Darmstadt. 1. April 1835 bis 1. April 1960. (Darmstadt 1960.) 199 S.

*A. Rohleder, Wuppertal-Barmen*

Bauert-Keetman, Ingrid: 75 Jahre A. Rohleder (AROMA). (1877–1952.) 24 S.

*Romika, Lemm & Co. GmbH, Gusterath-Tal (Krs. Trier)*

Franke, Dr. Walter: Geschichte der Romika. 126 S.

*H. Rost & Co., Balatros-Werke, Hamburg*

100 Jahre H. Rost & Co. (1848–1948). 3 S.

*Ruhrwohnungsbau-AG, Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Dortmund*

25 Jahre Ruhrwohnungsbau-AG. 1928–1953. Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Dortmund. Düsseldorf: Rau (1953). 70 S.

*Ruhr-Lackwerke Hugo Wohlfahrt GmbH, Neheim-Hüsten*

Hugo Wohlfahrt 70 Jahre alt. Neheim (Ruhr), den 2. November 1951. 25 S.

*Gustav-Ruth-Werke, Chemische und Lackfabriken, Hamburg*

Schutz und Schönheit. Von den Aufgaben und der Entwicklung einer Lackfabrik. (1898–1948.) 48 S.

*Saarbrücker Zeitung, Saarbrücken*

200 Jahre Saarbrücker Zeitung. Zum 200. Jahr der Gründung unseren Lesern u. Freunden überreicht. . . (Hrsg. v. Verl. „Saarbrücker Zeitung“.) (Saarbrücken: Saarbrücker Zeitung 1961.) 256 S. (Umschlagt.): Saarbrücker Zeitung. 1761–1961.

*SABA Schwarzwälder Apparate-Bau-Anstalt, Aug. Schwer Söhne GmbH, Villingen (Schwarzwald)*

Hundertfünfundzwanzig Jahre SABA Schwarzwälder Apparate-Bau-Anstalt, Villingen. Jubiläums-Reporter Juli 1960. (Hrsg.: SABA-Werke Villingen 1960.) XII S., 24 Bl. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Safari-Verlag, Berlin*

Die Wandlung unseres Bildungsgutes in vierzig Jahren. Safari Verl. 1921–1961. (Schrift z. 40jähr. Bestehen d. Safari-Verl. Mit Beiträgen von Wolfgang Schwerbrock u. a.) (Berlin: Safari-Verl. 1961.) 87 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Saline Ludwigshalle AG, Bad Wimpfen a. N.*

Kraft Sachisthal: 200 Jahre Salz aus Wimpfen 1817–1952. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 48 S.

*Saline Lüneburg und Chemische Fabrik AG, Lüneburg*

Körner, Gerhard: Das Salzwerk zu Lüneburg. 1000 Jahre Saline Lüneburg 956–1956. 19 S.

*Salzdetfurth AG, Hannover*

Die Salzdetfurth AG. Wie sie wurde, was sie ist. (1959.) 24 S.

*Salzmann & Comp., Kassel-Bettenhausen*

Der Väter Geist. (75jähr. Bestehen am 1. 11. 1961.) Detmold: Schmitt o. J. 91 S.

*Sauber & Co., Hamburg*

Marchtaler, Hildegard v., Hermann Sauber: Sauber Gebr., gegr. 1839. Firmengeschichte 1939–1951. (Hamburg 1951.) 88 S. 8<sup>0</sup>

*Franz Sauerbier Spiralfedern- und Radiatorenfabrik, Berlin*

Franz Sauerbier Spiralfedern- und Radiatoren-Fabrik, Berlin (1885–1960). (Berlin 1960.) 2 Bl. 4<sup>0</sup> (Kopft.)

*Johann Schaefer, Kalkwerke, Diez an der Lahn*

Ein Jahrhundert Johann Schaefer Kalkwerke, Diez an der Lahn. (1860–1960.) Darmstadt: Bernhart & Co. (1960). 36 S., 14 Bl. Abb. 4<sup>0</sup>

*G. Schanzenbach & Co. GmbH, Frankfurt a. M.*

Salken, Gerhard: Schaco. 50 Jahre gutes Licht für jeden Zweck. (1899–1949.) Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 40 S.

*Schering AG, Berlin*

15 Jahre Wieder-Aufbau der Schering AG. 1945–1960. (Berlin: Schering AG 1960.) 16 Bl. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Schieferbau-AG „Nuttlar“, Nuttlar-Ruhr*

Fischer, Josef: Hundert Jahre Schieferbau-AG „Nuttlar“ 1857–1957. 9 S.

*Schieferbau-AG „Nuttlar“, Nuttlar-Ruhr*

Fischer, Walter (u. a.): Hundert Jahre Nuttlarer Schiefer, 1857–1957. 25 S.

*Schiele Industriewerke GmbH, Hornberg*

Hirt, Adolf: 40 Jahre SBIK. (1912–1952.) 43 S.

*Carl Schierbaum, Herford*

(Schneider-Landmann, Hellmuth:) Von den Hypocausten zur Zentralheizung. Hrsg. aus Anlaß d. 150jähr. Bestehens d. Firma Carl Schierbaum, Herford. (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1959.) 17 Bl. mit Abb. gr. 8<sup>o</sup>

*Schirmfabrik Heinrich Zangenberg, Osnabrück*

Kleiner Modebummel unterm Schirm. Hrsg. von der Schirmfabrik Heinrich Zangenberg in Osnabrück aus Anlaß ihres 100-Jahre-Jubiläums. (1. Oktober 1960.)

*Schlegel-Scharfenseel-Brauerei AG, Bochum*

Ein Jahrhundert Schlegel-Bier 1854–1954. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 62 S.

*Schloemann AG, Düsseldorf*

Von Walzwerken, Hämmern und Pressen. 1901–1951. Düsseldorf: Selbstverl. o. J. 72 S.

*Karl Schmidt GmbH, Neckarsulm (Württ.)*

Karl Schmidt. Eine Chronik zum 50jähr. Bestehen d. Werkes. Neckarsulm (Württ.): Karl Schmidt GmbH (1960). 54 Bl. 8<sup>o</sup>

*Schmiedag AG, Hagen (Westf.)*

Vom Wasserhammer zur Gesenkschmiede. 125 Jahre Werk Ruegenberg. Olpe i. W.: Werk Ruegenberg (1960). 35 S. mit Abb. gr. 8<sup>o</sup>

*R. & G. Schmöle Metallwerke, Menden (Krs. Iserlohn)*

Landwehr (u. a.): 100 Jahre R. & G. Schmöle (1853–1953). In: Werkszeitschrift „Wir von R. & G.“. März 1953, Nr 4, 51 S.

*Schnabel, Gaumer & Co., Hamburg*

S. G. C. 1908–1958. 12 S.

*Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG, Würzburg*

A. F. Bauer. 1783–1960. Die Entwicklung der Druckmaschine. (Hrsg.: Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG, Würzburg 1960.)

*Hugo Albert Schoeller GmbH, Feinpapierfabrik Neumühl, Düren (Rhld.)*

Mein Papier, Du bist ein herrlich Sach. Festschrift der Firma Hugo Albert Schoeller GmbH, Feinpapierfabrik Neumühl, Düren, aus Anlaß des zweihundertfünfzigjährigen Bestehens (1710–1960). (Wiesbaden: Industriedienst 1960.) 46, 43 S. 4<sup>o</sup>



*Leopold Schoeller & Söhne, Düren (Rhld.)*

150 Jahre Dürener Feintuch. (1799–1949.) 20 S.

*Schönebecker Brunnenfilter GmbH, Hannover (SBF)*

25 Jahre Schönebecker Brunnenfilter GmbH. (Hrsg.: Schönebecker Brunnenfilter GmbH, Hannover 1961.) 23 S. Abb. mit Text quer-8<sup>0</sup> (Umschlagt.: Schönebecker Brunnenfilter GmbH, SBF, Hannover.

*Schöttle & Schuster AG, Köln*

Ettighoffer, P. C.: 75 Jahre tatgewordener Optimismus 1875–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o.J. 32 S.

*Conrad Scholtz AG, Hamburg-Wandsbek*

Fünfundsiebzig Jahre Conrad Scholtz AG. (Hrsg.: Conrad Scholtz AG, Hamburg-Wandsbek 1959.) 26 Bl. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen-Buer*

Scholven. Zum 25jährigen Bestehen d. Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen-Buer, am 16. Juli 1960. (Gelsenkirchen-Buer: Scholven-Chemie AG 1960.) 95 S. mit Abb. gr. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.): 25 Jahre Scholven-Chemie.

*Fr. Schradin, Reutlingen*

Hundert Jahre Schradin, Reutlingen. 1860–1960. 36 S.

*Schramm Lack- und Farbenfabriken AG, Offenbach (Main)*

Lack für Kutschen und Karossen und vieles andere mehr seit hundertfünfzig Jahren schon. (Text: Heinz Warnecke.) (Offenbach/Main 1960: Max Dorn Presse KG.) 6 Bl. 4<sup>0</sup>

*Schramm Lack- und Farbenfabriken AG, Offenbach (Main)*

Debo, Paul: Schramm – 50 Jahre AG. (1960.) 8 S.

*Johannes Schuback & Söhne, Hamburg*

Möring, M.: 1757–1957. 200 Jahre Johannes Schuback & Söhne, Familie und Firma in Hamburg. Hamburg 1957. 215 S.

*Carl Schünemann, Bremen*

150 Jahre Carl Schünemann, Bremen. Die Geschichte e. Bremer Druck- u. Verlagshauses. (Hrsg. u. hergest. v. d. Firma Carl Schünemann, Bremen, zu ihrem 150jährigen Bestehen am 14. Febr. 1960.) (Bremen 1960.) 137 S. 4<sup>0</sup>

*Adolph Schürmann, Remscheid*

Boetticher, K. W.: 75 Jahre Adolph Schürmann 1881–1956. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 51 S.

*Heinr. Schulte Textilwarenfabrik GmbH, Homberg (Ndrh.)*

Kordt, Walter: 50 Jahre Heinr. Schulte (1908–1958). Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik o. J. 40 S.

*Schumag Schumacher Metallwerke GmbH, Aachen*

Hille, Erhard: Tradition und Präzision. 125 Jahre Schumag Aachen. (1830–1955.) Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 66 S.

*Dr. Willmar Schwabe GmbH, Karlsruhe*

Schumacher, J.: 90 Jahre Dr. Willmar Schwabe. (1866–1956.) 258 S.

*Hermann Schwarz KG, Wattenscheid*

(Söhngen, Werner:) Hermann Schwarz KG, Wattenscheid. 1908–1958. (Ansprache anläßl. d. Fünfzigjahr-Gedenkfeier am 15. Dezember 1958 in Wattenscheid). (Wattenscheid: Hermann Schwarz KG 1958.) 11 S. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*L. Schweisfurth GmbH Fleischwaren- & Konservenfabrik, Herten (Westf.)*

Das Haus an der Feldhege. Blätter aus der Chronik einer Familie und ihres Werkes. (1957.) 64 S.

*Jos. Schwend & Cie, Schwendilator-Stammhaus, Baden-Baden*

Fünfzig Jahre Schwendilator. Ein großes Unternehmen feiert morgen Geburtstag. Der lange Weg von 1911 bis 1961. In: Badische Neueste Nachrichten, Karlsruhe. 16. Jg., 9. 6. 1961, Nr 132

*„Securitas“ Bremer Allgemeine Versicherungs-AG, Bremen*

Ilsemann, Christian: Seeräuber – Sicherheit – Securitas. 1895–1955. 52 S.

*Christoph Albert Seeland, Oberreichenbach über Erlangen*

(Christoph) Albert Seeland 1910–1960. (Oberreichenbach über Erlangen: Seeland, Weberei, 1960.) 24 Bl. Abb. mit Text, gr. 8<sup>0</sup>

*Gebrüder Seitz, Frankfurt a. M.*

75 Jahre Gebrüder Seitz, Frankfurt a. M., 15. Juli 1960. 1885–1960. Farbstoffe u. Hilfsmittel f. d. Färberei u. chem. Reinigung. Frankfurt a. M.: (Seitz 1960.) 16 Bl. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*Franz Senft Nachf., Neunburg v. Wald*

75 Jahre Franz Senft Nachf., Neunburg v. Wald.

*G. Fd. Sengstack Söhne Nachfolger, Bremen*

Prüser, Friedrich: Sengstack Söhne, Bremen. Die zweihundertjährige Geschichte einer Bremer Seifenfabrik. 1749—1949. 79 S.

*Sidol-Werke Siegel & Co. GmbH, Köln*

Wehmeyer, Wilhelm: 50 Jahre Sidol 1903—1953. 32 S.

*Joh. Siebenhüner, Walldorf über Frankfurt a. M.*

1860—1960. 100 Jahre Siebenhüner, Streich- und Zupfinstrumente. 8 S.

*Chr. Sieck, Eckernförde*

Fünfundsiebzig Jahre Chr. Sieck. 1882—1957. 45 S.

*Friedrich Siemens Industrieofenbau GmbH, Berlin, Düsseldorf*

Berg, Hans-Joachim van den: 100 Jahre Friedrich Siemens Regenerativ-Öfen. (1856—1956.) 77 S.

*Siemens-Schuckertwerke AG, Berlin-Siemensstadt*

Hertlein, Hans: Siemensbauten. (1956.) Berlin: Wasmuth o. J. 130 S.

*G. J. H. Siemers & Co., Hamburg*

Grundmann, Dr. G.: 150 Jahre G. J. H. Siemers & Co., Hamburg. 1811—1961. Hamburg (1961: Christians). 37 S., 7 Bl. Abb. 8<sup>o</sup>

*Siepmann-Werke AG, Belecke (Möhne)*

Das Siepmann Jubiläum 22.—23. 9. 1951. 63 S.

*F. Soennecken, Bonn*

Ettighoffer, P. C.: Diener und Herr der Schrift. 75 Jahre F. Soennecken. 1875—1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 40 S.

*F. A. Sohst, Hamburg*

125 Jahre F. A. Sohst, Hamburg. 1831—1956. 32 S.

*Solenhofer Aktien-Verein, Solnhofen (Bayern)*

Kress, Theo: 100 Jahre Solenhofer Aktien-Verein. 1857—1957. 40 S.

*Solinger Tageblatt, Solingen*

Schaefer, Martin: Der Sammelpunkt. 150 Jahre Solinger Tageblatt. (1809—1959.) Solingen: Boll o. J. 44 S.

*Solinger Tageblatt, Solingen*

150 Jahre Solinger Tageblatt 1. Juli 1959. 38 S. (Sonderausgabe des Solinger Tageblatts.)

*Sonnen-Werke Sieburg & Pfortner, Seesen (Harz)*

75 Jahre Arbeit und Erfolg im Zeichen der Sonnen-Qualität. (Hrsg.:) Sonnen-Werke Sieburg & Pfortner im 75. Jahr ihres Bestehens. (Idee, Text u. Gestaltg: Willy Köhler.) (Braunschweig 1961: Westermann.) 16 Bl. mit Abb. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Gustav Spangenberg Maschinenfabrik, Mannheim*

Klass, Gert v.: So entstand ein Weltbegriff. GSM 1871—1951. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 36 S.

*Sparkasse Hameln, Hameln*

125 Jahre Sparkasse der Stadt Hameln. (1835—1960. Jubiläumsschrift.) (Hameln: Sparkasse 1960.) 95 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Spinnerei Atzenbach AG, Schopfheim (Baden)*

Zur freundlichen Erinnerung an die Jubiläumsfeier der Spinnerei Atzenbach AG, Schopfheim, am 23. Juli 1960, anlässlich des 125jährigen Bestehens der Firma Atzenbach. (Schopfheim 1960.) 10 Bl. 8<sup>o</sup>

*Spinnereien und Webereien im Wiesental AG, Haagen (Baden)*

1834—1959. 125 Jahre Spinnerei Haagen, Hauptwerk der Spinnereien und Webereien im Wiesental AG. (Haagen: Spinnereien u. Webereien im Wiesental AG 1959.) 27 Bl. Abb. mit Text 4<sup>o</sup>

*Stadtparkasse Frankfurt a. M.*

Mit dreißig Kreuzern fing es an... Hundert Jahre Kommunale Sparkasse in Frankfurt a. M. 1860—1960. (Texte von Dr. Hans Voß, Richard Kirn, Ernst A. Ihle.) (Breidenstein, Frankfurt a. M. 1960: Brönners Druckerei.) 108 S. 8<sup>o</sup>

*Staatliche Erfassungs-Gesellschaft für öffentliches Gut mbH, München*

Magnus, Kurt: Eine Million Tonnen Kriegsmaterial für den Frieden. Die Geschichte der StEG. München: Pflaum (1954). 312 S., 2 Kt., 8<sup>o</sup>

*Stadtwerke München — Verkehrsbetriebe, München*

Klein-Bader, C.: 75 Jahre Münchener Straßenbahn 1876—1951. 65 S.

*Stadtwerke Osnabrück, Osnabrück*

Fredrichs, Hermann: 100 Jahre Gaswerk Osnabrück. 1858—1958. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 49 S.

*Städtische Betriebs- und Verkehrsgesellschaften mbH Bad Kreuznach,  
Bad Kreuznach*

Schickling, Willi: Den Kreuznachern ging frühzeitig ein Licht auf. 100 Jahre Gas, 70 Jahre Elektrizität, 30 Jahre Städtische Betriebs- und Verkehrsgesellschaften mbH Bad Kreuznach. (1957.) Darmstadt: Hoppenstedt o.J. 49 S.

*Städtische Werke AG, Kassel*

25 Jahre Städtische Werke AG (1929–1954). Darmstadt: Hoppenstedt o.J. 39 S.

*Staengel & Ziller Eszet Kakao- und Schokoladenfabrik, Stuttgart*

100 Jahre Eszet 1857–1957. 32 S.

*Stahl- und Walzwerke Rasselstein/Andernach AG, Neuwied (Rhein)*

200 Jahre Rasselstein 1. July 1760–1. Juli 1960. Ein Beitr. zur Geschichte feiner Bleche. (Hrsg. :) Stahl- und Walzwerke Rasselstein/Andernach AG, Neuwied 1960. 94 S. 8<sup>0</sup>

*Stahlbau Michael Lavis Söhne, Offenbach (Main)*

50 Jahre Stahlbau Lavis (1897–1947). 30 S.

*Stahlbau Albert Liesegang, Köln-Kalk*

Sinz, Herbert: 25 Jahre Stahlbau Albert Liesegang, Köln-Kalk. (1932–1957.) 100 Jahre Liesegang in Köln. (1857–1957.) Darmstadt: Hoppenstedt o.J. 64 S.

*Stahlwerke Bochum AG, Bochum*

Benedict, W.: Arbeit am Stahl. Ein Bildbericht über unser Werk. (1958.) 54 S.

*Theodor Steffens, Meckenheim*

100 Jahre Theodor Steffens. Meckenheim. 1855–1955

*Steine und Erden GmbH, Goslar (Harz)*

Zehn Jahre Wiederaufbau 1949–1959 und was vorher war. 73 S.

*Gottfr. Steinmeyer & Co., Bremen*

1857–1957 Gottfr. Steinmeyer & Co. Schiffsmakler. 46 S.

*L. & C. Steinmüller GmbH, Gummersbach (Rhld.)*

75 Jahre Steinmüller-Kessel. 1874–1949. 40 S.

*Steuler-Industriewerke GmbH, Höhr-Grenzhausen*

(Wolfframm, Peter:) Idee und Werk. 1908–1958. Hrsg. zum 50jähr. Bestehen d. Steuler-Industriewerke GmbH, Höhr-Grenzhausen, Siershahn, Mühlacker. (Darmstadt: Archiv f. Wirtschaftskunde 1958.) 67 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*August Stockem, Aachen*

100 Jahre August Stockem, Gold- und Silberschmiedemeister. 1860–1960. 8 S.

*Stocko Metallwarenfabriken Hugo und Kurt Henkels, Wuppertal-Elberfeld*

Klass, Gert v.: 50 Jahre Stocko Metallwarenfabriken Hugo und Kurt Henkels. 1901–1951. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 42 S.

*Karl Stöhr KG, München*

Karl Stöhr KG. 1885–1960. (München: Krieger 1960.) 56 S. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Vort. :) 75 Jahre Karl Stöhr KG, München.

*H. Stoll & Co., Strickmaschinenfabrik, Reutlingen (Württ.)*

75 Jahre Fortschritt im Strickmaschinenbau. (1874–1949.) 11 S.

*H. C. Stülcken Sohn, Hamburg*

H. C. Stülcken Sohn, Schiffswerft und Maschinenfabrik. Bremen: Kromat 1954. 84 S.

*Cornelius Stüssgen AG, Köln*

Stüssgen, Cornelius: Cornelius Stüssgen. Fünfzig Jahre im Sattel. Aufzeichnungen eines Kaufmanns. Köln: Selbstverl. (1952). 116 S.

*Süd-Chemie AG, München*

Ein Blick in die Süd-Chemie AG, München. (1955.) 24 S.

*Friedrich Taubert & Co., Freising*

Friedrich Taubert & Co. Aus Anlaß des 25jährigen Geschäftsjubiläums. (1934–1959.) 11 S.

*Teerbau, Gesellschaft für Straßenbau mbH, Essen*

Wir bauen Straßen. 40 Jahre Teerbau. Essen: Teerbau, Gesellschaft für Straßenbau (1959). 164 S. mit Abb., 1 Kt. 8<sup>0</sup>

*Telefunken GmbH, Berlin*

50 Jahre Telefunken. 1903–1953. (Stuttgart: Daco-Verl. 1953.) VIII, 63 S. mit Abb. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.) In: Die Leistung, 3. Jg., H. 23

*Telegraf Verlags-GmbH, Berlin*

Scholz, Arno (u. a.): 10 Jahre Telegraf. Vom Werden und Wirken einer Berliner Zeitung. 1946–1956. Berlin: Selbstverl. (1956). 272 S.

*Telegraf Verlags-GmbH, Berlin*

1946–1961. 15 Jahre Telegraf. (Berlin: Telegraf Verl.-Ges. 1961.) 83 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

*B. G. Teubner Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart*

B. G. Teubner — 150 Jahre. 1811–1961.

*Thams & Garfs, Hamburg*

Gross, Herbert: Die Thaga Idee. Geschichte der Firma Thams & Garfs, Hamburg (1908–1958). Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik o. J. 67 S.

*Friedr. Gustav Theis Kaltwalzwerke GmbH, Hohenlimburg*

(Junge, Helmut:) Theis Kaltband-Handbuch. Hrsg. aus Anlaß d. 50jähr. Bestehens d. Friedr. Gustav Theis Kaltwalzwerke GmbH, Hohenlimburg. (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1960.) 175 S. mit Abb., Reg. Schn. gr. 8<sup>0</sup>

*Julius Thomsen, Frankfurt a. M.*

(Rompel, Wilhelm:) Julius Thomsen, Frankfurt a. M. 1859–1959. (Frankfurt a. M.: Selbstverl. 1959.) 19 S. mit Abb. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.): 100 Jahre Julius Thomsen, Frankfurt am Main.

*Thormann & Stiefel AG, Augsburg*

Kraft Sachisthal: 75 Jahre „THOSTI“, Thormann & Stiefel, Augsburg. 1876–1951. Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 76 S.

*Thyssensche Gas- und Wasserwerke GmbH, Duisburg-Hamborn*

Eine Großstadt wird mit Ferngas versorgt. Thyssengas in Wuppertal, 1910–1960. (Essen 1960.) 67 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Tornax Werk Ernst Wewer, Wuppertal*

Seit 25 Jahren Tornax Motorräder. 1925–1950. 52 S.

*Trierer Walzwerk AG, Wuppertal-Langerfeld*

Salken, Gerhard: 50 Jahre Trierer Walzwerk AG. 1900–1950. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 31 S.

*C. G. Trinkaus, Düsseldorf*

175 Jahre C. G. Trinkaus. Tradition u. neue Aufgaben. (Düsseldorf: Schwann 1960.) 163 S. 8<sup>0</sup>

*Tuchfabrik Josef Königsberger KG, Aachen*

Königstuche Aachen. Die Tuchfabrik Jos. Königsberger KG und die Aachener Tuchindustrie. (Hrsg. aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens von der Tuchfabrik Jos. Königsberger KG. Text. Hans Birling.) (Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschaftsarchiv 1960.) 44 S., 1 Faltbl. 8<sup>0</sup>

*Überlandwerk Rhön GmbH, Mellrichstadt*

40 Jahre Überlandwerk Rhön GmbH. 1920–1960. Heidelberg: Energie-Verl. o. J. 7 S.

*Überlandwerk Unterfranken AG, Würzburg*

Festschrift anläßlich des 30jährigen Geschäftsjubiläums (1920–1950). 35 S.

*Gebr. Uekermann Brauerei Felsenkeller, Herford*

Seng, Ernst: 1878–1953. Gebr. Uekermann Brauerei Felsenkeller. 32 S.

*Friedrich Uhde GmbH, Dortmund*

Angewandte Ingenieurtechnik. Ein Porträt der Friedrich Uhde GmbH, Dortmund, zum vierzigjährigen Bestehen. In: „Hoechst heute“. 1961, Nr. 2

*Joh. Vaillant KG, Remscheid*

Naturelemente im Dienste der Kultur. Festschrift aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Firma Joh. Vaillant KG (1874–1949). 48 S.

*Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen*

Heimpel, Hermann: Vier Kapitel aus der deutschen Geschichte. Festgabe zum 225jähr. Bestehen d. Verlages am 13. Februar 1960. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (1960). 88 S., 7 S. Beil. gr. 8<sup>0</sup>

*Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG, Stuttgart*

Trumpf, Peter: Die Spielkarte. 125 Jahre (1832–1957). 46 S.

*Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, Frankfurt a. M.*

25 Jahre VDM. 1930–1955. 88 S.

*Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal-Elberfeld*

Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal-Elberfeld. (Ein Überblick über das älteste u. größte deutsche Chemiefaser-Unternehmen.) (Wuppertal-Elberfeld 1957.) 73 S. 8<sup>0</sup>



*Vereinsdruckerei Heilbronn, Heilbronn a. N.*

Fünfzig Jahre (Vereinsdruckerei Heilbronn). (Heilbronn a. N.: Vereinsdruckerei Heilbronn 1960.) 12 Bl. mit Abb. 4<sup>o</sup>

*Vering & Waechter, Berlin*

Unternehmerisch bauen. Hrsg. anlässlich d. 75jährigen Bestehens von Vering & Waechter, Berlin. (Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschaftsarchiv 1960.) 18 Bl. mit Abb. gr. 8<sup>o</sup>

*Veritas Gummiwerke AG, Gelnhausen*

110 Jahre Veritas Gummiwerke AG, Gelnhausen. (1849–1959.) (Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschaftsarchiv 1959.) 39 S. mit Abb. gr. 8<sup>o</sup>

*Verkaufsvereinigung für Teererzeugnisse (VfT) AG, Essen*

Fünfzig Jahre VfT. (1905–1955.) 35 S.

*Viersener Aktienbaugesellschaft – Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Viersen (Rhld.)*

60 Jahre Viersener Aktienbaugesellschaft – Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen. (1898–1958.) 8 S.

*Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig*

175 Jahre Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig. (1786–1961). Faltbl. 8<sup>o</sup>

*Vogel Verlag Würzburg KG, Würzburg*

C. G. Vogel. Vogel-Verlag früher in Pößneck. Würzburg: Selbstverl. 1952. 60 S.

*Bernhard Voigt Filzwarenfabrik, Esslingen (Neckar)*

Kuns, Georg: 50 Jahre Voigt. (1906–1956.) 22 S.

*J. M. Voith GmbH, Heidenheim (Brenz)*

Voith, Martina: J. M. Voith GmbH (1837–1957). 158 S.

*Volksbank Neu-Isenburg eGmbH, Neu-Isenburg*

100 Jahre Volksbank Neu-Isenburg eGmbH (1860–1960). (Neu-Isenburg: Volksbank Neu-Isenburg eGmbH 1960.) 12 Bl. mit Abb. 4<sup>o</sup>

*Volksbank Paderborn, Paderborn*

Cremer, Hans (u. a.): Festschrift der Volksbank Paderborn aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens im Jahre 1947. Paderborn: Schöningh 1947. 40 S.

*Volksbank Walsrode eGmbH, Walsrode*

50 Jahre Volksbank Walsrode eGmbH. (50 Jahre im Dienste der heimischen Wirtschaft 1909–1959. Jubiläumsschrift mit Geschäftsbericht für das Jahr 1958.) Walsrode: Volksbank Walsrode 1959.) 36 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*C. D. Wälzholz, Hohenlimburg*

C. D. Wälzholz 1829–1954. 125 Jahre Qualität. Darmstadt: Archiv für Wirtschaftskunde, o. J. 35 S.

*Waggonfabrik Uerdingen AG, Krefeld-Uerdingen*

50 Jahre Waggonfabrik Uerdingen AG 1898–1948. 55 S.

*Walzmaschinenfabrik August Schmitz, Düsseldorf*

125 Jahre Schmitz-Walzwerke. (Düsseldorf 1960.) 50 S.

*Wanderer-Werke AG, Haar bei München*

75 Jahre Wanderer-Werke. (Hrsg. :) Wanderer-Werke AG München-Haar, Exacta-Continental Büromaschinenwerk GmbH Köln. (München-Haar 1960.) 4 Bl. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Wehrle-Werk Emmendingen (Baden)*

100 Jahre Wehrle-Werk-Emmendingen (1860–1960). In: Badische Zeitung (Breisgauer Nachrichten), Freiburg i. Br. Dez. 1960, Nr. 282, Sonderdruck

*Weinstock & Siebert, Chemikalien, Düsseldorf*

50 Jahre Weinstock & Siebert, Chemikalien, Düsseldorf. 1910–1960. (Düsseldorf: Weinstock & Siebert 1960.) 4 Bl. Abb. mit Text 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Gebr. Welger, Wolfenbüttel*

Salken, Gerhard: 50 Jahre Welger – Helfer der Ernte. 1899–1949. Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 31 S.

*Fr. Werneburg, Lübbecke (Westf.)*

100 Jahre Fr. Werneburg. 1859–1959. Punkt für Punkt exakt. 40 S.

*Werner & Ehlers, Bettfedern- und Daunenfabrik, Hannover-Linden*

Unternehmer in vier Generationen. Hrsg. aus Anlaß d. 100jähr. Bestehens d. Bettfedern- u. Daunenfabrik Werner & Ehlers, Hannover-Linden. (Hrsg. : Werner & Ehlers, Bettfedern- u. Daunenfabrik. Text: Gert v. Klass.) (Wiesbaden: Verl. f. Wirtschaftspublizistik 1961.) 49 S. mit Abb. 4<sup>o</sup>

*Werner & Pfeleiderer, Stuttgart-Feuerbach*

Werner, Otto: 75 Jahre Werner & Pfeleiderer. 1879–1954. 27 S.

*Westdeutsche Bodenkreditanstalt (Westboden), Köln*

Westdeutsche Bodenkreditanstalt. 60 Jahre Westboden. 1893–1953. 75 S.

*Westdeutsche Bodenkreditanstalt (Westboden), Köln*

Christ, Eduard: Westdeutsche Bodenkreditanstalt. Westboden. Ihre Geschichte u. ihr Aufgabengebiet. Frankfurt a. M.: Knapp Verl. (1961). 146 S. 8<sup>o</sup>

*Westfälische Ferngas-AG, Dortmund*

Messerschmidt, Heinrich (u. a.): 25 Jahre Westfälische Ferngas-AG (1928–1953), Dortmund. 104 S.

*Westfälische Transport-AG, Dortmund*

WTAG Westfälische Transport-AG. 1897–1957. 67 S.

*Westfälische Union AG für Eisen- und Drahtindustrie, Hamm*

Kraft Sachisthal: 100 Jahre Westfälische Union AG für Eisen- und Drahtindustrie, Hamm (Westf.). (1853–1953.) Darmstadt: Archiv für Wirtschaftskunde (1953). 125 S.

*Westfalia Dinnendahl Gröppel AG, Bochum*

Aufgaben und Lösungen. Die WEDAG und ihre Schaffensbereiche. 68 S.

*Westinghouse Bremsen-GmbH, Hannover*

Bremswege. 75 Jahre Westinghouse Hannover. 1884–1959.

*Eugen Wider GmbH, Stuttgart*

Jubiläumsfeier und Ausflug anlässlich des 75jährigen Bestehens der Firma Eugen Wider GmbH, August 1960. 26 S.

*Gebr. Wiedemann, Wangen (Allgäu)*

Wiedemann, Erich: Beiträge zur Geschichte der Familie Wiedemann. (1959.) 152 S.

*Otto Wiegand OHG, Uhren- und Optikfachgeschäft, Arolsen (Waldeck)*

(Wiegand, Otto Friedrich:) 125 Jahre Uhren- und Optikfachgeschäft Wiegand, Arolsen. 1836–1961. (Arolsen/Waldeck: Otto Wiegand OHG 1961.) 32 S.

*Wilisch & Sohn KG, Ansbach*

Rückblick in die 150jährige Geschichte der Firmen Wilisch (1805–1955). 24 S.

*Wilke-Werke AG, Braunschweig*

100 Jahre Wilke-Werke AG, Braunschweig. 1856–1956. 32 S.

*R. Winkel GmbH, Göttingen*

Kühn, Gerhard (u. a.): 100 Jahre R. Winkel GmbH, Zeiß-Winkel. Göttingen. (1857–1957.) 63 S.

*Gustav Winkler GmbH, Taschentuchwerke, Aalen*

Bachem, Bele: Magisches Taschentuch. (1909–1959.) München: Bruckmann 1959. 95 S.

*Wintershall AG, Erdölraffinerie Salzbergen*

Aus dem Jahrhundert des Erdöls. 1860–1960. Einhundert Jahre Raffinerie Salzbergen. (Hrsg.: Wintershall AG, Erdölraffinerie Salzbergen. Text: Karlheinz Graudenz.) (München: Pfützner 1960.) 59 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

*Carl Wittkopf, Velbert*

100 Jahre im Dienste der Sicherheit. 1857–1957. 7 S.

*Witwen- und Waisen-Kasse des Reichs- und Staatsdienstpersonals, Allgemeine Lebensversicherungsanstalt a. G., München*

Birling, Hans: 75 Jahre Witwen- und Waisen-Kasse des Reichs- und Staatsdienstpersonals (1884–1959.) Darmstadt: Hoppenstedt o. J. 78 S.

*Wohnungsgenossenschaft Siegerland eGmbH, Siegen (W.)*

Denkschrift zum 50jährigen Bestehen der Wohnungsgenossenschaft „Siegerland“ eGmbH in Siegen. 1908–1958. (Siegen/W.: Wohnungsgenossenschaft Siegerland eGmbH 1958.) 33 S. mit Abb. (Umschlagt.:) 50 Jahre Wohnungsgenossenschaft „Siegerland“ eGmbH, Siegen in Westfalen.

*Otto Wolff, Köln*

Otto Wolff. 50 Jahre (1904–1954). 153 S.

*Wolff's Bücherei, Berlin-Friedenau*

Dreißig Jahre Arbeit einer Berliner Buchhandlung. Wolff's Bücherei – Andreas Wolff. 1931–1961. Berlin-Friedenau: (Wolff's Bücherei 1960). 29 S. 8<sup>0</sup>

*Wolldeckenfabrik Zoeppritz AG, Heidenheim-Mergelstetten*

125 Jahre Zoeppritz Decken. 1828–1953. 62 S.

*Wollgarnfabrik Tittel & Krüger und Sternwoll-Spinnerei AG, Hamburg*

Seegebrecht, R.: 1651–1951. 300 Jahre Sternwoll-Spinnerei. 58 S.

*E. A. Wolters, Göttingen*

100 Jahre E. A. Wolters. Göttingen 1955

*Heinrich Wonnemann GmbH, Batenhorst bei Wiedenbrück i. W.*

50 Jahre Franz Wonnemann. 1903–1953. Stuttgart: Daco-Verl. o.J. 50 S.

*E. H. Worlée & Co., Hamburg*

E. H. Worlée & Co. 1851–1951. 52 S.

*Württembergische Filztuchfabrik D. Geschmay GmbH, Göppingen*

50 Jahre Württembergische Filztuchfabrik D. Geschmay GmbH. 25 Jahre Feltrificio Veneto. (1960.) 14 S.

*Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart*

90 Jahre Württembergische Hypothekenbank 1867–1957. Die Reden vom 5. November 1957. 55 S.

*Württembergische Leinenindustrie, Blaubeuren*

400 Jahre Qualität. 400 Jahre Blaubeurer Leinen. Text: Richard Lang. (Ulm/Donau 1960: J. Ebner.) 26 S. 8<sup>o</sup>

*Württembergische Metallwarenfabrik, Geislingen (Steige)*

Geformtes Metall. Gestaltetes Glas. 100 Jahre WMF. (1953.) 89 S.

*„Wurag“ Eisen- und Stahlwerke AG, Hohenlimburg*

Aus der hundertjährigen Geschichte der „Wurag“ Eisen- und Stahlwerke AG. 1855–1955. 25 S.

*Hans Zaage, Hamburg*

Lejeune, F.: 100 Jahre im Dienste der Gesundheit. (1850–1950.) 33 S.

*Adolf Zappe, Gardinenweberei, Bayreuth*

90 Jahre Adolf Zappe. Ein Weg so lang, so hart, so gut. (Bayreuth: Bayreuther Gardinenweberei Zappe 1959.) 16 Bl. mit Abb. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Zeche Zweckel-Scholven (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

50 Jahre Zweckel-Scholven (1908–1958). In: Schriftenreihe für die Mitarbeiter der „Hibernia“-Betriebe. Juli 1958, H. 19, 56 S.

*Carl Zeiß, Jena*

Schomerus, Friedrich: Geschichte des Jenaer Zeißwerkes 1846–1946. Stuttgart: Piscator 1952. 348 S.

*Zellstofffabrik Waldhof, Mannheim-Waldhof*

75 Jahre Zellstofffabrik Waldhof. Chronik 1884–1959. Waldhof heute. Hrsg. anläßl. d. 75jähr. Jubiläums d. Zellstofffabrik Waldhof am 26. Juni 1959. (Darmstadt: Hoppenstedt 1959.) 139 S. 4<sup>o</sup>

*Zellstofffabrik Waldhof, Mannheim-Waldhof*

75 Jahre Zellstoff. Chemie und Technik – Erzeugung und Bedarf. Hrsg. anläßl. d. 75jähr. Jubiläums d. Zellstofffabrik Waldhof am 26. Juni 1959. (Darmstadt: Hoppenstedt 1959.) 52 S. 4<sup>o</sup>

*Zerssen & Co., Rendsburg*

Molsen, Käthe: Paul Entz 1859–1936. Die Geschichte einer Familie. (1959.) 94 S.

*A. Ziemann AG, Stuttgart-Feuerbach*

Ziemann. 1852–1952. 81 S.

*Joh. Conrd. Zimmer, Hamburg*

Die Weinhandlung Joh. Conrd. Zimmer und ihre Inhaber. (1805–1955.) 24 S.

*Zimmermann & Jansen GmbH, Düren*

Schiffer, Kurt: 75 Jahre Zimmermann & Jansen GmbH (1877–1952.) 39 S.

*Robert Zinn, Engels & Co. KG, Wuppertal*

Bauert-Ketman, Ingrid: 100 Jahre Robert Zinn, Engels & Co. KG Metallwarenfabrik. Metall- und Kaltwalzwerk (1851–1951). Heppenheim: Hoppenstedt o. J. 35 S.

*Zipperling Kessler & Co., Hamburg*

Möring, Maria: 100 Jahre Zipperling Kessler & Co. (1858–1958.) 56 S.

*Zuckerfabrik Brühl AG, Brühl (Bez. Köln)*

75 Jahre Zuckerfabrik Brühl AG. (1884–1959.) (Brühl: Zuckerfabrik 1959.) 24 Bl., Abb. mit Text, quer-8<sup>o</sup>

*Zuckerfabrik Othfresen AG, Othfresen b. Goslar*

Breier, Rudolf: 75 Jahre Zuckerfabrik Othfresen AG 1883–1958. I. Nachtrag zur Chronik vom 8. 9. 1933 bis 8. 9. 1958 der Zuckerfabrik Othfresen AG. 55 S.

*Zuckerfabrik Warburg AG, Warburg (Westf.)*

1884–1959 Zuckerfabrik Warburg AG. 43 S.

*Ed. Züblin AG, Stuttgart*

Niebelschütz, Wolf v.: Züblin-Bau (1898–1958). Stuttgart: Cotta 1958. 124 S.

## AUTORENVERZEICHNIS

*Baudis, Dieter*, Dr., Wissenschaftlicher Oberassistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Fischer, Alfred*, Leiter der Bibliothek des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin.

*Hoffmann, Hildegard*, Dr., Wissenschaftlicher Oberassistent der Arbeitsgruppe 1648 bis 1789 am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Kenessey, Zoltan*, Dr., Abteilungsleiter im Ungarischen Statistischen Zentralamt, Budapest.

*Kohn, Hillel*, Professor, Dr., Leiter der Abteilung für Wirtschaftsforschung der Akademie der R. V. R., Filiale Cluj.

*Kuczynski, Jürgen*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Nussbaum, Helga*, Planmäßiger Aspirant an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Radandt, Hans*, Dr. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Schröder, Rudolf*, Dr., Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

DER VIERTE TEIL DES JAHRBUCHES  
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 1962 WIRD UNTER ANDEREM  
ZUM INHALT HABEN:

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

HERMANN ROTH

Die Kartellverordnung vom November 1923 und ihre Bonner Variante

HELMUT KUBITSCHKE

Die Börsenverordnung vom 24. Mai 1944

HANS RADANDT

Zur Geschichte der kolonialistischen Bestrebungen deutscher Finanzgruppen gegenüber den Ländern Afrikas

DISKUSSIONEN

JÜRGEN KUCZYNSKI

Studien zur Frühgeschichte des Kapitalismus

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

WOLFGANG SCHUMANN

Der Zeiss-Konzern im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus während des Faschismus

QUELLEN UND MATERIALIEN

RENATE GÜNTHER

Die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen entschleiern die Machenschaften der deutschen Konzerne

Löhne und Preise in Deutschland 1750 bis 1850

RUDOLPH STRAUSS

Löhne sowie Brot- und Kartoffelpreise in Chemnitz, 1770 bis 1850

LEO KLEMENS

Zur Entwicklung der Preise von „Textilien“ in Deutschland von 1825 bis 1913

HELMUT NAUMANN

Der Stuhl als Maßeinheit der hallischen Solbrunnen

RUDOLF FORBERGER

Beiträge zur statistischen Erfassung der gewerblichen Produktion Sachsens in der Frühzeit des Kapitalismus



„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

*Bisher sind erschienen:*

BAND 1, 2 und 3, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1900 geben. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu BAND 1 bis 4 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 15. BAND 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945. BAND 14 ist der erste Band einer Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland.

*Beim Verlag befinden sich als Manuskript:*

BAND 4, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1900 bis 1917/18 behandelt,  
BAND 5, der die Jahre der Weimarer Republik darstellt,  
BAND 16, der die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland bis 1945 fortführt,  
BAND 18, der die Geschichte der deutschen Arbeiterin behandelt.

*In Bearbeitung befinden sich:*

BAND 6, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren des Faschismus untersucht,  
BAND 17, der Studien und Dokumente zu Band 6 und 7 bringt.